

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 284 ==

---

---

## Die Vormundschaften der Herzöge von Bayern in der Markgrafschaft Baden-Baden im 16. Jahrhundert

Eine Studie  
zur Geschichte der Gegenreformation

Von

**Dr. Karl Franz Reinking**

==

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Die Vormundschaffen der Herzöge  
von Bayern in der Markgrafschaft  
Baden-Baden im 16. Jahrhundert

Die Vormundschaffen der Herzöge  
von Bayern in der Markgrafschaft  
Baden-Baden im 16. Jahrhundert

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Meinen Eltern





# Inhalt:

	Seite
<b>Vorwort.</b>	9
Stand der bisherigen Forschung.	
Die Quellengrundlage der Arbeit.	
Gesichtspunkte zur Darstellung.	
<b>Einleitung.</b>	13
<b>Erstes Kapitel.</b>	18
Die Markgrafschaft Baden-Baden zur Zeit der Reformation.	
Die Landes- und Hauspolitik Markgraf Christophs I.,	
Philipps I. Seine Stellung zur Reformation. Die Kirchen-	
politik Markgraf Philipp I. Der Kanzler Dr. Hieronymus	
Vehus. Bauernkrieg. Weitere Entwicklung bis 1533.	
Philipps Tod.	
<b>Zweites Kapitel.</b>	36
Die Vorgeschichte der ersten bayerischen Vormundschaft.	
Die Heirat zwischen Markgräfin Jacobäa von Baden	
und Herzog Wilhelm IV. von Bayern 1522. Die badisch-	
bayerischen Beziehungen. Die bayerischen Erbschafts-	
ansprüche. Die Gesandtschaft Kaspar Perndorfers nach	
Baden-Baden und Straßburg. Der Teilungsstreit zwi-	
schen den markgräflichen Erben. Der Tod Markgraf	
Bernhards III. Eingriffe Markgraf Ernsts von Baden-	
Durlach in die Baden-Badischen Hoheitsrechte. Die Vor-	
mundschaftsfrage. Der Kammergerichtsspruch.	
<b>Drittes Kapitel.</b>	
Die Vormundschaft über Markgraf Philibert von Baden-	
Baden. 1537—1556.	
A. Der Rat und die Hofhaltung.	60
Der Aufbau des Vormundschaftsregimentes. Neuord-	
nung der Kanzlei. Die Hofstaatsordnung. Der Baden-	
Badener Tag 1539. Ergebnisse für Rat und Kanzlei.	
Dienstordnung. Kanzleiordnung.	

B. Die religiösen Spannungen im Rat.

76

Die religiöse Haltung der Vormunde. Die bayerischen Räte. Innere Kämpfe im Rat. Hans von Sandizell. Veus. Georg Hose. Rinkenberger. Der Statthalter. Lage des Katholizismus in der Markgrafschaft. Die religiösen Bestimmungen des badener Abschiedes von 1539.

C. Vom Badener Tag bis zum Jahre 1556.

88

Das Religionsgespräch zu Hagenau 1540. Die dienstliche Stellung von Dr. Veus. Beziehungen zum Bistum Speyer und Straßburg. Pfarreien. Stiftskanonikate. Schulverhältnisse. Konfession und Beamten. Der Rat nach 1540. Die religiöse Lage bis zum Interim. Der Französische Krieg Karls V. und seine Rückwirkungen auf Rodenmachern. Die Neuenahrtsche Frage. Johann II. und die Reformation in Sponheim. Die Baronie Fleckenstein und die Reformation. Der schmalkaldische Krieg. Rückwirkungen. Interim. Tod Wilhelms IV. von Bayern. Die Erziehung Philiberts. Übersiedlung Philiberts nach München. Bis zum Augsburger Religionsfrieden.

Viertes Kapitel.

Die Gegenreformation in der Markgrafschaft Baden-Baden während der zweiten bayerischen Vormundschaft (1569—1577.)

A. Die Regierungszeit Markgraf Philiberts und die Vorgeschichte der zweiten Vormundschaft.

117

Stellung Markgraf Philiberts zum Augsburger Religionsfrieden. Die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Baden-Baden. Herzog Albrecht V. von Bayern. Tendenzen seiner Politik. Durchbruch der Gegenreformation in Bayern. Markgraf Philibert und die Münchner Verwandten. Markgraf Philibert nimmt Kriegsdienste an. Zug nach Frankreich. Tod 1569. Bestellung der Vormundschaft für Philipp II.

B. Äußere und innere Widerstände gegen die Vormundschaft.

127

Die Ansprüche Karls II. von Baden-Durlach und Christophs von Rodenmachern. Haltung des Kaisers. Der Lichtenthaler Streit. Der neue Statthalter und die bayerischen Räte. Die Ankunft des Grafen Ottheinrichs von Schwarzenberg und des Jesuiten Georg Schorich in der Markgrafschaft. Letzter Versuch Markgraf Karls von Baden-Durlach die Durchführung der Gegenreformation in Baden-Baden zu verhindern. Der Sieg der gegenreformatorischen Kräften.

C. Die Durchführung der Gegenreformation.	Seite 138
<p>Graf Ottheinrich von Schwarzenberg. Religiöse Lage in der Markgrafschaft. Die Durchführung der Gegenreformation. Stadt und Land. Die Räte. Das badener Stift. Georg Schorichs Leben und seine Persönlichkeit. Seine Tätigkeit in Bayern. Vorgehen in Baden-Baden. Die Kelchfrage. Schorichs Briefwechsel mit Rom. Die päpstlichen Dispense. Kloster Lichtenthal und Kloster Friedenthal. Die Regierung in Ettlingen. Tod Schorichs. Pläne zur Errichtung eines Jesuitenstiftes. Fortgang der Gegenreformation im Sommer 1573. Die Pfarrsynode im Oktober 1573. Stand der Gegenreformation in Bayern. Markgraf Philipp II. auf dem Jesuitenkolleg in Ingolstadt. Zusammensetzung des Rates in Baden-Baden. Verwaltungstätigkeit des Vormundschafts-Regimentes. Wirtschaftsleben. Handel. Volksleben. Bau des neuen Schlosses in Baden-Baden. Entlassung Ottheinrichs von Schwarzenberg. Würdigung seiner Persönlichkeit. Regierungsantritt Philipps II.</p>	
Fünftes Kapitel.	169
Bayern Verliert den unmittelbaren Einfluß in der Markgrafschaft.	169
<p>Philipp II. Tod Christophs von Rodenmachern. Frage der Vormundschaft für seine Kinder. Cäcilia Wasa. Tod Philipps II. Neue Lage in Baden-Baden. Pläne Bayerns. Eduard Fortunatus. Staatsbankrott. Die Lage des Katholizismus. Aufstand der Bürger. Fortunatus tritt die Regierung an. Konversion Jacobs II. und sein Tod. Der Streit um die Erziehung seiner Kinder. Besetzung der Markgrafschaft Baden-Baden durch Markgraf Ernst Friedrich von Baden Durlach. Folgen der bayerischen Vormundschaftspolitik am Ausgang der Epoche. Ausblick.</p>	
Literaturverzeichnis.	185
<p>Abkürzungen.</p> <p>A. Quellen.</p> <p>    Ungedruckter Quellenstoff.</p> <p>    Gedruckter Quellenstoff.</p> <p>B. Darstellungen.</p>	





## Vorwort.

Die Anregung zu dieser Untersuchung gab Herr Professor Dr. Willy Andreas, Heidelberg.

Für die Gestaltung der religiösen Verhältnisse in der Markgrafschaft Baden-Baden im 16. Jahrhundert war der Einfluß, den Bayern auf die Markgrafschaft ausübte, von ausschlaggebender Bedeutung. Die Forschung, die sich mit der Reformation und Gegenreformation am Oberrhein befaßte, empfand es daher als einen Mangel, daß bisher eine eingehendere Untersuchung über die bayerischen Vormundschaften in den Jahren 1536—1556 und 1569—1577 fehlte. Da die erste Vormundschaft zudem noch ein Jahr nach der Teilung der alten Markgrafschaft begann und somit die ersten zwanzig Jahre des neu-entstandenen baden-badischen Staatswesens umfaßte, erhöhte sich ihre Bedeutung für die baden-badische Geschichte. Die erste Vormundschaft des Herzogs Wilhelm IV. von Bayern über Markgraf Philibert von Baden-Baden legte außerdem den Grund zur späteren Durchführung der Gegenreformation in Baden-Baden während der zweiten bayerischen Vormundschaft. (1569—1577).

Dem Fehlen einer Darstellung der Geschichte Baden-Badens in den Jahren 1536—1556 und 1569—1577 entsprach eine Lücke in den Aktenbeständen des badischen Generallandesarchivs in Karlsruhe. Wichtige Teile der Akten aus diesem Zeitraum befanden sich in München. Nun hatte Friedrich von Weech 1883 zwar die Absicht geäußert, die Korrespondenzen der Markgrafen von Baden aus der Zeit der Reformation und Gegenreformation herauszugeben.<sup>1</sup> Zu diesem Zwecke waren die Akten der Vormundschaftszeit aus München nach Karlsruhe entliehen worden.<sup>2</sup> Von ihnen wurden in zehnjähriger Arbeit Abschriften ange-

---

1. Mitteilungen der bad. hist. Komm. Nr. 1, 1883, S. 9.

fertig, um die Karlsruher Archivlücke auszufüllen. Da aber die Publikation der Korrespondenzen unterblieb, waren die seitdem in Karlsruhe ergänzten Bestände aus der Vormundschaftszeit bisher nicht ausgenützt worden.

Auf dieses Material stützt sich meine Arbeit in erster Linie. Es umfaßt die badisch-bayerischen Beziehungen von 1522 bis 1536, die Vormundschaften der Herzöge von Bayern über die Kinder Markgraf Bernhard III., Markgraf Philiberts und die Kinder Christophs von Rodenmachern. Ergänzt wurde das Münchner Material durch weitere Originalakten des General-Landesarchivs in Karlsruhe und durch Briefe des Jesuiten Georg Schorich, die sich in Trier fanden. Außerdem wurde schon gedruckter Quellenstoff aus der Vormundschaftszeit herangezogen und die großen Aktenpublikationen aus der Zeit der Reformation und Gegenreformation, namentlich die bayerischen „Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts“ und die Straßburger Politischen Korrespondenzen ausgewertet.

Zu den Gesichtspunkten der Darstellung ist zu bemerken: Die Geschehnisse in den Jahrzehnten vor dem Augsburger Religionsfrieden 1555 und während der Gegenreformation in der Markgrafschaft Baden-Baden tragen in starkem Maße das für einen deutschen Kleinstaat der Zeit charakteristische Gepräge. Das Moment der hohen Politik fehlt. Aber in den Akten, die unserer Darstellung zugrunde liegen, tritt stärker als bei manchen Quellenpublikationen, die wir über die Epoche besitzen, das mitschwingende Gefühl der schreibenden und handelnden Personen hervor. Ich habe versucht, trotz der Sprödigkeit und teilweisen Begrenztheit des Gegenstandes den Wechsel der Haltungen zweier Generationen zu veranschaulichen, soweit es die Unterlagen selbst erlaubten. Ich schildere einen Teilabschnitt deutscher Geschichte, dessen Anteil an der Gestaltung der Epoche nicht überschätzt, aber auch nicht übergangen werden kann.

---

2. Bayerisches allgemeines Reichsarchiv. Auswärtige Staaten Baden A. Nr. I—XXXIII.



Ein ungedruckter Anhang dieser Untersuchung, von dem die Universitätsbibliothek Heidelberg das Generallandesarchiv Karlsruhe je ein Exemplar besitzen, enthält neben den Archivnummern der in der Darstellung zitierten Akten, Angaben über Absender und Adressat, das jeweilige Datum der einzelnen Stücke und kurze Angaben über den Inhalt.

Es bleibt mir noch die angenehme Pflicht, allen zu danken, die mir bei der Abfassung meiner Schrift Unterstützung und Hilfe gewährten. Vor allem bin ich meinem hochverehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Willy Andreas für die warme Anteilnahme und Förderung die er meinen Studien zuteil werden ließ zu großem Dank verpflichtet. Danken möchte ich auch den Archivverwaltungen von Karlsruhe, München und Trier für das mir vielfach erwiesene Entgegenkommen. Herrn Dr. Hans Haimar Jacobs verdanke ich zahlreiche wertvolle Ratschläge und Hinweise. Herr Dr. Gerhard Kattermann stellte mir in liebenswürdigster Weise das Manuscript seiner noch ungedruckten Arbeit über Markgraf Philipp I. und seinen Kanzler Veus zur Verfügung und ermöglichte es mir dadurch seine wertvollen Erkenntnisse im Einleitungskapitel dieser Arbeit zu berücksichtigen. Herr Dr. Walter Schirmer war mir bei der Übersetzung einiger italienischer Briefe an den Jesuitenpater Georg Schorich behilflich.

Heidelberg, den 13. I. 1935

K. F. Reinking.



## Einleitung.

Unter den ersten Auswirkungen der Gegenformation in Deutschland nennt Leopold von Ranke in seiner Geschichte der Päpste die Wiedereinführung des alten Glaubens in der Markgrafschaft Baden-Baden.<sup>1</sup> Es war einer der ersten Versuche des wiedererstarkten Katholizismus, von außen her planmäßig ein ganzes Territorium der Kirche zurückzugewinnen und es der Gegenreformation einzureihen. 1569 war nach dem Tode Markgraf Philiberts von Baden-Baden die Vormundschaft über seinen unmündigen Sohn dem Herzog Albrecht V. von Bayern zugefallen. Dieser entsandte 1570 den Grafen Wilhelm von Schwarzenberg und den Jesuiten Georg Schorich nach Baden, um dort die Restauration der alten Kirche durchzuführen. In Bayern selbst war zu diesem Zeitpunkt die Gegenreformation bereits zum Durchbruch gekommen. Bayern hatte sich ihr völlig unterworfen und sein ganzes Dasein in ihre Dienste gestellt. Katholischer Glaube und die Einrichtungen der alten Kirche waren im eigenen Lande soweit gesichert, daß es beginnen konnte, auch jenseits der Landesgrenzen für ihre Erhaltung zu kämpfen. Die gegenreformatorischen Bemühungen Bayerns in diesen Jahren fielen mit all jenen großen Ereignissen zusammen, durch die sich die Gegenreformation, nicht anders als in der vorhergehenden Epoche die Sache des Evangeliums, als eine europäische Erscheinung erwies.<sup>2</sup> 1563 hatte das Konzil zu Trient seinen Abschluß gefunden. Angesichts der größten Krise, die die Kirche in ihrem langen Dasein im Lauf der Jahrhunderte bedrohte, hatte sie die Kraft gehabt, ihre gesammte

---

1. Leopold v. Ranke, Die römischen Päpste, Bd. II., S. 44.

2. An allgemein darstellender Literatur vgl. für die Einleitung: Leopold v. Ranke, Zeitalter der Reformation, Erich Marcks, Die Gegenreformation in Westeuropa, Karl Brandi, Deutsche Reformation u. Gegenreformation, Moritz Ritter, Geschichte der Gegenreformation, Eberhard Gothein, Die bad. Markgrafschaften, Karl Lamprecht, Deutsche Geschichte Bd. V.

Dogmatik zu überprüfen und neu zu formulieren. In großartiger Geschlossenheit, mit gesteigertem hierarchischem Bewußtsein und in ungebrochenem Kampfeswillen verkündete sie ihre Ansprüche und rief ihr: „Anathema cunctis haereticis“ der Welt erneut entgegen.<sup>3</sup> In den nächsten Jahren verstärkte sich überall auch der Widerstand der weltlichen katholischen Gewalten gegen den Protestantismus: in Österreich, in den Niederlanden, im Reich. In Frankreich brach der Bürgerkrieg aus. Es kam zu jahrelangen schweren Kämpfen zwischen den beiden Religionsparteien. Mehrfach wurden die Hugenotten geschlagen; so auch wieder 1569 bei Moncontour, wo der Herzog von Anjou einen Sieg über sie errang. In dieser Schlacht fiel Markgraf Philibert von Baden-Baden, der im Dienste der französischen Krone an ihr teilgenommen hatte. Der Ausgang der Schlacht war für den Katholizismus des ganzen Kontinentes von Bedeutung, da der Sieg des Calvinismus in Frankreich die evangelischen Kräfte der übrigen Länder zu neuen Vorstößen ermutigt hätte. Aber selbst noch in ihren mittelbaren Folgen wirkte die Schlacht auf die Gestaltung der Verhältnisse im Reich zurück, denn nach dem Tode Markgraf Philiberts vermochte Bayern als Vormund für Philipp II. von Baden-Baden die Markgrafschaft den religiösen und politischen Tendenzen der wiedererstarkten Kirche zu unterwerfen.

Wie Bayern nicht erst vom Jahre 1563 ab gegen die neue Lehre kämpfte, sondern ihr schon seit dem Auftreten Luthers feindlich gegenübertrat, so waren auch die religiösen Maßnahmen während der Vormundschaft über Philipp II. nicht der erste Versuch Bayerns, die konfessionellen Verhältnisse der Markgrafschaft zu beeinflussen. Die Vormundschaft über Philipp II. stellt nur eine bestimmte Stufe dieser Bestrebungen dar, denn der Beginn der Bemühungen Bayerns, die Stellung des Katholizismus in der Markgrafschaft zu stärken, lag bereits 1536. Und es ist von Interesse, nicht nur einen Teilabschnitt dieses Kampfes zu betrachten, sondern den Gesamtablauf der Ereignisse in Baden zu verfolgen, weil sie ein Spiegelbild im

---

3. Sacrosancti Oecumenici Canones et Decreta. Acclamationes Patrum in Fine Concilii, S. 199.

Kleinen der allgemeinen Auseinandersetzungen darstellen. Resigniert wich der Katholizismus anfänglich vor dem Ansturm der neuen Lehre zurück. Er ermannte sich im Willen zur Reform und holte schließlich zum siegesbewußten Gegenstoß aus. Diese Wandlung, die sich im Zeitraum eines halben Jahrhunderts vollzog, machte auch der Katholizismus der Markgrafschaft durch. Auch er durchlief diese Stufen, durch Jahrzehnte in stärkstem Maße von Bayern geführt und beeinflusst. Aber nicht nur äußere Formen des Kampfes wechselten, sondern es änderten sich die Menschen, die ihn führten. Es treten uns Persönlichkeiten entgegen, die deutlich zwei verschiedenen Generationen angehören. Bestimmend für die eine Generation war der Durchbruch eines neuen geistigen Prinzips in der Person Luthers. Sie bekannte sich in Mut und Stärke zu letzten persönlichen Entscheidungen. Von der Größe jenes inneren Erlebnisses aber überwältigt, schreckte sie mit zögernder Bedachtsamkeit vor den Folgerungen ihrer Schritte in der Sphäre des weltlichen Gemeinschaftslebens, der Sphäre des Staatlichen und Politischen zurück. Dieser Generation folgte eine andere. Das unmittelbare Erlebnis der Reformation war in ihr schon abgeklungen, Auf ihr ruhte nicht mehr die Last einer ersten Gewissensentscheidung. Ihr war die neue Lehre schon überkommener Besitz. Für sie gab es neben dem alten Glauben eine neue Konfession mit einer eigenen Dogmatik und selbständigen Kultformen. Diese Menschen empfanden anders als jene Generation, die den Bruch vollzog. Die Loslösung von der alten Kirche ließ wohl kaum einen Lebensbezirk unberührt. Sie mußte letzten Endes zu schweren politischen Erschütterungen, selbst Kämpfen mit der Waffe führen. Die Männer der ersten Hälfte des Jahrhunderts sahen dies. Sie beugten sich den Notwendigkeiten, aber sie taten es bedrängt von quälendem Zweifel. Auch Luther hatte mit solchen Stimmungen zu kämpfen. In einer seiner Tischreden äußerte er: „Wenn mich der Teufel müßig findet, ... machet er mir ein Gewissen, als hab ich unrecht gelehret, den vorigen Stand der Kirchen, der unter dem Papsttum fein still und friedsam war, zerrissen, viel Ärgerniss, Zwietracht und Rotten durch meine Lehre erregt. Nu, ich kann nicht leugnen,

mir wird oft angst und bang drüber; sobald ich aber das Wort ergreife, hab ich gewonnen!“<sup>4</sup>

Ganz anders dachte man ein Menschenalter später. Das Verhörsprotokoll eines Stubenknechtes, der 1571 von der Baden-Badener Regierung wegen aufrührerischer Redensarten angeklagt war, vermittelt uns einen Einblick in die Stimmung des einfachen Mannes in der Markgrafschaft, in den Jahren der beginnenden Gegenreformation in Baden.<sup>5</sup> Die protestantisch gesinnten Bürger von Baden-Baden waren über Maßnahmen des bayerischen Vormundschaftsregimentes erbittert. Man saß in der Bürgerstube, zechte und redete alsbald wie Brauch „von der Religion, von der Vertreibung der Predikanten und schimpfte auf die Obrigkeit“. Da sagte der Stubenknecht: „Diese Sach wird nimmer gut, wir teilen denn den Glauben mit Fäusten und machen einander blutige Köpf. Wer danach gewinnt, hats.“ Nun antwortete ein Bürger, er habe von seinen Eltern gehört, daß man im Bauernkrieg etlichen Bürgern, „so sich wider die Obrigkeit aufgelehnt“, die Köpfe auf dem Markt herabgehauen habe. Darauf erwiderte der Stubenknecht: „Das schad nit, ist es um ein Kap voll Fleisch zu tun, haben danach zuvor ander Leut auch ihren Teil“. Zu der Rede gaben ihm die Bürger des Rates Anlaß, deren tägliches Gespräch nur gewesen sei: ohne Aufruhr gehe es nicht ab, es müsse ein neuer Bauernkrieg kommen. Es sind dies Äußerungen schlichter, unbedeutender Menschen. Umso größer war der Kreis derer, die wie sie fühlten. Die Kirchenspaltung war vollzogen. Die Gewissenskrupel lagen hinter der Zeit. Man bejahte den Kampf. Dieser Umschwung der inneren Haltung war allgemein. Er zeigte sich bei Männern der Kirche, bei Herrschern und Staatsleuten. Um in unserm Kreise zu bleiben, seien aus der Zeit der Reformation nur Markgraf Philipp I., der Kanzler des ersten Vormundschaftsregimentes Sandizell und, als eine Gestalt der Gegenreformation, Ottheinrich von Schwarzenberg genannt.

---

4. D. Martin Luther, Tischreden, Bd. I. Nr. 907, F. B. 3, 102. Erste Hälfte der dreißiger Jahre.

5. G. L. A. Bd. 511, Nr. 345 = B. H. A. Baden, Nr. 9, fol. 136—138.



Das Gepräge des Zeitalters trugen die Ereignisse in Baden auch noch in anderer Hinsicht. Auch hier findet sich, wie überall, jene enge Verflechtung von religiösen, kirchlichen, dynastischen und allgemein politischen Dingen, die für das 16. Jahrhundert so charakteristisch ist.<sup>6</sup> Das religiöse Erleben war als seine Grundstimmung so beherrschend, daß diese Epoche eine Verwischung der Übergänge weniger stark empfand als Zeiten, in denen die Religion das Gemeinschaftsleben nicht so erfüllte und bestimmte und infolgedessen einen mehr abgesonderten, von der Welt abgehobenen Lebensbezirk bildete.

---

6. Diese Verflechtung von kirchlichen und politischen Gedankengängen und Zwecken hat Götz Frhr. v. Pölnitz an einer hervorragenden Persönlichkeit der Gegenreformation, dem Fürstbischof von Würzburg Echter von Mespelbrunn, und damit für ein geistliches Territorium der Zeit, außerordentlich einprägsam dargestellt. Dr. Götz Frhr. von Pölnitz, Julius Echter von Mespelbrunn, Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 17. 1934.

## Erstes Kapitel.

# Die Markgrafschaft Baden zur Zeit der Reformation

Kurz bevor durch das Auftreten Luthers die ungeheuren Spannungen, die das vorreformatorische Deutschland in sich trug, ausgelöst wurden, zog sich 1515 Christoph I. von Baden<sup>1</sup> von der Regierung zurück. Die Markgrafschaft verlor in ihm einen der erfolgreichsten Regenten und eine der geschlossensten Persönlichkeiten, die bis dahin ihre Geschicke geleitet hatten. In einem langen Leben hatte Christoph I. durch zahlreiche Gebietserwerbungen den Besitzstand seines Hauses fast verdoppelt. Zu den älteren Besitzungen, Niederbaden, Hochberg-Altensteig, Anteilen an den Herrschaften Eberstein, Mahlberg, dem linksrheinischen Städtchen Beinheim und den Besitzungen am Hunsrück, in der Grafschaft Sponheim, waren Erweiterungen in den Herrschaften Lahr, Mahlberg und Geroldseck gekommen. Als kaiserlicher Statthalter von Luxemburg erwarb er die Herrschaften Püttingen, Rodenmachern, Reichertsberg, Hespringen, Bollchen und Unseldingen. Die Grafschaft Eberstein wurde in ein Kondominat umgewandelt. Hauptsächlich aber wurde den oberbadischen Besitzungen Rötteln und Sausenberg hinzugefügt. Dies war der Umfang, den der markgräfllich badische Besitz, mit geringen Änderungen, bis in das ausgehende 18. Jahrhundert hinein behielt.

Durch zahlreiche Ordnungen und Gesetze regelte Markgraf Christoph I. die Angelegenheiten seiner Territorien. Er schuf durch sie die Grundlagen, auf denen Verwaltung und Wirtschaftsordnung der Markgrafschaft im 16. Jahrhundert beruhten. Er gab eine neue badische Landesordnung heraus,

---

1. Literatur: Friedrich Wielandt, Markgraf Christoph I., Friedrich v. Weech, Badische Geschichte, Eberhard Gothein, Die badischen Markgrafschaften,

ordnete die Gerichtsverhältnisse, das Finanzwesen und gewährte den Städten Baden und Pforzheim weitgehende und bedeutsame Privilegien. Im engen Zusammenhang damit stand eine großzügige Gewerbepolitik. Die Baden-Badische Kanzlei wurde unter ihm zur obersten Zentralbehörde des Landes. Aufgabenkreise anderer Verwaltungsorgane wurden neu festgelegt und umschrieben. Von besonderer Bedeutung wurde seine Regelung der Erbverhältnisse seines Hauses. Anfänglich wollte er seinem Sohn Philopp die Regierung der Gesamtmarkgrafschaft überlassen (1505). Die anderen Söhne, die nicht durch kirchliche Würden versorgt waren, wehrten sich gegen diese Pläne. Es kam zu Abänderungen (1510). Schließlich griff Christoph 1515 auf das Teilungsprinzip zurück. Er bestimmte, daß seine Söhne Philipp, Bernhard und Ernst bei seinem Tode je etwa einen gleich großen Teil der Markgrafschaft erhalten sollten. Als Christoph diese Verfügung traf, machten sich bei ihm schon Alterserscheinungen geltend. Sie zwangen ihn, sich im gleichen Jahre noch von der Regierung zurückzuziehen. Friedrich Wielandt spricht in seiner aufschlußreichen Arbeit über Christoph I. die Vermutung aus, daß Christophs Handlungsweise geradezu mit der Abnahme seiner geistigen Kräfte im Zusammenhang stand.<sup>2</sup> Zweifellos brachte Christoph durch seine Nachgiebigkeit sein Lebenswerk in Gefahr. Die ansteigende Entwicklung, die die Markgrafschaft unter seiner Regierung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens genommen hatte, mußte durch die Erbteilung einen Rückschlag erfahren. Dieser trat aber noch nicht sofort ein. Zunächst übernahm nach dem Rücktritt des Vaters, bis zu dessen Tode, der erst 1527 erfolgte, Markgraf Philipp I. in den meisten Landesteilen die Regierung. In den Herrschaften Rötteln, Badenweiler, der Landgrafschaft Sausenberg, der Markgrafschaft Hochberg folgte Markgraf Ernst. Der älteste Sohn, Markgraf Bernhard, hatte die Erbteilung von 1515 nicht anerkannt. Deshalb weigerte sich sein Bruder Philipp, ihm sein späteres Erbteil einzuräumen. Bernhard lebte bis zu Markgraf Christophs Tode in einer Art Verbannung am Brüsseler Hofe.

---

2. Wielandt, Z. G. O. Rh., NF. 46, S. 556.

In Philipps Regierung fiel die Reformation.<sup>3</sup> Die Haltung, die er und seine Berater zu den Geschehnissen einnahmen, wich wenig von der Linie ab, die sein Vater in seiner Reichspolitik eingehalten hatte. Es war die Haltung der Zwischenstellung, des Abwartens und des Vermittelns. Sie ergab sich aus der Lage des Landes, seiner Kleinheit, der Zerstreuung des Besitzes und der verschiedenen Struktur der auseinanderliegenden Teile.

Die Tätigkeit des Vermittlers übernahm Baden schon auf dem Wormser Reichstag von 1521. Als Sprecher des Ständeausschusses, der zwischen dem 22. und 24. April 1521 einen gütlichen Ausgleich mit Luther herzustellen suchte, spielte Markgraf Philipps Kanzler Hieronymus Veus eine bedeutende Rolle. Es war ebenfalls Veus, der am Vormittag und Nachmittag des 25. April, nur noch in Gegenwart von Konrad Peutinger, jene denkwürdigen Gespräche mit Luther führte, um durch einen letzten Vergleichsvorschlag dessen Bruch mit dem Kaiser zu verhindern,<sup>4</sup> und acht Jahre später unternahm Philipp I. auf dem Speyrer Reichstag von 1529 einer ähnlichen Aufgabe. Auch er versuchte durch persönliche Aussprache und Einwirkung in entscheidender Stunde die Erweiterung der Kluft zwischen Alt- und Neugläubigen aufzuhalten.<sup>5</sup> Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, sich nur mit dem Bekenntnis einer einzelnen Persönlichkeit auseinanderzusetzen, sondern die neugläubigen Stände wollten nun ihrerseits als Landesfürsten die Folgerungen aus ihrer lutherischen Gesinnung ziehen. Sie hatten feierlich gegen den Reichstagsabschied Protest eingelegt, um für die reichsrechtliche Anerkennung der lutherischen Konfession in ihren Ländern zu kämpfen.<sup>6</sup> Zusammen mit Herzog Heinrich dem Jüngeren von Braunschweig hatte Markgraf Philipp nach dem Auszug der Protestierenden diesen eine Vermittlungs-

---

3. Vierordt, Bossert, Kattermann, Reinfried, Lederle, und Fester.

4. Seidemann, Dr. Hieronymus Vehus über seine Verhandlungen auf dem Reichstag zu Worms. Z. f. hist. Theol. v. Niedner 1851. Kattermann, Kap. II. § 2.

5. Johannes Kühn, Die Geschichte des Speyerer Reichstages 1529, S. 190. Kattermann Kap. IV. S. 286 f.

6. Vgl. Kühn, Schlußbetrachtungen, S. 253 ff.

formel vorgeschlagen, die sie auch annahmen. Aber seine Versuche, sie zur Reichstagsmehrheit zurückzuführen, blieben durch die Ablehnung der Vorschläge durch König Ferdinand und die kaiserlichen Kommissare erfolglos.

Wenn in den Jahren nach dem Speyrer Reichstag Markgraf Philipp sich bis zu seinem Tode 1533 zu einer einseitigeren Stellungnahme in den Religionsfragen entschloß, so zwangen ihn die Ereignisse dazu. Noch 1530 aber, auf dem Reichstag zu Augsburg, bemühte sich Veus erneut, an einer Einigungsformel mitzuarbeiten.<sup>7</sup> Er handelte ganz im Sinne Markgraf Philipps, der diesem Reichstag fern blieb. Nachdem die Bemühungen der Ausschüsse gescheitert waren, machte Veus im Auftrag König Ferdinands, wie schon bei andern Gelegenheiten, auch diesmal einen letzten Versuch, eine Einigung zu erzielen. Als Sprecher in den Ausschüssen, als Protokollführer, als Verfasser von offiziellen Aktenstücken und Berichten an den Kaiser und als Mitglied des Redaktionsausschusses des Reichstagsabschiedes war Veus eine bedeutende Rolle zugefallen. Seine und seines Herrn asgleichende und versöhnende Haltung hatte seit Jahren versucht die Folgen der bitter empfundenen Religionspaltung zu mildern. Da aber die Verselbständigung des Protestantismus, sowohl auf politischem, wie auf religiösem Gebiet immer ausgesprochenere Formen annahm, hob Philipp jetzt die Grundlehren der alten Kirche, von denen er sich nie gelöst hatte, wieder stärker hervor. Betonter trat er damit auch wieder auf die Seite der streng katholischen Landesfürsten. Wie weit ihn der Wille nach Ausgleich und bessernder Reform erfüllt hatte, zeigten besonders die Maßnahmen seiner Religionspolitik im Innern seines Landes.

Der Einfluß, den Baden auf eine Reihe Bistümer durch Brüder und Söhne Markgraf Christophs bisher ausübte, war zurückgegangen. Markgraf Friedrich, Bischof von Utrecht, der Bruder Christophs I., war 1517 gestorben; Christophs Sohn Jakob, Kurerzbischof von Trier, schon 1511. Von den andern Söhnen, die geistliche Würden in Mainz, Köln, Straßburg, Trier

---

7. Kattermann, Kap. IV. S. 295 ff.



oder Augsburg bekleideten,<sup>8</sup> lebten bei Ausbruch der Reformation nur noch Markgraf Rudolf, Domherr zu Straßburg. Ein Nachrücken badischer Markgrafen in die Domkapitel erfolgte nicht mehr. Von Markgraf Bernhards und Ernsts Söhnen fand keiner mehr durch geistliche Pfründen seine Versorgung. Weder Philipps noch seiner Nachfolger Stellung zur Kirchenfrage wurde durch Bindungen oder Interessen dieser Art bestimmt, Nur zum Bistum Speyer, auf das Baden nie unmittelbaren Einfluß erlangt hatte, bestanden unter Philipps Regierung nähere verwandschaftliche Beziehungen. Bischof Georg von Speyer, der von 1513—1529 regierte, war ein Bruder des regierenden Kurfürsten von der Pfalz, und so Philipps Schwager. Aber trotzdem verschlechterte sich das Verhältnis zum Bistum Speyer.

Schon Markgraf Christoph I. hatte während seiner Regierungszeit begonnen, das landesherrliche Aufsichtsrecht über die Kirche auszudehnen. Philipp I. brachte das in weit größerem Maße zur Durchführung, als sein Vater. Eine ganze Reihe seiner scheinbar reformationsfreundlichen Maßnahmen entsprangen den Bestrebungen des damaligen Territorialfürstentums, den landesherrlichen Charakter des Kirchenregimentes zu verstärken, wie sie sich seit dem Wiener Reichskonkordat von 1448 mit zielbewußter Zähigkeit in immer größerem Maße geltend machten.<sup>9</sup> Bereits Christoph I. suchte den Übergang von Liegenschaften, in kirchlichen Besitz zu beschränken.<sup>10</sup> Ebenso setzte er die Staatsautorität zur Hebung von Volk und Klerus ein.<sup>11</sup> Eingriffe aber, zum Beispiel in das Kollaturrecht, erfolgten durch ihn noch nicht, wenn er auch auf den Erwerb von Patronaten bedacht war. Philipp I. ging bedeutend weiter. In seinen Religionsmandaten, die zwischen 1522 und 1533 veröffentlicht wurden,<sup>12</sup> drängte er die bischöfliche Jurisdiktion sehr weit

---

8. Kisky, Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten im 14. u. 15. Jahrhundert, Zeumer, Quellen und Studien, Bd. I. H. 3, 1906; Glöckler, Die Bischöfe v. Straßburg.

9. Vgl. Andreas, Deutschland vor der Reformation, S. 32 ff. und Hashagen II, C. S. 116 ff.

10. Wielandt, S. 593; B. Schwarz, Geschichte von Ettlingen, S. 71.

11. Wielandt, S. 53.

12. Veröffentlicht von Fester: Die Religionsmandate des Markgrafen Philipp von Baden, Zeitschrift f. Kirchengeschichte 1890 Bd. XI. S. 307.



zurück. Eine Gruppe dieser Mandate erstreckte sich auf Kirchenzucht, Kultus und Kirchenbräuche im allgemeinen. Sie erfolgten in dem Glauben, daß durch die Beseitigung von äußeren Schäden eine Kirchenspaltung zu vermeiden sei. Schon vor dem Erscheinen des ersten badischen Religionsmandates hatte Veus Herzog Georg von Sachsen seine Ansichten entwickelt. Im Gegensatz zu Luther müsse man an der Ohrenbeichte, dem Meßopfer und den anderen heiligen Bräuchen der Kirche festhalten, aber durch ein Konzil die kirchlichen Mißbräuche in Leben, Sitte und Wort bessern.<sup>13</sup>

Weiter kam man den Forderungen aus lutherischen Kreisen in einer zweiten Gruppe von Verfügungen entgegen. Es waren Erlasse, die einen Eingriff in die herrschende Kirchenpraxis mehr auf kirchenrechtlichem Gebiet darstellten.<sup>14</sup> In dogmatischer Hinsicht standen sie ebenso wenig wie die vorher aufgezählten Mandate im Gegensatz zur alten Kirche, nur wurden die Rechte der Diözesanbischöfe durch sie noch rücksichtsloser übergangen, als allein schon durch die Tatsache, daß die weltliche Obrigkeit überhaupt innerkirchliche Fragen zu regeln suchte. Die Ausschreibungen bezogen sich auf Besoldungsfragen der Geistlichkeit, Gebühren für kirchliche Handlungen, die bürgerliche Stellung der Pfarrer, Obergerichtsrecht, Pfründen und Gefälle.

Schließlich erließ man noch Bestimmungen, die der Abschwächung der Glaubensgrundsätze dienen sollten. Wichen sie auch nicht geradezu vom Dogma ab, so bestritt die Kirche dennoch ihre Zulässigkeit. Es handelte sich um die Erlaubnis, daß die Pfarrer der Markgrafschaft heiraten durften. Sie wurden dazu sogar gezwungen, wenn sie im Konkubinat lebten. Dann wurde aber auch die Spendung des Laienkelches an Kranke und Sterbende gestattet.<sup>15</sup>

Markgraf Philipp hatte sich seit seinem ersten Mandat bemüht, in keinen unnötigen Gegensatz zu den zuständigen Diözesanbischöfen von Straßburg und Speyer zu geraten. Bischof

---

13. J. K. Seidemann, S. 81.

14. Fester, Mandat III., IV.

15. Fester, V. Mandat vom März 1527.

Georg von Speyer sah aber ebenso wie sein Domkapitel die Fragen der lutherischen Bewegung nicht in erster Linie unter religiösen Gesichtspunkten an, sondern für sie standen die Fragen der kirchlichen Macht, Autorität und Freiheit weit mehr im Vordergrund. Von vornherein scheint man sich gegen jedes selbständige Vorgehen Philipps gewandt zu haben.<sup>16</sup> Zu ernststen Konflikten kam es aber erst, als Markgraf Philipp bei seinen Bemühungen, die vielfältig zusammengesetzten Pfarrbezüge in feste Besoldungen umzuwandeln, 1525 auf den Widerstand des Kapitels stieß. Er befand sich in einer bedeutend stärkeren Lage als das Kapitel. Da es seine Mitwirkung bei der Ordnung der Kompetenzen versagte, unterband Philipp kurzerhand den Einzug des Speyerer Kirchenzehnten in der Markgrafschaft. In dem Kampf, den das Kapitel nun gegen die Kirchenpolitik Markgraf Philipps im gesamten aufnahm, war es nicht glücklich. Immer wieder mußte es nachgeben. Eine Klage beim Kaiser wurde nicht beantwortet, und auch der Bischof von Straßburg versagte ihm die erbetene Unterstützung.<sup>17</sup> In der Frage der Pfarrkompetenzen kam es zwar später zu einer Einigung, aber die Stellung Philipps zur bischöflichen Jurisdiktion blieb ungeklärt.<sup>18</sup> Die zögernde Haltung, die die meisten deutschen Bischöfe gegenüber der neuen Lehre einnahmen, veranlaßte die Domkapitel des Mainzer Erzbistums schließlich, eine Versammlung der Mainzer Domstifte einzuberufen. Sie wollten dadurch ihre Bischöfe zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Reformation bewegen. Das Speyerer Kapitel klagte namentlich über die Kirchenpolitik des badischen Markgrafen.<sup>19</sup> Da die zuständigen Bischöfe versagten, wie selbst die einseitige Kritik ihrer Kapitel zugab, glaubte sich Philipp berechtigt, Mißstände abzustellen, wo die Kirche nicht mehr Herr der Lage war. Die Eingriffe in die Rechte der Bischöfe schwächten letzten Endes den Katholizismus in der Markgrafschaft nicht. Aber Philipps Bestimmungen über Priesterehe und Laienkelch ließen bei Volk und Pfarrern Un-

---

16. Bossert XVII, S. 44, 61, vgl. auch Kattermann, S. 345.

17. Bossert XVII, S. 435 ff., Kattermann Kap. V. § 3.

18. Kattermann, S. 408.

19. Bossert XVII, S. 435 ff.

klarheiten über seine wirkliche Stellung zur Kirchenfrage aufkommen. Obgleich das Abendmahl in beiderlei Gestalt ausdrücklich nur Kranken und Sterbenden gereicht werden sollte, wurde das, absichtlich oder unabsichtlich, vergessen. Dazu trug auch noch bei, daß in den späteren Mandaten, die die Einhaltung aller Kultformen nach streng katholischem Ritus verlangten, die Bestimmung über den Kelch nicht zurückgenommen wurde. Bis in die Mitte des Jahrhunderts hinein beriefen sich die Anhänger der neuen Lehre auf jene Anordnungen. Noch 1572 setzte sich der Jesuit Georg Schorich in einem Gutachten über die Kelchfrage mit der Stellungnahme Markgraf Philipps auseinander. Er stellte fest, daß die Einführung ohne päpstlichen Dispens erfolgt sei, der später nur den österreichischen Erblanden und Bayern gewährt wurde.<sup>20</sup> Die Mandate Philipps behielten in der Markgrafschaft Baden-Baden durch so viele Jahre eine große Bedeutung, weil sein Nachfolger, Markgraf Bernhard, kein neues Religionsmandat ausgehen ließ. Auch das erste bayerische Vormundschaftsregiment griff auf sie zurück.<sup>21</sup>

Ebenso wie Markgraf Philipp I. nahmen auch seine Untertanen an den religiösen Auseinandersetzungen der Zeit regen Anteil. Änderte sich die Stellung der Regierung je nach der Entwicklung der lutherischen Bewegung, war ihre Haltung zu den einzelnen Fragen von den verschiedensten Einflüssen und Ereignissen beeinflußt, so stand auch Fühlen und Handeln der ganzen Bevölkerung unter den Einwirkungen der entgegengesetztesten Zeitströmungen. Bauer und Bürger, Kleriker und Gelehrter, alle waren sie im Denken ihres Lebenskreises ergriffen und bewegt. In den ersten Mandaten Markgraf Philipps war zum Ausdruck gekommen, daß ihm die große Einheit der christlichen Glaubenswelt eine unerschütterliche Gegebenheit darstellte. Alles andere, so wurde der Zwiespalt gedeutet, sind im Grunde nur „disputierliche Punkte, über die die Gelehrten verschiedener Meinung sind“.<sup>22</sup> Markgraf Philipp

---

20. G. L. A., Bd. 511, Nr. 366 = B. H. A., Baden, Nr. 5, fol. 150—155. Siehe Kapitel IV., S. 120.

21. Siehe Kapitel III., S. 86

22. Mandat v. 30. Aug. 1522. Fester Nr. 1.

wandte sich nicht gegen die Disputation strittiger Fragen, sondern er forderte bis zu ihrer Klärung die Zurückhaltung der Ungelehrten. Das war humanistisch gedacht. Hatte schon Philipps Vater zu verschiedenen Humanisten Beziehungen unterhalten, so kam in der badener Kanzlei das humanistische Element erst unter Philipp I. durch den Kanzler Hieronymus Veus stärker zur Geltung.<sup>23</sup> Veus stammte aus Baden-Baden.<sup>24</sup> Seine Schulbildung hatte er an der Lateinschule in Pforzheim empfangen. 1503 wurde er an der Universität Freiburg immatrikuliert, wo er bis zum Abschluß seines juristischen Studiums blieb. Er gehörte dort einem Kreis junger humanistischer Gelehrter und Dichter an, an deren literarischen Feuden er sich beteiligte. Auch trat er selbst mit Dichtungen hervor. Beziehungen zum badischen Hof hatte er früh. Vielleicht hatte sein Lehrer Ulrich Zasius, der ja als Gutachter für die badische Kanzlei arbeitete und bei Markgraf Christoph I. in hohem Ansehen stand, ihn besonders empfohlen. Schon 1506 erhielt Veus von Markgraf Christoph, wohl als Studienstipendium, die Frühmeßfründe der Pfarrkirche zu Niederbühl verliehen, die er bis 1511 innehatte. 1510 promovierte er zum Dr. jur. Er begann aber zunächst über Poesie zu lesen. Erst im Sommersemester des Jahres hielt er eine Vorlesung über die Institutionen. Seine Beziehungen zur markgräflichen Kanzlei hatten sich inzwischen noch enger gestaltet. Seit 1511 wurde er dort als Rat geführt. Er bekleidete aber vorläufig noch in Freiburg die Rektoratswürde, die ihm im Wintersemester 1512 auf 13 sogar ein zweites Mal vertretungsweise zufiel. Nebenher beschäftigte ihn die badische Regierung als markgräflichen Anwalt. 1514 legte Veus seine Professur nieder und trat völlig in Markgraf Christophs Dienste. Markgräflicher Kanzler war damals Jacob Kirser, der schon seit 1496 der Regierung angehörte. Schon vier Jahre nach seinem Dienstantritt nahm Veus dessen Stelle ein, obwohl Kirser dem Rate weiter angehörte. Die Regierung war inzwischen von Markgraf Christophs in Markgraf Philipps Hände übergegangen. Fast gleichzeitig also

---

23. Wielandt, S. 605.

24. Kattermann, S. 19 ff.

mit dem Auftreten Luthers, wurde Veus der wichtigste Berater des Markgrafen.

Der Kanzler Veus hatte den ersten Schriften Luthers weitgehend zugestimmt.<sup>25</sup> Er brachte das Luther gegenüber 1521 in Worms auch zum Ausdruck. Veus war sich völlig über die Schäden und Mängel des herrschenden Kirchenwesens im klaren und war für deren gründliche Beseitigung. Als aber Luther die Substanz der Kirchenlehre selbst angriff, weigerte er sich, weiter dessen Gedankengängen zu folgen. In seiner Grundhaltung blieb er altkirchlich gesinnt. An einer mittleren Linie des Ausgleichs und der Bereitschaft für äußere Reformen hielt er sein ganzes Leben lang fest. Da er als Persönlichkeit und als Jurist viele überragte, trat er an den Reichstagen oft stärker hervor, als es der Bedeutung des Territoriums das er vertrat, entsprach. Die feindlichen Parteien haben seine ehrlichen Vermittlungsbemühungen nicht immer anerkannt. Namentlich von protestantischer Seite wurde ihm mehrfach Unaufrichtigkeit vorgeworfen,<sup>26</sup> so besonders nach dem Wormser Reichstag 1521 und dem Augsburg 1530. In der Markgrafschaft blieb seine Auffassung der Kirchenspaltung der ruhende Pol in der Flucht der Entwicklung. Erst die Arbeit von Gerhard Kattermann hat seine Stellung in der Kirchenpolitik Markgraf Philipps geklärt und die von seinen Anschauungen mehrfach abweichende Haltung des Markgrafen zum erstenmal deutlich aufgezeigt.<sup>27</sup> Nicht allein Markgraf Philipp, sondern auch andere hohe Beamte der Markgrafschaft teilten nicht immer Veus' Meinung. Drei von ihnen, nämlich der Landhofmeister Conrad von Venningen, der ehemalige Landschreiber der Markgrafschaft und spätere Rat Georg Hose und der Altkanzler Jacob Kirser, neigten sogar ausgesprochen der neuen Lehre zu. Da Markgraf Philipp oft viele Monate in seinen Luxemburgischen Besitzungen weilte und Veus ebenso in auswärtigen Geschäften häufig von Baden

---

25. s. J. K. Seidemann, *Z. f. hist. Theol.* 1851.

26. J. K. Seidemann u. Kattermann, S. 302 f.

27. Dr. Gerhard Kattermann, Markgraf Philipp I. von Baden und sein Kanzler Dr. Hieronymus Veus. Diss. Freib. Manuscript des G. L. A. Karlsruhe.



abwesend war, erhöhte sich ihr Einfluß auf die dortigen Regierungsgeschäfte außerordentlich. Durch Vermittlung der protestantisch gesinnten Räte, aber hauptsächlich durch die äußerst duldsame Haltung Markgraf Philipps gegenüber dem Predigtwesen kamen in den ersten Jahren der Reformation eine Reihe jüngerer und älterer Pfarrer und Lehrer in die Markgrafschaft, die teilweise durch ihr Eintreten für die lutherische Sache schon bekannt geworden waren oder sich später als eifrige Protestanten einen Namen machten.<sup>28</sup> Mancher der Zugezogenen mußte weichen oder ging von selbst, enttäuscht, als Philipp im Lauf der Jahre nicht zum Luthertum übertrat. Namentlich nach der Vertreibung Ulrichs von Württemberg aus seinem Herzogtum 1520 und dem Übergang der dortigen Regierungsgewalt an die Habsburger fanden zahlreiche flüchtige Geistliche aus Württemberg in der Markgrafschaft Anstellung. Aber auch Prädikanten, die aus dem Elsaß und dem Rheinland ihrer Gesinnung wegen hatten weichen müssen, fanden in Baden Zuflucht. So waren wenige Jahre nach dem Reichstag von 1521 die wichtigsten Pfarreien der Markgrafschaft mit ausgesprochenen Anhängern der neuen Lehre besetzt oder zum mindesten mit Männern, die ihr nahestanden: die Prädikaturen in Baden-Baden und Pforzheim, die Pfarrei in Ettlingen und eine Reihe Kanonikate am Badener, Ettlinger und Pforzheimer Stift.<sup>29</sup> Auch in die Landpfarreien drang das reformationsfreundliche Element immer mehr ein. Eine große Zahl dieser Geistlichen heiratete während ihrer Pfarrtätigkeit in der Markgrafschaft.

Sprach das I. markgräfliche Ausschreiben über die Kirchenfragen vom August 1522 von Gelehrten und strittigen Punkten der Lehre, so führte in den nächsten Jahren der Bauernkrieg Markgraf Philipp in furchtbarster Weise vor Augen, welch breite andere Schichten in ihrem Sinne Träger reformatorischen Gedankengutes geworden waren. Ein Mandat, das Markgraf Philipp am 29. April 1525 erließ,<sup>30</sup> am Tage, als die badischen

---

28. Vgl. zu folgendem, Vierordt, Bd. I. S. 156 ff., 247, 250, 329. Bosser. XVII, S. 63.

29. Kattermann, S. 357.

30. Fester, III.



Räte in Herrnenalb und Schwarzach mit den aufrührerischen Bauernhaufen verhandelten,<sup>31</sup> begann mit der Feststellung, daß die Regierung durch die zahlreichen Versammlungen der Bauernschaft, die sie im eigenen Lande „neben und um sich allenthalben in großen Haufen“ sehe, dahin verständigt wurde, daß es der feste Vorsatz der Bauernschaft sei in Bezug der Geistlichen und ihrer Güter eine Änderung vorzunehmen. Die Bauernschaft habe ernstlich erklärt, daß sie diese Sache selbst in Angriff nehmen werde, sofern in der Markgrafschaft keine Änderung der Zustände erfolge. Diese Drohung machte Markgraf Philipp unwirksam, indem er die Regelung der Forderungen in die Hand nahm. Durch seine gemäßigte, entgegenkommende Haltung wurden in der Markgrafschaft die Unruhen schneller und unblutiger beigelegt als in den anderen Aufstandsgebieten. Die Regierung ging auf die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Bauern ein und suchte die beanstandeten Mängel auf kirchlichem Gebiet in ihrem Sinne zu regeln.<sup>32</sup> Mit äußerstem Geschick verstand sie es in der Art der Begründung und Durchführung der Maßnahmen, sie den Tendenzen der markgräflichen Politik einzuordnen. Nicht anders als im eigenen Lande und entsprechend seiner Haltung in der Kirchenfrage suchte Markgraf Philipp auch die benachbarten Stände zu einer gütlichen Auseinandersetzung mit den Bauern zu bewegen.<sup>33</sup> Er bemühte sich darum im Oberland bei seinem Bruder Markgraf Ernst, in der Ortenau und im Breisgau. Auch beim Reichsregiment, dessen Vorsitzender er als Statthalter für König Ferdinand in diesen Jahren war, riet er zur Mäßigung. Bei fast allen Vertragsabschlüssen am Oberrhein, die zwischen den Bauern und den Ständen im Sommer 1525 zustande kamen, wirkten seine Räte als Vermittler mit. Seine Haltung brachte Philipp nur Nachteile; denn sie verwickelte ihn in zahlreiche Irrungen. Nach der endgültigen Niederschlagung des Aufstandes durch das Fürstentum stand er mit seiner Auffassung fast völlig allein.

---

31. Kattermann, S. 165.

32. Hartfelder, Vierordt, Bd. I, S. 207 ff. Remling, S. 253 ff. Bd. II.

33. Kattermann, Kap. III. § 2 Abschnitt III.

Während Philipps Tätigkeit am Reichsregiment kam es zu Vorkommnissen, die es fraglich erscheinen ließen, ob sich Philipp nicht nur äußerlich, durch viele Maßnahmen seiner Kirchenpolitik, sondern auch persönlich vom alten Glauben abgewandt habe. Er hatte nach Eßlingen, dem Sitz des Reichsregimentes zwischen 1524 und 1527, seinen Hofprediger Franz Irenicus mitgebracht. Dessen Predigten wurden von katholischer Seite heftig angegriffen.<sup>34</sup> In kurzer Zeit war Irenicus Führer der Lutheraner in Eßlingen geworden. Trotzdem der päpstliche Legat, König Ferdinand und das Speyerer Domkapitel gegen das Auftreten des markgräflichen Hofpredigers protestierten, behielt Markgraf Philipp ihn bei sich. Philipp nahm ihn 1526 auch auf den Reichstag nach Speyer mit, was ihm wieder viele Anfeindungen zuzog. Irenicus war Lutheraner, darüber bestand kein Zweifel. Aber Äußerungen Markgraf Philipps gegenüber Franz Irenicus aus dem gleichen Jahre zeigen Philipps völlig selbständige Stellung zur Kirchenfrage. Irenicus drängte ihn, die Messe abzuschaffen. Philipp wies ihn aber auf den Abendmahlsstreit zwischen Lutheranern und Zwinglianern hin und auf die Tatsache, daß sich im Lager der Neugläubigen die Auffassungen über diese Frage andauernd änderten.<sup>35</sup> Obwohl Philipp einen lutherischen Hofprediger hatte, besuchte er auf dem Reichstag zu Speyer regelmäßig die Messe. Er war wie sein Kanzler Veus von der äußeren Reformbedürftigkeit der Kirche überzeugt. Außerdem billigte er den Gelehrten die Diskussion der strittigen Punkte des Dogmas zu, in der Hoffnung, daß ein Konzil eine Entscheidung fällen werde. In seinen persönlichen Anschauungen mochte er lutherischen Formulierungen manchmal mehr zuneigen als Veus, aber der Kern der Kirchenlehre war für ihn sicher ebenso unantastbar wie für diesen. Als das Konzil nicht kam und in der Reichspolitik die Gegner sich nicht auf einer mittleren Linie fanden, sondern die Gegensätze sich nur immer mehr vertieften, begann er, seine Kirchenpolitik klarer gegen die Gegner des Katholizismus abzugrenzen. Das geschah nicht auf einmal. Die Einschränkungen

---

34. Kattermann, S. 399, 350.

35. Vierordt, Bd. I, S. 245.

erfolgten schrittweise im Maße, wie sich die Möglichkeiten einer Einigung mit den Neugläubigen verringerten. Die erste größere Einschränkung machte Philipp in dem Abendmahlstreit. Während er lutherische Prediger nach 1527 in der Markgrafschaft noch duldete, mußten die Zwinglianer das Land verlassen.<sup>36</sup>

Markgraf Philipp hatte seine kirchenpolitischen Maßnahmen mit einem Verbot der kirchlichen Neuerungen begonnen. Sein erstes Mandat war von dem Gedanken beherrscht, daß an erster Stelle der Kirchenreform die sittliche Erneuerung stehen müsse. Wie in anderen Teilen des Reiches lagen auch in der Markgrafschaft die Schäden des Kirchenwesens, deren Abstellung man allgemein forderte, offen zu Tage. Sie hatten nur, entsprechend den kleineren Verhältnissen in den markgräflichen Gebieten, in vielen Fällen nicht den Umfang angenommen, wie in größeren, reicheren Territorien. Die Bevorrechtung des Klerus, die Häufung von Pfründen und Zehnten in den Händen von Stiften und Klöstern, die Handhabung des Pfründungswesens überhaupt, die Residenzpflicht auch der niederen Geistlichkeit und deren Einkommensverhältnisse, all das lag im Argen. Aber die bisherige Praxis der Kirche, eingerissene Mißstände und Unvollkommenheiten der Zustände waren so weitgehend von der allgemeinen Struktur des damaligen Staats- und Wirtschaftslebens abhängig, daß es auch hier sehr tiefgehender Wandlungen bedurfte, ehe der Wille zur äußeren Reform der Kirche auch wirkliche Erfolge haben konnte. Erst die Loslösung aus der verwirrenden Fülle sich oft überschneidender Bindungen und Rechtsansprüche, die man noch aus dem Mittelalter übernommen hatte, konnte eine Neuordnung des Kirchenwesens bringen und zu einer klareren Neuabgrenzung weltlicher und kirchlicher Kompetenzen führen. Wenn einige der Maßnahmen, die Markgraf Philipp im ersten Jahrzehnt der Reformation zur Durchführung brachte, wieder zurückgenommen wurden, so lag das mit an den oben angedeuteten Gründen und nicht nur einer stärkeren Rückwendung zu katholischen Einrichtungen. Die Geistlichen, die man 1525 zwangsweise zu den

---

36. Kattermann 413 ff.

bürgerlichen Lasten zugezogen hatte, wurden 1530 von diesen wieder befreit.<sup>37</sup> Ebenso wurde um dieselbe Zeit der kleine Zehnte wieder eingeführt und nur der Blutzehnte blieb weiterhin abgeschafft. Die Einkünfte von Pfarrern, Kaplänen und Frühmessern waren unerträglich gering. Die Gründe waren Geldentwertung, Übertragung der Pfründen an Stifte und Klöster oder Verleihung an irgend welche Personen, die einen schlecht-bezahlten Vertreter stellten. Dazu waren seit der Reformation die Nebeneinnahmen aus Gebühren für kirchliche Verrichtungen gesunken. Seit dem Bauernkrieg waren sie noch geringer geworden. Die Pfarrer widersetzen sich deshalb auch nicht, als sie gänzlich abgeschafft wurden. Diese schlechten Einkommensverhältnisse mußten sich auf den Stand der Kleriker als Ganzes sehr ungünstig auswirken. Es ist nicht verwunderlich, daß seine Vorbildung schlecht war und, wie Kattermann berechnete, von den 200 zwischen 1517 und 1524 präsentierten Geistlichen nur ein Drittel studiert hatte und nur ein Fünftel einen akademischen Grad besaß.<sup>38</sup> Durch Zuschüsse aus den Zehntgefällen und durch Zusammenlegungen von Kaplanei- und Frühmesspfründen suchte Markgraf Philipp eine Besserung der Kompetenzen zu erreichen. In vielen Fällen gelang dies. Aber trotzdem zeigen die zahlreichen Eingaben von Geistlichen an die Regierung in diesen Jahren und die große Zahl der Prozesse und Schiedsverfahren zwischen Pfarrern und ihren Patronats-herrn um Besoldungsfragen, daß die Maßnahmen der Regierung noch nicht überall eine Änderung der Zustände herbeizuführen vermochten.<sup>39</sup> Nicht besser als die Lage des Pfarrerstandes war bei Ausbruch der Reformation der Zustand der Klöster in der Markgrafschaft. Der Bauernkrieg fügte ihnen außerdem noch schwere Schäden, durch Plünderung und Zerstörung zu, von denen sie sich nur langsam erholten. Die Zahl der Insassen nahm immer mehr ab. Von den Nonnen und Mönchen, die vor den Wirren des Bauernkrieges

---

37. Kattermann, S. 354.

38. Kattermann, S. 338.

39. Reinfried, Religionänderungen im Landeskapitel Ottersweier, Freib. Diöz. Arch. N. F. XII. S. 75 ff.



aus ihren Klöstern geflohen waren, kehrten eine Reihe nicht mehr dorthin zurück. Lange Zeit scheint Markgraf Philipp mit der Säkularisation der Klöster gerechnet zu haben. Deshalb verbot er wohl auch dem Kloster Lichtenthal die Neuaufnahme von Novizen.<sup>40</sup> Ebenso griff er in die Patronatsrechte von Schwarzach ein und gab dem Kloster außerdem einen weltlichen Schaffner. Erst gegen Ende seiner Regierung, als die erwartete Aufhebung der Klöster nicht von Reichswegen beschlossen wurde, ließ er ihnen wieder größere Selbständigkeit.

1527 und 1528 in den Jahren, in denen die zwinglianisch gesinnten Pfarrer die Markgrafschaft verließen, verlangten die Ausschreiben der Regierung<sup>41</sup> ausdrücklicher als bisher die Einhaltung der herkömmlichen Kirchenzeremonien an Festen wie Ostern, Himmelfahrt, Fronleichnam und bei sonstigen Gelegenheiten. Freigestellt blieb den Pfarrern, ob sie die Messe auch an nicht festlichen Tagen lesen wollten. Bei der Messe selbst durfte der große und kleine Kanon ausgelassen werden. Die Predigt nahm immer noch eine besondere Stellung ein. Die Haltung der Regierung zu der Frage der Priesterehe und der Form der Sakramentsreichung bei Krankheit und Sterbefällen hatte sich nicht geändert. Hieronymus Veus ging auf den Reichstag nach Augsburg 1530 mit der besonderen Weisung des Markgrafen, für die Duldung der Priesterehe einzutreten.<sup>42</sup> Die Stellung Markgraf Philipps zum Laienkelch und zur Priesterehe darf nicht unbedingt als ein Zeichen lutherischer Gesinnungen angesehen werden. Noch 1561, also zu einem Zeitpunkt, als die bayrerische Regierung schon ganz von der Restaurationsbewegung des Katholizismus ergriffen war, bemühte sie sich bei der Kurie, in viel weiterer Form als Markgraf Philipp den Laienkelch in der Markgrafschaft je gestattet hatte, einen Dispens für das Abendmahl in zweierlei Gestalt für Bayern zu erlangen. Da auf dem Reichstag in Augsburg 1530 die Einigung zwischen Lutheranern und Katholiken endgültig scheiterte und

---

40. Vierordt Bd. I. S. 241.

41. Fester. V, VI, VII.

42. Kattermann, S. 357.



die Standpunkte der beiden Parteien in der „Confessio“ und „Confutatio“ eine gültige Formulierung gefunden hatten, sah sich Philipp vor weitere Entscheidungen gestellt. Für die lutherischen Prediger in der Markgrafschaft hatte die Stunde geschlagen. Irenicus hatte schon vor dem Abschluß des Reichstages seine Stellung gekündigt. Über die Art der Durchführung des Reichstagsabschiedes konnten sich Veus und die protestantisch gesinnten Berater Markgraf Philipps nicht einigen. Der Markgraf wählte zwischen ihren Vorschlägen noch einmal den mittleren Weg.<sup>43</sup> Alle früher erlassenen Bestimmungen über die Einhaltung des katholischen Ritus, der Kult- und Kirchenbräuche, und das Verbot, über strittige Materien zu predigen, wurden in verschärfter Form wiederholt.<sup>44</sup> Die Anordnungen über Priesterehe und die Sterbesakramente wurden aber beibehalten. Mit dem Weggang von Franz Irenicus setzte der Abzug der anderen lutherisch gesinnten Pfarrer der Markgrafschaft ein. Er vollzog sich ohne Härten.

Überblickt man den Verlauf der Reformation in der Markgrafschaft während der Regierung Markgraf Philipps I., so kann man sagen: Es setzte sich die eindeutige Absicht durch, den Katholizismus zu erhalten. Die Bemühungen und der Glaube an die Möglichkeit eines Ausgleichs von neuer und alter Lehre hatten die Regierung durch eine Reihe von Jahren zu Maßnahmen verleitet, die dem Eindringen der neuen Anschauungswelt günstig waren. In allen Ständen der Markgrafschaft hatte die neue Lehre Fuß gefaßt. Wurden auch zahlreiche Pfarrer in Stadt und Land vertrieben, so blieben die protestantischen Neigungen der Bevölkerung. Im ganzen aber waren die religiösen Verhältnisse nicht anders geartet, als man sie sonst im Reich, auch in den altgläubigen Territorien antraf.

Das Jahrhundert berief sich in seinen letzten Entscheidungen auf das Gewissen der Einzelpersönlichkeit. Der Katholizismus band den Einzelnen an die göttliche Erscheinung der Kirche. Da aber Luther sich das offenbarte Gotteswort als das einzige Absolute darstellte, dem der Mensch sich zu unterwerfen habe,

---

43. Kattermann Kap. V. § 4.

44. Fester. VIII, IX.

so hatte die Reformation nicht etwa den religiösen Subjektivismus entbunden. Sie hatte nur die Art der Bindung der Einzelpersonlichkeit an die allgemeingültige, außerhalb seiner Person liegende Offenbarungstatsache geändert.<sup>45</sup> So empfand es der Protestant auch nicht gegen das „Gewissen“ gerichtet, wie er es auffaßte, wenn der Satz „cuius regio eius religio“ zu einem bestimmenden Prinzip des Staatslebens erhoben wurde. Der anders Empfindende hatte ein „irrendes“ Gewissen, denn in ihm spiegelte sich das Verhältnis zu Gott nicht klar nach dem Willen Gottes, das heißt nach dem Evangelium, wie es Luther verkündete, wieder. In einem Zeitalter aber, in dem der Satz „cuius regio, eius religio“ Geltung hatte, mußten die Geschehnisse der Fürstenhäuser und die Bestrebungen der einzelnen Herrscherpersönlichkeiten von weittragendem Einfluß auf die Gestaltung der religiösen Verhältnisse ihrer Territorien sein. So war es auch in der Markgrafschaft. 1522 hatte Markgraf Philipp I. in eine Heirat seiner Tochter Jacobäa mit Herzog Wilhelm IV. von Bayern eingewilligt. Die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den bayerischen Wittelsbachern, die durch diese Ehe hergestellt wurden, sollten für die Erhaltung des Katholizismus in der Markgrafschaft Baden-Baden von größerer Bedeutung werden, als viele der Maßnahmen, die Philipp I. unmittelbar in der Frage der Bekenntnisse durchführte.

---

45. Johannes Kühn, Toleranz und Offenbarung, S. 40—41, Luther 74—75, 77.

## Zweites Kapitel.

### **Die Vorgeschichte der ersten bayerischen Vormundschaft**

Die Anknüpfung engerer Familienbeziehungen zwischen dem markgräflichen Hause und den bayerischen Wittelsbachern 1522 stand an sich in keinem Zusammenhang mit dem Aufkommen des Luthertums, wenn auch Markgraf Philipp I. und Herzog Wilhelm IV. fast gleichzeitig und früher als andere Fürsten, sich im Jahre der Hochzeit des Herzogs mit Jacobäa in Mandaten gegen die neue Lehre aussprachen. Folgen für den Katholizismus und den Protestantismus hatten die Beziehungen zu den Wittelsbachern erst in späteren Jahren. Die Annäherung beider Länder erfolgte vielmehr in einem Augenblick, als der wittelsbach-habsburgische Gegensatz wieder einmal eine Zuspitzung erfahren hatte.

Zwischen der Rivalität beider Dynastien suchte die markgräfliche Politik seit Generationen eine neutrale Mitte zu bewahren. Nach der schweren Niederlage Markgraf Karls von Baden 1462 hatte es Markgraf Christoph I. schon in den ersten Jahren seiner Regierung verstanden, ein besseres Verhältnis zur Pfalz anzubahnen.<sup>1</sup> Die Anlehnung an den Kaiser setzte aber auch er noch fort. Einer einseitigen Parteinahme gegen Bayern und die Pfalz suchte er nach Möglichkeit auszuweichen. Dem Eintritt in den schwäbischen Bund, der gegen Bayern und die Pfalz eingestellt war, konnte er sich nicht entziehen, wollte er sich nicht die kaiserliche Freundschaft verscherzen. Jedoch hatte er sich als Vorbehalt ausbedungen, daß er in einem Krieg des Bundes gegen die Pfalz zu keiner Hilfe verpflichtet sei. Um die Jahrhundertwende erfolgte in einer noch stärkeren Annäherung an die Pfalz eine Aenderung der bisher von Markgraf

---

1. Zu folgendem vergl. Wielandt, S. 544 ff.

Christoph eingeschlagenen Politik, und dieses neue Verhältnis zur Pfalz fand 1503 durch die Heirat Markgraf Philipps I. mit der Tochter des pfälzischen Kurfürsten seinen Ausdruck.

Es waren Territorialstreitigkeiten, die zur Abwendung Christophs von Österreich und zur Annäherung an die Wittelsbacher führten. Durch einen Erbvertrag hoffte er die ganz vom österreichischen Breisgau eingeschlossene Markgrafschaft Rötteln und Sausenberg in seine Hand zu bekommen. Das Aussterben der röttelner Linie im Mannesstamm war zu erwarten. Nun erhob aber Kaiser Maximilian I. Ansprüche auf österreichische Lehen in Rötteln-Sausenberg und man mußte im Falle des Übergangs von Rötteln an Baden mit Schwierigkeiten rechnen. 1503 starb Markgraf Philipp von Rötteln. Christoph I. war sein rechtmäßiger Nachfolger. Aber sowohl Österreich wie die Gattin Philipps von Rötteln und die hinter ihr stehenden Eidgenossen und französischen Verwandten versuchten seinen Regierungsantritt zu verhindern. Es gelang nicht, zwischen ihm und dem Kaiser einen Ausgleich zu finden. Zur Klärung der Streitfrage wurde nun der prozessuale Weg eingeschlagen, und auf ihm schleppte sich die Auseinandersetzung durch zwei Jahrhunderte hindurch. So blieben namentlich in den ersten Jahrzehnten nach Einnahme des Landes durch Baden die Unsicherheiten gegenüber Österreich in vollem Maße bestehen, besonders im Hinblick auf die gefährdete Lage der neu erworbenen Gebiete. Gegen die Eidgenossen hatte Markgraf Christoph auch beim schwäbischen Bund keine Unterstützung gefunden. So nahm die Entfremdung zu Österreich, wie zum Bund, ihren Fortgang. 1511 schloß Christoph sogar mit Württemberg und Bayern ein oppositionell gefärbtes Bündnis ab.<sup>2</sup> Der Vertrag wurde auch von seinem Sohn Philipp mitunterzeichnet, der ja in den nächsten Jahren als sein Statthalter die Regierung der Markgrafschaft selbständig übernahm. Noch zu Anfang von Philipps Regierung erhöhte sich für die oberrheinischen Territorien die Gefahr, in eine immer stärkere Abhängigkeit von Habsburg zu geraten, außerordentlich. Namentlich nach der Vertreibung Herzog Ulrichs von Württemberg durch den schwäbischen Bund 1519 wurde die österreichische

---

2. Wieland, S. 551.

Hegemoniestellung in Süddeutschland zur offenen Frage. Die Verträge mit Herzog Ulrich zwangen Markgraf Philipp, den Vorgängen in Württemberg seine besondere Beachtung zu schenken. 1514 stellte er beim Aufstand des „Armen Konrad“ schon Truppen bereit, um im Notfalle in Württemberg eingreifen zu können.<sup>3</sup> Nach der Ermordung Hans von Huttens durch Ulrich suchte der badische Markgraf persönlich zwischen den Ständen und dem Herzog zu vermitteln. Als aber im Verlauf dieser Angelegenheit Bayern und der schwäbische Bund auftraten, zog er sich zurück. Er bot zwar weitere Vermittlungen zwischen Herzog Ulrich und dem bayerischen Hause an, schloß selbst mit Württemberg noch einen günstigen Grenzvertrag ab, unterließ aber sonst ein aktives Eingreifen in den Gang der Dinge. Die badischen Interessen in Luxemburg verboten nach dem Regierungsantritt von Maximilians Enkel Karl in Burgund eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Habsburgern. Zwar versagte Markgraf Philipp Kaiser Maximilian militärische Hilfe gegen Herzog Ulrich. Als aber Württemberg im Frühjahr 1520 durch den Schwäbischen Bund unter bayerischer Führung erobert worden war, erklärte sich Markgraf Philipp bereit, das Land gegen etwaige Angriffe Ulrichs zu schützen.

Der Ausgang der Straffaktion gegen Herzog Ulrich von Württemberg war für Bayern sehr verstimmend gewesen, weil sie zu einer starken Machterweiterung Österreichs in Süddeutschland geführt und die bayerischen Hoffnungen völlig enttäuscht hatte. 1515 hatten die beiden Brüder Herzog Wilhelm IV. und Herzog Ludwig von Bayern das Gelöbnis abgelegt, beim Tode Kaisers Maximilians I. ihres Oheims, die Gebiete, die Bayern nach dem Landshuter Erbfolgekrieg an Österreich abtreten mußte, zurückzuerobern.<sup>4</sup> Dazu gab sich 1519 keine Gelegenheit, aber Bayern hoffte nun wenigstens im Württembergischen Krieg eine Entschädigung für jene Verluste zu gewinnen, aber das schlug fehl. Der schwäbische Bund hatte nach der Einnahme Württembergs das Land den Kommissaren des neugewählten Kaisers ausgeliefert und Karl V. übergab es seinem Bruder Fer-

---

3. Kattermann, S. 31 ff.

4. Doeberl, S. 417., Bd. I.



dinand und schlug die bayerischen Wünsche nach Landentschädigung ab. Die Lage, die damit eintrat, charakterisiert Doeberl sehr klar: „Württemberg im Besitze Habsburg konnte der Anfang werden zur politischen Aufsaugung des Südens durch Österreich. Wäre Württemberg bei Österreich geblieben, wären die Annektionsgelüste Österreichs auf Kosten Bayerns geglückt, dann hätten die Habsburger das Tal der oberen Donau und des Neckars beherrscht und auch den Rest Süddeutschlands von sich abhängig gemacht.“<sup>5</sup>

Sah Herzog Wilhelm IV. durch die Lagerung der Machtverhältnisse in der württembergischen Angelegenheit seine Hoffnungen und Wünsche getäuscht, so mußten sich auch seine Berater in den Eheprojekten für den Herzog erreichbare Ziele stecken. Unter dem Einfluß Kaiser Maximilians, der entgegen seiner sonstigen Haltung Bayern gegenüber auf seinem ureigensten Betätigungsfeld, der Vermittlung dynastischer Heiraten seinem Neffen gern einen sonst wenig verpflichtenden Gefallen erwies, hatte man versucht, eine Heirat zwischen Herzog Wilhelm und der Witwe Jakobs IV. von Schottland zustande zu bringen. Maximilian schrieb, eine Heirat mit Margarete von Schottland sei nicht nur wegen ihrer Schönheit, sondern „auch dem baren Gelde nach die beste von der Welt“.<sup>6</sup> Als dieser Plan fehlging, veranlaßte Maximilian I. eine Anfrage bei der Witwe Ludwig XII. von Frankreich. Nur der Tod des Kaisers unterbrach noch weitere Werbungen, die schließlich am portugiesischen Hof unternommen worden waren. Nach der Einbeziehung Württembergs in die habsburgische Machtsphäre war für Bayern jede Verstärkung seines Einflusses in Oberdeutschland wichtig. So fand man jetzt, nach all jenen hochfliegenden Heiratsplänen, Genüge in einer Heirat des Herzogs mit einer Markgräfin von Baden. Auch Markgraf Philipp I. konnte die Heirat bei der politischen Lage und dem Stand des Prozesses in der röttelner Lehensangelegenheit nur erwünscht sein. Trotzdem entwickelten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den nächsten Jahren nicht besonders günstig.

---

5. Doeberl, Bd. I., S. 419

6. Riezler, Bd. IV., S. 34.

Die Zimmersche Chronik berichtet sehr abfällig über die Söhne Markgraf Christophs I. und die Behandlung, die sie angeblich ihrem Vater zukommen ließen. Auch die Ehe der Tochter Markgraf Philipps I. mit Herzog Wilhelm IV. von Bayern wurde kritisiert: Jacobäa, „entzog den Markgrafen alle irs vatters barschaft und groß gut, das kam alles in Bayrn.“<sup>7</sup> Stimmt dieser Satz nun auch nicht wörtlich, so ist er doch so weit richtig, daß Geldangelegenheiten, und zwar Erbschaftsstreitigkeiten, eine große Rolle in den badisch-bayerischen Beziehungen zu spielen begannen.

Markgräfin Elisabeth hatte ihrer Tochter Jacobäa testamentarisch ihre Mitgift, die Morgengabe ihres ersten Gemahls Landgraf Wilhelms III. von Hessen und die badische Morgengabe verschrieben.<sup>8</sup> Noch ehe die Hochzeit in München vollzogen war, starb im Juni 1522 Markgräfin Elisabeth.<sup>9</sup> Die Verhandlungen über die Erbschaft, die der jungen Herzogin hierdurch zufiel, führten zu keiner Einigung, wahrscheinlich weil Baden die Summen für die gleichzeitige Auszahlung von Jacobäas Mitgift und der Erbschaft ihrer Mutter nicht flüssig machen wollte. So zog sich die Erbschaftssache jahrelang hin.<sup>10</sup> Auf das Verhältnis zwischen Baden und Bayern wirkte sie sehr verstimmend. Noch auf dem Reichstag in Augsburg 1530 kam es zwischen den markgräflichen und herzoglichen Kanzlern Veus und Eck in dieser Frage zu scharfen Zusammenstößen. Eck und andere bayerische Räte behandelten Veus äußerst herablassend, grob und verächtlich.<sup>11</sup> Die Verstimmung zwischen den beiden Höfen ging so weit, daß auch schließlich der persönliche Briefwechsel zwischen Markgraf Philipp und seiner Tochter unterblieb.<sup>12</sup> Gleichzeitig war auch das Verhältnis Badens zu Habsburg sehr kühl.

---

7. Zimmersche Chronik, Hrg. Dr. K. A. Baräc, 1869, Bd. I. S. 173 f.

8. Kattermann, S. 94, Anm. 20.

9. G. L. A. Bd. 510, Nr. 13 = B. H. A., Baden 1, fol. 87.

G. L. A. Bd. 510, Nr. 15 = B. H. A., Baden 1, fol. 90.

10. G. L. A., Bd. 510, Nr. 13, 15, 16, 20, 27, 33, 35, 36, = B. H. A., Baden I, fol. 87; 1, 90; 1, fol. 91—92; 19 fol. 205; 19 fol. 208—209; 19 fol. 214; 19 fol. 216—217; 19 fol. 220—221.

11. G. L. A. Bd. 510, Nr. 35 = B. H. A. Baden 19 fol. 216—217.

12. G. L. A., Bd. 510, Nr. 42 = B. H. A., Baden, 19 fol. 240.

In Luxemburg hatte in diesen Jahren die Stellung der badischen Markgrafen eine erhebliche Schwächung erfahren. Der luxemburgische Adel, der gegen Markgraf Christoph schon immer feindlich gesinnt war, machte erneute Versuche, nun Philipp aus dem Statthalteramte zu verdrängen. Die Regierung der Niederlande und Karl V. standen auf ihrer Seite. Philipps Haltung bei der Kaiserwahl, die Übernahme des Statthalteramtes im Reichsregiment hatten den Kaiser nicht umzustimmen vermocht. Vorübergehend erhielt Markgraf Bernhard das Statthalteramt über das Herzogtum Luxemburg und das Kapitanat über die Stadt, aber 1531 ging beides dem markgräflichen Haus verloren.<sup>13</sup> Markgraf Philipp trennte sich unter dem Eindruck dieser Vorgänge stärker als bisher von den Habsburgern. Trotzdem wurde er in das weitverzweigte, verschlungene und kombinationsreiche Spiel der bayerischen antihabsburgischen Politik dieser Jahre nicht miteinbezogen. Ob ein längerer Aufenthalt Markgraf Philipps 1527 in München mit der bald darauf erfolgten Aufgabe seines Statthalteramtes beim Reichsregiment in Verbindung gebracht werden kann, läßt auch Kattermann offen.<sup>14</sup> Immerhin zeigt seine Weigerung, Ende 1529 ein Verteidigungsbündnis mit den Breisgauischen Ständen einzugehen, daß er sich zur Verteidigung der habsburgischen Interessen nur noch sehr wenig verpflichtet fühlte.<sup>15</sup> Aus der Reichspolitik zog er sich in diesen Jahren völlig zurück.

\* \* \*

1533 verschlechterte sich sein Befinden so stark, daß man das Äußerste erwarten mußte. Trotzdem ließen die badischen Räte hiervon nichts in die Öffentlichkeit dringen. Sie verheimlichten sogar der Herzogin den Zustand ihres Vaters. Nun reiste Ende August dieses Jahres der bayerische Kammermeister Caspar Perndorffer mit seiner erholungsbedürftigen Gattin zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt nach Baden. Die Ärzte, die ur-

---

13. Vgl. Kap. III, S. 44 ff.

14. Kattermann, S. 272.

15. Kattermann, S. 293.

sprünglich Zillerbad<sup>16</sup> vorgeschlagen hatten, entschieden sich aber im letzten Augenblick für Baden-Baden „als der Kranken nützlicher und ersprießlicher“.<sup>17</sup> Zwischen Pforzheim und Ettlingen traf Perndorffer einen früher in bayerischen Diensten gewesenen Boten, der ihn von den Vorgängen am badischen Hof unterrichtete. Er erhielt von Perndorffer weitere Aufträge. Die Ankunft des höchsten bayerischen Finanzbeamten im Gasthof zum Salm in Baden-Baden erregte in der markgräflichen Kanzlei unliebsames Aufsehen. Noch spät am Abend versuchte man von ihm herauszubekommen, ob er keine Post aus München mitgebracht habe. Perndorffer gab zur Antwort, Herzog und Herzogin hätten von seiner Abreise nichts gewußt, sie seien zur Zeit seines Aufbruchs bei Ingolstadt auf der Hirschjagd gewesen. Wolle die Markgräfin aber einen Brief nach München schicken, so könne er dem Fuhrmann, den er andern Tags abfertige, mitgegeben werden. Man mißtraute Perndorffer auch nach dieser Auskunft. Die Räte bezweifelten, daß er den wahren Grund seines Aufenthaltes in Baden-Baden angebe. Sie ließen ihn das fühlen. Er wurde nicht wie andere vornehme Badegäste auf das Schloß eingeladen, sondern man sandte ihm lediglich einen hinteren Wildschlegel, was ihn sehr erzürnte.<sup>18</sup> Inzwischen zog er weitere Erkundigungen ein. Er erfuhr, daß Markgraf Ernst, der Bruder Philipps, noch bei Lebzeiten des Markgrafen in das Regiment eingesetzt werden wollte. Der Kranke sträubte sich aber dagegen. Es wurde Perndorffer weiter hinterbracht, was ihm sehr wichtig war, daß Philipp „eine tapfere namhafte Barschaft“ besaß. Diese Nachrichten ließen ihn hin und her überlegen, wie mit Hilfe des allmächtigen Gottes die Ansprüche der Herzogin am besten zu vertreten seien, käme es mit dem Markgrafen, was Gott auch hinwieder verhüten sollte, zum Letzten. Hauptsächlich wollte er verhindern, daß nur Markgraf Ernst bis zum Erbvergleich Zutritt zum Schloß erhielt. Mit Hilfe der Landschaft hoffte er durchzusetzen, daß

---

16. Zillerbad oder Zellerbad, heute Liebenzell im Schwarzwald bei Hirsau. Vgl. Nuntiaturrechnungen III, 4, XLVI<sup>6</sup>.

17. G. L. A., Bd. 510, Nr. 41 = B. H. A., Baden, 19 fol. 230—233.

18. G. L. A., Bd. 510, Nr. 48 = B. H. A., Baden, 19 fol. 328—332.



er auch den bayerischen Unterhändlern gewährt wurde.<sup>19</sup> Der schwerkranke Markgraf schrieb noch einmal an seine Tochter. Es sei ihm eine Freude, seit so langer Zeit wieder etwas von der Herzogin zu hören. Bitter fügte er hinzu, durch die bayerischen Kurgäste, die zur Zeit in Baden-Baden weilten, würde sie sicher erfahren haben, wie es mit ihm stünde.<sup>20</sup> Die Nachrichten von dem aussichtslosen Stand der Krankheit Philipps bestätigten sich. Kammermeister Perndorffer bat in München um rasche Übersendung eines Beglaubigungsschreibens an das Regiment und die Abschrift des Verzichtes der Herzogin Jacobäa „auf das väterliche Gut gegen den männlichen Stamm der Markgrafen zu Baden“.<sup>21</sup> Noch ehe diese Schriftstücke eintrafen, zeigten die badischen Räte am 18. September 1533 Herzog Wilhelm IV. das Ableben des Markgrafen in München an und machten von dem Vorhandensein eines verschlossenen Testamentes Mitteilung.<sup>22</sup> Am 19. September begannen die Erbverhandlungen.<sup>23</sup> Sie zogen sich von da an durch drei Jahre hin und wurden durch Verhandlungen über die Vormundschaft über die Kinder Markgraf Bernhard II. abgelöst.

Der sachliche Inhalt dieser Streitfragen ist ohne größeres Allgemeininteresse. Sie werden aber hier einbezogen, weil sie anekdotenhaft die Atmosphäre des Ortes und den Gefühlsgehalt der Beziehungen zwischen dem kleinen markgräflichen Hof und den einflußreichen Münchner Verwandten beleuchten. Die Stimmung der Allgemeinheit war gegen Jacobäa, so wie es etwa auch in der Zimmerschen Chronik zum Ausdruck kam.<sup>24</sup> Man sagte sich: Was braucht diese reiche Fürstin noch viel zu erben. Sie soll uns in Frieden lassen. Es muß verhindert werden, daß ein Teil des markgräflichen Vermögens aus dem Lande kommt. Auch Markgraf Ernst gebrauchte wörtlich in einem Brief an die Herzogin die Rede von der reichen Fürstin.<sup>25</sup>

---

19. G. L. A., Bd. 510, Nr. 42 = B. H. A., Baden, 19 fol. 240.

20. G. L. A., Bd. 510, Nr. 42 = B. H. A., Baden, 19 fol. 240.

21. G. L. A., Bd. 510, Nr. 57 k = B. H. A., Baden 31 fol. 23—26.

22. G. L. A., Bd. 510, Nr. 47, = B. H. A., Baden, 19 fol. 324—325.

23. G. L. A., Bd. 510, Nr. 54 = B. H. A., Baden, 19 fol. 404—409.

24. Vgl. S. 20.

25. G. L. A., Bd. 510, Nr. 121a = B. H. A., Baden, 25 fol. 2—10.



Er ermahnte sie, sie möge doch als einzige Tochter Philipps und als mächtige Herzogin von Bayern daran denken, welchen Eindruck es auf das Land machen müsse, wenn sie die Ungültigkeit des väterlichen Testamentes durchsetzen wolle. Es handle sich doch nur um einen Wert von 5000 Gulden, an Kleidern, Kleinodien und Silbergeschirr. In Wirklichkeit waren es höhere Summen. Aus dem väterlichen Gut erhob Jacobäa Anspruch auf das Silbergeschirr, die Kleider und Kleinodien, aus dem mütterlichen auf das Schloß und die Stadt Kreuznach, die vordere Grafschaft Sponheim<sup>26</sup> mit einem Ablösungswert von 46 000 Gulden, auf Kuppenheim, Ramenthal, Oberndorf, sowie auf die ganze bewegliche Habe ihrer Mutter. Die im Besitz der Herzogin befindlichen Listen bezeichneten die einzelnen Stücke. „item ein hefftlin mit einem menlin und einem freulin, sitzen unter einem paum ... und ein dyemant zwischen inen baiden, auch ein robin darunter ein smaragde und zwo rubin darunter dren perlin. item ein roter rock ist obenumb gestickt und der ein ermel und die ermel beide vorne“. Am Rande steht dazu die Bemerkung: „rock do, das präm ist abgetrennt“.<sup>27</sup>

Am 8. Oktober 1533 legten die bayerischen Gesandten Protest gegen das Testament ein. Markgraf Ernst schlug darauf, vorbehaltlich einer Appellation bei Kaiser oder Kammerräten, den Bischof von Speyer als Schiedsrichter vor. Außerdem erklärten sich die beiden Brüder bereit, im Februar 1534 eine größere Ablösungssumme für Sponheim anzuzahlen. Bayern lehnte aber das Angebot ab, da man ihm nicht traute. Die Markgrafen blieben auf ihrem Standpunkt bestehen, daß die Forderungen Bayerns unberechtigt seien. Am 10. November verabschiedete Veus die bayerischen Gesandten.<sup>28</sup> Die Verhandlungen stockten bis zum Frühjahr 1534 und wurden am 24., 25., 26. März in Heidelberg unter Vorsitz des pfälzischen Haus-

---

26. Die sponkeimischen Gebiete, die Baden nach der Niederlage bei Seckenheim an Kurpfalz verpfänden mußte, hatte Elisabeth ihrem Gemahl Markgraf Philipp wieder zugebracht. Die Auslieferung an Baden erfolgte erst fünf Jahre nach der Heirat. 1508. Kattermann S. 7 f.

27. G. L. A., Bd. 510, Nr. 571 = B. H. A. Baden, 24, fol. 81—88.

28. Kattermann, S. 477, Anm. 12.

hofmeisters Ludwig von Fleckenstein weitergeführt. Von bayerischer Seite waren anwesend: Der Hofmarschall Wolf von Schellenberg, Andreas Ramung, Kammermeister Caspar Pernödter und der Sekretär Andreas Pernöder. Baden hatte entsandt: Martin von Remiching, den Kanzler Veus, den Haus-  
hofmeister Batt von Rüppurr, den Kanzler Markgraf Ernsts, Dr. Oswald und den Kofkaplan und Probst zu Pforzheim Remigius. Da Markgraf Bernhard sich in seinen Luxemburgischen Besitzungen aufhielt, verzögerten sich die badischen Antworten. Im April 1534 nahmen die Markgrafen die pfälzischen Vorschläge teilweise an. Daraufhin holten die Parteien, bevor sie Klage bei den ordentlichen Gerichten erhoben, Gutachten der juristischen Fakultäten in Freiburg und Ingolstadt ein. Die Ingolstadter Fakultät äußerte sich im Mai 1534. Sie riet zum Vergleich. Die Verhandlungen wurden aber im Juli vertagt. Im Oktober dieses Jahres zahlte Dr. Marquardt im Auftrag der Markgrafen 46 000 Gulden, die Ablössungssumme für Sponheim, aus der Erbschaft an die bayerischen Bevollmächtigten aus.<sup>29</sup> Schließlich wurde im Oktober 1536 auf Grund neuer Leipziger, Mainzer und Kölner Gutachten durch Kurfürst Ludwig ein Schiedsspruch gefällt, den Baden annahm. Anwesend waren diesmal nur Dr. Oswald, Dr. Veus, der Vogt von Stollhofen, als bayerische Gesandte Wolf von Schellenberg und Andreas Ramung und Pernöder.<sup>30</sup>

---

29. Kattermann, S. 477, Anm. 10.

30. G. L. A., Bd. 510, Nr. 63 = B. H. A., Baden, 19 fol. 474—497.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 72 = B. H. A., Baden, 19 fol. 696—703.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 75 = B. H. A., Baden, 19 fol. 752—760.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 76a = B. H. A., Baden, 19 fol. 790—796.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 77 = B. H. A., Baden, 19 fol. 811—812.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 84 = B. H. A., Baden, 19 fol. 819.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 89 = B. H. A., Baden, 24 fol. 25—28.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 115 = B. H. A., Baden, 24 fol. 229—253.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 116 = B. H. A., Baden, 24 fol. 307—321.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 118 = B. H. A., Baden, 24 fol. 393—396.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 125a = B. H. A., Baden, 25 fol. 16—20.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 166 = B. H. A., Baden, 25 fol. 295.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 170 = B. H. A., Baden, 25 fol. 314.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 214 = B. H. A., Baden, 1 fol. 170—172.

Die badisch-bayerischen Erbschaftsverhandlungen zogen sich durch so viele Jahre hin, weil es auch zwischen den markgräflichen Brüdern Bernhard und Ernst zu schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten über das Erbe Markgraf Philipps gekommen war. Nachdem Markgraf Bernhard sich über zehn Jahre geweigert hatte, die Teilung der Markgrafschaft von 1515 anzuerkennen, hatte er 1527 nach dem Tode seines Vaters dessen Erbteilungsbestimmungen doch schließlich angenommen. Da er ohne irgend welche finanzielle Unterstützung von seiten seiner Brüder gänzlich mittellos die ganze Zeit über am Brüsseler Hof gelebt hatte, war er in große Schulden geraten. Diese hatten ihn dann auch letzten Endes gezwungen nachzugeben. Bernhard war Erbe der sponheimischen Besitzungen und der Luxemburgischen Herrschaften. Am 18. November 1527 hatte ihn Markgraf Philipp dort eingesetzt.<sup>31</sup> Jetzt, nach dem Tode Markgraf Philipps, erhob Markgraf Bernhard nun seine alte Forderung, daß ihm, als dem ältesten Sohn Markgraf Christophs, die Markgrafschaft allein zustehe. Die mit Markgraf Philipp 1527 getroffenen Abmachungen erklärte er für ungültig. Johann II. von Simmern und Graf Wilhelm von Nassau sollten binnen einem halben Jahr darüber entscheiden.<sup>32</sup> Bis dahin nahmen die Brüder die untere Markgrafschaft in gemeinsame Verwaltung. Veus wurde als ihr Kanzler bestellt. Gleichzeitig wurde er auch noch zum Landhofmeister für dieses Gebiet ernannt. Da er außerdem auch noch Testamentsvollstrecker war, vereinigte er eine außerordentliche Machtfülle in seiner Hand. Markgraf Bernhard schien entschlossen, seine Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Die Brüder begannen beide zu rüsten. Die Vermittlung in ihrem Streit war inzwischen an den Kurfürsten von der Pfalz übergegangen. Auf dessen Rat hin beschlossen die Brüder die Markgrafschaft zu teilen. Veus arbeitete einen Teilungsplan aus, an dem später wenig mehr geändert wurde, wenn auch nach altem Brauch das Los darüber entschied, welcher der Brüder teilen und welcher

---

31. Kattermann, S. 269.

32. Für das Folgende zusammenfassend Kattermann, S. 478 ff. vgl. auch Sachs Bd. III, Meichsner Bd. II.

wählen durfte. Markgraf Bernhard, dem es zufiel, den Teilungsbrief auszustellen, hoffte, daß Markgraf Ernst die südlicheren Gebiete wählen werde, da sie den schon in Ernsts Besitz befindlichen oberbadischen Herrschaften näher lagen. Wider Erwarten erhob aber Markgraf Ernst bei der Wahl am 24. August 1535 Anspruch auf den nördlichen Teil der Markgrafschaft.<sup>33</sup> Hierüber und über noch restlich zu klärende Fragen verschärfte sich der Zwist der Brüder noch mehr. Die Räte und die Landschaft griffen ein.<sup>34</sup> Die Brüder blieben unversöhnlich. Ernst weigerte sich, das Schloß in Baden-Baden zu räumen. Bernhard setzte sich im Oktober 1535 endlich in dessen Besitz. Schließlich kam es in einem 5. Heidelberger Abschied am 3. November 1536 zu einer äußeren Einigung. Sechs Tage später starb Markgraf Bernhard III.

Während dieser Unruhen und ungeklärten Verhältnisse in der Markgrafschaft trug sich Bayern mit sehr merkwürdigen Plänen. Der Kammermeister Caspar Perndorffer hatte im Oktober 1534 nach Ankunft einer bayerischen Gesandtschaft in Baden die Erbverhandlungen abgegeben. Er begab sich, angeblich um die Festungsanlagen zu beseitigen, nach Straßburg. In Wirklichkeit wollte er aber dort mit dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg zusammentreffen. Der Inhalt des Berichtes, den Perndorffer über die Unterredung nach München sandte, klingt merkwürdig und unwahrscheinlich.<sup>35</sup> Graf Wilhelm von Fürstenberg erklärte sich nämlich bereit, die Markgrafschaft zu erobern. „Mitfeyrn“ wollte ein Graf von Neuenahr, und ein Graf Manderscheid sollte hinzugezogen werden. Mit ihnen zusammen hoffte Wilhelm von Fürstenberg genügend Reiter aufzubringen, um innerhalb von zwei Monaten die ganze Markgrafschaft dem Herzog von Bayern auszuliefern. Er glaubte versichern zu können, daß der Kurfürst von der Pfalz und der Landgraf Philipp von Hessen „durch die Finger zusehen“ würde. Landgraf Philipp sollte aber nicht nur Zuschauer bei

---

33. Gothein S. 10.

34. Gothein, S. 12.

35. G. L. A., Bd. 510, Nr. 61 = B. H. A., Baden 19, fol. 466—473.  
Perndorffer an Herzog Wilhelm.



dieser Eroberung sein, sondern Perndorffer schlug vor, von ihm ebenfalls Kriegsvolk zu „leihen“, denn dann brauche man in Bayern kein Pferd zu satteln.<sup>36</sup>

Bei der Persönlichkeit Wilhelms von Fürstenberg, des wilden Grafen, wie ihn die Zeitgenossen nannten, sind die Vorschläge an und für sich nicht erstaunlich. Wilhelm von Fürstenberg war an allen möglichen Händeln und Unternehmungen beteiligt. Sein Haus in Straßburg war der Durchgangspunkt der verschiedenartigsten Personen, und er hatte Beziehungen zu aller Welt. Merkwürdig ist nur zunächst, daß Bayern gerade mit ihm unterhandelte, da er doch die stärkste treibende Kraft des Protestantismus der Ortenau war. Mit den Straßburger Führern der Reformation stand er in engster Fühlung. Er hatte 1529 am Konvent evangelischer Stände in Schmalkalden und am Marburger Religionsgespräch teilgenommen, und sich seitdem besonders dem Landgrafen Philipp von Hessen angeschlossen.<sup>37</sup> Aber die bayerische Politik, vielleicht besser gesagt die Politik des Kanzlers Leonhard von Eck, ging derartig merkwürdig verschlungene Wege, daß das Zusammengehen mit Kräften des Protestantismus nicht verwunderlich ist. Der Gegensatz zu Habsburg hatte seit dem Jahre 1525 dauernd zugenommen. In diesem Jahre scheiterte ein Versuch Bayerns, Salzburg dem Herzogtum einzuverleiben, an dem Widerstand Österreichs. Hoffnungen auf die Eroberung der böhmischen Krone, die Bayern für sich schon gesichert glaubte, gingen ebenfalls fehl. Erzherzog Ferdinand vermochte, trotz aller Bemühungen Bayerns, seine Wahl durchzusetzen. Nun begann im Reich das stille Ringen um die Königskrone. Bayern sammelte eine einflußreiche Partei um sich. Kurpfalz, Kurmainz, der Papst waren anfänglich auf seiner Seite. Erzherzog Ferdinand gewann 1531 auch diesen Wahlkampf. Jetzt begann sich Bayern den protestantischen Fürsten zu nähern. Es beteiligte sich 1532 an einem Subsidienvertrag, den eine Reihe protestantischer Fürsten, welche mit Bayern zusammen den sogenannten Saalfelder Bund

---

36. G. L. A., Bd. 510, Nr. 61.

37. Manfred Krebs, Die politische und Kirchengeschichte der Ortenau, Die Ortenau, Heft 16, 1929, S. 134 ff. Baumgarten, Der wilde Graf und die Reformation im Kinzigtal, Halle, 1895.

bildeten, mit Frankreich abschlossen.<sup>38</sup> Die Abreden bezweckten im wesentlichen die Anfechtung der Königswahl Herzogs Ferdinand. Frankreich hatte sich verpflichtet, zu Bundeszwecken und Rüstungen einen Vorschuß von 100 000 Kronen in München zu hinterlegen. Die Verträge mit Frankreich wurden 1533 erneuert und ergänzt.<sup>39</sup> Die Auszahlung der französischen Hilfgelder erfolgte aber noch nicht. Suchten die Protestanten im Verein mit Bayern eine Schwächung der habsburgischen Stellung in der Wahlfrage herbeizuführen, so bereitete Landgraf Philipp einen weiteren Schlag gegen Habsburgs Machtstellung in Württemberg vor. 1530 hatte Karl V. seinem Bruder Württemberg als Lehen übertragen. Dieser Schritt hatte die Widerstände gegen ein Festsetzen der Habsburger in Württemberg erhöht. Philipp von Hessen betrieb mit ungeheurer Energie die Wiedereinsetzung Ulrichs von Württemberg in seine Herzogsrechte. Die Pläne, dies durch ein kriegerisches Unternehmen zu erreichen, nahmen im Herbst 1533 immer festere Formen an.<sup>40</sup> In diese Zusammenhänge gehört die Zusammenkunft, die der bayerische Kammermeister Caspar Perndorffer im Oktober 1533 mit Wilhelm von Fürstenberg in Straßburg hatte. Perndorffers ganze „Badereise“ hatte ursprünglich einer Zusammenkunft mit Fürstenberg dienen sollen. Die Krankheit und der Tod Markgraf Philipps waren dazwischen gekommen und Perndorffer hatte sich, bis die Lage in Baden-Baden einigermaßen geklärt war und weitere bayerische Gesandten in Baden eintrafen, dort aufgehalten; dann war er nach Straßburg gegangen.

Um was sich die Gespräche Perndorffers mit Wilhelm von Fürstenberg außer den badischen Angelegenheiten drehten, berichtet Perndorffer in dem angeführten Schreiben an Herzog Wilhelm nicht. Er machte nur Andeutungen, daß auch andere Fragen zur Sprache kamen. Ungefähr könnten wir den Verhandlungsgegenstand erschließen. Frankreich drängte im Spät-

---

38. Riezler, Bd. IV, S. 248 ff.

39. Doeberl, Bd. I, S. 422.

40. Jakob Wille, Philipp der Großmütige von Hessen und die Restitution Ulrichs von Württemberg, 1526—1535, S. 66 ff.

herbst 1533 auf eine Verbindung der Wahlfrage mit der Rückführung Ulrichs von Württemberg. Ein Krieg, der nach außen hin die Wiedereinsetzung Ulrichs in den Vordergrund stellte, sollte als Endziel die Absetzung Ferdinands erreichen. Hessen war mit diesen Plänen einverstanden und entwickelte ähnliche Gedankengänge.<sup>41</sup> Bayern wollte einen Wahlkrieg nur mit einer großen Koalition führen, die bisher nicht zustande gekommen war. Wohl mußte Bayern bedacht sein, die habsburgische Umklammerung zu durchbrechen, aber andererseits bedeutete die Zurückführung Ulrichs von Württemberg eine Stärkung des Protestantismus. Dies suchte Bayern möglichst zu vermeiden. Nicht dem Vater, Herzog Ulrich, wollte man das Herzogtum zurückgeben, sondern dem katholisch erzogenen Sohn. So hielt sich Leonhard Eck den Verhandlungsweg mit dem Kaiser und mit Erzherzog Ferdinand offen. Man wich dem Drängen Landgraf Philipps und Frankreichs möglichst aus. Frankreich wollte aber die Subsidiengelder nicht in München hinterlegen, ohne die Gewißheit der baldigen zweckentsprechenden Verwendung zu haben. Der Mittelsmann Landgraf Philipps von Hessen und Franz I. in militärischen und Finanzfragen war Wilhelm von Fürstenberg. Da Bayern in der württembergischen Angelegenheiten letzten Endes nicht mit Hessen zusammengehen wollte, stand bei der Aktivität Landgraf Philipps zu befürchten, daß dieser ohne Einbeziehung Bayerns zum Abschluß kam. In diesem Falle waren natürlich die französischen Hilfgelder für Bayern gefährdet. Es mußte also irgend ein Weg gefunden werden, die Auszahlung doch zu erlangen. Zu diesem Zweck diente wahrscheinlich die Fühlungnahme zwischen Perndorffer und Graf Wilhelm von Fürstenberg, da dieser sich noch vor Jahresschluß persönlich an den französischen Hof begeben wollte.<sup>42</sup> Daß sich die Besprechungen auf Finanzfragen bezogen, legt die Person Perndorffers nahe, der als Kammermeister die Funktionen eines hohen Finanzbeamten innehatte. Auch aus Briefen der Ulmer Bürgermeister Georg und Bernhard Besserer und des Straßburger Stadtmeisters Jakob Sturm aus

---

41. Wille, S. 97.

42. Wille, S. 145.

dem folgenden Jahr geht hervor, daß Perndorffer die Frage der Subsidiengelder bearbeitete. Fürstenberg wurde von bayerischer Seite in dieser Angelegenheit als Mittelsmann gebraucht. Es handelt sich zwar 1534 um Fragen, denen eine völlig gewandelte politische Situation zugrunde lag, aber das Auftauchen gerade dieser beiden Namen in äußerst geheim geführten Verhandlungen, in deren Mittelpunkt jene 100 000 Kronen des Schairer Vertrages stehen, ist auffallend. Wilhelm von Fürstenberg wandte sich im Herbst 1534 an Georg und Bernhard Besserer und teilte ihm mit, daß Herzog Wilhelm mit Württemberg, Augsburg, Straßburg und Ulm ein Bündnis zu schließen wünsche. Die Hintergründe dieses Vorschlages waren den Besserers völlig unklar. Sie wandten sich an Jakob Sturm, mit dem Fürstenberg vorher schon verhandelt hatte. Auch nach der Aussöhnung Bayerns mit König Ferdinand setzte Fürstenberg seine Bemühungen fort und betonte, daß Bayern trotzdem das Bündnis wünsche. Eck trieb hier sichtlich ein doppeltes Spiel, besonders da Religions- und Jurisdiktionsfragen bei dem Bündnis ausgenommen werden sollten. Nähere Einzelheiten sollten den Vertretern der Städte auf dem Bundestag des schwäbischen Bundes durch Caspar Perndorffer, der in Sondermission mit geheimen Instruktionen von Herzog Wilhelm dorthin geschickt werden sollte, mitgeteilt werden. Endlich entdeckte Jakob Sturm den Ulmern seine Vermutungen. Diese waren folgende: Bayern hatte sich im Schairer Vertrag verpflichtet, die hunderttausend Kronen Subsidiengelder, die Frankreich in München hinterlegte, wieder zurückzuzahlen, wenn sie zu den verabredeten Zwecken nicht gebraucht würden. Da Bayern sich an dem württembergischen Unternehmen nicht beteiligte, waren die Gelder nicht ausgegeben worden. Der Herzog suchte nun Mittel und Wege zu finden, um die Zurückzahlung zu umgehen. Er will Frankreich durch ein Scheinbündnis mit den oberländischen Städten, das gegen Habsburg gerichtet zu sein schien, täuschen. Dies ist der Zweck der Unterhandlungen.<sup>43</sup> Daß sie durch Fürstenberg und Perndorffer

---

43. Es findet sich übrigens nur in den Straßburger Akten etwas über diesen Plan Ecks. In den bayerischen Archiven findet sich nichts darüber. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. II., Nr. 251, 253, 257, 259, 266, 277, 280.



geführt wurden, verstärkt die Vermutung, daß die Frage der französischen Hilfgelder auch schon Anlaß zu der Straßburger Zusammenkunft im Oktober 1533 war. In welche Beziehung nun die Pläne Perndorffers und Fürstenbergs, die Markgrafschaft zu erobern, zu den oben angeführten allgemeinen politischen Fragen zu setzen sind, ist schwer zu sagen. Für Fürstenberg lag natürlich der Gedanke nahe, die badischen Händel als Anlaß zu nehmen, um unauffälliger für den bevorstehenden Württembergischen Krieg Truppen anwerben zu können. Vielleicht dachte er auch daran, die Markgrafschaft als Aufmarschbasis zu benutzen. Möglicherweise wollte Perndorffer die Erbschaft Frankreich gegenüber als Pfandobjekt ausspielen. Daß für die beiden die badischen Angelegenheiten in ihren allgemeinen Plänen irgend welche Rolle spielten, geht wohl auch daraus hervor, daß sie ihre Absichten vor den bayerischen Räten, die in Baden die Erbschaftsverhandlungen führten, streng geheim hielten.<sup>44</sup> Die persönlichen Gründe, die Fürstenberg als südwestdeutscher Territorialpolitiker zur Rechtfertigung seiner Haltung gegenüber Baden anführte, sind zu unbedeutend, als daß sie ihn veranlassen konnten, einen Gewaltstreich gegen die Markgrafschaft anzuzetteln. Wegen der Herrschaft Ortenberg habe Fürstenberg viele Irrungen gehabt, schrieb Perndorffer an Herzog Wilhelm, und Markgraf Philipp I. habe ihn gezwungen, einen Vertrag einzugehen, durch den er einige Häuser in einem Dorf an der badischen Grenze an den Markgrafen abtreten mußte. „Nun habe Fürstenberg gute Lust sich von dem Schaden zu erholen.“<sup>45</sup> Die Einbeziehung Neuenahr in die Pläne Wilhelm von Fürstenbergs geschah aus zwei Gründen. Einmal führte Graf Wilhelm von Neuenahr seit langen Jahren wegen der Herrschaft Rodenmachern gegen die badischen Markgrafen einen Prozeß. Der Kaiser und die Regierung der Niederlande hatten an der Angelegenheit ein besonderes Interesse. Baden hatte nämlich durch sein Vorgehen in der Prozeßangelegenheit die kaiserlichen Hoheitsrechte in Luxemburg übergangen. Karl V. hatte sich mehrmals veranlaßt gesehen, in

---

44. G. L. A. Bd. 510, Nr. 61.

45. Dasselbe.

den Streit einzugreifen, ohne daß die Sache beigelegt oder zu einer Entscheidung gebracht wurde. Wilhelm von Fürstenberg rechnete zweifellos richtig, daß, soweit die luxemburgischen Besitzrechte der Markgrafen berührt wurden, die Sympathien des Kaisers und der niederländischen Regierung auf Seiten Neuenahrs und seiner Mitkläger und nicht auf Seiten Markgraf Ernsts oder Bernhards standen.<sup>46</sup> Trotz der Absicht, die Pläne einer Eroberung der Markgrafschaft geheim zu halten, erfuhr Markgraf Ernst gerüchtweise etwas von ihnen. Er wandte sich in großer Erregung an die Herzogin Jacobäa und schrieb ihr: Wie könne es einem Herzog von Bayern, einem der vornehmsten Glieder des Reiches anstehen, von ihnen, armen Fürsten, seiner Blutsverwandten und Schwäger untersten mit Gewalt die Anerkennung seiner Forderung zu erzwingen.<sup>47</sup> — Zu dem bewaffneten Vorgehen gegen Baden kam es nicht. Die Münchner Regierung lehnte aber die Vorschläge Fürstenbergs nicht rundweg ab, sondern behielt sich ihre Entscheidung noch offen. Der Kammermeister Perndorffer mußte Wilhelm von Fürstenberg zu weiteren Besprechungen noch einmal aufsuchen.<sup>48</sup> Noch im Dezember 1533 erwähnte der bayerische Kanzler Leonhard Eck in einem Schreiben an Herzog Wilhelm den Plan.<sup>49</sup> Eck war über die beabsichtigte Heirat der Tochter Markgraf Ernsts von Baden mit dem vertrauten Rat König Ferdinands, Salamanka, sehr aufgebracht. Salamanka war als Spanier, aber hauptsächlich wegen seiner politischen Handlungen, in den verschiedensten Lagern sehr unbeliebt. Eck bat den Herzog, diese Heirat doch möglichst zu unterbinden. Aus dem Brief geht klar hervor, daß Eck die Eroberungsabsichten im Rahmen seiner württembergischen und antihabsburgischen Pläne erwog. Er spricht über die Schande dieser Heirat und fährt dann fort: „Mein Gnädigster Herr! nehmen Euer Fürstlich Gnaden ein Gemüth

---

46. Eine zusammenhängende Darstellung des badisch-neuenahrlichen Streites und der damit zusammenhängenden Fragen siehe Kapitel III, S. 44 ff.

47. G. L. A., Bd. 510, Nr. 121a = B. H. A., Baden 25, fol. 2—10.

48. G. L. A., Bd. 510, Nr. 66 = B. H. A., Baden 19, fol. 514.

49. Jos. Edmund Jörg, Deutschland in der Revolutionsepoche von 1522 bis 1526, S. 74, Anm. 1. Brief v. 6. Dez. 1533.

und lassen jetzt in der württembergischen Sache ein Praktikum machen, damit E. F. G. unter die Markgrafschaft kommen! Markgraf Ernst hat es wohl verschuldet ...“ Welche Erbitterung über Markgraf Ernst am bayerischen Hofe herrschte, beleuchtet auch noch ein anderes Schreiben Herzog Ludwigs an seinen Bruder.<sup>50</sup> „Könnt und wüßt ich immer Weg zu finden und entdecken, daß Markgraf Ernst gestraft würd', wär' ein Gottes-Lohn! denn er wahrlich fast übel gehandelt.“

Daß sich die bayerische Regierung nicht von Gesichtspunkten des Augenblicks leiten ließ, sondern die durch die Verwandtschaft gegebenen juristischen Möglichkeiten einer Verstärkung des Einflusses auf die Angelegenheiten des markgräflichen Hauses auch in Zukunft auszunützen beabsichtigte, zeigt ihr Verhalten in einer anderen Angelegenheit. Mit Perndorffer war in Straßburg auch der Domherr Markgraf Rudolf von Baden in Verbindung getreten. Er befürchtete, daß seine Brüder Markgraf Ernst und Bernhard die Auszahlung seiner ihm zustehenden Rente einstellen würden. Nun wollte er Bayern veranlassen, für die Sicherstellung seiner Ansprüche einzutreten.<sup>51</sup> Als Markgraf Rudolf kurz darauf starb, überlegten die bayerischen Räte, ob die Herzogin in diesem Falle „nicht auch miterben möchte“. Da aber der zur Regierung gekommene Bruder Philipps, Markgraf Bernhard II., ein alter kränklicher Herr war, schien es zweckmäßiger, noch auf seine Hinterlassenschaft zu warten. Man befürchtete außerdem, daß, wenn man mit Erbensprüchen an die Hinterlassenschaft des Domherrn hervortrete, Bernhard sich veranlaßt sehen könnte, ein Testament zu machen. Dies war bisher unterblieben.<sup>52</sup> Bayern rechnete also damit, daß in den nächsten Jahren eine nochmalige Neuordnung der badischen Herrschaftsverhältnisse notwendig sein werde, bei denen man sich einmischen und neue Forderungen erheben könne.

Markgraf Bernhard durchkreuzte aber die Hoffnungen der

---

50. Jörg, S. 74, Anm. 1. Brief v. 9. Dez. 1533, Herzog Ludwig aus Landshut an Herzog Wilhelm.

51. G. L. A., Bd. 510, Nr. 61.

52. G. L. A., Bd. 510, Nr. 77 = B. H. A., Baden 19, fol. 811—812.

bayerischen Juristen, wie die seines Bruders Ernst. Der Domherr Markgraf Rudolf hatte Perndorffer gegenüber einmal geäußert, sein Bruder Bernhard habe einen bösen Kopf. Von dem, was er sich vorgenommen habe, sei er nicht wieder abzubringen.<sup>53</sup> Die Erbitterung Bernhards gegen seinen Bruder Ernst war so groß, daß er die Baden-Badische Markgrafschaft ihm auf keinen Fall wieder zufallen lassen wollte. So heiratete er trotz seines Alters Franziska von Luxemburg., Ligne, Roussy und Croy und brachte es auf diese Weise neben seinen zahlreichen Bastarden noch zu zwei ehelichen Kindern. Als er im Jahre 1536 starb, hinterließ er einen sechs Monate alten Knaben, und die Geburt eines zweiten Kindes stand bei seinem Tode bevor. Markgraf Ernst und Bayern mußten nun eine Neuordnung der Baden-Badischen Verhältnisse vornehmen, aber in anderer Weise, als sie erwartet hatten. Der badisch-bayerische Erbschaftsprozess um die Hinterlassenschaft Markgraf Philipps war noch nicht entschieden. Ein entgültiges Urteil war erst im Oktober 1536 zu erwarten.<sup>54</sup> Es blieb außerdem bei den Spannungen zwischen dem markgräflichen und herzoglichen Hause zweifelhaft, ob es Markgraf Ernst ausführen werde. Die nahe Niederkunft der Witwe verzögerte zudem noch das Schiedsverfahren. Um allen Eingriffen von außen zuvorzukommen und vollendete Tatsachen zu schaffen, besetzte Markgraf Ernst nach Bekanntwerden des Ablebens Markgraf Bernhards das Schloß Baden-Baden und nahm die Herrschaftsgewalt an sich.<sup>55</sup> Er sperrte die Auszahlung jeglicher Geldbeträge, Pensionen, Dienstsolde, Zinsen, den Geldbedarf der Markgräfin nicht ausgenommen. Alle amtlichen Handlungen mußten nach Pforzheim überwiesen werden. Die Leitung der Kanzlei übernahm der Vogt von Durlach, Ludwig von Frauenberg. Die Landschreiber, Amtleute, Bürgermeister und Gerichte hatten von Ernst ihre Instruktionen einzuholen. Die Bürgermeisterei und das Gericht von Baden-Baden wurden neu besetzt. Das Vorgehen Markgraf Ernsts gegen die Markgräfin entbehrte jeder Rücksichtnahme auf

---

53. G. L. A., Bd. 510, Nr. 61.

54. G. L. A., Bd. 510, Nr. 214 = B. H. A., Baden 1, fol. 170—172.

55. G. L. A., Bd. 510, Nr. 227c = B. H. A., Baden 21, fol. 261—270.



ihren Zustand. Der bayerische Rat Hans von Sandizell, der im März 1537 nach Baden geschickt wurde, fand sie in einer äußerst hilflosen Lage vor.<sup>56</sup> Obwohl sie des Deutschen nicht mächtig war, untersagte man ihr jeden Verkehr mit dem Kanzler und den Räten ihres verstorbenen Gemahls. Der Hofmeister und Marschall waren ihr genommen und nur das notwendigste Hausgesinde gelassen. Sie mußte sich sogar ihre Nahrungsmittel zusammenborgen. Rat und Stütze fand sie nur bei dem alten ergrauten ehemaligen Landschreiber Hose und bei den ausländischen Advokaten, die beim Kammergericht einen Prozeß gegen Markgraf Ernst für sie anstrebten. Noch im gleichen Monat wurde sie von einem Knaben entbunden.

Einige Wochen später wandte sie sich an die Herzogin Jacobäa und bat sie inständig, bei ihrem Gemahl dafür einzutreten, die Vormundschaft über ihre Kinder zu übernehmen.<sup>57</sup> Markgraf Ernst wollte sie von der Vormundschaft fernhalten. Bayern war bereits bei den Vormundschaftsverhandlungen in Speyer durch Hieronymus Lerchenfelder vertreten. Er hatte, schon bevor die Markgräfin Franziska sich an Herzog Wilhelm wandte, seine Ansprüche dort angemeldet.<sup>58</sup> In einem Brief des bayerischen Rates Hans von Sandizell aus dieser Zeit findet sich folgende Stelle: „daneben sollen Euer fürstlich Gnaden mir sicher und gewißlich in wahrheit glauben, das das gantz camergericht und all umbesitzend christlich fürsten und potentaten all ihr hertz und hofnung der religion halben und sonst allein auf Euer fürstlich Gnaden setzen“.<sup>59</sup> Dies ist das erste Mal, daß von bayerischer Seite offen ausgesprochen wird, daß neben finanziellen noch andere Interessen Bayern eine Einflußnahme auf die badischen Verhältnisse wünschenswert erscheinen ließen. Der Kampf, den Bayern um die Erhaltung des Katholizismus in der Markgrafschaft Baden-Baden durch das ganze Jahrhundert führen sollte, hatte begonnen. Unzweifel-

---

56. G. L. A., Bd. 510, Nr. 227c = B. H. A., Baden 21, fol. 261—270.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 223a = B. H. A., Baden 21, fol. 179—183.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 228 = B. H. A., Baden 21, fol. 281—284.

57. G. L. A., Bd. 510, Nr. 234b = B. H. A., Baden 21, fol. 299—304.

58. G. L. A., Bd. 510, Nr. 223 = B. H. A., Baden 21, fol. 173—178.

59. G. L. A., Bd. 510, Nr. 289 = B. H. A., Baden 26, fol. 157—160.

haft ist, daß Bayern hier der angreifende Teil war, denn Markgraf Ernst konnte man nicht zu den ausgesprochenen Anhängern der Reformation zählen. Er vertrat mehr die ausgleichende Linie seines Bruders Philipp. In seinen Besitzungen Hochberg, Badenweiler, Sausenberg und Rötteln hatte er sich bisher bemüht, die Kirchengzucht in katholischem Sinne aufrecht zu erhalten. Schon nach der Lage jener Gebiete sah er sich gezwungen, auf Erzherzog Ferdinand von Österreich Rücksicht zu nehmen, der im Breisgau streng gegen jede lutherische Regung der Bevölkerung vorging. Auch nach der Landesteilung und nach seiner Übersiedlung nach Pforzheim änderte Markgraf Ernst seine Stellung zum Protestantismus nicht. Zwar ging er nicht gegen das immer mehr erstarkende Luthertum in Pforzheim vor, aber er bestimmte 1537, also im Jahr des Vormundschaftsprozesses, in einem Testament, daß in Baden-Durlach ohne Konzil- oder Reichstagsbeschluß an der alten Religion nichts geändert werden dürfe.<sup>60</sup> Das Kammergericht selbst war seit dem Jahre 1524 ein Instrument der katholischen Kräfte und Bestrebungen im Reich geworden. In wiederholten Visitationen war es von allen offenen Anhängern des Protestantismus oder nur verdächtigen Personen gereinigt worden.<sup>61</sup> Luther hatte seiner und der Meinung seiner Anhänger sehr deutlich Ausdruck verliehen, indem er es eine Teufelshure nannte. Der Widerstand gegen die einseitig konfessionelle Besetzung und die Befangenheit seiner Richter wuchs von Jahr zu Jahr. Da Markgraf Ernst zwar nicht protestantisch gesinnt war, aber auch nicht zu den streng katholischen Reichsfürsten gehörte, mußte in dem Augenblick, in dem Bayern mit religiösen Motiven im Stillen zu arbeiten begann, seine Aussichten auf einen günstigen Ausgang des Prozesses sich verschlechtern. Offen wurde jedoch bei den juristischen Darlegungen mit religiösen Vorbehalten noch nicht gegen seine Zuziehung zur Vormundschaft gesprochen.

Markgraf Ernst suchte nun die Verhandlungen mit Bayern

---

60. Vierordt, Bd. I., S. 333.

61. Heinrich Bröhmer, Die Einwirkung der Reformation auf die Organisation und Besetzung des Reichskammergerichtes. S. 3.

auf jede Weise hinauszuzögern und durch ein Mandat des Kaisers einem Kammergerichtsentscheid zuvorzukommen.<sup>62</sup> Sein Vorgehen in Baden-Baden wurde vom Kammergericht für ungesetzlich erklärt.<sup>63</sup> Die gegen ihn vorgebrachten Gründe lehnte er als inhaltlich nicht zutreffend und rechtlich nicht stichhaltig ab.<sup>64</sup> Er habe sich nicht zur Vormundschaft gedrängt. Die Übernahme der Regierung durch ihn sei eine Selbstverständlichkeit. Er und sein Bruder Bernhard habe die Huldigung der Gesamtmarkgrafschaft empfangen. Die Landschaft suchte zwischen den beiden Parteien zu vermitteln.<sup>65</sup> Der große Ausschuß der Grafen, Prälaten, Ritter, Stifte und Ämter schlug den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz und den Bischof von Straßburg als Schiedsrichter vor. Markgräfin Franziska lehnte ab. Darauf wandten sich die Landstände an das Kammergericht. In ihrer Supplikation kam hauptsächlich die Sorge zum Ausdruck, daß durch fremde Vormunde eine wirkliche Trennung der beiden Teile der alten Markgrafschaft eintreten könne. Sie hielten das aus wirtschaftlichen und anderen Gründen für einen großen Schaden. „Sollte sich dan dieser verfurmungung halb vil rechtfertigung zutragen und sie durch zwyfache und zwyspaltige regierung von frembden heusern usser halb des fürstlichen huß Baden namens und stammes verwaltet und regiert und diese Sachen nit durch die freundschaft, wie oben gemelt, und sonst gebrechlich ist usgefurt werden, möcht inen daraus unwiederpringlicher merglicher schad und nachteil entstehen und erwachsen.“<sup>66</sup> Die Landschaft war gegen einen Prozeß. Sie wünschte die Regelung der entstandenen Schwierigkeiten, dem Brauch gemäß, auf dem Wege privater Verhandlungen. Vom Kaiser sollte nur eine Bestätigung der Abmachungen eingeholt werden. Bei all diesen Verhandlungen hielt sich Bayern zurück wahrscheinlich aus taktischen Gründen, denn das Schiedsverfahren wegen der Erbschaftsansprüche Jacobäas war, wie schon erwähnt,

---

62. G. L. A., Bd. 510, Nr. 223.

63. G. L. A., Bd. 510, Nr. 227c.

64. G. L. A., Bd. 510, Nr. 227a = B. H. A., Baden 21, fol. 203—232.

65. G. L. A., Bd. 510, Nr. 227c.

66. G. L. A., Bd. 510, Nr. 223c = B. H. A., Baden 21, fol. 191—200.

noch im Gang. Am 14. April 1537 fällte das Kammergericht das Urteil. Markgraf Ernst wurde von der Vormundschaft ausgeschlossen. Dem Wunsche der Witwe gemäß, die Pfalzgraf Johann II. von Simmern und Herzog Ruprecht von Veldenz als Vormunde vorgeschlagen hatte, wurde Pfalzgraf Johann II. zur Vormundschaft zugezogen. Außer ihm wurden noch Herzog Wilhelm IV. von Bayern und Graf Wilhelm von Eberstein zu Vormunden ernannt. Johann von Simmern und Wilhelm von Eberstein besaßen Teile ihrer Gebiete im Kondominat mit Baden, Wilhelm die Grafschaft Eberstein, Johann von Simmern die Sponheimschen Besitzungen. Für diese erhielt Herzog Wilhelm keine vormundschaftlichen Befugnisse,<sup>67</sup> sondern für Sponheim wurden nur Johann von Simmern und Graf Wilhelm von Eberstein als zuständig erklärt.

---

67. G. L. A., Bd. 510, Nr. 237a = B. H. A., Baden 21, fol. 315—318.



### Drittes Kapitel.

## **Die Vormundschaft über Markgraf Philibert von Baden-Baden. 1537-1556.**

### *A. Der Rat und die Hofhaltung.*

Nur zehn Monate hatte Markgraf Bernhard III. nach dem endgültigen Teilungsvertrag mit seinem Bruder Ernst vom August 1535 die Regierung der neuentstandenen Markgrafschaft Baden-Baden inne, als der Tod ihn ereilte. Fast zwei Jahre waren vorher darüber vergangen, ehe sich die Brüder über die Teilung des ihnen zugefallenen Besitzes einigten. Als die Vormunde die Regierungsgeschäfte in Baden-Baden übernahmen, hatten sich die neugeschaffenen Verhältnisse noch in keiner Weise gefestigt. Kaum die notwendigsten Verwaltungsmaßnahmen waren getroffen worden. Erst im Herbst 1537 zum Beispiel wurde Dr. Veus mit der Aufgabe betraut, die auf das baden-durlachsche Gebiet bezüglichen Akten aus dem Badener Archiv auszusondern.<sup>1</sup> In den selben Monaten wurde mit Markgraf Ernst ein Vertrag über die Verteilung der auf den beiden Landesteilen ruhenden Schulden, Mangelder, Gülten und Leibgedinge abgeschlossen.<sup>2</sup> Das Regiment sah sich vor eine verantwortungsschwere Aufgabe gestellt. Es gewann für die Markgrafschaft Baden-Baden dadurch eine besondere Bedeutung, daß es am Anfang ihrer zweihundertjährigen Geschichte lag. Allein durch die Tatsache seines ausgesprochen katholischen Charakters hat es tiefe Spuren im Leben des Landes hinterlassen. Als Markgraf Christoph I. 1515 einer späteren Teilung der Markgrafschaft zustimmte, hatte er durch verschiedene Haus-

---

1. Kattermann, Kap. VI.

2. Gmelin, Gülten der untern Markgrafschaft Baden, Z. G. O. Rh. XXV., 18, 73.

gesetze über Namen, Wappen, Verkauf und Verpfändung der Besitzungen des gesamten markgräflichen Hauses die Einheit und Zusammengehörigkeit dieses Besitzes gewährleisten wollen.<sup>3</sup> Das Verhalten der Landschaft sowohl beim Streit der Brüder wie bei dem Einsetzungsverfahren der Vormunde zeigte, daß auch die Bevölkerung, wenigstens der mittelbadischen Kernlande, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit besaß. Klar erkannte sie die Gefahren, die in einer Vormundschaft lagen, an der kein Angehöriger des Hauses teilnahm. Sie konnte auch schon die Kirchenspaltung mit in Rechnung setzen, eine Gefahr für die Einheit des markgräflichen Hauses und der Territorien, die Christoph I. noch nicht kannte. Die Vormundschaft über die beiden Söhne Markgraf Bernhards III., Philibert und Christoph, hatte Bayern ein Maß von Einfluß in einem Teil der alten Markgrafschaft eingeräumt, wie es die bayerischen Räte noch wenige Jahre vorher kaum gehofft hatten. Streng wachte Bayern nun darüber, daß alle Rechtstitel der Unabhängigkeit des Landes gegenüber den Baden-Durlachschen Gebieten gewahrt blieben. Obwohl die Auffassung Markgraf Ernsts von Baden-Durlach über die Einheit des markgräflichen Besitzes und der sich daraus ergebenden Folgerungen beim Kammergericht nicht durchgedrungen war, unterließ er es auch in Zukunft nicht, dieser Auffassung Ausdruck zu verleihen. Statthalter und Räte des Vormundschaftsregimentes redete er in seinen Schreiben „Liebe und Getreue“ an, da der Statthalter Heinrich von Fleckenstein von ihm ein Burglehen in Stollhofen besaß, und der Vater eines Rates von Neuhausen ebenfalls sein Lehensmann war.<sup>4</sup> Die Vormunde mußten sich das schließlich verbitten.<sup>5</sup> So kam auch während der Vormundschaft der Teilungsstreit nicht zur Ruhe.

Nachdem die Parteien 1540, einen erneuten pfälzischen Schiedsspruch erlangt hatten, machten sie trotzdem ein Kammergerichtsverfahren anhängig.<sup>6</sup> Nun griff aber der Kaiser ein und

---

3. Wielandt, S. 556.

4. Er besaß Weißenstein zu Lehen.

5. G. L. A., Bd. 510, Nr. 206a. = B. H. A., Baden.

6. G. L. A., Bd. 510, Nr. 394b = B. H. A., Baden 27, fol. 245—253.

erließ an das Kammergericht ein Mandat, durch das er gerichtliches Einschreiten in der badischen Angelegenheit vorbot.<sup>7</sup> Bischof Christoph von Augsburg, Erasmus von Limburg,<sup>8</sup> Bischof zu Straßburg und Graf Wilhelm Werner von Zimmern wurden zu kaiserlichen Kommissaren bestellt.<sup>9</sup> Doch mehr als durch die Verteidigung der Rechte der Markgrafschaft nach außen bemühten sich die Vormunde, durch Maßnahmen im Innern die Markgrafschaft Baden-Baden zu einem lebensfähigen Gebilde zu machen, um ihr Fortbestehen zu gewährleisten.

Das Gebiet, das das Vormundschaftsregiment zu verwalten hatte, bildete keine zusammenhängende Ländermaße, sondern bestand, ähnlich wie Baden-Durlach, aus mehreren zerstreut liegenden größeren und kleineren Einzelbesitzungen. Es umfaßte beim Tode Bernhards die acht Ämter Baden, Ettlingen, Kuppenheim, Rastatt, Bühl, Stollhofen, Steinbach und die linksrheinische Besitzung Beinheim. Eberstein und die Herrschaften Lahr-Malberg waren Kondominatsgebiete. Dazu kamen noch die in Luxemburg liegenden Besitzungen Bernhards und die Grafschaft Sponheim. Von den drei Städten des Landes Rastatt, Ettlingen und Baden war Baden-Baden die bedeutendste. Sie vereinigte in sich die Elemente einer Bäder-, Residenz- und Landstadt. Die Zahl ihrer Einwohner betrug aber nur einige hundert Familien.<sup>10</sup> Ihre heißen Quellen waren weithin berühmt. Das Badeleben, das bei den Sittenstrengen in keinem allzu guten Rufe stand, nahm im Verlauf des 16. Jahrhunderts einen immer größeren Aufschwung. Vornehme, Adelige und Fürsten nahmen häufig längeren Aufenthalt in der Stadt. Die Kurfürsten von der Pfalz zum Beispiel besaßen dort ständig ihre eigenen Badehäuser. So war die Stadt mehr als eine andere ihrer Größe mit den allgemeinen Geschehnissen und Strömungen der Zeit in Verbindung. Es trat in der Haltung ihrer Bürger hervor. Auch für das Wirtschaftsleben der ganzen Umgebung waren die Heilquellen Baden-Badens durch

---

7. Lanz, Korrespondenz Kaiser Karl V. Bd. II, Nr. 476.

8. Wilhelm III. von Hohnstein war schwer erkrankt. Das Mandat spricht nur von dem „jetzigen oder zukünftigen Bischof“.

9. Lanz, Nr. 477.

10. Hans Rott, Baden-Baden im 16. und 17. Jahrhundert, Z. G. O. Rh. N. F. XLI, 1927 und Duhr.

den Zustrom der Fremden von großer Bedeutung. Die Regierung bemühte sich durch ihre Maßnahmen diesen Nutzen zu steigern. Neben den drei größeren Städten entwickelte Bühl noch ein reges Wirtschaftsleben.<sup>11</sup> Landwirtschaft, Gewerbetätigkeit, Handel und ein aus der weiteren Umgegend rege besuchter Wochenmarkt trugen dazu bei.<sup>12</sup> Der Bühler Markt ging zeitweise so gut, daß außer den Montagsmärkten noch vier Jahrmärkte und sogar an Sonn- und Feiertagen Markt gehalten wurde.<sup>13</sup> Bühl ist aber auch gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie hemmend für jede weit-schauendere und in einem größeren Rahmen denkende Landes-politik die verwickelten Herrschafts- und Besitzverhältnisse sein mußte. Ausgang des 14. Jahrhunderts waren größere Teile des Ortes, die nördlich der Billot gelegene Hälfte, an Baden ge-kommen.<sup>14</sup> Der Rest des Marktfleckens blieb ein freies Reichs-lehen in der Hand der Herren von Windeck, das erst 1528 unter badische Landeshoheit gestellt wurde. Das Gericht war ein Kon-dominat zwischen beiden. Baden erhielt aus den Einnahmen sieben Zwölftel, Windeck fünf. Irrungen, Abschiede und Verein-barungen mit den Herren von Windeck folgten in kurzen Ab-ständen aufeinander und rissen im ganzen 16. Jahrhundert nicht ab, obwohl dem Hause Windeck gar keine weitere Bedeutung zu-kam. Und trotzdem hatte dieser Zustand für die Zeit nichts Un-gewöhnliches an sich. Er wiederholt sich an anderer Stelle eben-so, gleichgültig, ob es sich um größere oder kleinere Gebiete handelte, in denen sich irgend welche Gerechtsame überschneiden. So befand sich die hintere Grafschaft Sponheim zeitweise in völlig ungeteilter Besitzgemeinschaft dreier Gebietsherrn, die in jedem Orte die gleichen Rechte besaßen. Eberhard Gothein hat uns treffend und plastisch das Wesen des Territorialstaates im 16. Jahr-hundert geschildert. Noch fehlte ihm jede Einheit, soweit sie nicht in der Person des Landesherrn gegeben war. Die Gesetz-gebung regelte Bedürfnisse, die oft mehr zufällig die gleichen

---

11. Karl Reinfried, Die Stadt und Pfarrgemeinde Bühl unter Windeck, Freiburger Diöz. Arch., Bd. XI, 1877.

12. Reinfried, Bühl, S. 74. 1438 hatte Kaiser Albrecht II. die Herrn von Windeck mit dem Marktrecht belehnt.

13. 1585 durch Philipp II. verboten. Reinfried, Bühl, S. 74.

14. Vgl. Reinfried, Bühl, S. 73 und 75.



waren, ohne gemeinsam zu sein. Wo man sich um der Einheitlichkeit willen über die Ortsgewohnheiten hinwegsetzte, da war das Gelingen, wie Gotheim schreibt, „weit mehr ein Zeichen der Gleichgültigkeit, als ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der Untertanen“.<sup>15</sup> War aber alle Tätigkeit der Gesetzgebung und der Landesverwaltung in so hohem Grade durch die Bindung an die Person des Landesherrn bestimmt, so konnte bei dem Mangel eines eigentlichen Staatsbewußtseins der Einfluß einer fremden Herrschaftsgewalt, wie in unserm Falle, ebenso groß sein, wie der des angestammten Fürsten. Dies war in der Markgrafschaft um so mehr der Fall, als die badischen Landstände so wenig entwickelt und einflußreich waren. Während die Landesteilung sich auf die unteren Verwaltungsorgane kaum ausgewirkt hatte, mußte die Baden-Badensche Regierungskanzlei neu aufgebaut werden. Bei diesem Werk suchten die Vormunde nun keine Angleichung an das bayerische oder simmersche Vorbild zu erreichen. Es bestimmte sie vielmehr dabei das Bestreben dem Charakter der Vormundschaft als eines Kollegiums gleichgestellter Landesherrn Rechnung zu tragen. Namentlich wollte man erreichen, daß der Einfluß auf die Regierungsgeschäfte möglichst abgewogen und ausgeglichen war.

Beim Tode Markgraf Philipps I. hatten der markgräflichen Regierung der Landhofmeister Friedrich von Luxemburg, der Haushofmeister Batt von Riepur, der Kanzler Veus und die Räte Martin von Remichingen, Dr. Johann Marquart und Georg Hose angehört.<sup>16</sup> Gelegentlich waren noch der Dechant des Badener Stiftes Nicolaus Sigwar und der Probst des Pforzheimer Stiftes Dr. Johann Hochberg zum Rate zugezogen worden. Friedrich von Luxemburg gab nach dem Ableben des Markgrafen sein Amt auf, das von Markgraf Ernst und Bernhard Dr. Veus noch neben seinem Kanzleramte übertragen wurde.<sup>17</sup> Außerdem übernahmen sie noch Martin von Remichingen, Dr. Marquart und Georg Hose in ihre gemeinsamen Dienste, während Batt von

---

15. Eberhard Gotheim, Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert, Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission, N. F. 13, 1910.

16. Kattermann, S. 329.

17. Kattermann, Kap. VI.

Riepur von Markgraf Ernst als Rat verpflichtet wurde. Auch Martin von Remichingen trat bald in Markgraf Ernsts Dienst. Während des Teilungsstreites baten auch Veus und Marquart um Entbindung von ihren Ämtern. Markgraf Bernhard entschloß sich auch auf Dr. Marquart zu verzichten und nur Veus als vertrauten Rat anzunehmen. Ehe er diese Absicht durchführen konnte, erlitt er den Tod. Dr. Marquart wurde dann im Juli 1537 von dem Vormundschaftsregiment entlassen. In diesem Monat fanden auch die Verhandlungen zwischen Bayern, Eberstein und Pfalzgraf Johann über die Vormundschaftsgeschäfte nach dreimonatlicher Dauer ihren Abschluß.<sup>18</sup> Im Kern drehten sie sich um die Führung im Regiment, wobei Eberstein eine untergeordnete Rolle spielte. Es war anfangs bei den Verhandlungen noch nicht einmal vertreten. Bayern vermochte sich noch nicht ganz durchzusetzen. Herzog Johann von Simmern verhielt sich in einigen Fragen ablehnend und wurde darin von dem Kurfürsten von der Pfalz bestärkt. Das Moment der Religion war für die bayerischen Unterhändler einer der leitenden Gesichtspunkte. Es spielte eine Rolle zunächst bei der Berufung des Vorsitzenden des Regiments. Der eigene Kandidat Hans von Sandizell, einer der Gesandten bei diesen Verhandlungen, wurde abgelehnt. Der Gegenkandidat Heinrich von Fleckenstein erregte aber ebenso auf bayerischer Seite große Bedenken. Die Baronie Fleckenstein<sup>19</sup> besaß im nördlichen Elsaß größere Besitzungen. Es gehörten dazu die Ämter Fleckenstein, Sulz, Rödern, Roppenheim, Kutzenhausen und das weiter westlich gelegene Amt Weitersweiler. Im Amte Rödern waren die Orte Niederrödern, Eberbach, Kröttweiler, Oberlauterbach und Winzenbach zum Teil markgräfllich badische Lehen. Die Familie von Fleckenstein zerfiel in die drei Linien Fleckenstein-Sulz, Fleckenstein-Rödern und Fleckenstein-Dagstuhl. Heinrich

---

18. G. L. A., Nr. 243 = B. H. A., Baden 21 fol. 365—382.

G. L. A., Nr. 243b = B. H. A., Baden 21, fol. 387—394. Die Räte sind auf bayr. Seite: Werner Volker von Freyburg, Hans von Sandizell, Ulrich Langmantel. Auf simm. Seite: Meinh. von Koppenstein, Kanzler Dr. Corsilius Payer.

19. D. Johann Adam, Evangelische Kirchengeschichte der Elsässischen Territorien. Straßburg 1928. S. 168 ff. Walter Möller, Stammtafeln westdeutscher Adelsgeschlechter. Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg Bd. III, IV. Wilhelm Röhrig, Geschichte der Reformation im Elsaß 1832.

von Fleckenstein<sup>20</sup> gehörte der Beinheimer Linie an, die seit dem 14. Jahrhundert Anteile an Beinheim besaß und in der Zwischenzeit erst den Namen Fleckenstein-Dagstuhl annahm. Das Verhalten Heinrichs von Fleckenstein in Rechtsstreitigkeiten mit Baden-Baden wegen Beinheims während seiner Statthalterschaft, sollte für das Vormundschaftsregiment eine unangenehme Belastung werden. Freiherr Heinrich von Fleckenstein-Dagstuhl hatte eine Reihe Brüder, von denen der eine, Hans von Fleckenstein, ein bekannter Reiterführer war. Hans von Fleckenstein stand 1537 als Leutnant Wilhelms von Fürstenberg in Frankreich und nahm mit diesem zusammen an den Kämpfen zwischen Karl V. und Franz dem I. teil. 1539 trat er an die Stelle Fürstenbergs und besoldete selbst 20 Unterhauptleute. Später verließ er übrigens Frankreich und trat in kaiserliche Dienste über. Die Stellung seines Bruders Hans, besonders aber die protestantische Gesinnung der ganzen Familie, in erster Linie eines Vettters Heinrich von Fleckensteins, des pfälzischen Grobhofmeisters Ludwig von Fleckenstein-Sulz, ließen Bayern Heinrich von Fleckenstein für den Statthalterposten als ungeeignet erscheinen. Aber die simmerschen Räte vermochten, gestützt auf Kurpfalz, Fleckenstein doch durchzusetzen. Bayern gab in dieser Frage nach. Bei der Festsetzung der rangmäßigen Reihenfolge der Vormunde kam es zu einem Kompromiß. Bei offenen Bekanntmachungen und Anordnungen sollte ein Vierteljahr Pfalzgraf Johann von Simmern, ein Vierteljahr Herzog Wilhelm von Bayern an erster Stelle stehen. Hans von Sandizell schrieb darüber an Leonhard Eck: Die bayerischen Räte des Regimentes müßten jetzt nur darauf sehen, daß alle wichtigen Anordnungen in der Zeit ausgingen, in der sie in Herzog Wilhelms Namen erfolgten.<sup>21</sup>

Bei der Neuorganisierung der Kanzlei hemmte vor allem die mangelhafte Finanzlage des Landes. Ursprünglich wollte man nur ein rein mit berufsmäßigen Beamten besetztes Kollegium schaffen. Die Finanzlage zwang aber später zu einem Zurückgreifen auf den damals schon veralteten Brauch, auch andere

---

20. Nach Möller Heinrich XIX.

21. G. L. A., Bd. 510, Nr. 243b.

Personen, Geistliche oder Angehörige der städtischen Verwaltung heranzuziehen. So hatte auch Christoph I. bei der Übertragung der Landesregierung an seinen Sohn Philipp 1511 angeraten, falls die zur Erledigung der Geschäfte vorgesehenen sieben Räte nicht ausreichten, den Probst und den Stiftsdekan zu Baden, den Probst des Ettlinger Stiftes oder andere, Edle, Diener oder Amtleute je nach Bedarf zuzuziehen.<sup>22</sup> Gegenüber dem Zustand, wie er unter Bernhard herrschte, bedeutete die neue Vormundschaftsregierung eine wesentliche Vergrößerung des Personalstandes. Vorgesehen waren zunächst sechs Räte. Ein Adliger, ein Rat mit Universitätsbildung, ein Statthalter, ein Kanzler und zwei bisher in badischen Diensten gewesene Räte. Jedoch war mit dieser Zahl die Markgrafschaft nach bayerischer Ansicht nicht zu verwalten. Veus, der bisherige Kanzler, war zu betagt, um täglich Dienst zu tun. Er sollte zur Berichterstattung in größeren und wichtigeren Angelegenheiten herangezogen werden und alle mit der Teilung zusammenhängenden Finanzfragen bearbeiten. Daneben sollte er die zwischen der Markgrafschaft Baden-Baden und Baden-Durlach noch nicht beendigte Abrechnung erledigen, da er diese Materie am besten übersehen konnte. Die schwebenden Schiedsverfahren der unglücklichen Teilung beanspruchten die Arbeitskraft zweier weiterer Räte, besonders weil sie häufige Reisen derselben nötig machten. Das war um so lästiger, als die Bearbeitung dieser Fragen nur den besten Räten übertragen werden konnte. Zweimal im Jahr mußten außerdem ein vierter und fünfter Rat, die auch sonst ganz von der Verwaltung Sponheims und der luxemburgischen Besitzungen in Anspruch genommen waren, sich zum Hofgericht und zur Abrechnung nach Kreuznach begeben. So blieb eigentlich nur ein Rat zur Erledigung der laufenden Geschäfte in Baden übrig. Da man in München die angeführten Gründe für stichhaltig hielt, wurde die Zahl der Räte auf acht erhöht. Es wäre aber auch für damalige Zustände nicht ungewöhnlich gewesen, wenn man sich entschlossen hätte, die badische Kanzlei, solange ein Teil der Räte sich auf Reisen befand, zu schließen.<sup>23</sup>

---

22. Z. G. O. Rh. XXVI, S. 397.

23. Schmoller, Acta Borussica, Vorrede, S. 60.



Einschränkung der Ausgaben stand hinter allen Maßnahmen, die zunächst getroffen wurden, so auch hinter der Neuordnung der Hofhaltung. Diese Hofhaltung trug noch einen ausgesprochen ländlich-patriarchalischen Zug. Unter Markgraf Philipp I. hatte sie siebzig Personen umfaßt, wozu noch 24 Reisige kamen.<sup>24</sup> Jetzt zählte sie, die Markgräfin und die zwei Kinder eingerechnet, noch 43 Personen. Sie setzte sich aus der persönlichen Umgebung der Markgräfin, dem Pflegepersonal für die Kinder, Hausangestellten, Küchenpersonal, Kellermeistern, mehreren Handwerkern, Schneidern, Metzgern, dem Schmied, den Pferde knechten, Jägern und Torwächtern zusammen. Zunächst sollte der Viehbestand abgeschafft werden. Die Durchführung scheiterte aber an dem Widerstand der Markgräfin, obgleich man sie auf die hohen Gestehungskosten von Schmalz, Käse und Milch hinwies.<sup>25</sup> Es ist wahr, schrieb Sandizell, man kann der Markgräfin den Wunsch, das Vieh zu behalten, nicht gut abschlagen, „ihre fürstlich Gnaden hat zu irer so großen jugend wenig kurzweil oder freud“ gehabt. Die Nebeneinnahmen, die der Küchenmeister noch aus seinem Amt zog, wurden abgestellt. Das Keller- und Baumeisteramt und die Speicherverwaltung legte man zusammen. Wagenpark und Marstall wurden ebenfalls verkleinert. Die Pfisterei, das heißt die Bäckerei, wurde teilweise aufgehoben und die Lieferung des Weißbrotes an einen Stadtbäcker vergeben. Später ließ die Herrschaft ihr eigenes Mehl verbacken, denn, so schrieb man, „ist auch dasselb prot vil ergibiger für den nachdisch, den das kaufprot“. Der Hauptteil der Hofstaatsordnung aber bezog sich darauf, wie es mit den Mahlzeiten zu halten sei. Auch hier sollte unnötiger Verschwendung Einhalt geboten werden. Das ganze Hofgesinde, vom Kämmerer und Hofkaplan angefangen, bis zum Pferde knecht und Torwächter, mußte alle Mahlzeiten gemeinsam einnehmen. Das Schloßtor wurde solange geschlossen, und der Schlüssel dem Hofmeister über-

---

24. Z. G. O. Rh., Bd. XXVI, S. 394. Eine Hofordnung Christoph I. von 1504, Philipp I. von 1501 und Philipp II. sind gedruckt bei A. Kern, Deutsche Hofordnung des 16. und 17. Jahrhunderts, Bd. II.

25. G. L. A., Bd. 510, Nr. 295a = B. H. A., Baden 32, fol. 1–46.

geben. Er hatte die Anwesenden aufzurufen und festzustellen, daß nur die zum Hof gehörenden Personen an der Mahlzeit teilnahmen. Erst nach Verlesung der Liste durfte der Küchenmeister anrichten. Beim Mittag- und Abendessen bekam jede Person zwei Brote und einen Becher Wein, von dem Sandizell sagte, daß drei solcher Becher gerade eine „halbe Münchner Maß“ seien. Die Torwächter nahmen nur an den Hauptmahlzeiten teil. Frühstück und Schlaftrunk wurde ihnen auf das Torstübchen gebracht. Unter Strafe war dem Küchenmeister verboten, in der Küche irgend jemand Essen zu reichen. Jedes Winkelzechen, Zechen in der Metzgerei, in der Bäckerei, dem Marstall und der Küche, der Schneiderei, der Käferei, im Brotgaden oder an irgend einer Stelle im Schloß war bei strenger Strafe der Schuldigen und Verantwortlichen untersagt. Die Besichtigung der Weinkeller durch Fremde oder Einheimische durfte der Kellermeister nur mit Erlaubnis des Statthalters gestatten. Als diese Maßnahmen: „actum Baden, den 1. Tag des Monats Augusti anno 1537“, keinen Erfolg hatten und der Haushalt des Hofstaates „je länger, je mehr“ zunahm, dachte man daran, die Markgräfin zu zwingen, die Hofhaltung aufzulösen. Die Kinder sollten Herzog Johann und Herzog Wilhelm zur Erziehung übergeben werden. Im Januar 1538 schloß sie mit der Vormundschaft einen Vertrag über ihre Witwenversorgung und die Regelung der Erbschaftsfrage zwischen ihr und ihren Söhnen ab. Die Haltung der Markgräfin bei den Verhandlungen fand nicht das Gefallen der bayerischen Räte. Man nannte sie trotzig, wankelmütig, eigensinnig und streitsüchtig. Ihr Verhalten erscheint insofern verständlich, als ihre Ansprüche rechtlich einwandfrei waren, jedoch nicht mit den Einnahmen der Markgrafschaft in Einklang gebracht werden konnten.<sup>25a</sup> Ein Jahr später siedelte die Markgräfin in ihre luxemburgischen Besitzungen Pittingen und Unseldingen über.<sup>26</sup>

---

25a. G. L. A., Bd. 510, Nr. 260a = B. H. A., Baden 21, fol. 567.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 259 = B. H. A., Baden 21, fol. 55 ff.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 259b = B. H. A., Baden 21, fol. 67—70.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 260 = B. H. A., Baden 21, fol. 259—610.

26. G. L. A., Bd. 510, Nr. 335 = B. H. A., Baden 27, fol. 94.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 395a = B. H. A., Baden 27, fol. 96.

Erst nach der Übernahme des Regimentes gelang es den fremden Räten, einen genaueren Einblick in die Finanzlage der Markgrafschaft zu gewinnen. Sie sahen sich daraufhin bald gezwungen, bei der Einschränkung der Ausgaben nicht bei der Haushaltung des Hofes halt zu machen. Auf einem Tag zu Heidelberg im November 1538 entschloß man sich, noch einmal alle inzwischen entstandenen Unklarheiten zu überprüfen. Auf den Rat Pfalzgraf Johannis hin wurden die Beratungen nach Baden-Baden selbst verlegt, da es sich in Heidelberg herausstellte, daß die Verhandlungen nur auf Grund der Unterlagen der Kanzlei ein Ergebnis bringen konnten.<sup>27</sup> Verhandelt wurde über die Religion, die Ordnung des Regimentes und des Hofstaates und über die Aufnahme von Anleihen. Zunächst schuf man eine Dienstordnung für den Statthalter, die Räte und das Kanzleipersonal und legte die Diensteide fest.<sup>28</sup> Dann wurde eine Verringerung des Personalstandes und eine Herabsetzung der Gehälter des Vormundschaftsregimentes vereinbart.<sup>29</sup> Beides konnte aber wegen der teilweise noch laufenden Anstellungsverträge nicht sofort durchgeführt werden. Dem Rat wurde ausdrücklich aufgetragen, trotz der in ihm bestehenden Spannungen auf die wir später zurückkommen,<sup>30</sup> vorläufig weiter zu amtieren. Sandizell hatte eine Denkschrift verfaßt, in der er folgende Reformvorschläge machte: Das Ratskollegium sollte in Zukunft nur aus sechs Personen bestehen, nämlich aus dem Statthalter, Dr. Veus als Kanzler und einem Rat. Ferner sollten die beiden vakanten Prälaturen am Stift durch einen Probst und einen Dekan besetzt werden, die geeignet waren, auch Ratsdienste zu

---

27. G. L. A., Bd. 510, Nr. 305 = B. H. A., Baden 1, fol. 233—41. Zu den Verhandlungen waren aus Bayern besonders abgeordnet worden der Kammermeister Andreas Pernöder, Sigmund von Pfeffenhausen zu Reichertshausen, Statthalter und Hauptmann zu Burghausen und Dr. Franz Burckhard.

28. G. L. A., Bd. 510, Nr. 303 = B. H. A., Baden 1, fol. 258—63.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 305a = B. H. A., Baden 26, fol. 200—15.

29. G. L. A., Bd. 510, Nr. 305 = B. H. A., Baden 1, fol. 233—41.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 307 = B. H. A., Baden 26, fol. 19—22.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 310 = B. H. A., Baden 27, fol. 17.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 313 = B. H. A., Baden 27, fol. 29.

30. Siehe Seite 76 ff.

versehen.<sup>31</sup> Weiterhin schlug er vor, die später durchgeführte Verbindung der Ämter eines Vogtes von Baden und Steinbach vorzunehmen. Vorteilhaft schien hierbei, daß all diese Personen in Baden ihren Wohnsitz hatten, was die Herbeiziehung dieses oder jenes Amtmannes von Bühl, Rastatt oder Ettlingen zum Rat überflüssig machte. Einsparungen wären in diesem Falle durch Spesen wieder hinfällig geworden. Die Besoldung der drei Nebenräte Probst, Dekan und Vogt von Baden, erfolgte außerdem nicht durch das Regiment, sondern durch das Stift und die Ämter. Andere Einsparungen wollte er durch Zusammenlegung des Amtes Rastatt-Kuppenheim, Stollhofen-Ettlingen erzielen. Daneben riet er durch Verkäufe aus der Hofkleiderkammer und dem Silbergeschirr Geld zur Schuldentilgung flüssig zu machen. Ein weiterer Vorschlag Sandizells, in Zukunft nur drei ordentliche Räte zu besolden, und zwischen diesen das Statthalteramt wechseln zu lassen, wurde nicht angenommen, aber doch die Zahl der Räte auf drei vermindert.<sup>32</sup>

Die formelhafte Abfassung der Dienstordnung verhindert, daß die Pflichten der Beamten in aller Breite und Anschaulichkeit zutage treten. Es ist ein Mangel übrigens, den Schmoller schon ganz allgemein für die Zeit, und in besonderer Hinsicht auf diese Aktenkategorie feststellte.<sup>33</sup> Die Ordnung hatte für den Verwaltungsaufbau keine so grundlegende Bedeutung wie eine Kanzlei- und Landschreiberordnung, die auch während einer Vormundschaft 1578, auf württembergischen Vorbild beruhend, in Baden-Durlach eingeführt wurde. Die dort vorgenommene Einteilung des Rates in verschiedene Kollegien wurde in Baden-Baden 1538 noch nicht zur Durchführung gebracht. Einmal lag die baden-durlachsche Kanzleiordnung 40 Jahre später und dann war auch in Baden-Baden der kleinere Umfang des Landes von Bedeutung, denn auch während der zweiten Vormundschaft wurde das ungeteilte Kollegium beibehalten, zu einem Zeitpunkt also, in dem die stärkere Abgrenzung der Aufgabenkreise schon allgemein war.

---

31. Über diese beamtenpolitische Bedeutung der Stifte für das Territorialfürstentum vgl. Hashagen S. 208 f.

32. G. L. A., Bd. 510, Nr. 295a = B. H. A., Baden 32 fol. 1—46.

33. Schmoller, Acta Borussia, Vorrede.

34. Carlebach, Bd. II, S. 18.



Die Dienstordnung behielt während des ganzen 16. Jahrhunderts Gültigkeit. Sie wurde von der zweiten Vormundschaft und auch von Philipp II. übernommen. Eine unter seiner Regierung vorgenommene Überarbeitung wurde nicht mehr in Kraft gesetzt.<sup>35</sup> Auffallend an der Dienstordnung ist die Mischung von Leitsätzen allgemeiner Art und bis ins einzelne gehenden Ausführungsbestimmungen. Nichts ist zum Beispiel darüber gesagt, wie Beschlußfassungen im Rat zustande kommen sollten. In der schon mehrfach angeführten Landesordnung Christoph I. waren hierüber genaue Anweisungen gegeben worden.<sup>36</sup> In der Dienstordnung des Vormundschaftsregimentes wurde dagegen bis ins einzelne erläutert, wie die Amtssiegel aufzubewahren seien. Die Stellung des Statthalters zwischen den Vormunden als ihr Beauftragter und sein Amt als Vertreter der jungen Fürsten wurde nicht umschrieben. Es war lediglich bestimmt, daß er nach bestem Können und Vermögen das Fürstentum, die Herrschaften und alle Rechte seiner Herren versehen und handhaben müsse. Ferner sollte er in gewisser Gegenüberstellung hierzu die Untertanen der Markgrafen gegen Übergriffe der Nachbarn schützen und sie untereinander nach Recht und Billigkeit „versprechen, verordnigen und handhaben“. Über die Stellung zu irgend welchen Organen der Untertanen, der Landschaft oder ihren Vertretungen wurde nichts ausgeführt. Zum Aufgabenkreis des Statthalters gehörte die Durchführung aller schwebenden oder entstehenden Prozesse der Mündel. Er hatte das Hofgericht abzuhalten. Ebenso hatte er die Oberaufsicht über die Amtsführung und Lebenshaltung aller Beamten der Markgrafschaft zu führen. Dann mußte er die Abrechnung der Mittelbehörden mit Hilfe der Räte überprüfen und eine jährliche Generalabrechnung halten. Absetzung und Anstellung aller Beamten stand ihm zu.

Das alte Baden-Badensche Kanzleigebäude lag mitten in der Stadt, der Stiftskirche gegenüber, dort etwa, wo sich der spätere Gebäudekomplex des Jesuitenkollegs, des heutigen Rathauses, befindet.<sup>37</sup> Das Archiv war im unteren Schloß unter-

---

35. G. L. A., Bd. 512, Nr. 280 = B. H. A., Baden 13, fol. 310—314.

36. Z. G. O. Rh., XXVI, S. 406.

37. Hans Rott, Z. G. O. Rh., N. F. XLI. 1927.

gebracht.<sup>38</sup> Den Tagesablauf des Kanzleibetriebes läßt die Kanzleiordnung verhältnismäßig gut erkennen. Der Dienst begann im Sommer um sechs, im Winter um sieben Uhr. Die Räte machten zwei Stunden Mittagspause, während die Schreiber erst nach Erledigung ihrer angefangenen Arbeit fortgehen durften. Um ein Uhr sollten sie zurück sein. Das wurde jedoch nicht streng eingehalten, sondern mehr nach den Erfordernissen der gerade vorliegenden Arbeiten durch den Statthalter geregelt. Für die Räte bestand die Pflicht, sich dauernd in Baden-Baden aufzuhalten. Bei Verlassen der Stadt mußten sie um Urlaub nachsuchen. Ihre Anwesenheit in der Kanzlei wurde dagegen nur auf besondere Anforderung hin erwartet. Der Kanzleisekretär legte abends dem Statthalter und dem Kanzler die für den nächsten Tag vorliegenden Sachen vor. Danach trafen diese ihre Dispositionen und ließen die Räte für eine bestimmte Stunde morgens oder nach dem Imbiß auf die Ratsstube bestellen. Auch den Schreibern war freigestellt, sofern keine Arbeit für sie vorlag, ihre persönlichen Angelegenheiten zu erledigen. Nur mußten sie sofort zu finden und abzurufen sein.

Die Kanzlei teilte sich in zwei Arbeitsbezirke, die Ratsstube und die Schreiberstube. Unbefugten war der Zutritt strengstens verboten. Brachte es der Geschäftsgang mit sich, daß Fremden Zutritt gewährt werden mußte zu Verhören oder Sitzungen, so wurden Konzepte, Briefe und Register, die offen lagen, erst weggeschlossen. Der Kanzler trug dafür die Verantwortung, daß es geschah. Die Aufsicht über das Personal führte der Kanzleisekretär, der Vertreter des Kanzlers. Alle Eingänge wurden zunächst ihm übergeben. Er sah sie durch, sortierte sie und gab sie an den Kanzler und den Statthalter weiter. Kleinigkeiten behielt er zurück. Er konnte in solchen Fällen selbst eine Antwort entwerfen, mußte sie aber dem Kanzler oder dem Statthalter zur Korrektur vorlegen. Erst das genehmigte Konzept durfte ausgefertigt werden. Zu dieser Arbeit war ein besonderer Schönschreiber erforderlich. Abgesandt durfte das Schreiben erst werden, wenn es kollationiert

---

38. Wielandt, S. 566.

und vom Statthalter unterschrieben war. Die Abschriften wurden dem Registrator übergeben, der sie dem Archiv einreichte. Er war im Nebenamt noch Rechenschreiber und registrierte, wenn es für ihn nichts zu tun gab, die ungeordneten Aktenbestände. Angefordertes Material wurde nur mit der Erlaubnis des Statthalters oder Kanzlers ausgegeben. Über die Entleihung wurde Buch geführt.

Alle Schriftstücke aber, die mit Gerichtsangelegenheiten zu tun hatten, wurden gesondert behandelt und gingen an den Hofgerichtsschreiber. Er hatte für die pünktliche Ladung der Parteien zu sorgen, die Protokolle zu führen und auszufertigen, die Prozeßakten zu registrieren und die Gerichtstaxen zu verrechnen. Ein zweiter Schreiber besorgte die Rechnungsführung und Eintreibung der Amtsgefälle und sonstiger Steuern, ein dritter die Spesenverrechnung zwischen den Logiswirten und den zugereisten fremden, Räten, Edelleuten, Boten, Dienern und Knechten.

Nichts von alledem geschah ohne ausdrückliche Zustimmung des Statthalters oder Kanzlers. Diesem fiel die Hauptarbeitslast zu. Er hatte das Recht, in bestimmten weltlichen und geistlichen Dingen selbständige Entscheidungen zu treffen und Verordnungen zu erlassen. Ihm oblagen alle Dinge, die die Herrschaft betrafen, Landesdinge und auswärtige Angelegenheiten, Reichstage, Reichsversammlungen, Lehens- und Eigentumsfragen. Aber darüber hinaus blieb ihm ein besonderer Einfluß auch auf alle anderen Regierungsgeschäfte gesichert. Dem Rat trug er die zur Bearbeitung vorliegenden Angelegenheiten nicht nur allgemein unterrichtend vor, sondern machte ihm Vorschläge über die Art, wie sie erledigt werden sollten. Schließlich fiel ihm mehr als den andern Räten die Konzeption und Abfassung der Schriftstücke über alles, worüber man geurteilt, beraten und entschieden hatte, zu. Unter den Räten hatten die juristisch gebildeten eine besondere Stellung. Ihren Rat und ihre Meinung hatte der Kanzler besonders einzuholen. Andererseits hatte aber auch der Statthalter als Vorsitzender des Hofgerichtes darauf zu achten, daß sie sich mit größter Sorgfalt dem Aktenstudium unterzogen und nichts vernachlässigten.

Von besonderer Bedeutung war die Stellung des Land-schreibers. Über seinen Aufgabenkreis und seine Stellung zur Kanzlei hat Wielandt eingehend gehandelt.<sup>39</sup> Die besondere Ausgestaltung dieses Amtes in Baden wurde in einem Schreiben des Vormundschaftsregimentes 1546 an Herzog Wilhelm aus Anlaß der Neubesetzung der durch den Tod des Landschreibers Mathäus Zoller freigewordenen Stelle umschrieben. Die Land-schreiberei bearbeite, so berichtete man dem Herzog, die Ver-rechnung der gesamten Einnahmen und Ausgaben der Mark-grafschaft: „Rechnung, alle Nutzen und Beschwerd, der Pfleg-söhne Einnahme und Ausgabe. darum dan solches Ampt bisher bei der Marggrafschaft Baden für das geheimest Ampt“ ge-halten wurde. In die Rechnungsführung hatten allein die Fürsten und deren nächste Vertraute Einblick. Dem Land-schreiber oblag die Nachprüfung der Ämterrechnungen und die Verwaltung von Zöllen und Umgeld. Deshalb erforderte das Amt eine eingehende Landeskenntnis. Man hielt dafür Per-sonen geeignet, wie zum Beispiel den Kammerrichter des Mark-grafen Ernst, Jost Kessel, oder den Amtmann zu Beinheim, Hans Eck. In zweiter Linie schlug man die Bürger Hans Eckert und Andreas Reinbold vor.<sup>40</sup>

Der Vollzug aller Dienstobliegenheiten der markgräflichen Verwaltung sollte einen amtlichen, unpersönlichen Charakter tragen, sowohl im Verkehr der Beamten untereinander, wie im Verkehr mit Außenstehenden. Während der Rats- und Gerichts-sstunden waren außerdienstliche Gespräche oder die Mitteilung von Neuigkeiten, „neuen Zeitungen“, untersagt. Philipp II. gab später eine Verordnung heraus, die eine Ergänzung der Bestim-mungen über den Verkehr mit der Bevölkerung bildete. Er ord-

---

39. Wielandt, S. 567 ff.

40. G. L. A., Bd. 510, Nr. 571 = B. H. A., Baden 23, fol. 65 ff. Die Einführung des Amtes des bayerischen Kammermeisters fand durch Philipp II. statt. Er stand aber nicht wie in Bayern an dritter Stelle der Beamten, sondern Kanzler, Vizekanzler, ein Hofrat und zwei Räte von Haus aus waren ihm übergeordnet. Neuregelung der Instruktion der Land-schreiberei. 7. Januar 1588.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 281 = B. H. A., Baden 13, fol. 316—327.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 294 = B. H. A., Baden 12, fol. 251—288.



nete an, daß Montags und Dienstags die Kammersachen, Mittwochs alle „Gemeinschaftssachen“, Freitags die geistlichen Angelegenheiten und am Samstag „gemainer und ganzer Landschaft Handhabung“ erledigt werden sollte.<sup>41</sup> Damit die Kanzlei nicht von allen möglichen Bittstellern überlaufen wurde, hatte schon das zweite Vormundschaftsregiment bestimmt, daß in allen Amtssachen der Geschäftsgang eingehalten werden mußte, und alle Bittschriften nur durch den Amtmann, mit dessen Vermerk versehen, nach Baden-Baden weitergegeben werden konnten.<sup>42</sup> Wer eine Appellation an das Hofgericht brachte, der hatte bei einem Gegenstand, dessen Wert unter fünfzig Gulden lag, einen Gulden zu zahlen, und bei jedem darüberliegenden Wert zwei. Alle Gebühren des Appellationsverfahrens wurden daraus bestritten. Als von außenstehender Seite 1537 gegen den Appellationsgulden Bedenken erhoben wurden, stellte Dr. Veus persönlich fest, daß diese Gebühr schon immer eingeführt gewesen sei und das Vormundschaftsregiment keine Änderung vorgenommen habe.<sup>43</sup>

Dies ist in großen Umrissen der Geschäftsgang der Kanzlei, wie er sich unter dem ersten Vormundschaftsregiment unter der Vormundschaft über Philipp II. und noch unter dessen Regierung vollzog. Aber hinter diesen äußeren Regelung der Verwaltungsgeschäfte standen die großen Zeitfragen und überschatteten die Arbeit der Diener dieses kleinen, jungen Staatswesens.

### *B. Die religiösen Spannungen im Rat.*

Obwohl alle drei Vormünder im Rufe standen, katholisch gesinnt zu sein, kam es im Rat des Vormundschaftsregimentes in Baden-Baden zu starken Spannungen und heftigen Auseinandersetzungen. Am wenigsten tritt in diesen Fragen Wilhelm von Eberstein hervor.<sup>44</sup> Er war mit Philipp I. befreundet ge-

---

41. Roth von Schreckenstein, Landesherrliche Verfügungen Markgraf Philipp II. Z. G. O. Rh., Bd. XXIV, S. 413. 1585, Febr. 23.

42. Schreckenstein, Z. G. O. Rh., Bd. XXIV, S. 140. 1573, Mai 17.

43. G. L. A., Baden, Generalia, Dienste, Nr. 1813.

44. Vgl. über ihn G. H. Krieg von Hochfelden, Geschichte der Grafen von Eberstein, S. 146 ff.

wesen und hatte dessen Auffassung über die Kirchenfrage geteilt. Im Lauf der Jahre mußte aber doch ein Wechsel seiner Gesinnung eingetreten sein, denn nach dem Augsburger Religionsfrieden führte er die neue Lehre in der Grafschaft Eberstein offen ein.<sup>45</sup> Die Jahrzehnte vorher ließ er aber noch nichts von einer solchen Absicht bemerken. 1529 war er noch österreichischer Vizestatthalter von Württemberg und 1546, also zur Zeit der Vormundschaft, wurde er Kammergerichtspräsident in Speyer. Mit dem Vormundschaftsregiment lebte er in Frieden. Nur kleinere Streitfragen waren zwischen Baden und Eberstein zu schlichten. Man regelte den Holzschlag in den gemeinsamen Waldungen, Fischereirechte und die Bestrafung der Waldfrevel. Wichtiger waren die Meinungsverschiedenheiten über Herrenalb, das große Streitobjekt zwischen Baden und Württemberg, das am Ausgang des Jahrhunderts im sogenannten Vierklosterstreit selbst in der Reichsgeschichte eine Rolle spielen sollte. Herzog Ulrich hatte nach seiner Rückkehr nach Württemberg 1535 sämtliche dem Kloster gehörenden Besitzungen eingezogen und den Abt ins Gefängnis geworfen.<sup>46</sup> Das Vormundschaftsregiment klagte beim Kammergericht in Speyer, da sich der Herzog auch an Dörfern, die unter badischer Hoheit standen, vergriffen hatte. Wilhelm von Eberstein suchte sich 1552 mit Baden über die Collatur der Frauenalbischen Dörfer Ersingen und Bilfingen und über Gerechtsame im Herrenalbischen Dorfe Loffenau zu verständigen. Eine Einigung kam aber während der Vormundschaft nicht mehr zustande.<sup>47</sup>

Johann II. von Simmern war mit dem markgräflichen Hause durch seine Gattin, Beatrix von Baden, eine Tochter Markgraf Christophs I., verwandt. Zu seinem Schwager Markgraf Philipp I. hatte er in freundschaftlichen Beziehungen gestanden und Baden hatte mehrfach auf den Reichstagen auch die simmersche Stimme mit vertreten.<sup>48</sup> Im Vormundschaftsregiment spielte Pfalzgraf Johann II. von Simmern eine bedeutend aktivere

---

45. August J. Eisenlohr, Kirchliche Geschichte der Grafschaft Eberstein, 1874, S. 9.

46. Karl Seilacher, Herrenalb, Karlsruhe 1927, S. 51 ff., 61.

47. Krieg von Hochfelden, S. 153, 155.

48. Kattermann, S. 101, 108.

Rolle als Graf Wilhelm von Eberstein. Er nahm mehrfach an Verhandlungen über Vormundschaftsfragen in Heidelberg persönlich teil und wohnte auch bei Besuchen in Baden-Baden den Beratungen des Regimentes bei. Er war mit den Teilungsfragen besonders vertraut, da ihn Markgraf Ernst und Bernhard als Schiedsrichter in dieser Sache zugezogen hatten.<sup>49</sup> Wie Wilhelm von Eberstein bekleidete auch er zeitweise das Amt eines Kammerrichters. Bei der Visitation des Kammergerichtes 1526, die eine Spezialinquisition in Glaubenssachen bezweckte, wirkte er neben Pfalzgraf Simon bei Rhein und dem Bischof von Speyer als weltlicher Vertreter mit.<sup>50</sup> Verwunderlich ist, daß nach bayerischer Ansicht gerade sein Verhalten in den Religionsfragen sich so störend auf das Vormundschaftsregiment auswirkte. Aber seine Beziehungen zum Humanismus und zur zeitgenössischen Literatur<sup>51</sup> machten ihn vielleicht der Reformation gegenüber aufgeschlossener, als es der bayerische Standpunkt zuließ. Seiner wohlwollenden Gelehrtennatur mochte das Auftreten der bayerischen Räte oft zu schroff erscheinen. Bis an sein Lebensende hielt er am alten Glauben fest, obwohl seine Söhne sehr ausgesprochene Anhänger der Lehre Luthers waren. Ihrem Einfluß konnte er sich in seinem Alter nicht gänzlich entziehen. Auf dem Totenbett bekannte er sich noch zum Protestantismus.<sup>52</sup> Aber erst nach seinem Tode führten seine Nachfolger in den simmerschen Gebieten die Reformation ein.

\* \* \*

Im Juli 1537 war gleichzeitig mit dem Bericht der bayerischen Gesandten über den Abschluß der Verhandlungen über das badische Vormundschaftsregiment ein persönliches Schreiben Hans von Sandizells an den Herzog abgegangen. Er bat den Herzog, ihm den Dienst in Baden zu erlassen. Die Besoldung sei zu gering. Sandizell wies hauptsächlich auf das kleine Weindeputat hin. Nach Landessitte, schrieb er, müsse er allen seinen Bediensteten nicht nur zum Mittagessen, sondern auch

---

49. Sachs, Bd. III., S. 202.

50. H. Bröhmer, S. 4.

51. Ludwig Häuser, Geschichte der Pfalz, Bd. I, S. 650.

52. H. Baldes, Geschichtliche Heimatkunde der Birkenfelder Landschaft, 1923, S. 231.

zur Morgensuppe, Untertrinken und Schlaftrinken Wein geben, was gegenüber Münchner Verhältnissen eine starke Verteuerung bedeute. Man rechne in Baden jährlich auf die Person ein Fuder Wein. Er stelle sich dadurch, selbst bei einem geringeren Gehalt, in München besser.

Der wirkliche Grund war ein anderer. Bayern wünschte die führende Stimme in der Vormundschaftsregierung zu besitzen. Es wollte ihr ein streng katholisches Gesicht geben. Nach der ganzen Lage der Dinge konnte es seine Absichten nicht ohne gewisse Widerstände durchsetzen. In der Frage der Besetzung des Statthalteramtes hatte es Herzog Johann nachgeben müssen. Nun mußte innerhalb des Regimentes der Kleinkrieg um die tatsächliche Führung weitergehen. Hans von Sandizell fühlte sich wahrscheinlich dieser undankbaren Aufgabe nicht gewachsen. Aber der Herzog schlug seine Bitte ab. Er versicherte ihm allerdings, daß er wisse, welchen Widerwärtigkeiten Sandizell entgegengehe. Wenn er etwas darüber vorzubringen habe, wolle er ihm in Zukunft gnädig Gehör schenken.<sup>53</sup>

Schon wenige Monate darauf nahmen die Differenzen im Ratskollegium unerträgliche Formen an. Mit Zustimmung der Münchner Regierung<sup>54</sup> hatte Sandizell im September 1537, also kurz nach Antritt des Regimentes, in den Ratseid einen Passus aufgenommen, daß der Schwörende auf Grund des Augsburger Reichstagsabschiedes in Sachen der Religion nichts „invenieren, gestatten, oder vornehmen wolle“.<sup>55</sup> Hinter diesen Maßnahmen stand zweifellos Veus, der schon sofort nach Abschluß des Reichstages von 1530 versucht hatte, Markgraf Philipps Kirchenpolitik völlig in die Bahnen des Reichstagsabschiedes zu lenken, was ihm aber nicht ganz gelungen war. Philipp hatte zwischen dem Gutachten von Veus und dem Gutachten, das die lutherisch gesinnten Räte, unter ihnen Georg Hose, über den Reichstagsabschied von 1530 abgaben, einen Mittelweg eingeschlagen und vor allem Priesterehe und Laienkelch bei

---

53. G. L. A., Bd. 510, Nr. 289 = B. H. A., Baden 26 fol. 157—160.

54. G. L. A., Bd. 510, Nr. 243c = B. H. A., Baden 21 fol. 395—402.

55. Dieser Passus fehlt im neuen Ratseid des Jahres 1538.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 305a = B. H. A., Baden 26 fol. 200—215.



Krankheit und in Sterbefällen weiter geduldet. Als der alte Landschreiber und Rat Georg Hose sich auch 1537 erneut weigerte, den Reichstagsabschied von 1530 in vollem Umfange anzuerkennen und den Eid nicht in der geforderten Form ablegen wollte, schlossen sich ihm der Rat Rinkenberger und andere an.<sup>56</sup> Verstärkt wurde das reformationsfreundliche Element der Kanzlei noch durch einen Doktor Varnbühler, den Herzog Johann zusammen mit dem altgläubigen Ernst Reinhard von Neuhausen nach Baden Abgeordnet hatte. Sandizell beurteilte die Lage des Katholizismus nicht als gänzlich hoffnungslos, sah sie aber als ernst an. An einzelnen Punkten war der Protestantismus weit eingebrochen. Nach einem Bericht Sandizells vom Anfang des Jahres 1538<sup>57</sup> beobachtete in der ganzen Markgrafschaft, hauptsächlich aber in Ettlingen, kaum noch jemand streng die Bräuche der alten Kirche. Nur ganz wenige Personen hielten etwas von der Messe und besuchten sie noch unter der Woche. Der Prädikant von Ettlingen, Mathäus Gydelin, predigte öffentlich gegen sie.<sup>58</sup> Sandizell schätzte, daß etwa nur noch fünf Häuser in ganz Ettlingen von Katholiken bewohnt wurden. Ein großer Teil der Neuerungen, die er anführte, waren schon in den letzten Mandaten Philipps I. gerügt worden. Die Priester unterließen es, bei der Taufe Chrisam zu verwenden. Die Ohrenbeichte war abgekommen. Fasten und Feiertage wurden nicht mehr eingehalten. Nur noch ganz wenige Personen, berichtete Sandizell, wollten noch das Abendmahl in einerlei Gestalt empfangen. In Baden-Baden waren die Verhältnisse etwas besser. Das Wirken der Barfußmönche aus dem Franziskanerkloster Fremersberg hatte einem gänzlichen Verfall der katholischen Kirchenzucht, wie er in Ettlingen eingetreten war, entgegengewirkt.<sup>59</sup> Das Regiment hatte dem Pfarrer von Ettlingen sofort gekündigt. Im Mai 1538 wandte sich der Magistrat an die Vormundschaftsregierung, um die Bestätigung des

---

56. G. L. A., Bd. 510, Nr. 456 = B. H. A., Baden 29 fol. 6—8.

57. G. L. A., Bd. 510, Nr. 260ba = B. H. A., Baden 26 fol. 15—18. Wird in der Literatur mehrfach angeführt.

58. Vierordt, Bd. II., S. 43 A 1.

59. Vierordt, Bd. II. S. 42.

neuen Pfarrers Weller nachzusuchen.<sup>60</sup> Weller hatte früher schon einmal die Pfarrei in Ettlingen innegehabt und war mit dem Strom lutherischer Pfarrer, der die Markgrafschaft 1531 und 32 verließ, ebenfalls weggezogen. Er wirkte seitdem in Maulbronn. Obgleich er verheiratet war, setzte sich der Rat sehr für ihn ein. Seine Frau war die Tochter eines Ettlinger Bürgers. Nach der Auskunft, die der Rat über ihn einholte, habe er sich in Maulbronn priesterlich und ehrlich gehalten und das Evangelium stets mit „züchtigen Worten und Geberden“ verkündet, berichtete man an das Regiment. Den Gesandten, die dies in Baden-Baden vortrugen, wurde der Bescheid gegeben: „es trügen sich Sachen zu, das die Notdurft erfordern wölte die ir Beger an beide Vormunde gelangen zu lassen“.<sup>60</sup> Kamen nämlich Religionsfragen im Rat zur Sprache, so befand sich Sandizell mit Ulrich Langmantel, dem anderen bayerischen Rat, meist in völlig isolierter Stellung. Die Beratungen arteten in Schreien und Poltern aus. Ordnungsgemäße Beschlüsse konnten nicht mehr gefaßt werden, da sich meist diese oder jene Partei weigerte, zu dem Beratungsgegenstand Stellung zu nehmen. Durch Verlassen des Sitzungszimmers machte man das Kollegium beschlußunfähig. Obendrein verspottete man Sandizell, wie er behauptete, ganz offen, und nannte ihn einen „papistischen Payr“. Zu solchen Szenen kam es sogar während einer Ratssitzung in Gegenwart Herzog Johannis, als dieser in Baden-Baden weilte. Nun erwartete Sandizell von der Münchener Regierung energische Schritte. Mit Dr. Veus, dem einzigen, mit dem er über religiöse Fragen vertraulich beraten konnte, war er zu einer Reihe von Vorschlägen gekommen, deren Durchführung er dem Herzog empfahl. Sie hielten eine Einwirkung auf die Haltung des Volkes in den religiösen Fragen nur dann für möglich, wenn der Rat eine einheitliche Stellung einnahm. Alles Gute, was dieser oder jener Prediger ausrichtete, sei umsonst, solange der einfache Mann das Gefühl habe, daß die Räte anderen Glaubens waren und „das Schwert der Obrigkeit nicht auch angelegt und gebraucht“ würde. Mit Herzog Johann mußte man unbedingt zu einer Verständigung kommen.

60. Schwarz, Ettlingen, Anhang, S. 78/79. Magistrat an die Vormundschaftsregierung, Mai 1538.

Beide Parteien sollten keine lutherischen Räte anstellen und die schon eingesetzten abberufen. Für den Statthalter, die Räte und Untertanen müsse ein unbedingt bindendes Religionsmandat herausgegeben werden. Als Unterlage überreichten Dr. Veus und Sandizell einen Entwurf. Es war eine Zusammenfassung und gleichzeitig eine den Umständen angepaßte Bearbeitung der bisher von Markgraf Philipp herausgegebenen Mandate.<sup>61</sup> Den von dem Ettlinger Rat präsentierten Pfarrer lehnte Sandizell natürlich ab. Er bat, da er keinen geeigneten Nachfolger für den gekündigten Pfarrer ausfindig machen konnte, ihm aus Bayern einen fähigen Priester zu schicken. An einer beschleunigten Erledigung dieser Angelegenheit war ihm gelegen. Er hoffte, daß auch in den andern Fragen bis zur Fastenzeit 1538 die Entscheidung gefallen sei. Die Münchner Regierung war zuversichtlich. Sie hoffte ebenfalls, daß die Wiederherstellung der alten religiösen Zustände leicht gelingen würde, wenn erst die unbequemen Mitglieder des Regimentes abgeschoben waren.<sup>62</sup> Sie ging sogar so weit, daß sie es für möglich hielt, auch Markgraf Ernst zu veranlassen, sich dem Vorgehen der Vormünder anzuschließen und ebenfalls für seine Person ein Religionsmandat zu erlassen. Vielleicht wollte man hierdurch auf Pfalzgraf Johann einen Druck ausüben. Dieser zeigte sich nämlich den bayerischen Wünschen wenig geneigt.<sup>63</sup> Er zögerte die Verhandlungen durch Monate hin. Varnbühler wollte er nur verwarnen, nicht abberufen.<sup>64</sup> Ganz unerwartet ersetzte er dann ohne vorherige Fühlungnahme mit seinem Mitvormund seinen katholischen Rat Hans Reinhard von Neuhausen durch Ludwig Eschenau.<sup>65</sup> Dieser war ein überzeugter

---

61. Bayer. Reichsarch., Baden, tom 26, fol. 20—26. Der Entwurf ist nicht eine Beilage zu einem Schreiben vom Januar 1537 wie Fester zitiert (Z. f. K. Gl. 1890, Bd. XI., S. 307 A2), sondern vom 30. Januar 1538. G. L. A., Bd. 510, Nr. 260ba, fehlt aber in den Karlsruher Abschriften.

62. G. L. A., Bd. 510, Nr. 266 = B. H. A., Baden 26, fol. 55—58.

63. G. L. A., Bd. 510, Nr. 261e = B. H. A., Baden 26, fol. 29—30.

64. G. L. A., Bd. 510, Nr. 268 = B. H. A., Baden 26, fol. 36.

65. G. L. A., Bd. 510, Nr. 276 = B. H. A., Baden 26, fol. 72. An anderer Stelle zwar Eschmann geschrieben, aber es handelt sich wohl doch um einen Ludwig von Eschenau der 1532 pfalz-zweibrückenscher Hofmeister war und später Amtmann zu Neucastel wurde. Ludwig Eid, Der

Anhänger der Reformation. Hierdurch schuf er im Rat eine protestantische Mehrheit. Zug und Gegenzug der Parteien folgten rasch aufeinander.

In dem Streit, der bald in ein unerquickliches persönliches Gezänk auszuarbeiten drohte, tritt die Gestalt Sandizells verhältnismäßig lebendig hervor. Wie viele der Zeitgenossen, war er keine eigentliche Kämpfernote. Die Stellung, in der er sich befand, bereitete ihm Kummer und Beschwer. Wiederholt glaubte er, es nicht länger in der Markgrafschaft aushalten zu können. Er befand sich in höchster Ungnade bei Markgraf Ernst. Mit dem Statthalter, der am Rhein und in der Pfalz viele Freunde besaß, lebte er in offener Feindschaft. Von der lutherischen Gemeinde wurde er gehaßt und von den Heimpllichkeiten seiner Mitarbeiter verfolgt. Dazu mußte er sich in einer ihm innerlich fremden Landschaft aufhalten, zwischen Menschen anderer Stammesart. Dies war ihm das Unangenehmste. Mit fast gefühlvollen Klagen wandte er sich an den Herzog und an Dr. Eck. Eck habe ihm nur stets Gutes getan, er solle ihm aus diesem Fegfeuer weghelfen: „dan ich lieber dahaim die finger saugen, dan in solchen sorgen kostlich wol leben wolt, thuet wie ein Vatter an mir und meinen Kindern das pest“.<sup>66</sup> Trotzdem besaß er aber eine gewissenhafte Beharrlichkeit. Die Angriffe im Rat kamen ihm manchmal wie ein Martyrium vor. Sie stärkten aber nicht nur seinen Glaubenseifer, sondern er folgerte weiter, daß die Notlage der Religion auch eine bessere Sacharbeit als die der Gegner erfordere. Mit äußerstem Fleiß war er darauf bedacht, die finanzielle Lage des Landes zu ändern. Auch hier erhob er gegen Herzog Johann, den Statthalter und einen Teil der Räte die schwersten Vorwürfe.<sup>67</sup>

Im November 1538 kam der Konflikt zum offenen Ausbruch.<sup>68</sup> Die Münchener Regierung deckte Sandizell und nahm

---

Hof- und Staatsdienst im ehemaligen Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und Straßburg Pol. Correspondenz Bd. IV. S. 394.

66. G. L. A., Bd. 510, Nr. 281 = B. H. A., Baden 26, fol. 113—114.

67. G. L. A., Bd. 510, Nr. 287aa = B. H. A., Baden 26, fol. 143—144.

68. G. L. A., Bd. 510, Nr. 281 = B. H. A., Baden 26, fol. 113—114.  
G. L. A., 510, Nr. 281b = B. H. A., Baden 26, fol. 82—93.



ihn gegen die Vorwürfe in Schutz, daß er den Statthalter oder irgendwelche Räte angezeigt oder verklatscht habe. Das war insofern richtig, als Sandizell bisher nur von sachlichen Gesichtspunkten der allgemeinen religiösen Lage ausgegangen war, wenn er gegen die Gesinnung Einzelner Bedenken geäußert hatte. Jetzt erst verfaßte er einen Bericht,<sup>69</sup> der sich ausschließlich mit den Räten beschäftigte. Hauptsächlich wurde Fleckenstein darin angegriffen. Sandizell warf ihm nachlässige und eigennützige Amtsführung vor und die Ausnützung seiner Stellung zu Eingriffen in den Prozeßgang gegen ihn schwebender Schiedsverfahren. Das Ergebnis war nach Sandizells Meinung, daß die Unterbeamten durch die Willkürlichkeiten verstimmt wurden und das Interesse an einer geregelten Ausführung der Dienstobliegenheiten verloren ging. Er klagte, wichtige Amtsfunktionen seien unterblieben. So war bis 1539 weder eine Abrechnung der Ämter erfolgt, noch eine General- oder auch nur eine Wochenabrechnung. Die Amtsrevisionen waren unterlassen und nur eine Besichtigung des Ettlinger Speichers hatte Sandizell durchsetzen können. Auch den Räten Varnbühler und Rinkenberger warf Sandizell Verstöße gegen die Amtsstatuten vor. Varnbühler hielt er für den bösen Geist des Statthalters. Er erst hatte ihn „ganz und gar verkehrt“. Unangenehm war Sandizell vor allem dessen Sucht, überall, im Rat, im Wirtshaus und anderwärts mit jedem zu diskutieren. Bei anderer Gelegenheit schrieb Sandizell darüber: „so sei doch alles leidlicher zu ertragen, wenn diese Leute (gemeint waren Varnbühler und Rinkenberger) still für sich glauben würden und nicht mit großem Schall und der Sucht, gehört zu werden, „solich ire opinion bestritten und auspreiten“ würden. Wenig gut zu sprechen war er auch auf einen anderen Berater des Statthalters, den Pfarrer von Beinheim, einem „ausgeloffenen“ Mönch, der eine Nonne geheiratet hatte. Fleckenstein hatte ihn zum Pfarrer von Baden-Baden machen wollen. Er war höchst ausfallend geworden, als

---

G. L. A., 510, Nr. 281c = B. H. A., Baden 26, fol. 94—103.

G. L. A., 510, Nr. 281e = B. H. A., Baden 26, fol. 106—108.

69. „unterschiedlich gebrechen ettlicher sondern Personen“.

man sich dagegen gewandt hatte. Wie Sandizell berichtete, hatte er im höchsten Zorn geschrien: „Man werde sie in der Kanzlei alle noch einmal totschiessen.“ Auch Sandizell gelang es in seinem Bericht nicht immer, einen objektiven Ton zu bewahren. So schrieb er bei der Aufzählung einer ganzen Liste von Verstößen des Statthalters gegen die Kirchenbräuche in verbissener Gehässigkeit: „frißt in seinem Haus unterweilen und sonst in anderen flecken an verpotten und fasttagen fleisch.“ Die Zwiſtigkeiten verſchärfen ſich noch, als der von Herzog Johann neu ernannte protestantiſche Rat Eschnau in Baden-Baden eintraf.<sup>70</sup> Der entlaſſene Rat von Neuhausen weigerte ſich nämlich, ſeinen Platz zu räumen und erlangte beim Kammergericht eine vorläufige Verfügung gegen Statthalter und Räte, daß ſie Eschnau ſolange keinen Sitz und keine Stimme im Rat gewähren dürften, biſ eine förmliche Zuſtimmung zur Entlaſſung Neuhausens von Herzog Wilhelm vorliege.<sup>71</sup> Herzog Johann ſetzte ſich über dieſen Spruch hinweg und ſchickte Mitte Dezember Dr. Payr mit beſonderen Vollmachten nach Baden.<sup>72</sup> Er ließ das Vorgehen Neuhausens für nichtig erklären und verbot dem Regiment, ihn weiterhin im Rat zu dulden. Da Neuhausen trotzdem in die Kanzlei kam, weigerte ſich der Statthalter und ein Teil der Räte weiter Dienſt zu tun. Das war Bayern durchaus angenehm. Sandizell erhielt den Auftrag, mit Neuhausen zuſammen die Geſchäfte allein weiter zu führen. Er ſollte dabei den beſonderen Gehorſam Bayerns gegenüber dem Kaiſer als dem oberſten Vormund und gegen das Kammergericht betonen.<sup>73</sup>

Der Verſuch Herzog Johanns, ſich auf dieſe Weiſe in Baden durchzuſetzen, ſchlug fehl. Im Januar 1539 fand die Baden-Badener Tagung ſtatt, auf der alle Konfliktpunkte beigelegt werden ſollten. Ihr Ergebnis werde, ſoweit es für die ſachlichen Änderungen in der Organisation der Kanzlei und für den Hofſtaat von Wichtigkeit war, früher behandelt. In den

---

70. G. L. A., Bd. 510, Nr. 289a = B. H. A., Baden 26, fol. 145.

71. G. L. A., Bd. 510, Nr. 289 = B. H. A., Baden 26, fol. 129—134.

72. G. L. A., Bd. 510, Nr. 289aa = B. H. A., Baden 26, fol. 162—164.

73. G. L. A., Bd. 510, Nr. 292 = B. H. A., Baden 26, fol. 176—177.

Religionsfragen konnte Bayern seine Wünsche größtenteils durchsetzen. Es verzichtete auf die Forderung, das Regiment ausdrücklich auf den Augsburger Reichstagsabschied von 1530 zu verpflichten. Man wollte die Verhandlungen durch Unnachgiebigkeit in diesem Punkt nicht scheitern lassen<sup>74</sup> und begnügte sich mit einer allgemeinen Formel. Herzog Johann gab seinerseits die Zustimmung zur Veröffentlichung eines Religionsmandates. Das Mandat, das im März erlassen wurde, war nicht der von Sandizell vorgeschlagene Entwurf, sondern die wörtliche Erneuerung der beiden letzten unter Philipp I. herausgegebenen Erlasse.<sup>75</sup> Der Reichstag 1530 hatte die Erhaltung der altkirchlichen Zeremonien bis zur Entscheidung durch ein Konzil beschlossen. Das Abendmahl war nur in einerlei Gestalt zulässig. Ebenso durften Messe, Taufe, Firmung und letzte Ölung nur in der althergebrachten Form vollzogen werden. Alle Foundationen waren bei den Stiften, Klöstern und Pfarreien zu belassen. Das Eheverbot für die Geistlichen war erneut ausgesprochen und die Entsetzung der Verheirateten zum Beschluß erhoben worden. Veus hatte die Annahmen dieser Bestimmungen als Ganzes von Markgraf Philipp gefordert.<sup>76</sup> In dem Mandat, das Markgraf Philipp 1531 dann herausgab, blieben aber als Restpunkte, die nicht mit dem Reichstagsabschied übereinstimmten, die Haltung in der Frage der Priesterehe, des Abendmahls und gemäßigte Bestimmungen über die Predigt. Die Frage, ob die Messe den großen und kleinen Kanon enthalten sollte, war nicht berührt worden. 1533 war auf dieses Mandat ein zweites gefolgt. Da der Altkanzler Kirser inzwischen gestorben war, hatte sich der Einfluß von Hieronymus Veus noch vergrößert. Das kam in dem Ausschreiben der Regierung von 1533 deutlich zum Ausdruck.<sup>77</sup> Jetzt wurde bestimmt, daß nicht nur die Pfarrmessen, sondern auch alle anderen Messen, wie es die Foundationen vorschrieben, gelesen werden sollten. Die Messe mußte alle Ab-

---

74. G. L. A., Bd. 510, Nr. 305 = B. H. A., Baden 1, fol. 233—41.

75. Fester, X, XI.

76. Kattermann, S. 442 f.

77. Kattermann, S. 453 ff.

schnitte enthalten, und kein einzelnes Wort durfte ausgemerzt oder geändert werden. Hergestellt wurden auch alle örtlichen oder allgemeinen Gebräuche bei Feiern und Festen, die Segnungen von Fahnen, Wachs, Kräutern, Fleische, Eiern und anderem. Der Priester, der zu einem Sterbenden eilte, war wieder mit Licht und Schelle zu geleiten. Was Veus während der Regierung Markgraf Philipps nicht mehr erreichen konnte, daß das Eheverbot des Augsburger Reichstages in der Markgrafschaft zur strikten Durchführung kam und die letzte Unklarheit über das Abendmahl beseitigt wurden, konnte er auch im Vormundschaftsregiment nicht durchsetzen. Verheiratete Priester stellte das Regiment aber nicht mehr an. Es wurden nur die aus der Zeit Markgraf Philipps noch in der Markgrafschaft gebliebenen verheirateten Priester nicht, wie es der Reichstagsabschied von 1530 eigentlich forderte, vertrieben. Die Herausgabe eines Religionsmandates auch in der Form von 1533 war ein bedeutender Fortschritt, denn sie beseitigte die Zustände, wie sie bisher geherrscht hatten. Statthalter und Räte waren nun ausdrücklich an die alten Kultformen gebunden. Herzog Johann bekräftigte dies für seine Person durch eigenhändige Unterschrift des Abschieds.

Bedeutsam wurde der Rücktritt Heinrich von Fleckensteins. Er schied aus dem Vormundschaftsregiment aus und trat in kurpfälzische Dienste über. Jedoch wurde er noch als Statthalter „von Haus aus“ weiter verpflichtet.<sup>78</sup> Dr. Veus riet dazu. Einmal habe der Schatten Fleckensteins mehr Ansehen, als der einer anderen Person, und dann sei er in der Lage, in Kürze eine namhafte Zahl Truppen aufzubringen. Bei den Streitigkeiten mit Markgraf Ernst von Württemberg dürfe das nicht außer Acht gelassen werden. In Wirklichkeit war Fleckenstein nur noch dem Namen nach Statthalter. Er konnte in Baden keine Amtsfunktionen ausüben, wenn die Räte es nicht wünschten. Auch der Kurfürst von der Pfalz stellte gegenüber den Vormündern ausdrücklich fest, daß er Fleckensteins Dienste für die Vormundschaft nur soweit gestatte, wie sie mit den pfälzischen Dienstleistungen in Einklang zu bringen seien. Diese würden stets

---

78. G. L. A. Bd. 510, Nr. 322 = B. H. A., Baden 27, fol. 81.



vorzugehen haben. Er ernannte Fleckenstein 1544 zum Unterlandvogt in der Reichslandvogtei im Elsaß.<sup>79</sup> Dieses Amt hatte Fleckenstein bis 1555 inne. 1561 ist er als kurpfälzischer Amtmann von Lützelstein gestorben.<sup>80</sup> Auch Hans von Sandizell schied aus dem Vormundschaftsregiment aus. Die Gesandten rieten dem Herzog, ihn diesmal nicht zu halten. Er war in Baden derart unbeliebt, daß an ein fruchtbares Wirken kaum zu denken war. Als Dritter verließ Neuhausen die Kanzlei. Er wurde aber nicht durch den lutherischen Rat ersetzt.

*C. Vom Baden-Badener Tag bis zum Regierungsantritt  
Markgraf Philiberts (1539 — 1556)*

Mit dem Baden-Badener Tag von 1539 war eine gewisse Klärung der Lage in der Markgrafschaft erfolgt. Der Abschied hatte eine Arbeitsgrundlage für das Vormundschaftsregiment geschaffen. Nicht gesichert war damit, daß diese Arbeit erfolgreich sein würde. Soweit die Bemühungen des Regiments sich auf die Festigung des Katholizismus erstreckten, hatte es mit Schwierigkeiten zu rechnen, die weit über den Rahmen seines eigenen Einflusses und selbst desjenigen Bayerns hinausreichten. Noch einmal war es den Reichsständen, die die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich in den Religionsfragen nicht aufgeben hatten, gelungen, den Kaiser zu bewegen, 1540 ein Religionsgespräch auszuschreiben. Für Karl V. waren politische Gründe bestimmend, diesem Rate zu folgen. Da ein Erfolg der Besprechungen in seinem Sinne lag, versuchte man möglichst Männer einer gemäßigten Haltung und nicht der extremen Richtungen einzuladen. So hatte sich König Ferdinand in der Annahme, daß Dr. Hieronymus Veus Diener des Markgrafen Ernst von Baden sei, mit der Bitte an diesen gewandt, Dr. Veus zu dem Religionsgespräch nach Hagenau zu entsenden. Der König legte großen Wert darauf, daß der Kanz-

---

79. 1548 sind Briefschaften aus München an den Statthalter in Baden Georg von Fleckenstein gerichtet. Scheinbar trat Heinrichs Bruder Georg in seine Stellung ein, als Heinrich von Fleckenstein Elsässischer Unterlandsvogt wurde.

80. D. Johann Adam, S. 168, Becker S. 137.

ler die Religionsbesprechungen besuchte. Er wies auf dessen Vermittlertätigkeit in Augsburg hin.<sup>81</sup> Bayern betrachtete das Vorgehen des Kaisers mit Mißtrauen und Zurückhaltung. Eck forderte von König Ferdinand ein schärferes Auftreten gegen den Protestantismus. Er war mehr zum Krieg als zum Ausgleich geneigt.<sup>82</sup> Im übrigen schlug man es Markgraf Ernst ab, ihm Dr. Veus als Gesandten für Hagenau gleichsam auszuleihen, als dieser darum bat, Ferdinands Aufforderung entsprechen zu dürfen. Die Vormunde seien zu dem Tag nicht eingeladen worden,<sup>83</sup> und das sei eine deutliche Mißachtung des Regiments. Eine Nachfrage der bayerischen Gesandten in Hagenau in der kaiserlichen Kanzlei ergab aber,<sup>84</sup> daß die Einladung nicht aus Unfreundlichkeit unterblieben war. Der Kaiser hatte das Religionsgespräch nicht allgemein ausgeschrieben, sondern es wurden nur bestimmte Stände zur Teilnahme aufgefordert.<sup>85</sup> Für die Weigerung, Dr. Veus nach Hagenau zu schicken, waren noch andere Gründe maßgebend gewesen als das Unterbleiben der Einladung und die allgemeine Einstellung der Bayerischen Politik, die auf den Religionsgesprächen mehr für Männer war, die nicht wie Dr. Veus zum Ausgleich neigten. Die Ablehnung der Bitte Markgraf Ernsts gab nämlich Gelegenheit, wieder einmal die Unabhängigkeit Baden-Badens zu betonen, besonders da es sich dabei noch um die Person von Dr. Veus handelte, dessen dienstliche Stellung schon früher ein Streitobjekt zwischen Markgraf Ernst und der Vormundschaft gewesen war. Als nämlich das Vormundschaftsregiment Dr. Veus 1537 als vertrauten Rat annahm, weigerte sich Markgraf Ernst, Dr. Veus von dem Dienst, den er während der Übergangszeit ihm und seinem Bruder Bernhard gemeinsam geschworen hatte, zu entbinden und ihn aus seinen Diensten zu entlassen.<sup>86</sup> Die Angelegenheit wurde ein ständiger Streitpunkt bei den Aus-

---

81. G. L. A., Bd. 510, Nr. 402 = B. H. A., Baden 27, fol. 203b.

82. Riezler, Bd. IV, S. 303 f.

83. G. L. A., Bd. 510, Nr. 403 = B. H. A., Baden 27, fol. 270.

84. Gmelin, Die Versammlung zu Hagenau 1540 und Markgraf Ernst von Baden Z. G. O. Rh. XXVII. 1875.

85. G. L. A., Bd. 510, Nr. 401 = B. H. A., Baden 27, fol. 266.

86. Kattermann, Kap. VI.

einandersetzungen zwischen Baden-Baden und Baden-Durlach und machte sich für Baden-Baden besonders unangenehm bemerkbar, wenn Dr. Veus Baden-Baden bei Tagungen oder Prozessen vertreten sollte. Deshalb betonte man auch 1540 in der Hagenauer Angelegenheit so ausdrücklich, daß Veus nur Diener der Kinder des Markgrafen Bernhard III. sei.

Wie die Herzöge von Bayern zu den wenigen ganz ausgesprochenen Gegnern des Protestantismus in Deutschland gehörten, so zählte dazu auch Philipp von Flersheim, der für große Teile der Markgrafschaft zuständige Bischof von Speier.<sup>87</sup> Weltliche Obrigkeit und geistliches Regiment hatten also zweifellos die ernsteste Absicht, alles zu tun, um eine Besserung der Kirchenverhältnisse der Markgrafschaft in katholischem Sinne herbeizuführen. Aber der Gegensatz zwischen ihrer Haltung und den tatsächlichen Zuständen zeigt einmal die schwere Zerrüttung des Kirchenwesens und zum anderen, wie weit protestantischer Geist in der Tat eingedrungen war. Das gilt nicht nur für die Markgrafschaft. Es entspricht dem Bild, das sich uns überall in Deutschland damals darbietet. Es gilt für das ganze Gebiet der Diözese Speyer und sogar auch für Bayern. Als Bischof Philipp von Flersheim 1541 vom Reichstag zu Regensburg zurückkehrte, berichtete er seinem Kapitel, daß man den Bischöfen endlich bewilligt habe, ihren Klerus zu reformieren.<sup>88</sup> Als nun aber der Bischof zu Visitationen schritt, da versuchte das Kapitel ihm Schwierigkeiten zu machen. Und dabei blieb es noch nicht einmal, denn in anderen Fragen, z. B. bei der Besetzung der Stelle des Weihbischofs, steigerte sich der Gegensatz zwischen beiden so weit, daß das Kapitel offenen Widerstand leistete. Das Speyerer Kapitel galt im Gegensatz zum Straßburger als konservativ und von Anhängern des Protestantismus frei.<sup>89</sup> Gegenüber der Zeit des Vorgängers Philipps von Flersheim hatte das Kapitel seine Haltung gänzlich geändert. Damals war es der treibende Teil gewesen, der den Bischof zur Verteidigung seiner Rechte und Ansprüche zu

---

87. Bossert, Z. G. O. Rh., XVII, S. 193.

88. Bossert, Z. G. O. Rh., XVII, S. 194.

89. Bossert, Z. G. O. Rh., XVII, S. 215.

zwingen suchte; jetzt hemmte es dessen Autorität. Wie sich das Kapitel als Gesamtheit zu keiner tieferen Erkenntnis und keiner selbstloseren Haltung aufschwingen konnte, ließ auch die Erfüllung der Amtspflichten und Lebensführung seiner einzelnen Mitglieder zu wünschen übrig. Immer wieder ließ der Bischof Klagen über die nachlässige Ausübung der priesterlichen Funktionen, über Mißachtung der Chorregeln, der Kleidervorschriften, der Gebote über das Konkubinat und sonstigen Lebenswandel der Stiftsgeistlichkeit laut werden. In mancher Hinsicht wirkte die Anwesenheit des Kammergerichtes in Speyer noch gegen eine allzu große Verwilderung der einfachsten Kirchenzucht. Nicht anders als mit der Stiftsgeistlichkeit stand es mit dem Pfarrstande der Diözese. Auch bei diesem hatte der Bischof über sehr viele Mängel zu klagen. Wie überall, war auch in der Markgrafschaft die Frage des Ersatzes freigewordener Stellen ein Problem, das große Schwierigkeiten bereitete, besonders nachdem in den letzten Jahren von Philipps Regierung und auch noch nach seinem Tode eine so große Zahl lutherisch gesinnter Pfarrer die Markgrafschaft verlassen hatten. Zu Differenzen zwischen dem Bischof und seinem Kapitel und der badischen Regierung, wie zur Zeit Philipps I., kam es unter der Vormundschaft nicht. Dagegen litt das Verhältnis zu Straßburg unter Auseinandersetzungen über Jagdgerechtsame in der Großweierer Mark.<sup>90</sup> Diese hatte Philipp von Seldeneck 1490 an sich gebracht, und 1528 an seinen Sohn Albrecht, Reichsküchenmeister, weitervererbt. Der Bischof von Straßburg war im Laufe der Jahre zu  $\frac{1}{4}$  Nutzweser der Jagd geworden. 1535 ließ der bischöfliche Schaffner von Saßbach die Begleitung Albrecht von Seldenecks fangen, als dieser in der Karwoche am Groppenkopf jagte. Da er die Leute, und die weggenommenen Netze und Seile, auf den Protest Markgraf Ernsts hin nicht herausgab, ließ Markgraf Ernst seinerseits den Schaffner verhaften. Erst nach längeren Verhandlungen ließen die streitenden Parteien ihre Gefangenen frei. Der Bischof schritt aber zu neuen Gewalttätigkeiten. Sie veranlaßten im Oktober 1536 den gerade aus Luxemburg gekommenen Markgraf Bernhard, dem Vogt zu

---

90. G. L. A., Bd. 510, Nr. 337 = B. H. A., Baden, 20, fol. 281—307.



Bühl den Befehl zu Gegenmaßnahmen zu geben. Nach dem Tode Bernhards erlangte Bayern von dem Landvogt zu Hagenau, Konrad von Rechberg, eine Entscheidung, während der Bischof die Sache dem geistlichen Gericht in Straßburg übergab und sie vor dem Archidiakon seines Stiftes anhängig machte. Dagegen legten Statthalter und Räte 1538 Protest ein. Sie erhielten von dem Archidiakon, Herzog Georg von Braunschweig, eine abschlägige Antwort. Auch das Kammergericht in Speyer konnten sie nicht zum Einspruch veranlassen. Der Bischof jagte weiter. Seldeneck beklagte sich nun über diesen bei Wilhelm von Fürstenberg und der Graf schickte ihm einen Jäger Rüberhans und die Zusage, ihm behilflich zu sein. Aber auch der fürstenbergische Jäger Rüberhans konnte nichts ausrichten, denn am 7. Dezember 1538 fing der Bischof ihn und dazu noch einen Mann namens Marzolff. Hierauf gab das Vormundschaftsregiment dem Vogt zu Bühl den Befehl, wieder einmal den Schaffner von Saßbach oder jemanden anders zu fangen. Der Vogt holte einen Thomas Wendel aus einem bischöflichen Dorf und führte ihn nach Baden ab. Der Bischof erwirkte daraufhin beim Kammergericht ein Poenalmandat. Seldeneck wurde das Jagen untersagt, und das Vormundschaftsregiment mußte Thomas Wendel frei geben. Aber auch in geistlichen Fragen bestanden mit Straßburg Differenzen. Der Domherr Georg von Braunschweig beklagte sich bei der Vormundschaft, daß seiner Jurisdiktion als Archidiakon Abbruch geschehen sei, indem man ihm nicht nach altem Brauch neuangestellte Priester zur Investitur nach Straßburg präsentiert habe. Die Vormundschaft unterlasse es auch, die Ehesachen vor ihn zu bringen. Das Regiment bestritt seine Anschuldigungen. Man sei nie vom Herkommen abgewichen. Die Präsentationen seien stets eingehalten worden. Für Fälle, wo dem Domherr von den Prälaten und von Herren der Ritterschaft, die Pfründen in der Markgrafschaft zu vergeben hatten, Eintrag in seinen Rechten geschehen war, lehnte es die Verantwortung ab.<sup>91</sup> 1540 wurde dann zur Erledigung aller Fragepunkte mit dem Bischof Mittwoch nach

---

91. G. L. A., Bd. 510, Nr. 340 = B. H. A., Baden 20, fol. 310—312.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 377 = B. H. A., Baden 27, fol. 220.

Pfingsten in Ottersweier, Achern oder Offenburg eine Zusammenkunft verabredet. Jeder der Vormunde sollte zwei Räte schicken. Daß das Regiment die Präsentationen aus einer kirchenfeindlichen Haltung vernachlässigt hat, ist unwahrscheinlich, denn selbst in den Jahren des Teilungsstreites der Brüder wurden die Präsentationen nach Speyer an den Probst des St. Germans- und Morizstiftes Johann von Löwenstein, durchgeführt. So präsentierten Markgraf Ernst und Bernhard gemeinsam zwischen 1534 und 1536 Priester für die Pfarrkirche in Niederbühl, die Plebanei in Niederbühl, die Plebanei in Hugelsheim, die Kaplanei in Oberweier.<sup>92</sup> Auch für die Vormundschaft lassen sich Präsentationen nachweisen.<sup>93</sup> Unter dem Vormundschaftsregiment stand die Besetzung zweier wichtiger Pfarrstellen der Markgrafschaft im Vordergrund, die Besetzung der Dekanei in Baden und der Pfarrei in Ettlingen.

Der Ersatz aus Bayern, den man wiederholt angefordert<sup>94</sup> und auf den man gerechnet hatte, war ausgeblieben. Wie schlecht es auch dort aussah, das hat Luther in einem Tischgespräch aus diesen Jahren charakterisiert: Viereinhalbhundert Pfarreien stünden in Bayern leer, da man keine Kirchendiener bekommen könne, aber um die freigewordene Stelle eines Henkers hätten sich acht beworben.<sup>95</sup> Und Obwohl die Lage in Bayern also allgemein bekannt war, hatte sich nicht nur immer wieder das Vormundschaftsregiment, sondern auch der Bischof von Speyer nach Ingolstadt gewandt, da er sogar bei der Besetzung der Dompredigerstelle auf große Schwierigkeiten gestoßen war.<sup>96</sup> Graf Wilhelm von Eberstein, der 1541 und 1543 eine bessere Versorgung der Gemeinden Michelbach, Sulzbach, Bernbach durch den Pfarrer von Oberweier vom Bischof gefordert hatte, sah sich gezwungen, schließlich selbst einen Pfarrer einzusetzen, besoldete ihn dann aber vom Kapitelzehnten.<sup>97</sup> Nach

---

92. G. L. A. Generalia 4306, Kirchendienste

93. Plebanei Sandwayer 1555 wie Anm. 92.

94. G. L. A., Bd. 510, Nr. 377.

95. Luther, Tischgespräche, Bd. III, S. 343, Nr. 347b, Oktober bis Dezember 1536.

96. Bossert, Z. G. O. Rh., XVIII, S. 219, 224.

97. Bossert, Z. G. O. Rh., XVIII, S. 665.

Ettlingen hatte das Regiment endlich doch einen katholischen Pfarrer, Michael Mockers, senden können, der 1541 amtierte. Anfangs mußte er noch Rüppurr und Spessart versehen. Später erhielt er einen Helfer und zur Verbesserung seiner Kompetenz ein Stiftsdiakonat.<sup>98</sup> Die Aufhebung des Stiftes Backnang durch Ulrich von Württemberg hatte eine Reihe von Geistlichen freigemacht, die anderwärts ein Unterkommen suchten. In Speyer hatte man den Kustos des Backnanger Stiftes, Astmann, zu verpflichten gesucht.<sup>99</sup> Er war aber in die Dienste Markgraf Ernsts getreten, der ihn für Veus nach Hagenau sandte. Der päpstliche Legat Contarini schlug ihn später als Weihbischof von Speyer vor, doch Astmann blieb Probst am Michaelstift in Pforzheim. Das Vormundschaftsregiment glaubte ebenfalls in einem ehemaligen Backnanger Stiftsangehörigen, Michel Augelberger, 1540 einen Anwärter für die Dekanei in Baden ausfindig gemacht zu haben. Augelberger entsprach aber dann doch nicht den Anforderungen des badener Stiftes. Er war nicht, wie es das Herkommen verlangte, Doktor der Rechte oder wenigstens Lizentiat, was eine Verwendung im Rat oder als Beisitzer im Hofgericht ermöglicht hätte.<sup>100</sup> Deshalb sollte auch nach den Bestimmungen die Prälatur nur mit gradierten Personen besetzt werden. Die Besetzung mußte also 1540 noch einmal unterbleiben. Bei der seit 1539 herabgesetzten Zahl der Räte wurde sie jedoch immer dringender. Am Badener Stift waren, nicht anders als in Speyer, allerlei Mißstände eingerissen. Nach dem Baden-Badener Tag wurden Vikare und Kanoniker, unter Androhung der Entziehung ihrer Fundationen, zur Einhaltung ihrer Pflichten aufgefordert.<sup>101</sup> Die Zahl der Stiftsangehörigen war wie in Ettlingen, wo sie zeitweise nur noch drei betrug,<sup>102</sup> sehr zurückgegangen. Neben dem Dekan fehlten hauptsächlich zwei Priester, durch die man wenigstens die Messe nach altem Brauch versehen lassen konnte.

---

98. Schwarz, Ettlingen, S. 84.

99. Bossert, Z. G. O. Rh., XX, S. 42.

100. G. L. A., Bd. 510, Nr. 389 = B. H. A., Baden 20, fol. 411—413.

101. G. L. A., Bd. 510, Nr. 307 = B. H. A., Baden 26, fol. 19—22.

102. Schwarz, Ettlingen, S. 100.

Nicht weniger schlecht als um die Stifter stand es auch um das Schulwesen beider Städte. In Ettlingen war schon 1538 kein Schulmeister vorhanden, junge Bürgersöhne hatten aus-  
helfen müssen.<sup>103</sup> Der Ettlinger Magistrat verhandelte mit dem Reformator und Ettlinger Bürgersohn Mathias Erb. Man konnte ihm aber nur ein derartig geringes Gehalt anbieten, daß er ablehnte. 1540 bewarb sich Christian Ragker aus Weil der Stadt. Ein dritter, Jacob Kryss, begnügte sich mit der gebotenen Bezahlung. 14 fl. vom Stift, 6 fl. von einer Pfründe, 20 weitere Gulden, die die Stadt in Aussicht stellte, konnte sie nicht zahlen und erbot sich dafür Holz zu liefern. Geldmangel blieb bei allem guten Willen der Grund, warum kein wirklicher Wandel geschaffen werden konnte. Die Ettlinger Stadtväter klagten dem Vormundschaftsregiment, daß die Mittel der Stifts-  
pfründen besser dem Schulamt zufließen würden, als den Stiftsherren, die nichts taten.<sup>104</sup> In Baden griff das Vormundschaftsregiment 1541 ein. Es erließ eine neue Schulordnung und legte die Kompetenzen des Schulmeisters neu fest.<sup>105</sup> Der Verfasser ist wahrscheinlich der Rat Ulrich Langmantel, der spätere Hofmeister des jungen Markgrafen. Sie enthält einen Lehrplan für die ersten vier Schuljahre. Mit dem ABC wurde angefangen, nachher der Katechismus buchstabiert, gelesen und auswendig gelernt und ebenso wurde mit der Elementargrammatik verfahren. In der zweiten Klasse lernten die Schüler deklinieren, die grammatikalischen Hauptregeln und Satzkonstruktionen. Beschränkte sich in der ersten Klasse die Lektüre auf das Nachschreiben und Auswendiglernen von Sprüchen aus Cato und Salomon, so wurde ihnen in der zweiten Cato, den Fabeln des Aesops und den Colloquien des Erasmus vorgelesen. An einzelnen Wochentagen wurden Übersetzungen aus dem Deutschen in das Lateinische vorgenommen. Neben den angeführten Büchern waren in den beiden Oberklassen Lehrstoff die Evangelien und Epistel, Psal-

---

103. Schwarz, Ettlingen, Kapitel Schule, S. 197 f.

104. Magistrat an die Vormundschaft, 1538. Schwarz, S. 197.

105. Weech, Regesten und Urkunden der Markgrafschaft Baden-Baden. Z. G. O. Rh., XXIV, S. 445, Nr. 96.



men und Hymnen, Terenz, Vergil, Cicero, (Briefe, De officiis, De amicitia). Die Grammatik und Syntax wurde aus einem Buch von Philippus gelehrt, ebenso die Dialektik und Rhetorik. Bei der Lektüre wurde immer neben einem Redner ein Dichter durchgenommen. Wöchentlich wurden mehrere schriftliche Arbeiten angefertigt. In der vierten Klasse wurde der gelesene Stoff nicht nur nach der grammatikalischen Seite hin erläutert, sondern auch nach der stilistischen und rhetorischen Seite hin durchgenommen. Außerdem kamen noch die Anfangsgründe des Griechischen hinzu. Benützt wurde die Grammatik von Oecolampad, gelesen wurde das griechische Testament und Hesiod. An einzelnen Tagen waren Stilübungen. Ebenso wurden die Schüler im Versemachen angeleitet. Die Schulzeit war von der heutigen sehr verschieden. Der Unterricht begann im Sommer um fünf Uhr, dauerte zwei Stunden und setzte sich nach einer Stunde Pause bis neun Uhr fort. Darauf wurden die Schüler bis mittags um zwölf Uhr entlassen. Sie hatten dann nachmittags von zwölf bis zwei und von drei bis einhalb fünf Uhr Unterricht. Mittwoch nachmittags war frei, wenn in die Woche kein Feiertag fiel.<sup>106</sup>

Wo es in der Markgrafschaft durchführbar war, versuchte das Vormundschaftsregiment auch die allgemeinen Beamtenstellen unter religiösen Gesichtspunkten neu zu besetzen. Sofort nach dem Baden-Badener Abschied hatte sich Herzog Wilhelm an Pfalzgraf Johann gewandt, um dies zur Durchführung zu bringen.<sup>107</sup> Dieser war damit einverstanden, die Vogteien Stollhofen, Ettlingen, Kuppenheim, und wenn nötig weitere Ämter an religiös zuverlässige Männer zu geben.<sup>108</sup> Das ging nicht ohne gewisse Widerstände vor sich. Namentlich Ettlingen zeigte sich wegen des alten Vogtes, Gebhard von Neuenstein, ungehorsam, und mußte mehrfach ernstlich verwahrt werden.<sup>109</sup> Für das Baden-Badener Schultheißenamt hatte

---

106. Weech, Ordnung der Schule zu Baden, 1541, Z. f. G. O. Rh., XXII.

107. G. L. A., Bd. 510, Nr. 313 = B. H. A., Baden 27, fol. 29.

108. G. L. A., Bd. 510, Nr. 315 = B. H. A., Baden 27, fol. 21.

109. G. L. A., Bd. 510, Nr. 377 = B. H. A., Baden 27, fol. 220.

noch Sandizell eine Änderung vorgeschlagen. Da die katholische Gesinnung des damaligen Schultheißen, eines ehemaligen Wirtes aus Straßburg, zweifelhaft war, wollte er ihn durch einen Herrn vom Adel ersetzt wissen. Der Titel Vogt, der mit dem Schultheißenamt ehrenhalber in Pforzheim verbunden war, sollte einen wirklichen Inhalt erhalten und der Badener „Vogt“ gleichzeitig auch das Amt Steinbach mitverwalten.<sup>110</sup> In der Kanzlei waren inzwischen andere Persönlichkeiten in den Vordergrund getreten. Namentlich der bayerische Rat Ulrich Langmantel und der von Pfalzgraf Johann eingesetzte Rat Johann Jacob Varnbühler. Veus, der namentlich für die kirchliche Haltung des Regiments so große Bedeutung besaß, starb zwischen 1543 und 1544. Er war aber bis in seine letzte Lebenszeit noch in der Kanzlei tätig.<sup>111</sup> Langmantel versah seine Dienste ganz im Sinne der bayerischen Regierung. Durch seine Tüchtigkeit war er allgemein geschätzt. Er galt als redgewandt, und da er außerdem Französisch beherrschte, war er für alle luxemburgischen Fragen geradezu unentbehrlich.<sup>112</sup> Durch ihn wurde fast über drei Jahrzehnte der bayerische Einfluß in der Markgrafschaft hauptsächlich aufrecht erhalten. 1553 wurde er Hofmeister des jungen Markgrafen Philibert. Er begleitete diesen dann nach München. Und obwohl Herzog Albrecht V. für die in der badischen Kanzlei nun entstandene Lücke Sandizell und andere seiner Räte für mehrere Jahre nach Baden abordnen mußte, wünschte er, daß Langmantel die Erziehung des jungen Markgrafen in München übernahm. Als Langmantel 1556 mit Philibert nach Baden zurückkehrte, blieb er in den Diensten Markgraf Philiberts. Nach Philiberts Tode 1569 führte er vorübergehend die Statthalterschaft in Baden. Langmantels Sohn gehörte dann dem zweiten bayerischen Vormundschaftsregiment an (1569—76). Nicht so außer allem Zweifel, wie die katholische Gesinnung Ulrich Langmantels, stand die Jacob Varnbühlers. Besonders Sandizell hatte seine religiöse Haltung stets

---

110. G. L. A., Bd. 510, Nr. 295a = B. H. A., Baden 32, fol. 1—46.

111. Kattermann, Rap. VI.

112. G. L. A., Bd. 510, Nr. 307 = B. H. A., Baden 26, fol. 19—22.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 335 = B. H. A., Baden 27, fol. 94.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 620 = B. H. A., Baden 3, fol. 8b.

angegriffen. Während des Badener Tages hatte man seine Anschuldigungen auf Grund anderer Erkundigungen abzuschwächen versucht, ohne sie aber ganz abzuleugnen.<sup>113</sup> Dr. Veus war aber 1539 für ihn eingetreten. Er hatte erklärt, daß Varnbühler auf die Vorhaltungen hin, die man ihm gemacht habe, wirklich zurückhaltender geworden sei. Mit entscheidend für seine damalige Neuverpflichtung war auch noch gewesen, daß Sandizell seine sachlichen Leistungen gelobt hatte. Er hielt ihn sogar von allen badischen Vormundschaftsräten allein für geeignet, einmal der Nachfolger von Veus zu werden. In einer Kontroverse über die Einführung der Reformation in dem badisch-nassauischen Kondominat Lahr-Malberg, sollte hundert Jahre später Varnbühlers Name und seine religiöse Haltung unter dem Vormundschaftsregiment und als Kanzler Markgraf Philiberts noch einmal eine Rolle spielen.<sup>114</sup> Als Kanzler Philiberts hatte er zweifellos aus seiner lutherischen Gesinnung kein Hehl mehr gemacht. So war es auch eine der ersten Handlungen des zweiten bayerischen Vormundschaftsregimentes, ihn nach dem Tode Philiberts 1570 sofort kaltzustellen. Daß Varnbühler sich aber während der Vormundschaft zurückzuhalten suchte, zeigt ein Bericht über die religiösen Zustände in Baden von seiner Hand aus dem Jahre 1542.<sup>115</sup> Der Herzog hatte ein schärferes Durchgreifen gegen die Priesterehe, das Predigtwesen und anderes verlangt und die badischen Räte zu großer Nachgiebigkeit bezichtigt. Varnbühler verteidigte sich. Das Regiment halte sich streng an die neuerlassenen Mandate Philipps I. Wer dagegen verstoße, müsse die Markgrafschaft verlassen. In der ganzen Markgrafschaft seien keine zwei Priester mehr verehelicht oder würden mit einer Weibsperson zusammenleben. Man sei gegen den Stiftsprediger vorgegangen, obgleich der Mann tüchtig sei und nebenher das Organistenamt versehe. Er werde ausgewiesen werden, wenn er sich nicht bessere. Was die Neubesetzung der Pfarrstellen anbetreffe, so habe man sich an den Bischoff von Speyer gewandt. Dieser habe geantwortet,

---

113. G. L. A., Bd. 510, Nr. 307.

114. D. Bauer, Reformation und Gegenreformation in den früheren nassauisch-badischen Herrschaften Lahr-Malberg, S. 10/11.

115. G. L. A., Bd. 510, Nr. 510 = B. H. A., Baden 30, fol. 114—117.

er habe selbst neun Pfarreien, die er nicht zu besetzen wisse. Varnbühler machte aber doch einige Einschränkungen. Während das Regiment grundsätzlich keine verehelichten Pfarrer mehr anstelle, müsse man eine Reihe von verheirateten Priestern von Philipps Zeiten her, laut den Reichstagsabschieden, dulden. Außerdem würden die Mündel überhaupt nur den kleineren Teil der Pfarrstellen verleihen. Für die Mehrzahl seien andere Patrone zuständig. Diese besetzten sie aber meist mit verheirateten Priestern. Die Ordinarien, die Bischöfe von Speyer und Straßburg, würden sie dulden. Sie müßten sich nur verpflichten, bei der Predigt und den sonstigen christlichen Übungen nicht vom Hergebrachten abzuweichen. Vertreibe man trotzdem diese Pfarrer, so richte man möglicherweise noch größeren Schaden an, denn dann ließen die Patrone die Pfarreien unbesetzt, und das Regiment könne keine Priester bekommen. Ein Teil dieser Pfarreien sei schon unversorgt und die Untertanen drängten täglich. Die Behauptung Varnbüblers, daß die Markgrafen nur den kleineren Teil der Pfarrstellen der Markgrafschaft zu verleihen hatten, stimmt nicht. Vor der Teilung besaßen sie das Patronatsrecht für über die Hälfte der kirchlichen Benefizien der Markgrafschaft. Die Teilung hat die Verhältnisse nicht wesentlich verschoben, sondern für die Landesteile jeweils nur eine Verringerung der Pfarrstellen gebracht.<sup>116</sup>

Trotz allem riet Varnbühler bei der Beurteilung der Lage zur Mäßigung und ruhigen Betrachtung der Dinge. Das Regiment tue alles, was in seiner Macht stehe, die katholische Religion zu erhalten. Er forderte jedoch eine stärkere Unterstützung durch die Kirche. Er drang auf eine Kirchenvisitation durch die Bischöfe und auf die Inangriffnahme der Durchführung der ihnen obliegenden Maßnahmen der Reichstagsabschiede. Aber solche Maßnahmen unterblieben. Erst nach dem Interim hielt Erasmus von Straßburg 1549 eine Diözesansynode ab.<sup>117</sup> Varnbühler bat den Herzog, alle angeführten Punkte zu berücksichtigen.

---

116. K. Reinfried, Verzeichnis der Pfarr- und Kaplaneipfründen der Markgrafschaft Baden vom Jahre 1488. Freib. Diöz. Arch. S. 251, Bd. 27, 1899. Kattermann, S. 325.

117. Siehe dazu Reinfried, Freib. Diözüarch. XXVI. Z. G. O. Rh. XXV, 250 f.



Rings seien Nachbarn, die verehelichte Priester und kirchliche Neuerungen duldeten. Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, müsse man vorsichtig vorgehen. In der Markgrafschaft sei in den wesentlichen Punkten der alte Glaube tiefer und besser erhalten, als sonst im allgemeinen. Der Kaplan des Herzogs, der die Markgrafschaft besucht habe, könne dies bezeugen.

Die Antwort aus München auf diesen Bericht war sehr kurz. „eur entschuldigung der religion sachen halben haben wir gern gehört, sein derselben gnediglich ersettigt, verstehen aber aus eurm schreiben sovil, daß dannoch unser schreiben nit on ursach oder wir vergebentlich bericht sein. Ist aber nochmals unser genedig begern und wöllen das kain neuerung oder änderung fürgenommen werde, dieweil doch die spaltungen in der religion iren bestand nit erhalten, sondern durch das fürgenommen concil oder in ander wege erörtert werden muess darnach wir uns auch richten und halten werden“.<sup>118</sup>

Daß Bischof Philipp von Flersheim gegen verheiratete Priester der Markgrafschaft nicht durchweg die Haltung einnahm, wie sie Varnbühler beschrieb, zeigte dach gelegentlich. In Udenheim, der Residenz des Bischofs, feierte 1540 der Spitalmeister des Ettlinger Stiftes unter großer Anteilnahme der Bevölkerung seine Hochzeit. Da der Bräutigam ein Priester war, ließ ihn der Bischof verhaften. Hockus, so hieß der Spitalmeister, und der Vermittler der Ehe, Michael Zimmermann, wurden in den Turm gelegt. Hockus war übrigens Witwer und war vor Jahren schon durch Markgraf Philipp I. gezwungen worden, seine Magd zu ehelichen, die inzwischen gestorben war. Nur gegen ein hohes Lösegeld wurde er vom Bischof freigelassen. Dieser war sehr erzürnt, daß Hockus es wagte, ausgerechnet in Udenheim zu heiraten. Aber auch das Regiment duldete, wie Varnbühler zu Recht behauptet hatte, nach Möglichkeit keine verheirateten Priester. So mußte auch der Ettlinger Pfarrer Mockers gehen, als er sich verehelichte. 1543 kam ein neuer Priester nach Ettlingen und dieser ließ sich vom Regiment genaue Anweisungen geben, wie er sich in den Reli-

---

118. G. L. A., Bd. 510, Nr. 512 = B. H. A., Baden, 26, fol. 223—224,

gionsfragen im allgemeinen und besonders bei der Reichung der Sakramente zu verhalten habe.<sup>119</sup>

\* \* \*

Im folgenden Zeitabschnitt überschatteten die großen inner- und außerpolitischen Auseinandersetzungen im Reich die Einzelvorgänge in der Markgrafschaft. Bayern setzte sein doppelzünftiges Spiel zwischen den Habsburgern und den Protestanten fort. Bald näherte sich Eck dem Kaiser, bald schien er wieder zu einem Bündnis gegen ihn bereit. 1539 waren die Schmalkaldener in größter Besorgnis wegen bayerischer Rüstungen. 1540 berichtete Ulrich von Württemberg den Straßburger Ratsherren sogar von Musterungen in der Markgrafschaft.<sup>120</sup> Auch Jakob Sturm wußte von Gerüchten, daß bayerische Ritter sich dort ansammelten. Doch dies waren für die Bewohner der Markgrafschaft vorübergehende Belästigungen.

Dagegen wurden die luxemburgischen Besitzungen von dem wiederausbrechenden Krieg betroffen. Nach dem geglückten Vorstoß der Türken gegen Ofen 1541 und dem Mißerfolg der zweiten Expedition des Kaisers nach Algier im gleichen Jahre, griff Franz I. 1542 wieder zu den Waffen. Unter dem Herzog von Orléans zog ein französisches Heer gegen Luxemburg.<sup>121</sup> Am 16. Juni schrieb der Amtmann von Rodenmachern, Paul Schwarzenberg an Statthalter und Räte, der Probst Bernhard von Seltz richte an die Vormundschaft die Bitte, sie möge zur Verteidigung von Diedenhofen zwei Geschütze von der Burg Rodenmachern dorthin senden.<sup>122</sup> Gegen Bürgschaft durfte Schwarzenberg die Stücke nach Diedenhofen bringen lassen. Ein weiteres Anliegen Schwarzenbergs, ihm einen „tapferen Mann“ nach Rodenmachern zu schicken, konnten die badischen Räte aber nicht erfüllen, da alle in Frage kommenden schon durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen waren. Er erhielt den Auftrag, die Burg Rodenmachern durch 24 Reisige des Oberamtmanns von Trarbach und durch Flüchtlinge aus der Gegend und aus

---

119. Schwarz, Ettlingen, S. 85.

120. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. II, Nr. 125, 130, 131.

121. Ranke, Reformation, Bd. IV, S. 196 ff.

122. G. L. A., Bd. 510, Nr. 507a = B. H. A., Baden, 20, fol. 11.

Luxemburg zu schützen.<sup>123</sup> Die Franzosen nahmen Momedy und rückten auf Diedenhofen. Schwarzenberg erhielt aus Baden den Befehl, Rodemachern nicht zu halten, wenn Diedenhofen falle. Er aber forderte dagegen die Bereitstellung von 200 Reitern, die in fünf bis sechs Tagen Rodemachern erreichen könnten. Die Burg müsse besser besetzt werden, denn sonst werde der Kaiser die Forderung nach Öffnung und Einlaß seiner Truppen stellen. Ein Fähnlein genüge, denn Diedenhofen werde nur durch vier Fähnlein zu Fuß und einige Reiter gehalten. Die Mahnung hatte in Baden Erfolg. In Eile warb man dort Leute an und schickte sie nach Rodemachern. Viel unangenehmer nämlich als die Besetzung Rodemacherns durch Französische Truppen wäre dem Regiment die Belegung der Herrschaft durch kaiserliche Kontingente gewesen. Hier spielt der Fragenkomplex des Neuenahr'schen Streites mit hinein, der ja schon in Fürstenbergs Plänen von 1533 eine Rolle gespielt hatte.<sup>124</sup>

\* \* \*

Der eigentliche Ausgangspunkt des Streites lag 60 Jahre zurück. Gerhard von Rodemachern hatte sich gegen Kaiser Maximilian I. mit Frankreich verbündet. Wegen Treubruchs wurden ihm seine Herrschaften Rodemachern, Reichersberg, Unseldingen und Hespringen weggenommen.<sup>125</sup> Auf Umwegen über mehrere andere Besitzer gelangten die Herrschaften schließlich an Markgraf Christoph I. von Baden, der 1488 von Kaiser Maximilian als Dank für seine Kriegsdienste in den Niederlanden zum Gouverneur und Generalkapitän von Luxemburg ernannt worden war. Dieser erwarb nun, um seinen Einfluß in diesem neuen

---

123. G. L. A., Bd. 510, Nr. 507b = B. H. A., Baden, 20, fol. 13—16. G. L. A., Bd. 510, Nr. 514d = B. H. A., Baden, 1, fol. 306—308.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 514f = B. H. A., Baden, 1, fol. 309—312.

124. Vgl. Kap. II, S. 30 f.

125. Sie wurden Graf Friedrich von Zollern, Wolfgang von Bohn und Veit von Wolkenstein übergeben. Später erhielten Graf Vinzent und Bernhard von Moers die Erlaubnis, mit den ehemaligen Besitzern über die Konfiskation einen Vergleich abzuschließen. Doch auch sie brachen ihre Lehenspflicht und schlugen sich auf französische Seite. Sie unterstützten Graf Egmont bei einem Anschlag auf Geldern und Zülpten. Dadurch verwirkten auch sie die Anrechte auf die Herrschaften.

Machtbereich zu verstärken 1491 die oben genannten Herrschaften.<sup>126</sup>

Am 15. November 1492 wurde er von Maximilian I. in den erblichen Besitz eingesetzt. 1494 wurde der Besitz vom Kaiser erneut bestätigt. Außerdem verzichtete die einzige Tochter Gerhards von Rodenmachern, Elisabeth, nach dem Tode ihres Sohnes auf alle Ansprüche gegenüber den Markgrafen von Baden. Sie hatte aber eine Tochter, die mit Wilhelm von Wied verheiratet war. Die einzige Tochter aus dieser Ehe, also die Enkelin Gerhards von Rodenmachern, heiratete den Grafen Wilhelm von Neuenahr. Wilhelm von Wied und Wilhelm von Neuenahr erhoben nun um 1522 Ansprüche auf die Herrschaften Gerhards von Rodenmachern.<sup>127</sup>

Seit 1515 verwaltete Markgraf Philipp I. als Statthalter in der Markgrafschaft auch das Luxemburgische Gouvernement im Namen seines Vaters;<sup>128</sup> er hatte den Kampf gegen diese Ansprüche zu führen und kam dabei dem habsburgisch-kaiserlichen Machtwillen ins Gehege. Im April 1526 beschwerte sich die Statthalterin der Niederlande, Margarete von Parma beim Kaiser über Philipp I., daß er die kaiserlichen Jurisdiktionsrechte in Luxemburg übertrete.<sup>129</sup> Sein Vorgehen finde auch schon Nachahmung. Ein Bürger von Maastricht habe wie Philipp beim Kammergericht den Spruch eines heimischen Gerichtes angefochten und dort ein günstiges Urteil erlangt.<sup>130</sup> Damit spielte die Statthalterin aber auf den Prozeß Markgraf Philipps mit den Herren von Wied, Neuenahr über Rodenmachern an. Diese hatten beim Ritterschaftsgericht von Luxemburg geklagt und es hatte im Oktober 1526 gegen Philipp I. entschieden. Philipp I. hatte nun seinerseits beim Kammergericht geklagt und ein Urteil gegen Wied, Neuenahr und Moers erlangt. Beide Parteien versuchten die Rechtskräftigkeit des ihnen genehmen Urteils zu erlangen.

---

126. Wielandt, S. 535 ff. und G. L. A., Bd. 510, Nr. 560 = B. H. A., Baden, 20, fol. 1—6.

127. G. L. A., Bd. 510, Nr. 561 = B. H. A., Baden 20, fol. 92—119.

128. Sachs, Bd. III, S. 196.

129. Lanz, Korrespondenz Karls V., Bd. I, Nr. 86, S. 202—203.

130. Den Prozeß und die Statthalterfrage stellt auch Kattermann auf Grund anderen Aktenmaterials sehr eingehend dar. Kattermann, S. 242 ff.



Inzwischen ging die Statthalterschaft in Luxemburg von Markgraf Philipp I. auf Markgraf Bernhard III. über. Da er neue Zölle einführte, durchgehende Waren beschlagnahmen ließ, über Pfründen und Ämter verfügte und auf jede Weise seine Einnahmen zu steigern suchte, wurden die Widerstände gegen ihn noch größer als gegen seinen Bruder Philipp. Margarete schlug deshalb 1528 dem Kaiser vor, Bernhard III. als Gouverneur abzusetzen und Wilhelm von Nassau damit zu beauftragen, Sie schlug sich damit auf die Seite der luxemburgischen Ritterschaft, die sichtlich Baden aus seiner ehemals einflußreichen Stellung zu verdrängen suchte. Der Kaiser billigte den Vorschlag der Statthalterin im Oktober 1528.<sup>131</sup> Damit war aber noch keine Entscheidung in der Rodenmachernschen Sache gefallen. Sie wurde vertagt.<sup>132</sup> In den folgenden Jahren war die Niederländische Regierung durch die Friedensverhandlungen in Cambrai in Anspruch genommen. Erst die Nachfolgerin Margareten von Parma, Maria von Ungarn, nahm 1531 die Sache wieder auf. Die Niederländische Regierung drohte nun, das Ritterschaftsurteil zur Ausführung zu bringen, wenn Bernhard sich nicht auf ihre Vorschläge einlasse. Im Juli des gleichen Jahres wandte sich auf Bitten Markgraf Philipps I. hin König Ferdinand an Karl V. und ersuchte ihn, das Kammergerichtsurteil in der Rodenmachernschen Sache anzuerkennen oder einen Vergleich herbeizuführen.<sup>133</sup> Karl erließ im September 1531 ein Dekret, durch das er die Grafen Heinrich und Wilhelm von Nassau zu Schiedsrichtern ernannte.<sup>134</sup> Wenn diese oder andere nicht zum Ziele kommen sollten, wurden die Parteien, wie schon die Statthalterin Maria vorgeschlagen hatte, vor den hohen Rat von Mecheln geladen. Das Kammergerichtsurteil und das Urteil des Ritterschaftsgerichtes in Luxemburg wurden kassiert.

Als das Vormundschaftsregiment in Baden die Geschäfte übernahm, hatte die Sache immer noch keine endgültige Entscheidung gefunden. Der Prozeß in Mecheln stand gut. Man

---

131. Lanz, Korrespondenz, Bd. I, Nr. 110 und 111.

132. Lanz, Staatspapiere, Nr. XIV, S. 70.

133. Lanz, Korrespondenz, Bd. I, Nr. 187, S. 494 f.

134. G. L. A., Bd. 510, Nr. 253a = B. H. A., Baden, 21, fol. 422—423.

hatte die Aufhebung des Ritterschaftsurteiles durchgesetzt.<sup>135</sup> Der hohe Rat sprach am 1. Dezember 1537 die Herrschaften Baden zu. Trotzdem gab sich Neuenahr immer noch nicht zu-frieden, und als im Februar 1543 im Kriege Karls V. gegen Frankreich ein neuer Einfall der Franzosen in Luxemburg be-vorstand, befürchteten daher die Vormundschaftsräte, daß Neuen-ahr unter dem Vorwand der Verteidigung des Landes gegen Frankreich einen Gewaltstreich gegen Rodenmachern unter-nehmen werde. Um allem vorzubeugen, suchte man, wie schon im vorhergehenden Jahre, die Burg genügend zu besetzen.<sup>136</sup> Im September 1543 ließ der Kaiser durch den Rentmeister von Diedenhofen die Besetzung der Herrschaft durch kaiserliche Truppen ankündigen. Schwarzenberg vermutete, daß die luxem-burgische Ritterschaft hinter der Forderung stand. Ehe es dazu kam, traf aber der Bastard Johann von Baden, ein Sohn Mark-graf Bernhards III., als französischer Unterhändler vor Burg Rodenmachern ein, um über Lebensmittellieferungen der Herr-schaften zu verhandeln. Schwarzenberg wies ihn ab. Auch aus Baden erhielt er den Befehl, die französischen Truppen nicht zu verproviantieren. Gegen Gewalttätigkeiten sollte er aber nicht einschreiten. Inzwischen hatten die kaiserlichen Truppen Luxemburg wieder zurückerobert. Darauf erhielt Schwarzen-berg im Oktober erneut die Mitteilung, daß kaiserliche Truppen nach Rodenmachern gelegt würden. Im Januar 1544 kamen bei einem erneuten Vorstoß der Franzosen auf Luxemburg sechzig kaiserliche Reiter in die Herrschaft. Außerdem sollten zwei Fähnlein Hakenschützen in die Burg einrücken. Da aber deren Anführer ein Bastard von Wied war, ließ ihn Schwarzen-berg nicht ein und bat beim Vertreter des Gouverneurs von Luxemburg um andere Besatzungstruppen. Dieser lehnte ab. Schwarzenberg wollte nun die Verantwortung nicht mehr allein tragen und wünschte, daß einer der Räte aus Baden komme. Er erwartete außerdem jetzt einen französischen Angriff. Deshalb

---

135. G. L. A., Bd. 510, Nr. 241 = B. H. A., Baden, Nr. 21, fol. 354—361. G. L. A., Bd. 510, Nr. 253 = B. H. A., Baden, 21, fol. 415—421.

136. G. L. A., Bd. 510, Nr. 518 = B. H. A., Baden, 20, fol. 20—22. G. L. A., Bd. 510, Nr. 532a = B. H. A., Baden, 1, fol. 39—41.

verstärkte er noch einmal die Besatzung der Burg durch fünfzig markgräfliche Hakenschützen, die er aus der Grafschaft Sponheim kommen ließ.

Ob es auf die Dauer des Krieges gelingen würde, Rodenmachern als neutrales Gebiet vor den Folgen der militärischen Operationen zu bewahren, schien zweifelhaft. Am Besitz der Burg mußten beide Parteien Interesse haben. Deshalb schlug Herzog Wilhelm Johann II. von Simmern vor, dem Kaiser den Erwerb von Rodenmachern gegen Tausch oder Kauf anzubieten. Auf dem Speyerer Reichstag des Jahres 1544 wurde ihm dieser Vorschlag unterbreitet.<sup>137</sup> Der Kaiser ging aber nicht darauf ein. Der Abschluß des Friedens von Crepy im Spätsommer des gleichen Jahres machte zudem eine sofortige Lösung der Rodenmachernschen Frage nicht mehr notwendig. Erst 1545 ließ er die Sache wieder aufgreifen, um einen friedlichen Ausgleich auf dem Reichstag zu Worms zu erreichen. Der Herzog äußerte Bedenken, nach dem Mechelner Spruch noch einmal gütlich zu verhandeln. Das Vormundschaftsregiment zog außerdem Markgraf Ernst von Baden-Durlach zu den Verhandlungen zu, da der badische Teilungsvertrag das forderte. 1546 fanden in Oberwesel Schiedsverhandlungen in der Sache statt. Als kaiserlicher Kommissar fungierte Graf Stolberg. Der Neuenahr'sche Anwalt war Dietrich von Manderscheid. Stolberg schlug vor Baden und Neuenahr sollten Rodenmachern als Kondominat verwalten. Man kam natürlich zu keinem Ergebnis. Pfalzgraf Johann II., den die badischen Vertreter, nach dem Tage mündlich Bericht erstatteten, bemühte sich durch Vermittlung des Kurfürsten von der Pfalz, daß die Sache endlich remittiert und nicht noch weiter in die Länge gezogen werde. Die Angelegenheit scheint auch für den Kaiser mit dem Scheitern der Oberwesler Verhandlungen einen endgültigen Abschluß gefunden zu haben, wenn auch Hermann von Neuenahr und sein Schwager von Horn 1546 noch einmal versuchten den Prozeß in Gang zu bringen.<sup>138</sup>

---

137. G. L. A., Bd. 510, Nr. 539a = B. H. A., Baden, Nr. 30 fol. 183—185.

138. G. L. A., Bd. 510, Nr. 561 = B. H. A., Baden, Nr. 20, fol. 92—119.

Dem bayerischen Vormundschaftsregiment war es also zu-  
gefallen den letzten größeren Kampf um die Position der badi-  
schen Markgrafen im Nordwesten des Reiches zu führen. Konnte  
es auch erreichen, daß Rodenmachern im Besitz des markgräf-  
lichen Hauses blieb, so änderte der Ausgang des Neuenahr'schen  
Streites doch nichts an dem tatsächlichen Rückgang des mark-  
gräflichen Einflusses in jenen Gebieten. Wohl war der Streit  
im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen noch  
einmal aufgeflackert aber einen bestimmenden Einfluß auf die  
allgemeine Haltung der badischen Politik konnte er nicht mehr  
gewinnen.

\* \* \*

Während dieser Vorgänge hatte der Reichstag des Jahres  
1544 noch einmal einen friedlichen Vergleich zwischen den  
Protestanten und dem Kaiser gebracht. Immer noch griff die  
Reformation in Süddeutschland und im Westen des Reiches  
weiter um sich. Und doch hatte Karl V. schon seine ganze  
Politik im Geheimen darauf eingestellt, zum entscheidenden  
Schlag gegen den Protestantismus auszuholen. In den markgräf-  
lichen Gebieten hatte sich das Luthertum weitere Einfällestore  
erobert. Im Gegensatz zu Johann II. von Simmern hatten sich  
seine Söhne offen der neuen Lehre zugewandt. Johann II. be-  
absichtigte nun 1541, die Sponheimischen Ämter Birkenfeld,  
Frauenberg, Heerstein und Dill an seinen Sohn Georg zu über-  
tragen. Die Räte in Baden waren dagegen gewesen, weil sich da-  
durch die Sponheimischen Verhältnisse noch unübersichtlicher ge-  
stalteten.<sup>138</sup> Herzog Wilhelm hatte aber schließlich zuge-  
stimmt.<sup>139</sup> Darauf setzte Georg in den nächsten Jahren in diesen  
Ämtern lutherische Prädikanten ein. Erst nach dem Interim  
erlangte Bayern die kaiserliche Unterstützung, Simmern dies  
zu untersagen. Schon zur Zeit, als Heinrich von Fleckenstein  
das Statthalteramt hauptamtlich innehatte, war es zu Differenzen  
über die Fleckensteinschen Besitzungen in Beinheim gekommen.  
1540 ließ man ihn mit Graf Wilhelm von Eberstein Burgfrieden  
schwören. Gleichzeitig beunruhigte es die Räte in Baden, daß

---

139. G. L. A., 510, Nr. 456 = B. H. A., Baden, Nr. 29, fol. 6—9.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 496 = B. H. A., Baden, Nr. 30, fol. 42—44.



er und seine Brüder soviele Höfe und Häuser in Beinheim aufkauften. Man wünschte das zu unterbinden. Auf dem Wege des Schiedsverfahrens suchte man sich mit ihm auseinanderzusetzen.<sup>140</sup> Der Fleckensteinsche Einfluß in Beinheim war deshalb besonders unangenehm, weil die Familie sich jetzt offen der Reformation zuwandte. So bekannte sich der pfälzische Großhofmeister Ludwig von Fleckenstein auf dem Wormser Religionsgespräch von 1541 offen zur Augsburgerischen Konfession.<sup>141</sup> Er starb kurz darauf. Nach seinem Tode begann Heinrich (XIX) von Fleckenstein, der ehemalige Statthalter, die Reformation im Fleckensteinschen Gebiete mit Zustimmung seiner Brüder Georg und Hans einzuführen.<sup>142</sup>

In den nächsten Jahren wurde die Markgrafschaft wieder durch Truppendurchzüge beunruhigt. Spanische Kontingente kamen 1545 von jenseits des Rheines, um nach Ungarn zu marschieren, wo sie gegen die Türken eingesetzt werden sollten.<sup>143</sup> Im nächsten Jahre veränderte sich plötzlich das Bild. Noch im März erklärte der Kaiser einer Gesandtschaft, die wegen seiner Rüstungen anfragte, er denke nicht an einen Krieg gegen die Protestanten.<sup>144</sup> Aber von Tag zu Tag wurde deutlicher, daß er zur großen innerpolitischen Auseinandersetzung sich vorbereitete. Im Juli 1546 kam ein kaiserlicher Kommissar nach Baden-Baden und begann mit Zustimmung der Vormundschaftsräte eine rege Werbetätigkeit.<sup>145</sup> Straßburg und Württemberg warben schon längere Zeit heimlich in der Markgrafschaft. Das Regiment nahm natürlich zu den Ereignissen eine neutrale Haltung ein. Aber trotzdem ließen die Schmalkaldener an das Vormundschaftsregiment in Baden durch Gesandte und Briefe die Aufforderung gelangen, durch Teilnahme an einer Anleihe zur Finanzierung des Widerstandes gegen den Kaiser beizutragen,<sup>146</sup> denn noch schien die Haltung, die Bayern in dem

140. G. L. A., Bd. 510, Nr. 377 = B. H. A., Baden, Nr. 27, fol. 220.  
G. L. A., Bd. 510, Nr. 475 = B. H. A., Baden, Nr. 29, fol. 287—288.

141. Adam, S. 168; Röhrig, S. 232.

142. Adam, S. 168; Glöckler, Bd. I, S. 388.

143. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. III., Nr. 521.

144. Brandi, Renformation, S. 304.

145. G. L. A., Bd. 510, Nr. 581 = B. H. A., Baden, 23, fol. 120 ff.

146. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. IV<sup>1</sup>, Nr. 269.

kommenden Kriege einnehmen würde, gänzlich ungeklärt. Der Abschluß eines Bündnisses zwischen dem Kaiser und Bayern war nur ganz wenigen Personen bekannt und wurde streng geheimgehalten. Noch immer glaubten die Schmalkaldener, Bayern werde zum mindesten neutral bleiben. Der Kanzler Eck hielt ja auch noch nach dem Regensburger Bündnis mit dem Kaiser vom Juli 1546 die Fühlung mit seinen Gegnern aufrecht. Er tat das nicht nur, um sie über seine wahren Pläne zu täuschen. Deshalb wird bis in den August des Jahres, als die Kriegshandlungen schon in vollem Gang waren, das Vormundschaftsregiment immer wieder in den Berichten der bei den Ständen um Unterstützung werbenden Gesandten der Schmalkaldener genannt.

Von den Kämpfen selbst blieb die Markgrafschaft verschont. Sie wurde von den direkten Kriegsmaßnahmen zunächst nur dadurch berührt, daß Straßburg, Eßlingen und Ulm zur Beförderung der Kurierpost während des Krieges in Ettlingen eine Zwischenstation einrichteten.<sup>147</sup> Erst als sich nach dem erfolgreichen Donaufeldzug des Kaisers im Dezember 1546 Ulm und die anderen oberländischen Städte Württemberg und Straßburg dem Kaiser unterwarfen, kamen wieder kaiserliche Truppen an den Oberrhein. Nun glaubte das Vormundschaftsregiment in Baden-Baden diejenigen Untertanen, die gegen den Kaiser gedient hatten, warnen zu müssen. Viele flohen daraufhin.<sup>148</sup> Durch den Ausgang des Krieges waren hauptsächlich die Mitregenten von Bühl, die Herren von Windeck, betroffen worden. Ludwig und Jakob von Windeck hatten sich zu Beginn des Krieges in württembergische Dienste begeben und an den Kämpfen gegen den Kaiser teilgenommen. Dieser gab später dem Vormundschaftsregiment den Befehl, die windeckschen Güter zu sequestrieren. Das Regiment beschlagnahmte auch das Besitztum der Brüder, als sie sich unfähig erklärten, die geforderte Strafe von 6000 Gulden, aufbringen zu können. Es gelang aber später den Brüdern durch Vermittlung Straßburgs, die Aussöhnung mit dem Kaiser zu erlangen. Der Kaiser wollte

---

147. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. IV<sup>1</sup>, 1546, Juni 26.

148. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. IV<sup>1</sup>, Nr. 503 A<sup>6</sup>.

zunächst auf die straßburgische Werbung hin nicht anerkennen, daß Ludwig von Windeck Straßburger Bürger sei. Es entspann sich eine lange Auseinandersetzung über diesen Begriff. In Brüssel blieb man auf dem Standpunkt bestehen, Windeck sei als freier Edelmann dem Kaiser unterworfen. Ihm helfe weder sein Burgrecht noch die Aussöhnung der Stadt mit dem Kaiser etwas. Der straßburgische Gesandte, Dr. Heinrich Kopp, vermochte aber zuletzt doch die straßburger Auffassung durchzusetzen. Das Vormundschaftsregiment mußte die Güter wieder freigeben.<sup>149</sup>

Der endgültige Sieg des Kaisers, der Abschluß des Krieges und die Verkündigung des Augsburger Interims, brachten nicht die Klärung der innerpolitischen und kirchlichen Situation in Deutschland, wie sie Karl V. erhofft hatte. Zwischen dem Jahr 1548 und dem Augsburger Religionsfrieden, mit dem das Ende der Vormundschaft über Markgraf Philibert von Baden-Baden etwa zusammenfiel, lag ein Zeitraum neuer Kämpfe und neuer tiefgehender politischer und geistiger Wandlungen. Die bayerische Politik war auch in der Folgezeit von antihabsburgischen Tendenzen bestimmt, obwohl Bayern sich in der Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und der Fürstenopposition in den Jahren 1552/53 neutral verhielt. Noch vor diesem großen zweiten Zusammenstoß der innerpolitischen Gegner trat in Bayern durch den Tod Wilhelms IV. 1550 ein Regierungswechsel ein. Herzog Wilhelm IV. war es noch zugefallen, den Reichstagsabschied von 1548 in der Markgrafschaft Baden-Baden zur Anwendung zu bringen, soweit er zur Stärkung des Katholizismus und Zurückdrängung der protestantischen Tendenzen dienen konnte. Noch während des Reichstages veranlaßte er den Kaiser, im Juni 1548, ein Mandat zu erlassen, das jede Abweichung von Kultus und Lehre der alten Kirche in der Markgrafschaft verbot.<sup>150</sup> Das Mandat war formell an die Vormunde gerichtet, wendete sich aber im Grunde nur gegen Johann II. von Simmern und gegen die Einführung der Re-

---

149. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. IV<sup>1</sup>, Nr. 875, 879, 884, 885, 889, 891, 892, 893, 896, 897, 901, 904, 911.

150. G. L. A., Generalia, Religionssachen, 6863, Augsburg, 18. Juni 1548.

formation in gewissen Teilen Sponheims. Dadurch, daß sich das Mandat gegen jede Neuerung aussprach, also die Zugeständnisse, die das Interim sonst den neugläubigen Ständen einräumte, in Baden verbot, war der katholische Bekenntnisstand Baden-Badens festgestellt. Das Begleitschreiben an die Räte, das Herzog Wilhelm mit der gleichen Post wie das Mandat ebenfalls aus Augsburg nach Baden sandte, erweiterte die in früheren Jahren gegebenen Befehle über katholischen Kultus, Sakrament und Priesterehe<sup>151</sup> nur noch durch die Anordnung, schuldige Priester der bischöflichen Gerichtsbarkeit auszuliefern.<sup>152</sup> Dies hatte Markgraf Philipp I. eingestellt. Er hatte sich die Citation von Priestern wegen geistlicher Verfehlungen durch die Bischöfe mit dem Hinweis auf den Speyerer Reichstagsabschied geradezu verboten. Aber auch dieser Punkt bezog sich mit auf Sponheim, denn in einem weiteren Schreiben des Kaisers an die Vormünder im September befahl er diesen ausdrücklich, die alte Religion in den sponheimischen Gebieten wieder herzustellen und sich dabei auf den Bischof von Trier zu stützen. Dieser erhielt sogar die Anweisung, auf das Ersuchen der Vormünder hin an des Kaisers statt die kirchlichen Neuerungen abzuschaffen.<sup>153</sup> Pfalzgraf Johann II. antwortete dem Kaiser auf die Mandate hin, er werde das Interim zur Durchführung bringen. Das war eine Ausflucht, denn vom Interim, das für die altgläubigen Stände ja nicht verpflichtend war, hatten die Mandate an die Vormundschaft nicht gesprochen. So erhielt Johann II. im Oktober 1548 einen nur an ihn gerichteten kaiserlichen Erlaß, die alte Religion in allen ihm unterstehenden Obrigkeiten wiederherzustellen und weder Pfalzgraf Georg noch einem anderen Sohn eine Ausnahme zu gestatten.<sup>154</sup>

Über die Ausführung des Reichstagsabschiedes von 1548 entstand auch noch zwischen der badischen Priesterschaft und dem Bischof von Speyer 1550 ein Streit.<sup>155</sup> Der Bischof suchte dem Klerus der gesamten Diözese Speyer eine Sonderbesteue-

---

151. Kattermann, S. 426.

152. G. L. A., 6863, wie oben.

153. Briefe und Akten I. Reihe, Bd. I, Nr. 205.

154. Briefe und Akten, I. Reihe, Bd. I, Nr. 220.

155. G. L. A., Generalia, Kirchenhoheit, 4258.



rung aufzuerlegen. Die Geistlichen weigerten sich aber wie in den Jahren 1523 und 1529 schon einmal, das geforderte „*subsidium charitationem*“ zu zahlen.<sup>156</sup> Sie fand beim Vormundschaftsregiment Rückhalt. Dies wies, entsprechend der Haltung der früheren badischen Regierungen, Bischof Philipps wiederholte Bitte, den Einzug der Gelder nicht zu hindern, unter Berufung auf den Reichstagsabschied von 1548 ab. Markgraf Ernst suchte sich mit dem Vormundschaftsregiment über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen und auch Kurpfalz dazu zu bewegen. Der Bischof brachte die Sache an den Vicarius in *Spiritualibus* in Mainz, hatte aber keinen Erfolg, denn die Entscheidung fiel zu Gunsten der Priesterschaft aus, ganz im Gegensatz zu 1529, wo der Klerus durch den Mainzer Schiedsspruch zur Zahlung verpflichtet wurde.

Der Tod Herzog Wilhelms IV. von Bayern, der im März 1550 eintrat, und der Übergang der Vormundschaft über Markgraf Philibert an Albrecht V. hatte für die Vormundschaft keine unmittelbaren Folgen. Er sollte sich aber in Zukunft auf die Markgrafschaft in dem Maße auswirken, als sein Nachfolger Albrecht V. und dessen Berater sich im Laufe der Jahre zu einer politischen Haltung ausschließlicher Katholizität durchrangen. Mit dem Regierungswechsel in Bayern kündeten sich auch weitere Veränderungen an Baden-Baden nahestehenden Höfen an. Das drohende Aussterben der regierenden pfälzer Linie führte seit 1551 zu Verhandlungen zwischen Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz, Ottheinrich von Neuburg, Johann II. von Simmern und Graf Wolfgang von Veldenz. Das Ergebnis war ein Vertrag von 1553, in dem der Übergang der Kurwürde an die simmersche Linie festgelegt wurde. Der Vertrag hatte auch für die Markgrafschaft Baden-Baden große Bedeutung, da er die sponheimischen Interessen berührte.<sup>157</sup> Sehr große Rückwirkungen hatte die Neuregelung der Nachfolgefrage der Pfalz auf dem Gebiet der Religion. Die Söhne Johannis II. von Simmern waren Protestanten und es stand außer Zweifel, daß, wenn sie zur Regierung kamen, sie in ihren Ländern die Reformation

---

156. Bossert, XVIII. 205; Kattermann 420.

157. Weydmann, S. 21 ff.

einführen würden. Es ist nun sicher kein zufälliges Zusammen-  
treffen, daß im Jahre, als sich für das Haus Simmern die Per-  
spektive öffnete, in absehbarer Zeit einen seiner Angehörigen  
auf dem Kurstuhl zu wissen, Bayern bestrebt war, den jungen  
Markgrafen von Baden dem Einfluß Johannis II. von Simmern  
gänzlich zu entziehen und noch stärker als bisher an das baye-  
rische Herzogshaus zu fesseln. Schon Herzog Wilhelm IV. hat  
sich um die Erziehung Philiberts bekümmert. Als dieser noch  
kaum fünf Jahre alt war, wollte man ihn aus der Fürsorge und  
Betreuung durch Frauen nehmen, um ihm einen Erzieher zu  
geben.<sup>158</sup> Dieser wurde, als er sechs Jahre alt war, Jakob  
Holzwart, ein Bayer.<sup>159</sup> Schon in den ersten Kinderbriefen<sup>160</sup>  
an den Herzog, die Zeugnis von den erworbenen Kenntnissen ab-  
legen sollten, wurde der Wunsch erweckt, bald den Herzog auf-  
suchen zu dürfen. „verleiht uns got genad“, schrieb Philibert  
an den Herzog, „so wollen ich und mein Bruder ein mal ewer  
lieb heimsuchen“. Und das wurde brav ins Französische über-  
setzt: „quant dieu nous donneray sa grace moy et mon frere  
nous iroint unna fois a votre amitye“. „Nam vestro exemplo  
saepe nos incitat preceptor noster ad dicenda honesta studia.“  
„herzlieber her vetter ich und mein bruder kunden jugend halb  
noch nit zu ewer lieb spacieren, darum bitten wir ewer lieb  
woll zu uns gen baden kommen und sehen wie es uns gangt,  
hiermit got befohlen. Datum ut supra.“<sup>161</sup> Damals war Phili-  
bert zehn Jahre alt. 1553, als er das sechzehnte Jahr erreicht  
hatte, sah man ihn als der Schule entwachsen an und hielt ihn  
für reif genug, an fürstlichen Höfen höfische Zucht und gute  
Sitte zu lernen. Er sollte sie sich in München aneignen. Aber  
seine weitere Ausbildung erstreckte sich nicht nur auf feine  
Lebensformen, sondern auch auf die Einführung in die Ver-  
waltung und Regierung eines Landes.<sup>162</sup> Und Pfalzgraf Johann  
ermahnte ihn in einer Denkschrift, die er ihm vor seiner Reise

158. G. L. A., Bd. 510, Nr. 475 = B. H. A., Baden, 29, fol. 287—288.

159. G. L. A., Bd. 510, Nr. 576c = B. H. A., Baden 23, fol. 90.

160. G. L. A., Bd. 510, Nr. 576a = B. H. A., Baden, 23, fol. 88—89.

G. L. A., Bd. 510, Nr. 576b = B. H. A., Baden, 23, fol. 91.

161. G. L. A., Bd. 510, Nr. 618 = B. H. A., Baden, 3 fol. 6.

162. G. L. A., Bd. 510, Nr. 618a = B. H. A., Baden, 3, fol. 7—8.

nach München überreichen ließ, sich bei der Zuziehung beim Rat der höchsten Aufmerksamkeit zu befleißigen.<sup>163</sup> Damit war das politische Geschehen seiner Tage ein mitgestaltender Faktor in Philiberts Leben geworden. Vorläufig sollte er sich noch auf die Rolle des Beobachters und des Lernenden beschränken. Aber drei Jahre später sollte er schon mitbestimmend in den Gang der Geschehnisse eingreifen dürfen.

Daß die Jahre, die Philibert vor seinem Regierungsantritt in München verlebte, seine Anschauungswelt weitgehend prägten, ist wohl sicher. Es waren die Jahre, die unmittelbar vor Abschluß des Augsburger Religionsfriedens lagen, der eine Epoche abschloß und eine neue einleitete. Seit dem Jahre 1548 war der Kaiser mit der Befestigung seiner durch den Sieg gegen die Schmalkaldener neugewonnenen Stellung beschäftigt. Die Häupter des Bundes, Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen, waren als Gefangene in seiner Hand. Karl V. glaubte sich dicht vor dem Ziele seiner Pläne, die Erbllichkeit der Krone seinem Hause auf immer zu sichern und das deutsche Fürstentum sich gänzlich dienstbar zu machen. Auch in der Kirchenfrage hoffte er auf einen endgültigen Erfolg seiner Bestrebungen. Die Unterhandlungen mit der Kurie über den Fortgang des Konzils, die Nachfolgefrage und ein neuer Reichstag ließen ihn übersehen, in welchem Maße Haß und Furcht über seinen Sieg und seine Macht um sich griffen und eine neue große Verschwörung sich gegen ihn bildete. Plötzlich sah er sich angegriffen und einer mächtigen innen- und außenpolitischen Koalition gegenüber gestellt. Widerwillig mußte er sich in Verträge schicken, die ihm die deutsche Fürstenopposition in Passau 1552 abrang, damit er gegen seine äußeren Gegner die Hände frei bekam. Ein neuer Reichstag, auf dem die Religionsfrage noch einmal aufgerollt werden sollte, wurde ausgeschrieben. Auch in der Markgrafschaft hatte das Vordringen des französischen Heeres in Lothringen und im Elsaß neue Unruhen hervorgerufen. Sogar zu Heereslieferungen nach Straßburg, die von dort an das französische Heer weitergingen, sah sich das Vormundschaftsregiment genötigt.<sup>164</sup> Kaum

163. G. L. A., Bd. 510, Nr. 619a = B. H. A., Baden, 22, fol. 62—69.

164. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. V., S. 327, Nr. 236.

hatte Karl V. seine Handlungsfreiheit nach Abschluß des passauer Vertrages wieder erlangt und genügend Truppen in Süddeutschland angeworben, als er am Rhein erschien, um selbst am französischen Kriege teilzunehmen. Er kam gänzlich unerwartet. Über Bretten, Rastatt, Stollhofen zog er durch die Markgrafschaft nach Auenheim bei Kehl. Am 13. September 1552 schlug er ein Feldlager bei Ettlingen auf. Von dort ging nach Straßburg die Mitteilung, das Heer werde bei Straßburg und Rastatt den Rhein überschreiten. Die Brücken seien für den bevorstehenden Übergang mit schweren Geschützen auszubessern und nach Rastatt seien Schiffe zu senden. Schon vor diesem Befehl war ein Schreiben des Vormundschaftsregimentes in Straßburg angelangt, das dem Rat in größter Eile von dem bevorstehenden Eintreffen des Kaisers Mitteilung machte.<sup>165</sup> Wenige Monate also vor Philiberts Übersiedlung nach München durchzog der Kaiser, dessen innerdeutsche Politik zusammengebrochen war, das Land des jungen Markgrafen, um sich in den französischen Krieg zu begeben, der für ihn keinen glücklicheren Ausgang haben sollte. Welche Folgen der Rückgang der kaiserlichen Macht hatte, erfuhr Philibert in München. Bayern schloß sich einem Defensivbund an, der sich im wesentlichen gegen den Kaiser richtete und zwischen Pfalz, Mainz, Trier, Württemberg und Jülich zustande kam.<sup>166</sup> Philiberts Hofmeister, Ulrich Langmantel, wurde in einem wichtigen Stadium der Bundesverhandlungen im Frühjahr 1553 mit der Vertretung der bayerischen Interessen betraut. Charakteristisch für den sogenannten Heidelberger Bund war, daß protestantische und katholische Stände ihm angehörten. Ja, im Oktober 1553 kam es sogar zu einer Vereinbarung der Verbündeten, die die Parität der Bekenntnisse besonders sicherte.<sup>167</sup> Stärker noch als in den außenpolitischen Abmachungen trat in der Innenpolitik des jungen Herzogs Albrecht V. der Zug nach Ausgleich der beiden Konfessionen zutage. Besonders neigte der Nachfolger Simon Ecks, Stockhammer, zu einer solchen Politik. Die religiöse

---

165. Straßburg, Polit. Corresp., Bd. V., S. 312, Nr. 294, 396.

166. Riezler, Bd. IV, S. 457 ff.

167. Riezler, Bd. IV., S. 460.



Opposition war auch in Bayern gewachsen und wagte sich auf dem Landtag von 1553 offen hervor. Die Regierung, die keine Vermischung der Landes- und kirchlichen Angelegenheiten zuließ, sah sich in der Folgezeit aber doch gezwungen, dem Drängen der Stände nachzugeben. Albrecht V. sandte zuletzt sogar eine Gesandtschaft nach Rom, um vom Papst Pius IV. die Gestattung des Laienkelches und der Priesterehe für Bayern zu erlangen. Höhepunkt der Entwicklung war der Abschluß des Augsburger Religionsfriedens, in dem endlich die Gleichstellung der beiden Bekenntnisse in Deutschland reichsrechtlich festgelegt wurde. Ein Jahr nach dem Abschluß des Friedens kehrte Markgraf Philibert nach Baden zurück. Kurz darauf legte Johann von Simmern die Vormundschaft nieder, Bayern und Eberstein einige Monate später, und Philibert

## Viertes Kapitel.

# **Die Gegenreformation in der Markgrafschaft Baden-Baden während der zweiten Vormundschaft. 1569-1577.**

### *A. Die Regierungszeit Markgraf Philiberts und die Vorgeschichte der zweiten Vormundschaft.*

Als Markgraf Philibert nach seinem dreijährigen Aufenthalt am Münchener Hof 1556 nach Baden zurückkehrte, war in der Zwischenzeit in Baden-Durlach, in Simmern und Nassau ein Regierungswechsel eingetreten. In all diesen Ländern hatte der Antritt des neuen Regenten den Wechsel des Bekenntnisses mit sich gebracht. Auch in Eberstein hatte Graf Wilhelm den Übertritt zum Protestantismus vollzogen und die brandenburgische Kirchenordnung eingeführt.<sup>1</sup> Philibert duldete die Einführung der neuen Lehre in den Kondominatsgebieten. Mit Graf Adolf von Nassau schloß er darüber einen förmlichen Vertrag ab.<sup>2</sup> Zusammen mit dem Hause Simmern begann er im Grövenreich, einem Teil des Oberamtes Trarbach, die Reformation einzuführen. Nur der Erzbischof von Trier suchte dies zu verhindern.<sup>3</sup> Über die Besitzrechte in Sponheim hatte sich Philibert sofort nach seinem Regierungsantritt mit seinem Bruder Christoph geeinigt. Christoph erhielt die luxemburgischen Besitzungen und den Titel eines Grafen von Sponheim, während Philibert den ganzen Besitz verwaltete. Nach dem pfälzer

---

1. August J. Eisenlohr, *Kirchliche Geschichte der Grafschaft Eberstein*, Karlsruhe 1876.

2. D. Friedrich Bauer, *Reformation und Gegenreformation in Lahrmalberg*, S. 7.

3. Weydmann, *Sponheim*, S. 21 ff.

Erbvertrag von 1553 und dem Abkommen mit seinem Bruder vom 23. April 1556 verteilten sich die Besitzrechte in Sponheim folgendermaßen. Baden besaß die Hälfte der hinteren Grafschaft Sponheim und zwei Fünftel der vorderen. Kurpfalz besaß von der vorderen Grafschaft die übrigen drei Fünftel und die zweibrückensche Linie, die andere Hälfte der hinteren Grafschaft Sponheim. Andere territoriale Veränderungen traten zur Zeit der Regierung Markgraf Philiberts in der Markgrafschaft Baden-Baden nicht ein.

Während Markgraf Philibert ganz im Sinne des Augsburger Religionsfriedens sich mit Simmern, Eberstein und Nassau in den Religionsfragen einigte und auch in der Markgrafschaft weitgehend Rücksicht auf den Protestantismus nahm, vollzog er aber für seine Person den Übertritt zur neuen Lehre nicht. Stärker als persönliche Neigungen, als das Drängen der Landschaft und der Untertanen und das Beispiel der durlachschen Verwandten und der Mitregenten in den Kondominatsgebieten, waren die Rücksicht auf das bayerische Herrscherhaus und der Einfluß, der immer wieder von dieser Seite auf ihn ausgeübt wurde. Zwar hatten sich zeitweise in Bayern auch gemäßigte Tendenzen in der Kirchenfrage geltend gemacht. Aber die Herzöge fühlten sich doch stets als Hüter und letztes Bollwerk des Katholizismus. Nie verloren sie das Bewußtsein, daß diese Stellung ihnen Pflichten und eine hohe Mission auferlege. Gerade Albrecht V. wurde im Lauf seiner Regierung in immer stärkerem Maße von dieser Überzeugung erfüllt. Und außerhalb der bayerischen Grenze fand diese Haltung in der Markgrafschaft Baden-Baden ihre erste bedeutende Auswirkung. Der Wandel von der anfänglich gemäßigten Haltung Herzog Albrechts und seiner Berater in der Kirchenfrage zu jenem kämpferischen Standpunkt der katholischen Gegenreformation begann schon während der Jahre von Philiberts Münchener Aufenthalt. Für den Außenstehenden war er aber damals noch nicht sichtbar. Zwei Tendenzen hatten die Innen- und Außenpolitik Wilhelms IV. im wesentlichen beherrscht: Einmal war es das Streben, die fürstliche Landeshoheit möglichst zu stärken und zum andern, der Wille einer Umklammerung und einer Einschränkung der bayerischen Ausdehnungsbestrebungen durch die Habsburger entgegen zu wirken. Der

Kampf gegen die Stände und das Bestreben, ihre Macht einzuschränken, hatte die Stellung des Herzogshauses zur Reformation bestimmt. Die Außenpolitik entbehrte jener klaren Ausrichtung. Bald beherrschte sie der Gegensatz gegen den Kaiser, bald die Feindschaft gegen den Protestantismus. Die Verlagerung der Machtverhältnisse zwischen Kaiser und Ständen, die sich um die Mitte des Jahrhunderts vollzog, schuf auch für die Politik Albrechts V. andere Voraussetzungen. Das Jahr 1552 hatte in Deutschland den Sieg der fürstlichen Gewalten gebracht. Der Versuch Karls V., eine starke Zentralgewalt im Reiche zu schaffen und die Macht des Fürstentums zu brechen, war gescheitert. In der bayerischen Politik bereitete sich eine entscheidende Wendung vor, die für die Gestaltung der religiösen Verhältnisse in Deutschland die nachhaltigsten Folgen hatte. Die Furcht vor der Übermacht des Kaisers, die die Politik Wilhelms IV. noch beherrscht hatte, war gewichen. Bayern begann sich Österreich zu nähern. Mit dem einige Jahre später erfolgten Zusammenschluß dieser beiden katholischen Mächte erwuchs der Kirche, die sich langsam zum Gegenstoß gegen den Protestantismus aufraffte, eine Hilfe, die dem Katholizismus die bisher fehlende politische Stoßkraft wieder verschaffte. Die Annäherung zwischen Bayern und Österreich wurde durch eine Reihe von Männern gefördert, die sich im ersten Jahrzehnt der Regierung Herzog Albrechts um diesen sammelten, aus deren Mitte der Führer der deutschen Gegenreformation, Simon Eck, hervorging.<sup>4</sup> Neben den beiden Räten des Herzogs, Georg Stockhammer und Wiguleus Hundt, waren es hauptsächlich nicht in seinem Dienst stehende Persönlichkeiten, die großen Einfluß auf den Gang der Entwicklung ausübten. Es sind Ulrich Zasius, ein Rat König Ferdinands, Sigmund Seld, der kaiserliche Reichsvizekanzler und vor allem Johann Jakob Fugger, Mitglied des geheimen Rates seiner Vaterstadt, der später ganz in bayerische Dienste übertrat. Zasius förderte vor allem die österreichisch-bayerische Annäherung, während Seld, der enge Freund Gran-

---

4. Für das folgende siehe Walter Götz. Die bayerische Politik im ersten Jahrzehnt der Regierung Herzog Albrecht V., 1886 vor allem Kapitel IV.



velles, des leitenden Staatsmanns Philipps II. von Spanien, die gegenreformatorischen Tendenzen der bayerischen Politik zu stärken suchte. Fugger stand dem Herzog persönlich nahe und weckte in ihm das Bewußtsein seiner Aufgabe gegenüber der Kirche.

Der Wendung zu einer vollen katholischen Aktionspolitik, die sich in der Annäherung an Österreich andeutete, standen noch große innerpolitische Schwierigkeiten entgegen. In den Kämpfen mit den Ständen, Landadel, niederem Klerus und hoher Geistlichkeit, die sich ergaben, wurde der münchner Hof auf Simon Eck aufmerksam. Dieser war anfangs nur Kanzler der Regierung zu Burghausen. Er wurde nun zur Bearbeitung kirchenpolitischer Fragen herangezogen. Bald erwarb er sich Gehör und Vertrauen beim Herzog. Immer größer wurde sein Einfluß im Kreis der den Herzog umgebenden Berater, bis er schließlich zur führenden politischen Persönlichkeit Bayerns aufstieg. Was Simon Ecks Haltung grundsätzlich von der Haltung einer älteren Generation von führenden Männern der Politik und der Kirche unterschied, war, daß er mit dem Reform- und Kompromißkatholizismus gebrochen hatte. Besserung des ganzen konnte seiner Meinung nach nur erfolgen, wenn man von Grund auf die Übel ausrottete und sich nicht mit kleinen Aushilfen begnügte. So war Simon Eck für die Gedankengänge der Jesuiten, die innerhalb der Kirche diese Prinzipien durchzusetzen suchten, aufgeschlossen. Simon Eck machte in seiner Kritik vor der Geistlichkeit nicht halt. In erster Linie mußte man sie zur Zucht und Ordnung und Einhaltung der Kirchenbräuche zwingen, wenn man auf Erfolg bei den Untertanen rechnen wollte. Da ihm die geistliche Obrigkeit nicht gewillt schien, für die Abstellung der Mängel beim niederen Klerus zu sorgen, suchte er das Aufsichtsrecht der staatlichen Organe über die Geistlichkeit durchzusetzen. Doch gleichzeitig wagten sich innerhalb der Laienschaft die protestantischen Gesinnungen immer stärker hervor. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war der Landtag von 1556. Offen forderten die Stände: Anstellung protestantischer Geistlicher, Priesterehe und Abendmahl in zweierlei Gestalt. Die Regierung befand sich in einer Zwangslage. Sie hatte die Bewilligung großer Geldsummen vor den Landtag gebracht. Um

diese zu erlangen, mußte der Herzog teilweise nachgeben. Der Staat für seine Person erklärte, in Zukunft die Übertretung der Fastengebote und den Empfang des Abendmahls in beiderlei Gestalt nicht mehr bestrafen zu wollen. Zwar setzte sich die Regierung sogar bei Bischöfen und der Kurie für die Einführung des Laienkelches in Bayern ein, aber doch wuchs auch schon die Macht der gegenreformatorischen Kräfte im Herzogtum. 1555 war in Ingolstadt ein Jesuitenkolleg eingerichtet worden. Der protestantische Adel am Hofe mußte seine Ämter niederlegen und vom Hoflager scheiden. Im Lande begannen um 1558 ausgedehnte Kirchenvisitationen. Die Ergebnisse waren wenig erfreulich: Mangelhafte Bildung der Geistlichen, Unwissenheit in den einfachsten Fragen der Religion, lasterhaftes Leben waren einige der Punkte, die die Protokolle aufzählten. Die religiöse Jugenderziehung lag völlig brach. In diesen Jahren wurde Simon Eck in die unmittelbare Nähe des Herzogs gezogen und mit der Leitung der Münchner Kanzlei betraut. Die Regierung nahm jetzt den Kampf gegen den niederen Landadel auf, der der Rückhalt des Protestantismus im Lande war. Auf dem Landtag von 1563 kam es zu ernststen Zusammenstößen. Scharf ging der Herzog gegen die Widerspenstigen vor. Gegen eine Anzahl Grafen und Herrn wurde Anklage wegen Bruchs des Religionsfriedens und Verschwörung gegen den Landesherrn erhoben. Nicht lange, und der Adel unterwarf sich. Nach dem Jahr 1563 kam die Richtung Simon Ecks vollends zum Siege. Außenpolitisch begann sich die Annäherung an Österreich auszuwirken. Der heidelberger Bund war durch ein neues Bündnis, den sogenannten Landsberger Bund abgelöst worden, der einen schon viel ausgesprochenen katholischen Charakter trug. Anfang der sechziger Jahre setzte dann auch jene Bistumspolitik des bayerischen Herzogshauses ein, die im Lauf des nächsten Jahrzehnts dazu führte, daß Bayern in den wichtigsten Bistümern des Reiches maßgebenden Einfluß erlangte.

Während so in Bayern allmählich die Grundlagen geschaffen wurden, die es zu einer ausgesprochen katholischen Politik befähigten, kam auch in der Kirche die neue kämpferische Richtung des Katholizismus zum Sieg. Der Abschluß des Konzils von Trient hat der Welt gezeigt, daß die Kirche zum Gegen-

schlag gegen den Protestantismus bereit war. In Bayern verschärfte sich nach dem Abschluß des Konzils der kirchliche Kurs der Regierung von Jahr zu Jahr. Der Einfluß der Jesuiten stieg. In vielen Gegenden wurden Missionen und Visitationen abgehalten. Die Landesverwaltung, die Verwaltung der Stadt- und Ortsbehörden wurden von religiös unsicheren Beamten gereinigt. Wer sich nicht beugte oder bekehrte, wurde, welche Stellung er auch einnahm, außer Landes verwiesen. Die Schulen wurden streng katholischen Lehrern unterstellt. In München wurde ein förmliches Inquisitionsgericht abgehalten. 1568 wurde bestimmt, daß alle Beamten und alle Lehrer des Herzogtums den Eid auf das Tridentiner Glaubensbekenntnis ablegen mußten. Im darauffolgenden Jahre erließ der Herzog ein Religionsmandat, das den Höhepunkt aller bisherigen Maßnahmen bildete. Es wurde überall im Lande angeschlagen, und allen Beamten, Städten und Prälaten ausgehändigt. Wer dagegen verstieß, wurde mit Verlust seines Amtes, seiner Freiheit und mit strenger Bestrafung bedroht.<sup>5</sup>

Im Jahre 1569, in dem sich der völlige Durchbruch der Gegenreformation in Bayern vollzog, fiel nun Markgraf Philibert von Baden-Baden bei Montcontour im Kampf gegen die Hugenotten. Die Münchner Regierung hatte mit Mißtrauen und Besorgnis die Entwicklung der religiösen Verhältnisse in der Markgrafschaft seit dem Regierungsantritt Markgraf Philiperts mit angesehen. 1557, ein Jahr nachdem er die Regierung übernommen hatte, fand seine Vermählung mit einer Tochter Albrechts V. in Regensburg statt. Nach ihrer Übersiedlung nach Baden bemühte sich die junge Markgräfin eifrig, den Katholizismus in Baden-Baden zu stärken. Ulrich Zasius äußerte sich in Briefen aus dieser Zeit an die Münchner Regierung über die religiöse Gesinnung des jungen Markgrafen günstig.<sup>6</sup> Aber im Verlauf der nächsten Jahre sah sich Philibert aus ähnlichen Gründen wie Herzog Albrecht V. gezwungen, seinen Landständen weitgehende Zugeständnisse in den Religionsfragen zu machen. Ebenso wie in Bayern hatte die badische Landschaft auf dem

---

5. Riezler, Bd. IV., S. 446.

6. Briefe und Akten, I. Reihe, Bd. V., Nr. 36.

Landtag von 1558 als Gegenleistung für die Bewilligung der angeforderten Geldsummen bestimmte Zugeständnisse gefordert. Als sich Philibert kurz darauf um die Verpfändung der Landvogtei Hagenau an die Markgrafschaft bemühte<sup>7</sup> und Bayern um Vermittlung beim Kaiser bat, schrieb er an Herzog Albrecht: „So wissen Euer Libden wol auch, wess religion ich noch bin und zu bleiben gedenk.“<sup>8</sup> Die Münchner Regierung suchte Philibert zur Innehaltung einer möglichst strengen Linie in der Religionsfrage zu bewegen. Es schien ihr gefährlich, daß Philibert nicht nur in den Kondominatsgebieten die Einführung des Protestantismus duldet, sondern daß er auch in seinem persönlichen Verhalten eine gewisse Zuneigung zur neuen Lehre bezeugte und sogar ab und zu den protestantischen Gottesdienst der am Stift in Baden-Baden angestellten lutherischen Prediger besuchte. Auch die Kurie war, wie aus Berichten des Nuntius Zaccaria Delfino hervorgeht, über die Lage in Baden beunruhigt.<sup>9</sup> — Da Philibert wiederholt die Vermittlung Bayerns in politischen Angelegenheiten in Anspruch nahm, bot sich der Münchner Regierung immer wieder Gelegenheit, den Markgrafen zu ermahnen und von Schritten, die der Sache des Katholizismus schaden, abzuhalten. Als Kurfürst Friedrich von der Pfalz 1565 in Sponheim an Stelle des Luthertums den Calvinismus einzuführen begann und trotz der Vorstellung Markgraf Philiberts nicht davon abließ, mußte Philibert Bayern um Vermittlung bei dem Reichstag und beim Kaiser anrufen. Die Münchner Regierung sandte nach Einsicht der Akten an ihn ein langes Ermahnungsschreiben:<sup>10</sup> „Euer Libden sollten erwägen und bedenken, wie man von einem zum andern kommt und

---

7. Der Kaiser hatte die Landvogtei Hagenau 1558 vom Kurfürsten von der Pfalz ausgelöst, als sich Kurfürst Otto Heinrich weigerte, dem Kaiser eidlich und urkundlich zu versprechen, die Ausbreitung der neuen Lehre in den Reichsgebieten zu verhindern. Joseph Becker, die Verleihung und Verpfändung der Reichslandvogtei Elsaß von 1408—1634. Z. G. O. Rh. NF. 12, 1897. S. 138.

8. G. L. A., Bd. 511, Nr. 94 = B. H. A. Baden, 4 fol. 109—110.

9. Nuntiaturberichte II<sup>1</sup> S. 353 Delfino an Borromeo, Schwarzach, 1561, Mai 13.

10. G. L. A., Bd. 511, Nr. 94 = B. H. A., Baden 4. fol. 109—110; vgl. auch Ritter, Bd. I, S. 282 f.



wenn man erst einmal von der katholischen Kirchenlehre abtritt, je länger, je tiefer fällt. E. L. sollten sich dabei billig ein Exempel nehmen. Wie wir denn auch nicht zweifeln, daß e. L., ein katholischer christlicher Fürst, wird bei dem Glauben, den sie von ihren Eltern geerbt, beständig bleiben.“

Solange der Markgraf sich in der Markgrafschaft aufhielt, blieben die protestantischen Strömungen in gewissen Grenzen. Erst, als er nach dem Tode seiner Gattin das Land verließ und die Räte die Regierung weiterführten, bekam der Protestantismus in der Markgrafschaft die Überhand.<sup>11</sup>

Die schlechte finanzielle Lage der Markgrafschaft machte es Markgraf Philibert nicht möglich, in dem Maße, wie er es wünschte, an der Reichspolitik teilzunehmen. Geldknappheit verbot ihm, auf Fürstenversammlungen und Reichstagen zu erscheinen und dort, wie es dem Ruf seines Hauses entsprach, zu repräsentieren. Als seine Gattin gestorben war, suchte er nach Möglichkeiten, die ihm erlaubten, unbeschwert von der Enge seines Ländchens seinen Tätigkeitsdrang zu entfalten. Er ging außer Landes und nahm Kriegsdienste an. Im Juli 1566 musterte er im kaiserlichen Heere an.<sup>12</sup> Von Misselbach zog er mit seinen Reitern nach Preßburg, wo er die Ankunft des Kaisers erwartete, und wohin er die Hoffahnen zu bringen hatte. Drehte sich seine bisherige Korrespondenz mit Herzog Albrecht um Weinsendungen und Salme, die getreulich jedes Jahr nach München geschickt wurden, so handelte sie jetzt vom Kriegsdienst, Musterungen, Reitern, Besoldungen, Scharmützeln und Belagerungen. Ab und zu fragte er nach seinem Sohn Philipp, den er nach München gebracht hatte. Dort wurde Markgraf Philipp II. mit Albrechts V. etwas älterem Sohn Ernst erzogen.<sup>13</sup>

---

11. G. L. A. Bd. 511, Nr. 254 = B. H. A. Baden, 5 fol. 7—8.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 27 = B. H. A., Baden 3, fol. 168—169.

12. G. L. A., Bd. 511, Nr. 101 = B. H. A., Baden 2, fol. 75—76.

13. G. L. A., Bd. 511, Nr. 23 = B. H. A., Baden 2, fol. 29—30

G. L. A., Bd. 511, Nr. 30 = B. H. A., Baden 2, fol. 31.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 37 = B. H. A., Baden 2, fol. 41—42.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 55 = B. H. A., Baden 2, fol. 39—49.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 106 = B. H. A., Baden 2, fol. 82—83.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 115 = B. H. A., Baden 4, fol. 132—135.

Im März 1567 äußerte Philibert den Plan, den nächsten Zug des Königs von Spanien mitzumachen. Einige Monate später tauchten alarmierende Gerüchte auf, er habe sich von Condé anwerben lassen. Seine Räte zeigten sich von seinen Absichten völlig ununterrichtet.<sup>14</sup> Von allen Seiten bestürmte man ihn, von seinem Vorhaben, in Hugenottische Dienste zu treten, abzulassen. Der Kaiser sandte ihm schließlich zwei Mandate.<sup>15</sup> Philibert machte daraufhin seine Bestallung rückgängig und trat in den Dienst der französischen Krone. Zwei Jahre später fiel er unter dem Herzog von Anjou und Graf Mansfeld, dem Reiterobersten der deutschen Truppen, bei Montcontour im ersten Haupttreffen des Tages am Nachmittag des dritten Oktober 1569.<sup>16</sup> Die Todesnachricht traf erst zwölf Tage nach der Schlacht am 15. Oktober in Baden-Baden ein. Am 17. schrieben Kanzler und Räte nach München und baten um Verhaltensmaßregeln. Einige Tage später wurde Ulrich Langmantel nach München geschickt, um mündliche Unterhandlungen aufzunehmen. Auf Rat der Münchner Regierung begab sich am 29. Oktober Dr. Johann Greiß nach Frankreich. Er bestätigte erst Ende November die Todesnachricht endgültig.<sup>17</sup> Die Räte in Baden-Baden hatten von dem Markgrafen bei seinem Weggang keinerlei Anweisungen erhalten, was geschehen solle, wenn er im Felde falle. Eine Regelung der Regierung, wie sie Philibert auf den Rat Herzog Albrechts noch hatte vornehmen wollen, war also unterblieben.<sup>18</sup> Man fand noch nicht einmal ein Testament.<sup>19</sup>

---

G. L. A., Bd. 511, Nr. 121 = B. H. A., Baden 4, fol. 140.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 123 = B. H. A., Baden 4, fol. 144—145.

14. G. L. A., Bd. 511, Nr. 111a = B. H. A., Baden, 10, fol. 213—214.

15. G. L. A., Bd. 511, Nr. 115b = B. H. A., Baden, 4, fol. 130—131.

16. G. L. A., Bd. 511, Nr. 124 = B. H. A., Baden, 4, fol. 147—149.

17. G. L. A., Bd. 511, Nr. 125a = B. H. A., Baden, 4, fol. 150.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 125b = B. H. A., Baden, 4, fol. 155.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 126 = B. H. A., Baden, 4, fol. 157.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 127 = B. H. A., Baden, 4, fol. 159—161.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 129a = B. H. A., Baden, 4, fol. 173—174.

18. G. L. A., Bd. 511, Nr. 106 = B. H. A., Baden, 2, fol. 82—83.

19. G. L. A., Bd. 511, Nr. 128 = B. H. A., Baden, 4, fol. 169.

Da Markgraf Philipp II. erst 9 Jahre alt, mußte für ihn eine Vormundschaft eingesetzt werden. Von vornherein war es der unbedingte Wille der Münchner Regierung, die Baden-Durlachschen Verwandten von einer Teilnahme an der Vormundschaft auszuschließen. Ein solcher Wunsch war aber bedeutend schwieriger zu begründen als 1536. Da keine direkten Anverwandten des jungen Markgrafen mehr lebten, nahm der Münchner Hof die Initiative selbst in die Hand. Kaiser Maximilian II. erhob Bedenken, keinen der badischen Verwandten zur Vormundschaft zuzuziehen. Ganz im Gegensatz zu 1536 verschob aber Bayern diesmal die Auseinandersetzung über den Fragenkomplex ganz auf das religiöse Gebiet. Es verhartete auf seinem Standpunkt, Markgraf Karl von Baden-Durlach, sei von der Vormundschaft auszuschließen, da durch ihn der Katholizismus in der Markgrafschaft Baden-Baden bedroht werde. Die Gattin Herzog Wilhelms IV., Jacobäa, erklärte außerdem, Markgraf Philibert habe ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß im Falle seines Todes sie und ihr Sohn sich der Kinder annehmen möchten.<sup>19a</sup> Markgraf Philibert habe hierdurch auch eindeutig festgelegt, daß die Markgrafschaft Baden-Baden katholisch bleibe. Schriftliche Abmachungen waren aber darüber nicht getroffen worden. Doch schien ein genügender Beweisgrund, daß Markgraf Philibert seinen Sohn bereits den Münchner Verwandten zur Erziehung übergeben hatte. Hauptsächlich durch die Bemühungen des Reichsvizekanzlers Ulrich Zasius erreichte Bayern, daß der Kaiser seinen Wünschen nachgab. Im Februar 1540 wurden die Herzogin Jacobäa, ihr Sohn Herzog Albrecht und Graf Karl von Zollern zu Vormündern ernannt. Mit ganz anderem Interesse als im Jahre 1536 schaute die Bevölkerung am Oberrhein und im Elsaß auf diese Vormundschaft. Die Namen der Vormünder ließen erwarten, daß sie versuchen würden, in die religiösen Verhältnisse des ihnen nun unterstehenden Territoriums einzugreifen. In Bayern hatte der Katholizismus gezeigt, welche Stoßkraft er seit dem Tridentinum gewonnen hatte. Erwartungsvoll blickten die Katholiken, mit Bangen die Protestanten nach der

---

19a. G. L. A., Bd. 511, Nr. 158 = B. H. A. Baden, 7, fol. 51—60.

Markgrafschaft und fragten sich, ob es gelingen werde von außenher ein ganzes Territorium der Kirche zurückzugewinnen und so der Gegenreformation einzureihen. Da es der erste Versuch dieser Art in Deutschland war, kam ihm eine gefühlsmäßige, aber auch politisch wichtige Bedeutung zu.

*B. Äußere und innere Widerstände gegen die Vormundschaft.*

Die Prager Kanzlei hielt auch nach der Übertragung der Vormundschaft an Herzog Albrecht, Jacobäa und Graf Karl von Hohenzollern im Februar 1570 die Ansprüche Markgraf Karls II. von Baden-Durlach nicht für ungerechtfertigt. Markgraf Karl II. war nach dem Tode Markgraf Ernsts die Markgrafschaft Baden-Durlach und die Oberländischen Besitzungen seines Vaters 1553 zugefallen. Er war Anhänger der Reformation und brachte mit Abschluß des Augsburger Religionsfriedens die neue Lehre auch in der Markgrafschaft zur Durchführung.<sup>20</sup> Am 1. Juni 1556 erschien die neue Kirchenordnung, die sich an die Württembergische anlehnte. Im Oberland wurden die Klöster säkularisiert und die katholischen Priester durch lutherische Pfarrer ersetzt. In den folgenden Jahren fanden eingehende Visitationen statt, die überall letzte Reste katholischer Sitten und Anschauungen zu beseitigen suchten. Einen so eifrigen Anhänger der neuen Lehre wie Karl II. war natürlich die Wendung der Dinge in Baden-Baden und besonders seine Ausschließung von der Vormundschaft nicht gleichgültig. So versuchte er mit allen ihm gebliebenen Mitteln die Durchführung der Gegenreformation in Baden-Baden durch das Vormundschaftsregiment zu verhindern.

In Baden-Baden war im Februar 1570 nach einem Besuch in Baden-Durlach Markgraf Christoph II., der Bruder Markgraf Philiberts, mit großem Gefolge im Gasthaus zum Salm eingetroffen. Christoph hatte gleichfalls wie Markgraf Karl beim Kaiser seine Ernennung zum Vormund beantragt und suchte nun durch Drohungen auf die badischen Räte einen Druck auszuüben. Christoph II. war bald nach dem Teilungsvertrag mit

---

20. D. Albert Ludwig, Kap. I. 2. S. 13 ff.



seinem Bruder Philibert 1556 in spanische Kriegsdienste getreten. Einige Jahre später löste er dieses Dienstverhältnis und wurde 1561 Feldoberst König Erichs von Schweden. Dieser gab ihm 1564 seine Schwester Cäcilia zur Gattin.<sup>21</sup> Der Ruf dieser Tochter Gustav Wasas war nicht sehr gut, und auch die Hochzeit ging unter etwas merkwürdigen Formen vor sich und glich mehr einer Exportation, da Cäcilia Wasa in eine politische Intrigue verwickelt war, die König Erich ihre Entfernung aus Schweden wünschenswert erscheinen ließ. Das junge Paar verbrachte die Flitterwochen unter strengster Bewachung in Reval und reiste dann nach London weiter. Hier kam 1565 Eduard Fortunatus, dem nach dem Tode Markgraf Philipps II. die Markgrafschaft Baden-Baden zufiel, zur Welt. Die Eltern gaben in London erst all ihr Geld aus und machten dann Schulden. Nur durch das Entgegenkommen deutscher Kaufleute, die sie auslösten, wurde ein noch größerer Skandal, als ohnehin, vermieden. Markgraf Christoph und Cäcilia Wasa erschienen dann in Baden-Baden. Auch dort gab es Schwierigkeiten, und die Räte atmeten auf, als die beiden endlich nach Beendigung des Umbaus von Schloß Rodenmachern im Herbst 1566 dorthin übersiedelten. Der Rest der schwedischen Mitgift Cäcilias blieb aus, aber man legte sich nicht die geringsten Beschränkungen auf, sondern machte neue Schulden. Nach all diesen Erfahrungen waren die badischen Räte von dem Erscheinen Markgraf Christophs im Februar 1570 in Baden-Baden wenig erbaut, und man machte sich auf alles gefaßt.<sup>22</sup> hauptsächlich versuchte Christoph II. zusammen mit Markgraf Karl von Baden-Durlach zu erzwingen, daß auch ihre Zeichen an dem versiegelten Gut Markgraf Philipberts angebracht würden.<sup>23</sup> Jedoch das feindliche Verhalten Christophs kam Bayern nur erwünscht. Man zögerte absichtlich, etwas beim Kaiser dagegen zu unternehmen, in der Hoffnung, er werde sich zu irgend einer Gewalttat hinreißen lassen und so noch stichhaltigere

---

21. Wilhelm Teichmann, Markgräfin Cäcilia von Baden Rodenmachern. (1540—1627) Die Pyramide. Wochenschrift. 18. Jahrg. Nr. 14. August 1929.

22. G. L. A., Bd. 511, Nr. 138 = B. H. A., Baden 7, fol. 8—10.

23. G. L. A., 511, Nr. 141a = B. H. A., Baden, 7, fol. 18—21.  
G. L. A., 511, Nr. 140 = B. H. A., Baden, 7, fol. 20—25.

Gründe als bisher zu einem Vorgehen gegen ihn liefern. Bayern wartete besonders auf solche Gründe, als Karl beim Kammergericht ein Verfahren angängig zu machen suchte.<sup>24</sup>

Im März 1570 wurden die bayerischen Räte Seifried von Zillenhard, Ludolf Halver und Ulrich von Preising zur Übernahme der Vormundschaft nach Baden abgeordnet.<sup>25</sup> Mitte Mai folgte ihnen die Herzogin nach.<sup>26</sup> Während ihrer Anwesenheit wurde die Organisation des Regimentes festgelegt. Es bedurfte diesmal keiner so ausgedehnter Beratungen mehr wie 1536, da man in vielen Fällen auf das damals Geschaffene zurückgreifen konnte. Ebenso spielten Erbschaftsangelegenheiten keine große Rolle mehr.<sup>27</sup> Das Hauptinteresse konzentrierte sich im wesentlichen auf die Religionsfragen. Die Tätigkeit der bayerischen Gesandten war zwar zunächst nur eine informatorische. Sie hatten den Stand der Bekenntnisse in den einzelnen Gemeinden zu untersuchen und die Stimmung des Volkes für oder gegen die eine oder andere Religion festzulegen. Sie mußten berichten, welche Veränderungen während Philiberts Abwesenheit eingetreten waren. Über die letzten Absichten ließen sie aber keinen Zweifel. „Weiter“, hieß es in ihrer Instruktion, „ist zu bedenken, wie dan alles mit der Zeit wird in den alten Stand zu bringen sein“.<sup>28</sup> Von den überzähligen Räten beabsichtigte man zunächst die zu entlassen, die die neue Religion „aufzurichten“ strebten. Man wollte ihnen außerdem die geistlichen Pfründen und Kanonikate nehmen.

Die Haltung Kaiser Maximilians II. in der badischen Frage war schwankend, was der Art des österreichisch-bayerischen Verhältnisses und wohl auch Maximilians sehr lauem Katholizismus entsprach. Die Möglichkeit, daß Markgraf Karl die kaiserliche Kanzlei doch noch umstimmen konnte, blieb nicht aus-

---

24. G. L. A., Bd. 511, Nr. 172 = B. H. A., Baden, 7, fol. 106—107.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 149 = B. H. A., Baden, 7, fol. 33—34.

25. G. L. A., Bd. 511, Nr. 158 = B. H. A., Baden, 7, fol. 51—60.

26. G. L. A., Bd. 511, Nr. 168 = B. H. A., Baden, 7, fol. 108—110.

27. G. L. A., Bd. 511, Nr. 161 = B. H. A., Baden, 4, fol. 117.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 162 = B. H. A., Baden, 7, fol. 229—232.

28. G. L. A., Bd. 511, Nr. 162 = B. H. A., Baden, 7, fol. 229—232.

geschlossen. Es galt daher, den in Baden geschaffenen Zustand möglichst gut zu verankern. In Speyer hatte man sich um die Anerkennung der Vormundschaft durch das Kammergericht bemüht und im März die Einschreibung vollzogen. Außerdem hatte das Regiment eine kaiserliche Bestätigung dieser Handlung erhalten. Weiterhin nahm die Herzogin auch die Erbhuldigung der Untertanen entgegen. 1536 war das versäumt worden. Dadurch hatte man damals die Landschaft nicht einberufen können, obwohl ihre Mitwirkung bei der Behebung der finanziellen Schwierigkeiten eigentlich unentbehrlich war. Die Zweckmäßigkeit der von der bayerischen Regierung im Jahre 1570 ergriffenen Maßnahmen zeigte sich bald. Im Mai 1570 wandte sich Karl von Baden-Durlach an die Räte und Amtleute der Baden-Badischen Markgrafschaft und protestierte erneut gegen seine Nichtzuziehung zur Vormundschaft. Der Kaiser sei von Bayern absichtlich falsch unterrichtet worden. Auch Markgraf Christoph versuchte die Bevölkerung aufzuhetzen. Zahlreiche Stimmen erklärten die von ihm erhobenen Ansprüche für recht und billig. Kurz darauf erkannte auch der Kaiser die Ansprüche Karls und Christophs Bayern gegenüber nochmals ausdrücklich an. Nun wurden die Antworten von dort auf den Ton abgestimmt: Die Verwaltung in Baden-Baden ist geregelt, Land und Leute sind mit den getroffenen Maßnahmen trotz der Quertreibereien des Markgrafen zufrieden. Eine erneute Veränderung kann den Mündeln und dem Land nur Schaden bringen. Die Herzogin sprach dem Kaiser gegenüber erneut offen aus, worum es sich handelte: „Es ist meinem Vetter Karl allein um die Religion zu tun, denn da die alte Religion an etlichen Orten im Land, bei Stiften und Klöstern brauch ist, hat er sich dahin geäußert, daß er die Pfafferei, wenn ihm die Vormundschaft zufiele, vertreiben wolle. Das würde zwischen uns große Mißhelligkeiten erwecken, denn ich und mein Sohn würden solches natürlich in keiner Weise geschehen lassen. Es wäre unmöglich, daß wir in Sachen der Religion einig bleiben könnten. Eure Majestät mögen solches bedenken und verhüten“.<sup>29</sup> Herzog Albrecht kam trotzdem dem

---

29. G. L. A., Bd. 511, Nr. 183 = B. H. A., Baden, 7, fol. 161—164.

Kaiser entgegen. Er erklärte sich bereit, entweder von der Vormundschaft zurückzutreten, oder bei allen Fragen, die die Hoheits- und allgemeinen Rechte der Markgrafschaft beträfen, den Rat und das Gutachten Karls einzuholen.<sup>30</sup>

Während die badischen Räte zu den Eröffnungen der bayerischen Gesandtschaft schwiegen,<sup>31</sup> versuchte die Bevölkerung das Bevorstehende mit den ihr zustehenden Mitteln zu beschwören. Die Prediger und die Landstände wandten sich an die Herzogin, um sie von Maßnahmen gegen den Protestantismus abzuhalten.<sup>32</sup> Die Landschaft erreichte, daß ihr gestattet wurde, um Margarethe, das heißt Mitte Juli 1570, zusammenzutreten, um ihre Anliegen vorzubringen und die der Kanzlei bisher überreichten Gravamina zu ergänzen. Von der Regierungsseite wurden dazu zwei Räte und die Vögte und Amtleute jedes Ortes abgeordnet.<sup>33</sup> Aber auch die katholische Partei meldete sich, und der Stiftskanonikus flehte ebenfalls die Herzogin um Hilfe an: „So weiß Euer fürstlich Gnaden, wie der Satan, der Erbfeind des menschlichen Geschlechts, uns hier mehr als vierzig Jahre angefochten hat, fürnehmlich nach dem Ableben der Markgräfin Mechtildis, an welcher ich meine beste Freundin, ja Mutter, verloren habe.“

Ehe in der Auseinandersetzung mit Markgraf Karl eine endgültige kaiserliche Entscheidung fiel, spitzte sich in den folgenden Monaten der Streit zu. Die Vormünder begannen nämlich jetzt in die religiösen Verhältnisse der Markgrafschaft einzugreifen. Dadurch lieferten sie Markgraf Karl neue Angriffspunkte.

Die Äbtissin Barbara Veus des nahe bei Baden-Baden liegenden Klosters Lichtenthal war der Meinung, daß die Herzogin Jacobäa bei ihrer Anwesenheit in Baden den Befehl gegeben hatte, die protestantischen Prediger der zum Kloster gehörenden Pfarreien zu entlassen und durch katholische Priester zu ersetzen. Barbara Veus war eine Tochter des früheren badischen

---

30. G. L. A., Bd. 511, Nr. 188 = B. H. A., Baden, 7, fol. 152–157.

31. G. L. A., Bd. 511, Nr. 159 = B. H. A., Baden, 7, fol. 227–228.

32. G. L. A., Bd. 511, Nr. 199a = B. H. A., Baden, 6, fol. 36–41.

33. G. L. A., Bd. 511, Nr. 175 = B. H. A., Baden, 7, fol. 119–133.



Kanzlers Hieronymus Veus und war 1551 Äbtissin geworden. Das Regiment hatte wegen gewisser Formverletzungen durch das Kloster ihre Wahl nicht sofort anerkannt.<sup>34</sup> Aber die inneren Klosterverhältnisse gestalteten sich unter ihrer Leitung günstig. Obwohl das Luthertum während der Regierung Markgraf Philiberts in der Markgrafschaft wenig Widerstand fand, war im Laufe der Jahre die Zahl des Lichtenthaler Conventes wieder auf vierundzwanzig Klosterfrauen und sechzehn Laienschwestern gestiegen. Die Pfarreien von Steinbach und Haueneberstein für die das Kloster das Collaturrecht besaß, hatte die Äbtissin 1568 auf Befehl der Regierung mit lutherischen Pfarrern besetzen müssen.<sup>35</sup> Diese wollten sich 1570 nun nicht so ohne weiteres vertreiben lassen, sondern sie wünschten die schriftliche Anordnung der Regierung zu sehen.<sup>36</sup> In München war man vorsichtig genug, der Äbtissin keinen schriftlichen Befehl auszuhändigen. Man stelle es ihrer eigenen Entscheidung anheim, ob sie die Klosterpfarreien wieder mit katholischen Priestern besetzen wolle oder nicht.<sup>37</sup> Was die Äbtissin tun würde, unterlag natürlich keinem Zweifel. Sie hielt ihre Kündigungen aufrecht und forderte den unverzüglichen Abzug der Pfarrer. Gleichzeitig ließ sie in den Orten von einem Katholiken predigen. Die Maßnahmen riefen in den Gemeinden außerordentlich große Erregung hervor. Die Räte in Baden, die von den Schritten der Äbtissin offiziell erst etwas durch die Gesuche der Pfarrer von Haueneberstein und Iffesheim erfuhren, forderten die Äbtissin zur Berichterstattung auf.<sup>38</sup> Sie berief sich auf die ihr angeblich von den Vormündern zugegangenen Befehle. Man machte sie, ebenso wie die Kanzlei in München, aufmerksam, daß es sich um Maßnahmen handle,

---

34. Bader, Geschichte des altbadischen Klosters Lichtenthal. Schriften des Altertum-Vereins für das Großherzogthum Baden. I. Jahrgang 1845. S. 144 f.

35. J. B. Trenkle, Diöz. Arch. XVI.

36. G. L. A., Bd. 511, Nr. 184 = B. H. A., Baden 6, fol. 24—25.

37. G. L. A., Bd. 511, Nr. 199 = B. H. A., Baden, 6, fol. 34—35.

38. G. L. A., Bd. 511, Nr. 199a = B. H. A., Baden, 6, fol. 36—41.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 199b = B. H. A., Baden, 6, fol. 43—44.

Über das Schicksal der Entlassenen vergl. Vierordt, Bd. II, S. 45, A. 4.

die sie aus eigener Machtvollkommenheit vollziehe.<sup>39</sup> Hindernisse werde man ihr keine in den Weg legen. Man riet ihr aber, gewisse Härten in der Form der Entlassung zu mildern.

Diese Dinge spielten sich in den Monaten Juni und Juli ab. Im August wurde die Sache durch einen Schritt Markgraf Karls aus der Sphäre einer inneren Angelegenheit der Markgrafschaft herausgehoben und in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über Karls Forderungen gerückt. Markgraf Karl sprach nämlich erneut, diesmal in einem Schreiben an die Äbtissin, an den Prädikanten und die Bürgerschaft von Steinbach, der bayerischen Vormundschaft die Rechtmäßigkeit ab. Die Entlassungen würden nur auf Befehl Bayerns und gegen seinen Wunsch und Willen vorgenommen. Er forderte die Baden-Badenschen Untertanen zum Widerstand auf und versprach ihnen Schutz und Beistand.

Während dieser ganzen Zeit war die Ernennung eines vormundschaftlichen Statthalters noch nicht erfolgt. Der Streit mit Markgraf Karl machte sie dringend notwendig. Deshalb drängte der badische Kanzler Winther jetzt in München. Er schlug den nach Baden abgeordneten Rat Dr. Halver vor.<sup>40</sup> Dort unterhandelte man wegen Übernahme des Amtes mit Wilhelm von Bayern.<sup>41</sup> Auf besonderen Wunsch Ecks wurde schließlich Schwarzenberg ernannt.<sup>42</sup> Gleichzeitig ordnete man Halver dauernd als Rat nach Baden ab. Die Instruktion für Halver und Schwarzenberg wurde am 7. August ausgefertigt. Sie ging auf die allgemeinen Regimentsangelegenheiten nur hinweisend ein. Sie beschränkte sich hauptsächlich auf eine juristische Darlegung des Lichtenthaler Streites, der Differenzen mit Markgraf Karl und Anordnungen über die Wahl eines neuen Abtes von Schwarzach. Halver übertrug man die Bearbeitung einer größeren Reihe mit Kurtrier und Kurpfalz in Sponheim

---

39. G. L. A., Bd. 511, Nr. 199c = B. H. A., Baden, 6, fol. 46—47.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 199 = B. H. A., Baden, 6, fol. 34—36.

40. G. L. A., Bd. 511, Nr. 182 = B. H. A., Baden, 7, fol. 139—141.

41. G. L. A., Bd. 511, Nr. 480 = B. H. A., Baden, 7, fol. 391—394. An anderer Stelle Wilhelm von Bern geschrieben. Das Geschlecht von Bern aus der Ortenau kommt nicht in Frage, denn es war schon 1456 ausgestorben. Vierteljahrsschrift f. Heraldik XI. Jahrgang S. 92.

42. G. L. A., Bd. 511, Nr. 480 = B. H. A., Baden, 7, fol. 391—394.

entstandener Differenzen.<sup>43</sup> Außerdem sollte er die Soldangelegenheiten Markgraf Philiberts mit der französischen Krone abwickeln, was ihm erst nach langen Bemühungen gelingen sollte.

Markgraf Philibert hatte von der französischen Krone die Bestallung für fünfzehnhundert Reiter und eine jährliche Pension von zweitausend Kronen empfangen. Nach dem Tode Philiberts hatte man dem nach Frankreich geeilten badischen Rat Dr. Greiß versprochen, 1000 Reiter weiter in französischen Diensten zu behalten. Ihr Oberst sollte der junge Sohn Markgraf Philiberts sein. Die badische Regierung hatte nur einen Leutnant als dessen Vertreter mit dem Gehalt eines Obersten anzustellen. Die Abwicklung der Angelegenheiten wurden aber durch die säumigen Zahlungen der französischen Krone sehr verzögert. Bayern suchte dann die Weiterbezahlung der Pension Philiberts an den jungen Markgrafen Philipp II. durch das Versprechen zu erreichen, daß Philipp, wenn er erwachsen sei, ebenfalls wie sein Vater, in französische Dienste treten werde. Neben den Verhandlungen mit der französischen Krone mußte man sich auch mit den Rittmeistern Philiberts auseinandersetzen. Hierbei mußten nun die französischen Kommissare überredet werden, nichts an die Truppen auszuzahlen, ehe man selbst mit ihnen ins Reine gekommen war. Zur Vermittlung am Hofe König Karls IX. bediente man sich des Herzogs von Lothringen und des Grafen Karl von Zollern, der im Spätherbst 1570 die Tochter des Kaisers nach Frankreich begleitete. Die Verhandlungen zogen sich aber bis in den Februar 1572 hin. Erst dann wurden die Rittmeister Philiberts durch die Vormundschaft endgültig befriedigt.<sup>44</sup>

---

43. Der Bischof von Trier hatte auf ein Verbot des Oberamtmanns von Trarbach Freiherr von Winneberg, das Wasser- und Weidgerechtsame betraf, Repressalien gegen sponheimsche Dörfer ergriffen. Die mit Kurpfalz entstandenen Differenzen betrafen die Verpfändung der hinteren Grafenschaft Sponheim durch Johann II. an Kurpfalz. G. L. A., Bd. 511, Nr. 226, 226b, 229, 231, und G. L. A., Bd. 511., Nr. 225a, 225c, 231, 247c, 275, 280, 280a, 185, 293a, 294a, 302, 325a.

44. Die Verhandlungen in Frankreich fanden in Nancy, Metz, Paris und Amboise statt, wohin Halver im December 1571 reiste, um neben der Erledigung des badischen Auftrages auch politische Informationen für die bayerische Regierung einzuziehen. Die Rittmeister Markgraf Philiberts befanden sich seit 1571 mit ihren Reitern in Deutschland. Es waren Graf

Was die in Baden zu ergreifenden religiösen Maßnahmen betraf, war eine besondere Darlegung der geplanten Maßnahmen in Schwarzenbergs Instruktionen unterblieben. Sie erübrigte sich, denn Herzog Albrecht hatte sich an den oberdeutschen Jesuitenprovinzial Hoffeus gewandt, um von ihm die Zuordnung Georg Schorichs als Begleiter Schwarzenbergs zu erlangen. Durch ihn wollte er eine regelrechte Missionierung der Markgrafschaft durchführen lassen.<sup>45</sup> Der Provinzial willfahrte dem Wunsch des Herzogs. Im Oktober 1570 siedelten beide nach Baden-Baden über.<sup>46</sup>

Sofort nach der Ankunft in Baden schrieb Schwarzenberg an Bischof Marquard von Speyer und teilte ihm seine Ernennung zum Statthalter des Vormundschaftsregimentes mit. Außerdem bat er um den bischöflichen Consens für Georg Schorich. Der Bischof antwortete am 28. November. Er versicherte Schwarzenberg seiner Unterstützung bei dem beabsichtigten Restaurierungswerk in Baden-Baden. Gegen die Tätigkeit Schorichs in der Markgrafschaft hatte er nichts einzuwenden, gab vielmehr „in bester Form“ seinen „gnädigen Consens“ und sagte auch ihm im Rahmen seiner Jurisdiktion seine Hilfe zu. Als vordringlich empfahl er dem Vormundschaftsregiment die sofortige Einsetzung eines neuen Abtes in Schwarzach. Er hatte sich auch deswegen schon an den Herzog gewandt.<sup>47</sup> Georg

---

Albrecht Leonstein, Christoph von Zigesser, Joachim Pich, Leonhard Hornig von Beinheim, Jan von Wölfersdorf und die Reiter Daniels von Schönberg, der gefallen war und für den der Kammersekretär Hans Wolf die Abrechnung führte.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 208 = B. H. A., Baden, 4, fol. 196—197.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 222 = B. H. A., Baden, 4, fol. 206—207.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 228 = B. H. A., Baden, 4, fol. 211—212.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 233 = B. H. A., Baden, 4, fol. 215—218.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 238 = B. H. A., Baden, 4, fol. 219.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 323 = B. H. A., Baden, 4, fol. 246—254.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 326a = B. H. A., Baden, 4, fol. 239—241.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 330 = B. H. A., Baden, 4, fol. 321—233.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 336a = B. H. A., Baden, 4, fol. 281—282.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 389 = B. H. A., Baden, 4, fol. 267—269.

45. Vierordt, Bd. II., S. 46.

46. G. L. A., Bd. 511, Nr. 198 = B. H. A., Baden, 5, fol. 1—4.

47. G. L. A., Baden, Generalia, Nr. 9093.



Schorich nahm die Hilfe des Bischofs sofort in Anspruch. Er schickte einen reitenden Boten nach Speyer, um von ihm hauptsächlich die notwendigsten Geräte zur Einrichtung des katholischen Gottesdienstes in der Markgrafschaft zu erhalten.<sup>48/49</sup>

Dort waren inzwischen im Juli die Landstände zusammengetreten. Unter Berufung auf den Landtag von 1558 hatten sie an die Vormünder eine Supplikation gerichtet, in der sie baten, sie doch wie Markgraf Philibert in Fragen der Religion ganz frei zu lassen.<sup>50</sup>

Die bisher von Bayern im Lichtenthaler Streit und in der Auseinandersetzung mit Markgraf Karl eingeschlagene Taktik begann sich zu bewähren. Man konnte mit Recht sagen, daß die Anschuldigungen Karls unter falschen Voraussetzungen erfolgten. Sein Verhalten bedeutete nicht nur einen Eingriff in die Hoheitsrechte der Markgrafschaft, sondern auch in die Zuständigkeiten des Klosters, in die auch die Vormundschaftsregierung sich nicht angemaßt hatte, einzugreifen.

Der Kaiser suchte einen Ausgleich zwischen beiden Parteien. Karl sollte sich nach Beilegung des Lichtenthaler Streites mit den Zugeständnissen des Herzogs Albrecht zufrieden geben. Sein Versuch, die Tätigkeit der Vormünder zu stören, war vorläufig mißlungen. Er gab aber seine Absichten noch nicht auf. Bald darauf erzielte er einen Erfolg, der die Pläne Bayerns ernstlich in Gefahr brachte. Zunächst suchte er beim Kammergericht seine Zuziehung zur Vormundschaft durchzusetzen. Ludolf

---

48. G. L. A., Bd. 511, Nr. 281 = B. H. A., Baden, 5, fol. 56—58.

49. G. L. A., Baden, Generalia, Nr. 9093.

50. Die Stelle der Supplikation, aus der hervorgeht, daß Markgraf Philibert die religiösen Zugeständnisse unter Druck der Landschaft machte, um von ihr die Bewilligung der angeforderten Geldsummen zu erlangen, lautete: Nachdem Markgraf Philibert vor zwölf Jahren, als die erste zehnjährige Steuer begehrt wurde, auf Bitten der gemeinen Landschaft hin die Freistellung des Abendmahls in beiderlei Gestalt bewilligte, hat „Dagegen dann die allgemeine Landschaft seinen fürstlichen Gnaden als ihren gnädigen Landesfürsten und angeborenen Herrn, das zeitliche Gut belanget, so vil des an sie begehrt worden, desto unterthäniger und gehorsamer willfahret.“ G. L. A., Bd. 511, Nr. 198 = B. H. A., Baden, 5, fol 1—4. Vgl. auch Vierordt, Bd. II, S. 46.

Halver warf die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, von vornherein, wie bei der ersten Vormundschaft, einen Kammergerichtsentscheid herbeizuführen.<sup>51</sup> Im Lichtenthaler Streit schlug Karl einen neuen Weg ein. Er veranlaßte den evangelischen Prediger von Steinbach, unter Umgehung der Kanzlei in Baden-Baden beim Kaiser um ein Mandat gegen die Abschaffung der evangelischen Prädikanten an die Äbtissin selbst nachzusuchen. Diesem Gesuch wurde stattgegeben. Im Dezember ging ein Mandat an die Äbtissin, zu Händen des Statthalters, das sehr weit auf Karls Wünsche einging. Als das Schreiben in Baden-Baden eintraf, befand sich Schwarzenberg gerade auf der Saujagd im Scheibenhardt. Durch einen Boten ließen ihn die entsetzten Räte holen. Währenddessen verbreitete sich mit Windeseile die Nachricht von dem Mandat und seinem Inhalt.<sup>52</sup> Bei seinem Heimritt fand der Statthalter schon Flecken, Dörfer und die Stadt voll davon: „Daraus bei den Widerwärtigen ein solch frohlockhen, bei den Catholischen aber dermaßen ain Traurigkeit entstanden, das es Ainem erbarmen möchte.“ Es war jedermann klar, daß es sich jetzt entscheiden mußte, ob Bayern die Gegenreformation durchführen konnte oder nicht. Einige Tage darauf schickte Karl eine Gesandtschaft nach Baden. Er ließ anfragen, ob die Räte willens seien dem kaiserlichen Befehl nachzukommen. Als die Gesandten abgewiesen wurden, hielten sie sich auf andere Weise schadlos. Sie versammelten den Stadtrat und verkündeten ihm, daß er in Glaubenssachen den Vormündern nicht zu gehorchen brauche. Zur Bekräftigung verlasen sie den kaiserlichen Befehl. Von Baden zogen sie weiter nach Steinbach und wiederholten dort dasselbe.

Die Münchner Regierung protestierte beim Kaiser gegen dieses Vorgehen Karls. Aber das Jahr ging zu Ende, ohne daß man sich am Kaiserhof dazu äußerte. Bayern dachte nicht daran, nachzugeben. Schließlich forderte es offen die Zurücknahme des Mandates. Inzwischen war man sich in München

---

51. G. L. A., Bd. 511, Nr. 238 = B. H. A., Baden, 4, fol. 219.

52. G. L. A., Bd. 511, Nr. 256 = B. H. A., Baden, 5, fol. 69—70.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 254 = B. H. A., Baden, 5, fol. 7—18.

Weech nennt als Ausstellungsdatum des Mandates den 12. 12. anstatt 7. 12.

über eine wirksame Maßnahme gegen alle Störungsversuche von außen her klar geworden. Geling es, den jungen Markgrafen, der zwar erst dreizehn Jahre alt war, für volljährig erklären zu lassen, so war man in Zukunft in jeder Hinsicht gesichert. Dann handelten die Räte in Baden nicht mehr im Auftrag von Vormündern, sondern im Auftrag des rechtmäßigen Landesherrn, Philipps II. Auch der Statthalter hielt den vorgeschlagenen Weg für den besten, besonders da Karl Anfang 1571 einmal geäußert hatte, daß er nur während Philipps Minderjährigkeit religiöse Änderungen nicht zu dulden brauche.<sup>52</sup> Entgegen seinem bisherigen Verhalten ging der Kaiser schließlich auf die bayerischen Pläne ein. Auf sein persönliches Schreiben hin erhielt der junge Philipp die Volljährigkeitserklärung und im August 1571 die kaiserliche Erlaubnis, sich der Regierung seines Landes zu unterziehen.<sup>53</sup> In seinem Dankschreiben richtete Philipp an den Kaiser die weitere Bitte, sie seinem bisherigen Vormund übertragen zu dürfen. Außerdem berichtete er dem Kaiser, daß er im Begriffe sei, sich zu seiner ferneren Ausbildung auf das Kolleg der Jesuiten nach Ingolstadt zu begeben.<sup>54</sup> Bayern, und mit ihm die Kräfte der Gegenreformation, hatten die Oberhand behalten.

### *C. Die Durchführung der Gegenreformation.*

In Baden wurden nun Mittelpunkt der jetzt voll einsetzenden Rekatholisierungsbestrebungen der Statthalter Ottheinrich von Schwarzenberg und der mit ihm nach Baden gekommene Jesuit Georg Schorich. Schwarzenberg war bei der Übernahme der badischen Mission 34 Jahre alt. Er hatte schon eine äußerst erfolgreiche Laufbahn hinter sich. In wenigen Etappen war er zu den einflußreichsten Posten emporgestiegen. 1555 machte ihn Herzog Albrecht zum Rat bei der Regierung in Straubing. 1558 wurde er Pfleger von Bärnstein im Bayerischen Wald, und im darauffolgenden Jahr erhielt er den ersten Auftrag, der ihn mit kirchlichen Fragen näher in Berührung brachte.

---

53. G. L. A., Bd. 511, Nr. 296 = B. H. A., Baden, 9, fol. 105—109.  
G. L. A., Bd. 511, Nr. 331 = B. H. A., Baden, 7, fol. 310—311.

54. G. L. A., Bd. 511, Nr. 331.

Der Herzog ernannte ihn zum staatlichen Kommissar bei der Visitation der Diözese Regensburg.<sup>55</sup> Drei Jahre später war er Landhofmeister. Wenige Monate nach seiner Ernennung bekam er nach den erfolglosen Bemühungen der bayerischen Legaten auf dem Tridentiner Konzil, für Bayern die Zulassung des Laienkelches zu erreichen, den Auftrag, in Rom selbst mit der Kurie darüber zu verhandeln. So lernte er die Welt des Konzils aus eigener Anschauung kennen, kam mit Pius IV. und den ihn umgebenden Kardinälen persönlich in Berührung und knüpfte mit einflußreichen Persönlichkeiten des päpstlichen Hofes Beziehungen an, in erster Linie mit Kardinal Otto Truchseß von Augsburg. Er war zum Statthalteramt nicht nur in sachlicher Hinsicht vorgebildet, sondern er vertrat auch als Persönlichkeit die neue Anschauungswelt des Katholizismus. Seinen Äußerungen fehlte das umständliche, bedachtsam Amtliche eines Sandizell, jener Unterton des Eiferns oder jener Klage. Seine Sprache ist oft ungewohnt bildhaft, frisch, kämpferisch grob, privat, läßt Formeln und Schnörkel wegfallen.

Schwarzenbergs Eindruck vom Stand der religiösen Dinge in Baden bei seiner Ankunft<sup>56</sup> stimmte in vielen äußeren Tatsachen mit den ersten Eindrücken, wie sie Sandizell ein Menschenalter früher hatte, überein. Aber trotzdem war die Lage jetzt im Jahre 1570 doch eine grundlegend andere. Markgraf Philibert hatte nicht mehr wie Philipp I. im wesentlichen nur nach Kirchenreform drängende, noch nicht aus dem Katholizismus vollständig herausgelöste Elemente geduldet, sondern er tolerierte eine reichsrechtliche anerkannte Konfession. Das erhöhte jetzt natürlich die Widerstände gegen einen Eingriff und die Schwierigkeiten, einen gewordenen Zustand zu ändern. Schwarzenberg sah nicht mehr wie Sandizell auf dem Lande einige Priester, die sich in bestimmten Punkten nicht mehr streng an das Herkommen hielten, die aber nicht geradezu als Ketzer anzusehen waren. Er schrieb, und darin sprach sich seine gegenüber Sandizell anders geartete Gesinnung aus: „Auf dem Lande sind den armen Gemeinden ketzerische, ungelehrte, doch trotzig, übermütige und arge Buben als Prediger vorgesetzt worden“.

---

55. Knöpfler, S. 45.

56. G. L. A., Bd. 511, Nr. 254 = B. H. A., Baden, 5, fol. 7—8.



Die gegenreformatorische Arbeit war für ihn stark erweitert, aber auch gleichzeitig vertieft. Die ganze Landbevölkerung schien ihm abgefallen, die Bürgerschaft von Baden-Baden, die Behörden, das Stift, die Geistlichen und Chorherren, die Regierung, die Räte. „Wie ich nun sah“, berichtete er an den Herzog, „daß ich von niemand Hilfe und Beistand zu erwarten hatte, nur Widerstand und Verhinderung, da habe ich mich im Namen Gottes allein daran gemacht, diesen Zustand zu ändern“. Es liegt zwischen seiner und der Haltung Sandizells der Unterschied zweier Welten, nicht bloß der einer anderen Individualität, des anderen Charakters oder Temperamentes. Denn, wie die Arbeit des ersten Vormundschaftsregimentes noch ganz der Epoche des Reformkatholizismus angehörte, so war auch Sandizell ein typischer Vertreter jener Generation. Schwarzenberg, von dessen kompromißloser, unbedingten, zupackenden und vorwärtstreibenden Persönlichkeit nun die Zurückführung des Landes zum alten Glauben bestimmt wurde, überlegte nicht mehr wie Sandizell, ob die Nachbarn diese oder jene Abweichungen von den alten Kirchenbräuchen duldeten. Das Mandat des Kaisers an die Lichtenthaler Äbtissin erregte ihn aufs höchste. Scharf und freimütig, aber doch den letzten Abstand einhaltend, legte er seine Absichten dem Herzog dar: „Einmal weiß ich, daß, bleibt es bei dem kaiserlichen Dekret, das der Autorität Eurer Vormundschaft solchen Abbruch tut und der Karls solches Ansehen einräumt, daß es beschwerliche Konsequenzen nach sich ziehen möchte. Fürs andere bringt es der Buchstabe mit sich, daß in Zukunft auf Grund des kaiserlichen Schreibens nichts mehr ohne Vorwissen und Dreinreden Karls gehandelt werden kann. Eurer fürstlich gnaden untertheniger Diener will ich die Zeit meines Lebens auch mit vergießung meines Blutes sein, ob Gott will erfunden worden, seiner Aber nit ain stundt“. In einem einen Tag später geschriebenen Brief an den Kanzler Simon Eck ließ er seiner Erregung freien Lauf: „Pfui Du gotschendigs Temporßieren! Pfui du verfluchtes Conviren! Es wer nit ein Wunder, der Teufel fietet den Kaiser von eines solch Befehls weg. Aber wir catholische verdinnens vileicht mit unser Sind, des uns Gott also strafft, das unser gerechte Sach muß unrecht sein, dan

deus aliquando indicabit causam suam, dieweil doch die Obrigkeit den Baal neben dem Gott Israhel wil haben“.<sup>57</sup> Aber auch noch eine andere Stelle eines Briefes an den bayerischen Kanzler Simon Eck vom Dezember 1570 charakterisiert Schwarzenbergs Persönlichkeit, seinen Freimut und seine unverholenen kämpferische katholische Lebensauffassung besonders: „Ain neue Zeitung kann ich zu schreiben nit unterlassen“, schrieb er an Simon Eck. „Ain Berg allhie heißt der Fremmersberg, da hab ich vor 14 Tagen parvus mortem gemacht, under anderm ist gar ein gutt groß Schwein im Gejaid gewes und das had sich nahet bei einem Gangsteig kriegen lassen, auf welchem an alles Gefahr ain luth. Predicant von Steinbach daher kommt und will auch seh, was in den Hecken steckt. Wie er nun das Schwein versicht, schreit er hu Sau! hu Sau! indem ist mein Sau auf und lauft seiner Ehrwurd zwischen die Bein, daß er auf ihr reitend wurt und tregt in also ein gulf Wegle dahin bis sie in dort aus hinwirft. Da kommt da ein Paur mit ain Spieß und hilft ihm. Das ist ein rechte, ehrliche katholische Sau, ich wollt, daß sie den Geist hätt gehabt, die so zu ihm luffen und wär mit ihm über die Bein usgefahren.“

Graf Schwarzenberg war in Bayern als Landhofmeister nicht sofort abkömmlich gewesen und verließ die Markgrafschaft deshalb mehrmals, um in Bayern dienstliche Arbeiten zu erledigen. Wie sehr er aber das Herz der Gegenreformation in der Markgrafschaft war, zeigt ein Brief Schorichs aus dem August 1571, in dem dieser Herzog Albrecht flehentlich bat, Schwarzenberg sofort wieder nach Baden zurückzuschicken. Alle Widersacher der Rekatholisierung seien über die Abwesenheit des Statthalters hoch erfreut. Das Wenige, das man in der Zwischenzeit mit Mühe und Arbeit aufgebaut habe, sei in Gefahr, in der Weiterentwicklung gehemmt zu werden. Die Zustände in der Kanzlei seien noch nicht so, wie sie sein sollten. Das zeige sich besonders jetzt, wo der Statthalter abwesend sei. Der Kanzler Winther gebe durch sein Verhalten Bürgern und Prädikanten ein schlechtes Beispiel und reize sie zum Widerstand. Er habe auf Graf Schwarzenbergs Vorhal-

---

57. G. L. A., Bd. 511, Nr. 258 = B. H. A., Baden, 4, fol. 192–193.

tungen hin zum Schein einige Male den katholischen Gottesdienst besucht, sei dann aber wieder weggeblieben. Auf des Kanzlers Widerstand sei es zurückzuführen, daß die Abtswahl in Schwarzach solange hinausgezögert wurde. Das sei aus Eigennutz geschehen, denn er habe aus dem Kloster allerlei Vorteile gezogen und Wildbret, Korn, Wein, Fische und andere Naturalien vom Kloster empfangen. Deshalb sei auch ein calvinistischer Schaffner am Kloster angestellt und ein weltlicher Priester zum Abt gemacht worden. Diesem habe man ein hohes jährliches Einkommen zugesagt, wenn er das Kloster verlasse. Endlich habe der Statthalter eine kanonische Neuwahl des Abtes durchsetzen können. Aber der Kanzler und seine protestantisch gesinnten Anhänger könnten sich nicht über das Verhalten Graf Schwarzenbergs ihnen gegenüber beklagen, denn trotz allem sei er gegen jedermann höflich und freundlich und suche in sachlicher Weise seine Maßnahmen durchzusetzen. Mit dem neuen Abt von Schwarzach hatte man übrigens wieder kein Glück, denn bald nach der Einsetzung stellte sich heraus, daß sein Charakter und seine Lebensführung sehr viel zu wünschen übrig ließen.<sup>58</sup> Zwei Dinge, so schrieb Schorich an den Herzog, seien zur glücklichen Vollendung des Rekatholisierungswerkes in der Markgrafschaft vor allem vonnöten, die völlige Abschaffung der lutherischen Prädikanten und die Entlassung des Kanzlers. Vor allem sei aber nötig, daß Schwarzenberg sofort wieder nach Baden komme.<sup>59</sup>

Die Inangriffnahme der Rekatholisierung erfolgte nicht sofort in voller Breite. Man versuchte nicht gleichzeitig an allen Punkten, wo es etwas zu ändern oder zu bessern gab, einzugreifen. Von einem Kern aus wurde langsam schrittweise das Wirkungsfeld vergrößert, gemäß den geringen Einsatzmitteln und den zu überwindenden Schwierigkeiten. An der Wende des Jahres 1570/71 wurde an alle Ämter, mit Ausnahme von Gernsbach, ein Mandat erlassen, das den Pfarrern auf der Kanzel jegliches Hetzen, Sticheln, Schmähen und Verdächtigen verbot. Es wies sie an, sich jeder Äußerung gegen das seligmachende Wort, des Reiches Abschiede, seine Constitutionen

---

58. Vierordt Bd. VI., S. 54.

59. G. L. A., Baden, Generalia, Nr. 6863, Religionssachen, fol. 8—10.

und den Religionsfrieden zu enthalten. Der Amtmann hatte den Pfarrern seines Amtes persönlich zu eröffnen, daß sie bei der christlichen Auslegung des Wortes Gottes zu bleiben hätten und nur zu lehren sei, was der Seligkeit der armen Untertanen diene. Ihr Lebenswandel müsse den Pfarrkindern das Vertrauen geben, daß er, soweit das menschenmögliche, der Lehre gemäß sei. Jeder Verstoß werde zum warnenden Beispiel aller mit äußerster Strenge bestraft werden.<sup>60</sup>

Durch die Persönlichkeit Schwarzenbergs spielten die Spannungen im Ratskollegium, die es auch im zweiten Vormundschaftsregiment gab, keine so große Rolle wie ehemals. Schwarzenberg brach rücksichtslos jeden Widerstand. Als er den protestantisch gesinnten Schulmeister von Baden-Baden, Philipp Stöckle, entließ, widersetzten sich ihm mit Ausnahme des Kanzlers alle Räte. Aber „ich habe Ihnen Ihr Vorhaben abgeleint und dermaßen den Text gelesen, daß Sie es zuließen und sich nicht sobald mehr an mich laynen“. Auch Markgraf Karl hatte sich über die Entfernung des Schulmeisters beschwert, sie falle unter die Religionsangelegenheiten. Ihm wurde geantwortet, das Stift habe die Berechtigung, den Schulmeister zu entlassen, wann es wolle.<sup>61</sup> Die Räte Wonnecker und Varnbühler waren schon sofort bei der Einrichtung des Regiments kaltgestellt worden. Wonnecker war daraufhin 1571 in Baden-Durlach'sche Dienste getreten.<sup>62</sup> Dem Vormundschaftsregiment war dies sehr unangenehm. Es legte sein Verhalten als Vertrauensbruch aus. Man hatte ihm erlaubt, als Rat von Haus aus in seiner alten „Branche“ (Rechtssachen und nachbarliche Irrungen) weiterzudienen. Er hatte außerdem das Versprechen abgegeben, den Dienst keines anderen Fürsten, anzunehmen. Jetzt versuchte man ihn zu der Erklärung zu veranlassen, daß er alle politischen Geheimnisse, die er als Diener Markgraf Philiberts erfahren hatte, geheim halten und auch während Mark-

---

60. Schreckenstein, landesherrliche Verfügungen, Z. G. O. Rh. XXX, 1571, Jan. 8.

61. G. L. A., Bd. 511, Nr. 244 = B. H. A., Baden, 5, fol. 7—18.

62. G. L. A., Bd. 511, Nr. 351b = B. H. A., Baden 5, fol. 130—131.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 361 = B. H. A., Baden 7, fol. 323—344

G. L. A., Bd. 511, Nr. 368 = B. H. A., Baden, 5, fol. 156—157.



graf Philipps Regierung an keinen Beratungen und Praktiken mehr teilnehmen werde. Man drohte, ihn sonst als Meineidigen zu behandeln.

Als eine der wichtigsten und naheliegendsten Aufgaben hatte das Regiment zunächst die Reorganisation des Stiftes in Baden-Baden in Angriff genommen. Am Stift befanden sich nur noch drei Stifthsheern. Zwei davon waren verheiratet. Ein dritter lebte im Konkubinat. Als Dechant wurde ein speyerer Priester angestellt und fünf weitere Stifthsheern neu gewählt. Der Gottesdienst wurde wieder nach altem Brauch eingerichtet und wieder die ganze Nocturn, alle Antiphone und lateinischen Psalmen gesungen. Die beiden verheirateten Priester wurden aus dem Kapitel ausgeschlossen, da niemand neben ihnen Gottesdienst halten wollte. Ihr Einkommen wurde ihnen aber nicht gesperrt. Mit bischöflicher Zustimmung sollten sie zunächst zwei Landpfarren versehen. Im weiteren Verlauf der Rekatholisierungsmaßnahmen: suchte man zunächst die aufsässigen Teile der Bevölkerung einzuschüchtern und die Schwankenden zurückzugewinnen. An den Schulen wurde wieder ein katholischer Lehrbetrieb eingeführt. Dann griff man langsam auf das Land über. Stollhofen, Ottersdorf, Rastatt, Bulach erhielten im Lauf der Jahre katholische Priester.<sup>63</sup> Iffezheim und Haueneberstein und Steinbach waren schon durch die Lichtenthaler Äbtissin neu besetzt worden. In manchen Orten bekehrten sich die Priester freiwillig wieder. Wiederholt fuhr man fort, gegen den Widerstand der Bürger und der städtischen Behörden anzukämpfen. In der Kanzlei wurden mißliebige Personen endgültig abgeschoben. 1572 waren in Baden-Baden selbst protestantischer Gottesdienst und die Prädikanten abgeschafft. Die Bürger besuchten aber daraufhin die um die Stadt herumliegenden Flecken, wo noch einige lutherische Geistliche predigten. Bald wurde auch hiergegen eingeschritten. In Bühl weihte man um die Osterzeit des gleichen Jahres den Friedhof wieder neu ein.<sup>64</sup>

\* \* \*

---

63. G. L. A., Bd. 511, Nr. 394 = B. H. A., Baden, 5, fol. 185—187.

64. Trenkle, Diöz. Arch. XI.

Ähnlich wie viele seiner Ordensbrüder unterhielt Schorich während seiner Baden-Badener Jahre, auch außerhalb der ihm vorgeschriebenen Berichte an Provinzial und General, eine rege Korrespondenz. Fast monatlich gingen Schreiben an den Herzog, an Jacobäa oder Eck, aus denen sich ein genaues Bild seiner Tätigkeit ergibt. Aber trotzdem bleibt es schwer, etwas über seinen Charakter und seine Persönlichkeit auszusagen, da diese Briefe merkwürdig uneinheitlich sind. Schorich hatte, ehe er in den Orden eintrat, ein wechselvolles Leben hinter sich. Er begann als Kaufmann, wurde Diener, dann Soldat, kam als solcher nach Polen und Böhmen und schließlich nach Italien. Er wurde von Ignatius noch selbst in den Orden aufgenommen. Um die Osterzeit 1563 schickte ihn dann der Orden nach Deutschland. Sein Tätigkeitsfeld wurde München und der Münchner Hof. 1564<sup>65</sup> ging er mit einem Pater Stevordian nach Niederbayern, um eine systematische Visitation und Missionierung des Landes vorzunehmen. Herzog Albrecht schätzte Schorich außerordentlich und ließ sich von den beiden Predigern ausführliche mündliche Berichte über ihre Erfolge geben. Ihre Mission dauerte sechseinhalb Monate. Im folgenden Jahr war Schorich hauptsächlich als Prediger in der Residenzstadt und am Hofe tätig. Sein Einfluß auf das Hofleben war groß, da er sehr beliebt war. Vorübergehend ging er ein zweites Mal nach Niederbayern. 1566 rief ihn der Orden aber aus München ab. Er mußte nach Rom kommen, um seine theologischen Studien fortzusetzen. Möglicherweise erwarb er erst bei diesem Aufenthalt in Rom den Grad eines Licentiaten der Theologie, einen Titel, den er später führte. Herzog Albrecht war mit seiner Abberufung aus Bayern sehr wenig einverstanden. Wiederholt schrieb er wegen Schorich an den General Borgia. Schorich sei unentbehrlich. Sein Ansehen sei so gefestigt, daß gerade er als Prediger größte Wirkungen erziele. Borgia ließ Schorich aber nach einem Jahr aus Rom noch nicht wieder weg, wie es der Herzog wünschte. Erst als der Herzog sich 1568 an den Cardinal Otto Truchseß von Augsburg wandte, konnte dieser ihm mitteilen, daß Schorich zurückkommen dürfe, obwohl seine Studien noch nicht beendet seien. Ende Oktober

---

65. Duhr, Die Jesuiten an deutschen Fürstenhöfen, S. 100 ff.

1568 nahm Schorich seine Predigten in München wieder auf. Der Hof band ihn noch stärker wie früher an sich. Wiederholt wurde er zur engsten Familientafel zugezogen. Als besonderer Gunstbeweis wurde ihm dann die Leitung der geistlichen Angelegenheiten bei dem jungen Herzog Wilhelm V., dem späteren Thronerben zuteil. Trotzdem sehnte sich Schorich von dem lauten Hofleben weg in die stille Studierstube nach Rom. Von dort riet ihm Polanco, der Sekretär des Generals, er solle sich in ein Kolleg zurückziehen. Aber seine Tätigkeit am Hof nahm mehr zu, als ab. In Landshut hielt er große Volkspredigten, die sehr viel Leute anlockten. Seine Stimme litt schließlich durch die Überanstrengung. Hoffäus und Canisius versuchten ihn vom Münchner Hof wegzuziehen. Sie befürchteten, daß auf die Dauer diese Umgebung nicht günstig für ihn sei und er zu sehr in höfische Denkweise hineingezogen werde. Hoffäus, der Nachfolger von Canisius am Münchner Kolleg, schrieb über die gewisse Bevorzugung, die Schorich durch die Erlaubnis so langer Zuordnung zum Hof genoß, daß der Orden, wenn er Schorich so großes Vertrauen entgegenbringe, ihn ja zum Leiter des Münchner Kollegs machen könne, was er aber nicht zu raten wage. Die Sorgen über Schorichs Stellung zum Hofleben ließen nicht nach. So war Paul Hoffäus erfreut, als Schorich im Oktober 1570 den Auftrag erhielt, mit Schwarzenberg nach der Markgrafschaft Baden zu gehen. Aus seiner Badener Korrespondenz geht hervor, daß Georg Schorich eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit besaß. Der Ton seiner Briefe war je nach Zweck und Adressat sehr verschieden. Er ist ungemeinlich kurz, wenn es sich um Sachliches handelt, vertraut, warm, wenn er an Jacobäa berichtet, eifernd, drohend oder jammernd, wenn er etwas durchsetzen will, resignierend, wenn er auf sich zu sprechen kommt. In seiner Klage, wie qualvoll ihm im Grunde der Aufenthalt in Baden sei, erinnert er manchmal an Sandizell. Er schrieb, man solle ihn in München nicht um sein Leben beneiden. Er wollte lieber Schafe warten, als allen diesen Mißständen Einhalt gebieten. „In dem haus Bayern sagen die geistlichen visitatores, sic volo, sic fac, hoc oportet fieri — O wie weit sein wir in der Markgrafschaft von dieser Gewalt“, Aus einem seiner letzten Briefe klang diese Resignation be-

sonders stark hervor. „Stirb mein Pfaffel, so wird Dir am besten sein.“ Aber obwohl aus den Zeilen oft ein fürsorgliches Fühlen spricht, empfindet man immer dahinter ein scharf berechnendes Bewußtsein. Und wo es galt, konnte er das ganze Register wirkungsvoller Beeinflussungsmittel spielen lassen. So befriedigte es ihn, wie er nach einem Jahr des Wartens sogar auf einer lutherischen Kanzel endlich einmal eine Leichenpredigt halten konnte, und zwar in der Spitalkirche, der Kirche, um die die Anhänger der neuen Lehre am zähesten kämpften. Noch unter Philipp II. wagten sie wieder darum einzukommen, er möge wenigstens an ihr die Einstellung eines lutherischen Prädikanten zulassen. Als man zwei Unholde verbrannte und zwei Mörder mit dem Rad hinrichtete, übernahm Schorich die Seelensorge und es war ihm eine Genugtuung, daß er den protestantischen Bürgern zeigen konnte, wie die Jesuiten Sünder zu trösten vermochten. Wo sich solche Gelegenheiten boten, nahm er sie wahr. Er taufte feierlich ein ungetauftes Wiedertäuferkind, „des Herrn Statthalters Türkl“, am heiligen Weihnachtstag, veranstaltete Hexenprozesse, zog den Statthalter zur Katechese zu und legte ihm öffentlich in der Kirche Fragen nach der Zahl der Sakramente, den Geboten Gottes und anderen Glaubensstücken vor. Aber die Geistlichkeit hatte für Schorichs Eifer nicht immer Verständnis. Wenige Monate zum Beispiel nach Beginn seiner Tätigkeit hatte er es dahin gebracht, daß hundert lutherische Kinder zur Beichte kamen. Dazu ließ er nachmittags um ein Uhr eine große Glocke läuten. „Aber um diese billige Mühe“ wollten ihn seine Priester, wie er berichtete, schier steinigen: „Ihnen schmeckte das Kartenspiel besser“. Aber auch selbst Schwarzenberg urteilte gelegentlich Eck gegenüber ungemein scharf über Schorichs Übereifer. „Aber Pater Georg will zuviel regieren und Neuerungen anrichten, darüber sich Dominicus decano und andere mehr hoch beklagen und deswegen all hie zu pleiben wenig Lust haben. Also geschicht es auch des weltlichen Regimentes halber, verursacht mit seinem Anbringen und Bereden nostrum G. oft schnellen hizzigen fürnemen das zu großem Widerwillen und Nachteil geschicht, davon vil zu reden aber nicht zu schreiben sein will, in summa iste pater unterstehet sich alles zu meistern und da mit verderbt er vil darüber



meniglich clagt catholische sowol als andere. Mir ist leid, des sein Orden durch ihn so verkleinert wird“.<sup>66</sup> Doch Schorichs Mißgriffe sind verständlich insofern, als seinem Betätigungsdrang eigentlich keine Schranken gesetzt waren und all und jedes, soweit es das Kirchliche betraf, auf ihm ruhte. Der innerlich und äußerlich verwahrloste Zustand des ganzen Kirchenbetriebes war in der Markgrafschaft nicht schlimmer, als sonst im allgemeinen. Die Arbeit des Statthalters fand aber durch den Bischof von Speyer keine Unterstützung. Man stritt sich im Gegenteil sogar mit ihm noch um die Besetzung der Dörfer Kuppenheim und Rotenfels mit katholischen Priestern herum. 1574 wies das Speyerer Domkapitel dem Pfarrer Johann Vermius dann sein Gesuch ab, die Herrschaft und der Probst möchten ein als Pfarre gut geeignetes Haus in Rothenfels erwerben. Der Pfarrer von Rothenfels, wurde ihm Bescheid, bezöge ein Drittel vom Kirchenzehnten von Rothenfels und anderen umliegenden Dörfern und könnte sehr gut selbst ein neues Haus bauen.<sup>67</sup> Schorich war wirklich, wie er spottend einmal sagte, Bischof in der Arbeit, nicht im Einkommen. Von Brief zu Brief steigerten sich seine Anforderungen, deren Grundthema immer blieb, die Zeit der Ernte ist da, laßt die Frucht jetzt nicht verderben. Schließlich drohte er, seinen Posten zu verlassen, wenn man seine Wünsche nicht erfülle. Er erbat sogar vom Provinzial seine Abberufung, und Jacobäa mußte ihn davon abhalten.

Schwarzenbergs Mißstimmung lag nicht nur an dem allgemeinen Verhalten Schorichs, sondern ging auf eine ganz bestimmte sachliche Differenz zurück. Einen Monat vor jener abfälligen Bemerkung Schwarzenbergs über Schorich hatte die Münchner Regierung den Plan geäußert, den Laienkelch in Baden einzuführen. Schorich hatte dem Herzog ablehnend geantwortet.<sup>68</sup> Die Anregung zu dem Gedanken der Münchner Regiernug war von Schwarzenberg ausgegangen. Er selbst hatte in Rom, wie schon erwähnt wurde, in früheren Jahren Verhandlungen über die Kelchfrage geführt. Die Kurie hatte inzwischen

---

66. G. L. A., Bd. 511, Nr. 386 = B. H. A., Baden 5, fol. 172—174.

67. I. B. Trenkle, Diöz. Arch. XVI.

68. G. L. A., Bd. 511, Nr. 366 = B. H. A., Baden, 5, fol. 150—155.

nach ihrer damaligen ablehnenden Haltung den Kelch für Bayern zugelassen, obwohl die bayerische Regierung seit 1565 nicht mehr an eine Einführung im eigenen Lande dachte. Schorichs Gutachten mußte Schwarzenberg persönlich ärgerlich erscheinen, denn er wollte nun den päpstlichen Dispens wenigstens in Baden zur Anwendung bringen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.. Schwarzenberg mußte aber auch andererseits das innere Widerstreben weiter kurialer Kreise gegen eine Änderung der allgemeinen Praxis kennen, namentlich aus seinen Diskussionen mit dem Erzbischof von Turetta und Kardinal Truchseß von Augsburg.<sup>69</sup>

Die schwierigen Verhältnisse in Baden machten eine Reihe Sonderbestimmungen über die Ausübung bestimmter kirchlicher Funktionen notwendig. Schorich hatte sich Anfang November 1571 unter Umgehung des Provinzials direkt nach Rom gewandt, um sie durch die Vermittlung des Ordens zu erlangen. Er fragte auch wegen des Laienkelches an. Eine Antwort auf den Brief erfolgte erst im Januar 1572.<sup>70</sup> Pius war durch die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen über die heilige Liga so sehr in Anspruch genommen, daß man von Ordensseite aus keine Gelegenheit fand, die Wünsche Schorichs vorzutragen. Auch hielt sich Pius, wie der Briefschreiber betonte, in derartigen Angelegenheiten sehr zurück, um möglichst genau zu sein. Schließlich trat man in der Sache an Kardinal Truchseß heran. Er gehörte seit 1566 der Kardinalskongregation an, der als besonderer Aufgabenkreis die deutschen Angelegenheiten oblagen und befand sich unter den sechs Kardinälen, die von Julius III.<sup>71</sup> 1552 zu Protektoren des Kollegiums Germanicum ernannt worden waren. Er übernahm es jetzt, dem Papst die Wünsche Schorichs vorzutragen.<sup>72</sup> Aus der Zahl von Schorichs Bitten wurden zunächst nur einige herausgenommen und in einem kurzen Memorial für die Audienz schriftlich aufgesetzt. Nachdem der heilige Vater seine Zustimmung gegeben hatte, ging dasselbe Schriftstück, nur mit der eigenhändigen

---

69. Knöpfle, S. 106 ff.

70. Trier, Msc. fol. 86.

71. Pastor, Bd. VIII, S. 461. Steinhuber, S. 8.

72. Trier, Msc. 1237, fol. 86.

Bestätigungsnotiz des Kardinals versehen, an Schorich weiter.<sup>73</sup> Die Kelchfrage wurde für eine spätere Audienz zurückgeschoben und Schorich lediglich mitgeteilt, daß Baden nach der Meinung des Ordens nicht in die Reihe der Territorien falle, für die von Pius IV. eine besondere Regelung zugestanden worden sei.

Wie weit Schorichs Stellung zur Kelchfrage rein persönlich war, wie weit sie auf ein Urteil des Provinzials oder anderer Stellen zurückging, ist nicht genau zu sagen. Aus Rom lag wenigstens nur dieser, noch nicht rundweg abschlägige und endgültige Bescheid vor. Das Gutachten Schorichs enthielt eine Reihe Fragen. Es schien unklar, wer den Dispens überhaupt einführen solle. Markgraf Philipp II. sei zu jung und die Vormünder hätten ihn in Bayern erst abgeschafft. Auch von wem er zu erlangen sei, müsse man fragen. In Mainz, Köln, Trier und Speyer herrsche die Ansicht, daß der Papst den Dispens nur für die habsburgischen Erblande und Bayern gegeben habe. Markgraf Bernhard<sup>74</sup> habe in Baden den Kelch zwar eingeführt, aber ohne vorher in Rom zu fragen. Auch der Zeitpunkt könne nicht beliebig gewählt werden. Im Augenblick sei die volle Zurückführung des Landes zum Katholizismus noch nicht vollendet. Für wen wolle man den Laienkelch? Die bisher zurückgewonnenen Pfarreien würden das Abendmahl in einerlei Gestalt nehmen. Er könne unter den gegebenen Verhältnissen nur von den geplanten Maßnahmen abraten, besonders da man zu wenige zuverlässige Priester habe. Die weitere Behandlung der Frage von kirchlicher Seite bestätigte die Richtigkeit seiner Stellungnahme. Ein zweites Schreiben aus Rom vom August desselben Jahres ging überhaupt nicht mehr auf die Angelegenheit ein.<sup>75</sup>

Die Punkte, in denen Pius V. Schorich seine Unterstützung lieh, sind folgende: Zunächst erhielt der Bischof Marquart von Speyer den Befehl, als Beauftragter des Papstes zwei taugliche Beichtväter für das Kloster Lichtenthal zu bestimmen. Der eine von ihnen sollte für das Kloster selbst sein, der andere für das Kloster Friedental im Gebiet des Grafen Heinrich

---

73. Trier, Msc., fol. 240.

74. Hier liegt ein Irrtum Schorichs vor.

75. Trier, Msc., fol. 111.

von Fürstenberg, auf dessen Bitte hin im Juni 1570 dort Lichtenthaler Nonnen eingezogen waren. Seit 1561 war das fürstenbergische Kloster Friedental nur mit einer Conventsfrau besetzt gewesen. Nachdem der Klosterbesitz viele Jahre hindurch nur durch einen Amtmann verwaltet wurde, entschloß sich Graf Heinrich von Fürstenberg Ende 1569 das Kloster wieder mit Nonnen zu besiedeln. Er wandte sich an den Abt von Tennenbach und an die Äbtissin des Klosters Lichtental. Da damals die Herzogin Jacobäa in Baden erwartet wurde, richtete er auch an diese die Bitte, ihm durch die Äbtissin von Lichtental vier bis sechs Nonnen für Friedenweiler zu schicken. Barbara Veus besetzte dann Friedental mit neun Frauen. Der Abt von Tennenbach bestätigte sie und versprach ihnen einen Beichtvater zu geben. Das geschah aber nicht. Auch der Abt von Salem, den Graf Heinrich darum anging, konnte keinen Priester ausfindig machen. Inzwischen hatte Graf Heinrich von Fürstenberg mit dem Statthalter Graf Schwarzenberg und Georg Schorich Beziehungen aufgenommen. Er bat Georg Schorich im Juli 1571, doch nach Wartenberg zu kommen, da er noch allerlei „zu ordnen“ zu instituieren und zu confirmieren“ habe. Schorich könne ihm sicherlich durch seine Kenntnis römischer Verhältnisse und durch seine guten Beziehungen in Rom nützlich sein. Schorich reiste auch sofort zu Graf Heinrich, besichtigte das Kloster und versprach dem Grafen in Köln, Trier oder Mainz einen Priester zu besorgen. Dies gelang ihm aber nicht. Die ehrbaren, schrieb er an Graf Heinrich von Fürstenberg, gelehrten, und gottesfürchtigen seien zu teuer. Er mußte dem Grafen auch mitteilen, sein General habe ihm geschrieben, daß er nicht lange in der Markgrafschaft bleiben solle, deshalb müsse er seine Fürsorge möglichst auf die Markgrafschaft beschränken. Schorich schrieb dann aber doch wegen eines Beichtvaters und wegen der Zustimmung zu der Umwandlung des ehemaligen Benediktinerklosters Friedental in ein Cisterzienserkloster nach Rom.<sup>76</sup>

---

76. Mitteilungen aus dem F. Fürstenbergischen Archiv Bd. II, Quellen zur Geschichte des F. Fürstenbergischen Hauses, Tübingen 1902, Nr. 40, 234, 239, 242, 267, 270.



Schorich hatte die Zahl der Klosterfrauen in den beiden Klöstern mit vierzig und zwanzig angegeben. Er hatte außerdem angeführt, daß die Lichtenthaler Nonnen jede Woche drei Prozessionen für den obersten Pontifex und die römische Kirche abhielten. Der Ordinarius des Klosters war eigentlich der Bischof von Straßburg, Johann IV. von Manderscheid-Blankenheim. Da dieser aber noch nicht konfirmiert und geweiht war,<sup>77</sup> ging der Auftrag des Papstes an den Bischof von Speyer. Dem Kloster Lichtenthal gewährte Pius auf der Äbtissin und Schorichs Bitten hin für einzelne Sonn- und Feiertage Ablässe und einen vollkommenen Ablass für den Todesfall bei Ablegung einer Generalbeichte. Ferner erteilte der Papst an zwei Kanoniker des Badener Stiftes und den Pfarrer von Baden-Baden Vollmachten für die Absolution und Dispensation bei Unregelmäßigkeiten und leichten kirchlichen Vergehen. Schwarzenberg übersandte er durch den Dekan von Mainz ein Breve, das seine Verdienste um die Wiederaufrichtung des Katholizismus in Baden würdigte. Außerdem schickte er ihm geweihte Rosenkränze und agnos dei.<sup>78</sup> Dies sind die Wünsche, die zuerst bestätigt wurden. Das volle Recht, Ketzer freizusprechen bzw. zu dispensieren, wurde Schorich zunächst, und zwar vom Orden, nicht zugesprochen, da man sich im Augenblick nicht darüber klar war, ob die der Gesellschaft gegebenen Vollmachten genügten. Es war aufgefallen, daß Pius V. bei der Verleihung des Dispensationsrechtes an die Stiftskanoniker und den Pfarrer von Baden-Baden Schorich nicht erwähnte.<sup>79</sup> Da aber die Vollmachten der Societas in der Tat ausreichten, wurde Schorich kurz darauf den dreien hierin gleichgestellt. Die anderen Entscheidungen des Papstes waren nicht nur auf badische Verhältnisse anwendbar, sondern bezogen sich auf Schwierigkeiten, wie sie allgemein in Deutschland anzutreffen waren. Die Ent-

---

77. Nach Glöckler erhielt Johann IV, der im Jahre 1569 gewählt worden war, schon am 26. Juni 1570 seine Bestätigung, 1571 reiste Johann in Begleitung mehrerer Jesuiten in die Niederlande, zwischen 1569 und 70 war er in Rom.

78. Aus den Resten der Osterkerzen in Rom gefertigte Lammbilder, die der Papst im 1. und 7. Jahre seiner Regierung an Ostern weiht und verteilt.

79. Trier, Msc., fol. 86 und 111.

scheidungen des Papstes sollten in Kürze durch ein Breve genauer festgelegt werden. Sie wurden aber Schorich trotzdem schon sofort mitgeteilt, da dem Papst zweimal darüber referiert worden war und er beide Male die Erleichterungen bestätigt hatte. Schorich wurde ermächtigt, Pfarrern und Prälaten folgende Regelung sofort mitzuteilen. In Deutschland durften Kirchen und Friedhöfe, die entweiht waren, wieder benutzt werden, wenn ein Priester vor dem Altar oder vor dem Grab vom Bischof geweihtes Wasser ausgesprengt hatte. Diese Handlung, die eigentlich nur dem Bischof zustand, sollte genügen. Der Bischof brauchte sie nicht mehr zu wiederholen, wenn keine neue Entweiheung stattfand. Priester, die mit Weihwasser versehen waren, durften es im Bedarfsfalle durch gewöhnliches Wasser strecken. Der Papst hatte weiterhin zugestanden, daß die Beichtväter des Ordens Ketzer absolvieren durften. Diese sollten mit keiner Todsünde belastet werden. Eine Veröffentlichung dieser Möglichkeit wünschte man nicht, doch sollte in der Beichtpraxis davon Gebrauch gemacht werden. Den Provinzialen und Rektoren des Ordens wurde freigestellt, wie der römische Messeritus in Sachen der Kommunion geregelt wurde, das heißt, ob die Laien sie während oder nach der vom Priester zelebrierten Messe zu nehmen hatten. Nicht als Sünde sollte Katholiken angerechnet werden, Sünden und Irrtümer, die durch Gemeinschaft mit Hussiten, sowie Mitwirkung bei Taufen und Begräbnissen Andersgläubiger geschahen. Sie sollten ermahnt werden, sich nach Möglichkeit davon fernzuhalten. Dies könne auch außerhalb der Beichte mitgeteilt werden, falls man es für die Seelen nützlich halte. Ein weiterer Zweifel Schorichs wurde dahin entschieden: Die Frage, ob es gestattet sei, an Stelle der formellen Abschwörung ein Versprechen als vollgültig anzuerkennen, schien dem Orden durch die Vollmachten von Pius IV. und Pius V., die diese den Jesuiten gegeben hatten, geklärt. Die Beichtväter durften auch dann Ketzer absolvieren, wenn es nicht gelang, sie zu überreden, die Abschwörung in juristischer Form zu vollziehen. Da viele durch die Form davon abgehalten wurden, sollte man darauf verzichten, aber es wenigstens privatim in der Beichte fordern. Die Unbestimmtheit der religiösen Meinungen der einzelnen Laien war nicht verwunder-

lich, wenn schon bei der Geistlichkeit über die Ausübung ihrer Funktionen solche Unklarheiten bestanden. Die Stellungnahme zu den Fragen berührte aber alle, und die Gewissensangst war groß und aufrichtig. Von Schorich verlangten die einen das Abendmahl in zweierlei Gestalt, die anderen waren der Meinung, es sei überhaupt nicht nötig. Dritte wieder zweifelten an dem Wert der letzten Ölung.

Im Winter 1572/73 war in Baden-Baden eine Seuche ausgebrochen. Die Regierung wurde vorübergehend nach Ettlingen verlegt.<sup>80</sup> Georg Schorich hielt, nach vielen Jahren zu merstenmal wieder, in Ettlingen ein Hochamt ab.<sup>81</sup> Graf Heinrich von Fürstenberg stand mit Schorich noch immer wegen Friedental im Briefwechsel. Im November 1572 hatte er Schorich seine Verwunderung ausgesprochen, daß die Konfirmation der Klosterübertragung aus Rom immer noch nicht eingetroffen sei. Schorich möge doch zusehen, ob er die Angelegenheit durch seine guten Verbindungen nicht beschleunigen könne. Am 28. Dezember antwortete die Äbtissin von Lichtenental dem Grafen. Schorich, der in Ettlingen predige, habe während einer Predigt einen Schlaganfall erlitten und sei augenblicklich gelähmt. Schorich konnte aber doch der Äbtissin Aufträge und Bestellungen an den Grafen mitteilen.<sup>82</sup>

Trotz Priestermangels nahm man dann im Februar des nächsten Jahres die Rekatholisierung Ettlingens in Angriff. Sie war zweifellos der schwierigste Teil des Restaurierungswerkes. Auch äußerlich wurde sie feierlich vollzogen. Der Statthalter, seine Räte und Beamte zogen mit Schorich, dem Speyerer Jesuiten Zehrer und anderen Geistlichen in der Stadt ein. Hier hatten sich der Schultheiß, Gericht und Rat versammelt. Diese gaben dann öffentlich eine Erklärung über ihre Unterwürfigkeit ab: „Und dieweil die Anstellung der Religion bei der Obrigkeit und nicht bei ihnen als Untertanen stünde, sie auch wohl wüßten, daß sie eine christliche Obrigkeit hätten, die sie nichts Unrechtes heißen würde, so wollten sie sich dem, so sie vornehme,

---

80. Schwarz, Ettlingen, S. 87.

81. Duhr, S. 405.

82. Mitteilungen aus dem Fürstenbergischen Archiv Nr. 304.

unterwerfen.“<sup>83</sup> Darauf wurden alle Glocken der Stadt geläutet und der Bürgerschaft verkündet, daß es bei hoher Strafe verboten sei, „auszulaufen“, das heißt, fremde, auswärtige Gottesdienste, Predigten und Sakramente zu besuchen. Am Abend wurde zu Ehren des Statthalters ein Essen abgehalten. Am nächsten Tage fand ein feierlicher Gottesdienst statt, bei dem Schorich predigte. Mit dieser Predigt fand Schorichs Tätigkeit in der Markgrafschaft ihren Abschluß. Von seiner Erkrankung hatte er sich noch nicht wesentlich erholt. Sein Zustand verschlechterte sich von Monat zu Monat. Er wußte, daß er nicht mehr lange leben würde. In einem seiner letzten Briefe schrieb er an die Herzogin Jacobäa: „Stirb mein Pfaffel, so wird Dir am besten sein,“<sup>84</sup> und am 2. August 1573 ereilte ihn der Tod. Seine feierliche Beisetzung fand in Baden-Baden statt. Am Münchner Hof herrschte über sein Ableben große Trauer.

Seit dem März 1572 trug sich Graf Schwarzenberg mit dem Plan, in Ettlingen ein Jesuitenkollegium und ein Seminar zu errichten. Er hatte sich deswegen an den Herzog und seine Mutter gewandt.<sup>85</sup> Mit dem Provinzial der rheinischen Jesuitenprovinz Hermann Thyräus nahm er die Verhandlungen auf. Gleichzeitig trug der geistliche Vertreter Herzog Albrechts V. in Rom, Andreas Fabricius, dem Papst die Wünsche und Absichten des Herzogs vor.<sup>86</sup> Hierauf schickte der General der Societas den rheinischen Provinzial, Hermann Thyräus, Anfang November nach Baden.<sup>87</sup> Im Viererzug ließ ihn Schwarzenberg aus Speyer abholen. Verhandelt wurde über die Errichtung eines Kollegs für zwanzig Personen mit einer Dotation von hundert rheinischen Gulden und einem genügend großen Holz- und Getreidedeputat.<sup>88</sup> Das in Aussicht genommene Gebäude sollte sofort von Grund auf erneuert und eingerichtet werden und die Wohnung, eine Bibliothek, Schul- und Wirtschafts-

---

83. G. L. A., Bd. 511, Nr. 421 = B. H. A., Baden, 5, fol. 232—235.

84. G. L. A. Bd. 50, Nr. 419 = B. H. A., Baden 5 fol. 197—200

85. G. L. A., Bd. 511, Nr. 394 = B. H. A., Baden, 5 fol. 185—187.

86. M. R. Jes. Nr. 821, fol. 277 und Duhr.

87. Hansen, Rhein. Akten, S. 659, Zeile 15.

88. Hansen, Rhein. Akten, A<sup>1</sup>, Hermann Thyräus an Kessel.



räume enthalten. Außerdem sollte ein außerhalb der Stadt liegender Garten den Brüdern zur Erholung zur Verfügung gestellt werden. Schwarzenberg wollte sich aber noch nicht endgültig festlegen und bat, die Vorschläge dem General nicht als Versprechungen darzulegen. Thyräus nahm also nur die Pläne entgegen, besichtigte die Örtlichkeit auf ihre Eignung hin und reiste wieder ab. Die eigentlichen Entscheidungen wurden nach Rom verlegt. Erst im März 1574 arbeitete Schwarzenberg einen endgültigen Kostenanschlag aus.<sup>89</sup> Er war im Gegensatz zu den Äußerungen von Thyräus nur für sechs Personen berechnet. Es entstanden bei dem Projekt die alten Schwierigkeiten durch Geldmangel. Schon kleine Summen waren für diesen in sehr bescheidenem Rahmen gehaltenen Zweck nicht aufzubringen und zu decken. Als Einrichtungsposten zählte Schwarzenberg auf: Umbau, Anschaffung von sechs Bettstellen, allerhand Küchengeschirr, Zinnwerk und anderer Hausrat, Bücher, die notwendig gebraucht wurden. Summen gab er dafür keine an und auch nicht, wie das Geld aufgebracht werden sollte. Dagegen sollte die Deckung der Unterhaltungskosten aus den Einnahmen des Ettlinger Stiftes und seiner vakanten Pfründen erfolgen. Mit dem Ettlinger Stift war es seit der Reformation bergab gegangen. 1535 war der letzte Vikar ernannt worden. Das erste Vormundschaftsregiment hatte nocheinmal einen Dechanten präsentiert. Unter Philibert war nocheinmal ein Kanoniker hinzugekommen. Seit 1560 war aber auch kein Kanoniker mehr am Stift. Das ganze Ettlinger Kirchenwesen beruhte nur noch auf einem Pfarrer und auf einem Kaplan.<sup>90</sup> Die Einnahmen waren der Pfarrei und der Schule zugewendet worden. Hatten die Einnahmen des Ettlinger Stiftes nicht für die Stiftsangehörigen ausgereicht, so konnten sie natürlich auch nicht zum Unterhalt eines Seminars, und eines Kollegiums reichen. Das Projekt war mit dem Kostenanschlag Schwarzenbergs hinfällig geworden.

Im Somer 1573 nahm das Rekatholisierungswerk seinen Fortgang. Im Juli schrieb das Vormundschaftsregiment an den

---

<sup>89</sup> G. L. A., Bd. 511, Nr. 438 = B. H. A., Baden, 8, fol. 202—203.  
G. L. A., Bd. 511, Nr. 438a = B. H. A., Baden, 8, fol. 205—208.

<sup>90</sup> Schwarz, Ettlingen, S. 50/51.

Bischof von Speyer und bat ihn in verschiedenen kleineren kirchlichen Angelegenheiten um seine Unterstützung. Man teilte ihm mit, daß in der Markgrafschaft eine Reihe von Kirchen noch nicht geweiht und consecriert seien. Außerdem erbat man seine Stellungnahme in einer Frage, die die beiden Gemeinden Busenbach und Reichenbach betraf. Die beiden Orte waren Filialen der Pfarrei Wettersbach, die aber selbst der württembergischen Jurisdiktion unterworfen war. Obwohl beide Orte Friedhöfe besaßen, wurden doch die Toten nach altem Brauch in Wettersbach begraben. Aus Religionsgründen hielt es das Vormundschaftsregiment für zweckmäßig, dies zu ändern. Der Bischof sollte darüber entscheiden. Weiter fragten die Räte noch an, was mit den bisher präsentierten, aber noch nicht investierten Pfarrern geschehen solle. Der Bischof versprach, am 22. August nach Baden zu kommen, um die Einweihung der Kirchen und Friedhöfe vorzunehmen. Mit der Änderung des Brauches in den badischen Filialdörfern war er einverstanden. Zur Investitur sollten Pfarrer und andere Kirchendiener in Zukunft sich in Speyer persönlich vorstellen.<sup>91</sup>

Im übrigen aber ging das Vormundschaftsregiment überall da, wo die geistliche Mitwirkung der Bischöfe nicht unbedingt nötig war, ohne sie vor. Am siebzehnten Oktober erging an die Ämter Baden, Stollhofen, Ettlingen, Bühl, Rastatt, Kuppenheim, Steinbach ein Ausschreiben, das allen Pfarrern und Priestern der Ämter befahl, bis Montag, den 26. Oktober, abends in Baden zu sein, um am darauf folgenden Tag um sechs Uhr morgens in der Pfarrkirche weiteren Bescheid zu erwarten.<sup>92</sup> Das Vormundschaftsregiment hielt an diesem Tag eine allgemeine Synode der markgräflichen Priesterschaft ab. Die Einberufung erfolgte ohne Mitwirkung der zuständigen Diözesanbischöfe. Das Vorgehen des Regimentes war in dieser Hinsicht der weiteste Eingriff, den eine bisherige Regierung sich in die Rechte der Bischöfe erlaubte. So ging diese Tagung denn auch nicht ganz ohne Widerstände vor sich. An der Synode nahmen von Seiten der Regierung der Statthalter, Hans Wilhelm von

---

91. Baden, Generalia, Religion, 6865.

92. Schreckenstein, Landesordnungen, Z. G. O. Rh., XXX, 17. Okt. 1573.

Hoheneck, der Vizekanzler Samuel, Johann Aschmann, Thomas Stanger, Wolfgang Hunger, der Landschreiber Johann Rosenhueber und der Ratssekretär Gebhard Rastberg teil.<sup>93</sup> Am Morgen wurden den versammelten Priestern die Gründe vorgebracht, warum man sie berufe, Man habe trotz der Restauration viele Pfarrer annehmen und behalten müssen, die in ihrer Lehrmeinung und in ihrem Lebenswandel nicht den Anforderungen genügten. Die Regierung wolle sie zum letztenmal mahnen und ihnen zu diesem Zwecke von Herrn Rullius ihre Forderungen und Wünsche vortragen lassen. Da zu besorgen sei, daß die Rede nach dem Sprichwort „zu einem Ohr ein und zum andern wieder ausgehen möchte“, werde ihnen Herr Rullius für einige Zeit als Inspekteur vorgesetzt. Die Kanzlei werde gegen diejenigen, über die er Klagen vorbringe, vorgehen. Zu seiner Unterstützung solle die Priesterschaft, wie das bisher üblich war, Dekane, Kanzler und andere Stellen der Ruralkapitel durch Wahl wiederbesetzen. Die Wahl solle durch das Straßburger und Speyrer Ordinariat bestätigt werden. Das betonte man von Regierungsnoten wohl besonders um von vornherein dem Einwand zu begegnen, als sei die Synode gegen die Jurisdiktion der Bischöfe gerichtet. Nach vollzogener Wahl begaben sich die Priester in den großen Saal des Schlosses. Hier hielt Rullius die angekündigte Rede, dann nahm Graf Schwarzenberg das Wort. Er begründete das Vorgehen der Regierung. Es sei ihre Pflicht als Obrigkeit, auch für das geistige Wohl der Untertanen zu sorgen. Die Regierung müsse ansehen und anhören, daß in den umliegenden Ländern der Markgrafschaft in jeder Weise gegen ihr Rekatholisierungswerk gehetzt werde. Die Synode und die auf ihr gehaltenen Reden sollten eine Antwort darauf darstellen. Das Vorgehen der Regierung greife nicht in die Rechte der Ordinarien. Es entspringe der Fürsorge eines katholischen Fürstenhauses. Der junge Markgraf habe die Religion, der seine Voreltern angehörten, wieder aufgerichtet. Er werde erzwingen, daß die Priesterschaft seiner Untertanen sich gemäß den Geboten und Lehren der katholischen Kirche verhalte. Zum andern werde man sich aber auch bemühen,

---

93. G. L. A., Baden, Generalia, 4192, Kirchenkonvente, Protokoll der Synode.

für ein standesgemäßes Gehalt der Priester zu sorgen. Rullius werde sich in Ettlingen aufhalten und auch besonders diese Fragen überprüfen. Auch hierzu sei die Neubesetzung der Ruralkapitel notwendig. Am Nachmittag äußerten sechs Priester der Straßburger Diözese, sie hätten dem Erzpriester der Diözese Gehorsam geleistet und trügen Bedenken, weitere Verpflichtungen einzugehen. Schwarzenberg verwies ihnen ihre Ansichten. Durch die Wahl eines Ruraldekans seien sie keiner zweiten Seite verpflichtet, aber jedem Fürst stehe es frei, die augsburgische Konfession oder die katholische Religion nach seinem Gefallen einzurichten und zu erhalten, und hier hinein hätte kein Ordinarius etwas zu reden. Man könne vielleicht gegen die Reichsordnung Beschwerde führen, nicht gegen die Restauration. Er und die Räte seien nicht zugegen, um über die Jurisdiktion der Bischöfe zu diskutieren, sondern daß die Priesterschaft ihre Pflicht erfülle, wie es katholischen Priestern gebühre. Dadurch werde nicht in die Jurisdiktion der Bischöfe eingegriffen. Trotzdem beharrten die Priester auf ihren Bedenken. Die Absichten der Regierung seien sicher die besten, aber ihr Archidiakon wisse um ihre Verhandlungen nicht. Dies müßten sie feststellen. Im übrigen versprachen sie, den Geboten der Regierung zu folgen. Die Wahlen wurden vorgenommen. Die Religionssynode vom Oktober 1573 bildet einen gewissen Abschluß des Rekatholisierungswerkes des Vormundschaftsregimentes. In der Folgezeit versuchte man seine Wirkungen zu vertiefen.

Das Vorgehen Schwarzenbergs in der Markgrafschaft entsprach ganz dem bayerischen Muster. In den Jahren der badischen Vormundschaft war die Gegenreformation dort zum vollen Siege gekommen. Der Staat hatte sich in der gleichen Weise wie in Baden der allgemeinen Hebung des Priesterstandes angenommen, und zwar so weit, daß sich die Kurie wiederholt veranlaßt sah, den Herzog zu bitten, die Jurisdiktion der Kirche nicht gänzlich beiseite zu schieben.<sup>94</sup> Die Landesausweisungen hatten auch im Jahre 1570/71 ihren Fortgang genommen. Sie begannen sich im Wirtschaftsleben bemerkbar

---

94. Riezler, Bd. IV, S. 551 und 553/54.



zu machen. Eine Kommission der angesehensten Bürger Münchens bat den Herzog, es doch bei der Deklaration über den Laienkelch zu belassen, als die Regierung ein förmliches Verbot des Kelches für das ganze Herzogtum 1571 erließ. Die Kommission berief sich auf Zusagen, die ihnen vor Jahren von dem Jesuiten Georg (Schorich) und anderen Angehörigen des Ordens gemacht worden seien.<sup>95</sup> Eine Hauptsorge der Regierung war das Schulwesen. Immer stärker geriet es in die Hand der Jesuiten. Ihr Hochsitz war das Ingolstädter Jesuitenkolleg. Es wurde immer mehr ausgebaut. Die Zahl der Lehrer und Schüler wuchs. Ein Schüler von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit war der junge Markgraf Philipp II. von Baden. Philipp war seit seiner Volljährigkeitserklärung 1571 in Ingolstadt. Man bemühte sich auf dem Jesuitenkolleg, in ihm einen glühenden Vorkämpfer für die Ziele der Gegenreformation heranzubilden. Die Instruktionen für seinen Hofmeister, Hans Wolf von Preising zum Huebenstein, und seinen Praezeptor, Kanonikus Johann Lächle, befahlen diesen ausdrücklich, ihre ganze Erziehungsarbeit unter den Gesichtspunkt der wichtigen Aufgabe, die dem jungen Markgrafen später einmal zufallen werde, zu stellen.<sup>96</sup> Selbst die Kurie hatte wie die Nuntiaturberichte zeigen an Philipps Erziehung reges Interesse.<sup>97</sup> Die Studien Philipps wurden hauptsächlich von dem Superintendenten der Universität, Probst Eisengrein, geleitet, der bei Herzog Albrecht V. eine besondere Vertrauensstellung besaß. Man ließ Philipp II., der gute Anlagen habe, auch bei öffentlichen Gelegenheiten stark hervortreten. Man machte den jungen Zögling ehrenhalber zum Rektor der Universität und feierte ihn, dem Zeitgeschmack entsprechend, in wortreichen Lobgedichten. 1572 trat er in öffentlicher Disputation als Argumentant zusammen mit Friedrich Graf von Oettingen gegen die beiden Grafen Georg und Hugo von Montfort auf. Diskutiert wurde über

---

95. Riezler, Bd. IV., S. 551.

96. G. L. A., Bd. 511, Nr. 442 = B. H. A., Baden, 8, fol. 166—167. G. L. A., Bd. 511, Nr. 444 = B. H. A., Baden, 8, fol. 170—176, Lucian Pfleger, aus der Studienzeit des Markgrafen Philipp II. von Baden-Baden. Z. G. O., Rh., NF. XVIII, 1903, S. 196.

97. Nuntiaturberichte III<sup>3</sup>, 30, 168, 172, 436, 438.

Sätze der Logik und Philosophie.<sup>98</sup> Eisengrein berichtete sehr eingehend über den Fortschritt der Studien des jungen Markgrafen nach München. Auch Philipp schrieb öfters an den Herzog und dessen Mutter, und beide hatten an seiner Entwicklung reges Interesse. Ab und zu mußte der junge Markgraf auch an seinen Statthalter und die Räte in Baden schreiben. Das war gewöhnlich eine Ermahnung an die Untertanen, die katholische Religion zu achten und ihren Geboten und Lehren nachzuleben.

Die Zusammensetzung des Rates hatte im Lauf der Zeit größere Veränderungen erfahren. Nachdem Wonnecker, Varnbühler und Ulrich Langmantel ausgeschieden waren, hatte Schwarzenberg Wolfgang Hunger aus Ingolstadt und Johann Aschmann neu berufen.<sup>99</sup> Der Kanzler Andreas Winther war zwar bis zu seinem Tode 1573 Angehöriger des Regimentes gewesen, aber, namentlich von Schorich, waren wiederholt Angriffe gegen seine religiöse Haltung und Gesinnung gerichtet worden.<sup>100</sup> Auch Schwarzenberg hatte ihm mit seiner Entlassung gedroht. Auf sein Versprechen hin, sich in den Religionsfragen möglichst zurückzuhalten, behielt er seine Stelle.<sup>101</sup> Für die beiden Räte Varnbühler und Wonnecker konnte Schwarzenberg zunächst keinen Ersatz finden. Zur Anstellung eines Rates, den er 1571 in Vorschlag brachte, kam es nicht.<sup>102</sup> Der Stiftsprediger in Augsburg empfahl 1573 den Tübinger Professor Samuel Hornmoldt. Er war selbst noch protestantisch, hatte aber angeblich die Absicht, mit seiner Familie zur katholischen Kirche wieder zurückzukehren. Auf eine Auskunft hin, daß Hornmoldt gut katholisch gesinnt sei und als Jurist tüchtig, fleißig und im Rate „resolutus“, wurde er an Wonneckers Stelle zu Rechtssachen und Gesandtschaften angestellt. Hornmoldt war dreißig Jahre alt. Er dachte gar

---

98. Lipowsky, F. J., Geschichte der Jesuiten in Bayern, München 1816.

99. Vierordt, Bd. II., S. 49.

100. G. L. A., Bd. 511, Nr. 314a = B. H. A., Baden, 5 fol. 105—106.  
G. L. A., Bd. 511, Nr. 324 = B. H. A., Baden, 5, fol. 124—127.

101. Vierordt, Bd. II., S. 50.

102. G. L. A., Bd. 511, Nr. 314a = B. H. A., Baden, 5, fol. 105—106.

nicht daran, zur katholischen Kirche wieder überzutreten. Schwarzenberg war der Meinung, daß er diese Angaben nur gemacht habe, um die Stelle zu bekommen. Mit seiner wahren Gesinnung würde er wahrscheinlich solange zurückgehalten haben, bis sich anderswo Beförderungsaussichten boten. Da ihm Schwarzenberg aber Unregelmäßigkeiten in seiner Amtsführung nachweisen konnte, wurde seine religiöse Haltung bald beanstandet. Ein Ratsbote, den er beschuldigt hatte, Geld, das ihm auf seinen Reisen abhanden gekommen war, gestohlen zu haben, begann mit einer Reihe von Kollegen, die er ebenfalls beleidigt hatte, einen Prozeß gegen ihn. Schwarzenberg nahm gegen Hornmoldt Stellung und verhängte über ihn Arrest. Hornmoldts Verhalten erregte in Baden und Württemberg, wo er eine große Verwandtschaft besaß, großes Aufsehen, besonders viel bei der Angelegenheit religiöse Motive mitspielten.<sup>103</sup>

Obwohl die Wiederaufrichtung des Katholizismus im Mittelpunkt der Tätigkeit des Grafen Ottheinrich von Schwarzenberg und seiner Mitarbeiter stand, entwickelte das Vormundschaftsregiment auch auf den Gebieten der Staatsverwaltung eine rege Tätigkeit. Schwarzenberg war auch auf diesem Gebiet ein ausgezeichneter Kenner. Er nahm in späteren Jahren an der Verwaltungsorganisation in Bayern hervorragenden Anteil.<sup>103</sup> Die Verwaltungsmaßnahmen des Vormundschaftsregimentes erinnerten in vielem an die Tradition, die der badischen Verwaltung seit Markgraf Christophs I. Zeiten her eigen war. In vielem bedeutete sie aber auch eine Vorwegnahme des Ausbaus des badischen Staatswesens, wie er unter der Regierung Philipps II. fortgesetzt wurde. Wie für das kirchliche Leben, so hatte das Vormundschaftsregiment auch für Wirtschaft und Verwaltung der Markgrafschaft eine große Bedeutung. Da Markgraf Philipp II. später während seiner kurzen Regierung

---

103. G. L. A., Bd. 511, Nr. 449 = B. H. A., Baden, 9, fol. 186.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 449 = B. H. A., Baden, 9, fol. 186.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 450 = B. H. A., Baden, 9, fol. 184—185.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 451a = B. H. A., Baden, 9, fol. 190—202.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 451d = B. H. A., Baden, 9, fol. 211—219.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 451c = B. H. A., Baden, 9, fol. 221—223.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 451g = B. H. A., Baden, 9, fol. 235—240.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 456 = B. H. A., Baden, 9, fol. 279.

so häufig außer Landes war und die Landesverwaltung im wesentlichen von den Räten bestimmt wurde, muß man umso mehr annehmen, daß das, was sie zur Verwirklichung brachten, nicht bloß der persönlichen Anregung des jungen Herrschers entsprang, sondern die Ansätze weiterentwickelte und ausbaute, die das Vormundschaftsregiment schon geschaffen hatte. Die rasche Aufeinanderfolge von Mandaten, Erlassen und Regelungen aller Art, die die Regierung Philipps II. auszeichnete, findet sich auch schon in den Jahren 1570—77.<sup>104</sup>

Seine besondere Beachtung schenkte das Vormundschaftsregiment dem Wirtschaftsleben der Markgrafschaft. So wurde die 1568 erlassene Metzgerordnung revidiert. Um die ausländische Konkurrenz einzuschränken, wurde hausierenden württembergischen Schuhmachern verboten, außerhalb der Wochenmärkte in den badischen Dörfern ihre Schuhe feilzubieten. Die Baden-Badischen Schuhmachermeister sahen natürlich scharf darauf, daß diese ihrem Gewerbe günstige Verfügung durchgeführt wurde. Überhaupt ging das Vormundschaftsregiment gegen herumziehende Kaufleute und den Handel außerhalb der Wochenmärkte immer wieder vor. Als sich 1573 in Baden-Baden die Metzger weigerten, die Taxen der Metzgerordnung einzuhalten, entzog man ihnen kurzerhand die Gewerbeerlaubnis. Der Handel mit Fleisch, Unschlitt und Kerzen in der Stadt wurde aus der Umgebung herbeigezogenen Personen übertragen. Namentlich der Verkauf von Lebensmitteln, Gänsen, Hühnern, Kapaunen, Fischen, Krebsen, Eiern, Zwiebeln, Rüben und Kraut sollten nur auf den Wochenmärkten und nicht im Zwischenhandel stattfinden. Aber auch gegen ausländische und welsche Aufkäufer ging man vor. Man verbot Aufkauf und Ausfuhr von Vögeln wie Falken und Blaufuß, die zur Jagd verwendet wurden. Ebenso verhinderte man den Wollaufkauf. Die Ausfuhr von Wolle war nur gestattet, wenn das heimische Handwerk seinen Bedarf gedeckt hatte. Richtpreise galten jeweils nur bis Pfingsten, dann wurde die Preisgestaltung freigegeben.

---

104. In diesen Jahren wurden nicht weniger als 55 Mandate an die Ämter geschickt, die Roth von Schreckenstein publiziert hat. Landesherrliche Verfügungen des Markgrafen Philipp II. von Baden-Baden, Z. G. O. Rh., XXX, 1878, S. 129.



Um die allgemeine Ordnung im Lande war das Regiment sehr besorgt. Die Sicherheit der Straßen suchte man nach Möglichkeit zu gewährleisten. Trotzdem kamen Überfälle vor. Deshalb wurde der Straßenverkehr überwacht und das Tun und Treiben der durchreisenden Reiter und Knechte beobachtet. Zigeuner wurden außer Landes gejagt. Wiederholt wurde das Signalement von Verbrechern, die außerhalb der Markgrafschaft einen Raub oder Mord begangen hatten, durchgegeben, um verdächtige Personen festzunehmen. Fremde Juden, die in die Markgrafschaft kamen, brauchten sich vom August 1573 ab nicht mehr direkt von der Kanzlei einen Geleitbrief zu besorgen, sondern die Amtleute wurden ermächtigt, gegen Erlegung von fünf Batzen für die Woche solche auszustellen. Diesen Geleitsbrief mußte der einreisende Jude sich beim Schultheißen oder Amtsverweser des ersten badischen Ortes, den er betrat, ausstellen lassen. Auf seine Kosten mußte der Jude dann zusammen mit einem Boten sofort an den nächsten Amtssitz begeben. Diese Anordnung wurde aber 1577 wieder aufgehoben. Die Juden mußten sich wieder an die Kanzlei in Baden-Baden wenden, da die andere Regelung zu Mißhelligkeiten geführt hatte. Trotz der Vorbeugungsmaßnahmen des Regiments schlossen sich ab und zu Mordbrenner, Diebe und loses Gesindel zu Banden zusammen, die das Land durchzogen und überall nUruhe hervorriefen. 1577 tauchte eine solche Bande wieder einmal in der Markgrafschaft auf. Ihre Mitglieder trugen rote Knöpfe. (Ein Muster wurde bei den Amtleuten herumgeschickt). Die Anführer trugen dieselben in etwas größerer Form an den Hüten. Im August des Jahres entstand in Gaggenau ein Großfeuer. Man vermutete, daß die Mordbrenner es angelegt hatten. Einen Monat darauf brachen drei Männer in schwarzen Mänteln in die Sakristei der Spitalkirche in Baden-Baden ein und raubten zwei Kelche, elf Meßgewänder und ein Stück einer Monstranz. Teuerungen und Seuchen machten wiederholt Sonderverordnungen notwendig. 1570 hatte man in Sponheim die Steuern stunden müssen. Über den Verlauf der Seuche von 1572 in der Markgrafschaft mußten der Kanzlei genaue Angaben über die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle gemeldet werden. 1574 grassierte wieder eine ansteckende Krankheit im Lande. Die Wirte wurden angewiesen, niemand aus einem von der Krankheit

befallenen Orte aufzunehmen. Allgemein wurde verboten, unsauberes Wasser auf die Straße zu schütten und tote Katzen, Hühner und dergleichen dort hinzuwerfen und die Schweine innerhalb der Stadt frei herumlaufen zu lassen. Die Räte nahmen die allgemeine Zeitläufe wahr, um sich über die Lebensführung der Bevölkerung auszulassen. Die Verfügungen sprachen von übermäßigem Zechen, Spielen und anderen Lastern. Einen Monat vor der Badener-Badener Synode vom Oktober 1573 ging vornehmlich an die Pfarrer aller Ämter hierüber ein besonderes Schreiben. Teuerung und Not des Jahres 1573 seien ohne Zweifel eine Strafe Gottes wegen Nichtachtung des seeligmachenden Wortes, das jetzt wieder rein und lauter nach alter apostolischer und katholischer Tradition gelehrt werde. Die Pfarrer wurden verpflichtet, ihre Pfarrkinder durch Lehre, Gottesdienst und gutes Beispiel zu einem ehrbaren Leben anzuhalten. Die Zeitgebrechen: Gotteslästerung, Unzucht, Trunkenheit, üppige Gastereien, Bankette und Hochzeiten, Putzsucht und Unehrlbarkeit in Handel und Gewerbe sei bei hohen und niederen Personen jeglichen Alters und Geschlechts derart eingerissen, daß zu befürchten sei, daß das Verderben „des gemain teutschen Lands allernächst vor der thür“ stehe. Die Priester sollten in der Predigt von den Lastern abmahnen und die von Gott verhängten zeitlichen Strafen mit Beispielen aus dem alten und neuen Testament, aus der Geschichte und den Kriegsnotén früherer und jetziger Zeiten belegen und erläutern. Aber das Volksleben wurde nicht völlig eingeeengt. Vierzehn Tage nach der großen Pfarrsynode 1573 fand in Baden-Baden ein großes Gesellen- und Bürstschießen statt. Es wurde öffentlich ausgeschrieben, und jederman, der Lust hatte daran teilzunehmen, wurde eingeladen. Ausländer sollten daran nicht teilnehmen. Nur Baden-Badener Untertanen, wenn sie mit einer Bürstbüchse ausgerüstet in Baden-Baden erschienen, wurden zugelassen. Im Juli desselben Jahres veranstaltete die Regierung sogar eine Lotterie. Sie stand unter Aufsicht der Regierung und des Stadtrates zu Baden-Baden. Das einzelne Los kostete sechs Kreuzer, elf Stück einen Gulden. Die Bekanntmachung der Lotterie erfolgte in den einzelnen Orten durch Glockenläuten und öffentlicher Verkündung der Bedingungen.

Das Wettschießen in Baden-Baden hatte ernstere Hintergründe. Auf eine gewisse Wehrhaftigkeit der Bevölkerung wurde Wert gelegt. So hatte man den Untertanen verboten, ohne Vorwissen der Herrschaft in fremde Kriegsdienste zu treten, damit im Notfalle das eigene Land nicht von kriegstüchtigen Männern entblößt sei. Als im Oktober 1579 die Markgrafschaft durch durchziehendes Kriegsvolk bedroht wurde, mußten sich die Untertanen in Bereitschaft halten. Sie wurden aufgefordert, sich mit Gewehren zu versehen. Musterungen wurden angesagt.

Das Regiment sah auch darauf, daß der Einzelne und die Gemeinden ihre öffentlichen Pflichten erfüllten. Wege, Stege und Brücken mußten in Ordnung gehalten werden. Auf Ansuchen der Forstknechte mußte man die Schweinehäge reparieren lassen. Die Amtleute zogen genaue Erkundigungen darüber ein, wieviele Gespanne, Karren und Wagen in den einzelnen Orten zu öffentlichen Dienstleistungen gestellt werden konnten.

Auf dem Reichstag von 1570 war eine neue Münzordnung veröffentlicht worden. Auf dem Kreistag zu Ulm war ihre Durchführung beschlossen worden. Alle ausländischen Münzen in der Markgrafschaft durften vom Sommer 1572 ab nur zu einem festgesetzten Kurs angenommen werden. Die Einbürgerung der Münzordnung dauerte aber eine gewisse Zeit. Alle Beamten wurden angehalten, darauf zu sehen, daß Steuern und Zinsen und alle in die herrschaftlichen Kassen laufenden Gelder in Silbermünzen entrichtet wurden. Die Bevölkerung wurde vor Wechseln gewarnt, die zu ihrem eigenen und der Herrschaft Schaden den armen Leuten die grobe Münze einwechselten. Die Maßnahmen, die das Vormundschaftsregiment auf dem Gebiete des Forstwesens vornahm, deuteten schon auf die späteren vorbildlichen Regelungen hin, die unter der Regierung Philipps II. in Angriff genommen wurden.

Noch weilte der junge Markgraf in Ingolstadt um sich für seine späteren Aufgaben vorzubereiten. Seine Anlagen ließen Außerordentliches von ihm erwarten. Sein Lehrer, der Superintendent der Universität, Probst Eisengrein, den Herzog Albrecht V. in früheren Jahren auf Wunsch des Kaisers als Hofprediger nach Wien gesandt hatte, schrieb über den jungen Markgrafen: „Markgraf Philipp ist bei dieser gar geringen Zahl katholischer

Fürsten ein Gewinn für ganz Deutschland und wird im Notfall Gut und Blut für die katholische Kirche einsetzen“.<sup>105</sup> Das Vormundschaftsregiment hatte zur Erhaltung, Stärkung und Vertiefung des Katholizismus in Baden-Baden sein Möglichstes getan. Es hatte sich bemüht, den staatlichen Anforderungen gerecht zu werden und die Verwaltung des Landes auf 'das beste zu regeln, und es suchte auch den Rahmen zu schaffen, in dem sich das Leben des jungen Fürsten abspielen sollte. Schon unter der Oberaufsicht des Statthalters Ottheinrich von Schwarzenberg wurde der Neubau eines Palastes und Umbauten am Schloß zu Baden-Baden begonnen.<sup>106</sup> Die Entwürfe stammten von Caspar Weinhardt aus Benediktbeuern, der auch in München schon Aufträge des Herzogs ausgeführt hatte. Auch in Rastatt nahm das Vormundschaftsregiment Erneuerungsarbeiten am Schloß vor.<sup>107</sup> Seit Oktober 1574 mußten die Untertanen zum Schloßbau in Baden-Baden Fronfahren leisten.

\* \* \*

Im Dezember des Jahres 1576 reichte Graf Schwarzenberg seine Entlassung ein. Sein Weggang aus Baden vollzog sich nicht ohne Trübung. Man warf ihm Unregelmäßigkeiten vor. Aber sogar das Entlassungsschreiben Jacobäas würdigte noch einmal seine Persönlichkeit. „Es befremdet uns“, schrieb die Herzogin Jacobäa an Graf Schwarzenberg“, daß Ihr uns der Undankbarkeit beschuldigt. Wir können uns nicht anders erinnern, als daß wir Euch und den Euren in vieler Weise Gnade und Gutes bewiesen haben. Es stimmt nicht, daß Ihr von anderer Seite in Euren Amtshandlungen und Eurer Ehre angegriffen worden seid, viel weniger können wir uns daran erinnern, daß wir Euch mit eigener Hand geschrieben haben, daß Eure Verwaltung schlecht sei, und daß wir deshalb Ursache hätten, uns darüber zu beklagen. Wir haben Eure Verwaltung in den Religionsangelegenheiten und Profansachen niemals gerügt, sondern nur gerühmt und gelobt. Wir hätten aber gerne gesehen, daß für unsere Enkel genau und wohl gewirtschaftet worden wäre. Daß wir an Euch und anderen

---

105. Riezler, Bd. IV., S. 586. M. R. A., Nr. 8, fol. 170 ff.

106. H. Krieg von Hochfelden, Die beiden Schlösser zu Baden, S. 59, 1851. J. Löser, Geschichte der Stadt Baden-Baden, 1891, S. 197 ff.

107. Schwarz, Ettlingen, S. 50/51.



Dienern jetzt solches ahnden, ist uns nicht zu verdenken. Weil es Eure Sache nie war, an einer Stelle hängen zu bleiben, sondern Euch anderwärts nach Diensten umzusehen, haben wir es auch jetzt dulden müssen, daß Ihr geht. Es ist aber auch nie unsere Absicht gewesen, Euch in irgend einer Weise in Eurer Wohlfahrt hinderlich zu sein, sondern sie nur zu befördern. So übergehen wir auch alles unnötige drum und dran, Aufkündigung Eurer Pflichten und was sonst damit zusammenhängt“<sup>108</sup>. Ottheinrich von Schwarzenberg trat in kaiserliche Dienste<sup>109</sup> und wurde Hofmarschall Kaiser Rudolfs II. Auch in seiner neuen Stellung wurde er mit Aufgaben die die Religionsfragen berührten, betraut. Schon in früheren Jahren hatte der Kaiser ihn mehrfach als Kommissar nach Hagenau geschickt, um gegen die dortigen protestantischen Umtriebe vorzugehen. 1576 wurde er in ähnlicher Mission in Kolmar verwandt. Aber schon 1581 holte ihn Herzog Wilhelm V. wieder in bayerische Dienste zurück. Er wurde Geheimer Rat, Land- und Großhofmeister und zum obersten Kämmerer ernannt.

Die Geld- und Deputatschulden, die er in der Markgrafschaft gemacht hatte, wurden ihm teilweise erlassen. Es handelt sich um eine Summe von 12303 fl., 8000 fl. hiervon mußte er in einem Zeitraum von acht Jahren zurückzahlen.<sup>110</sup> Die Vorkommnisse, die zu Schwarzenbergs Weggang führten, sind charakteristisch. Die Lebensführung höfischer Kreise der Zeit hatte Formen angenommen, die meist in krassen Mißverhältnissen zu den eigenen Einnahmen oder denen des Landes standen. Bedeuteten seine Schulden noch keine Schädigung für das Wohl einer größeren Gesamtheit, so brachten die Markgrafen Philipps II., der nun an seine Stelle trat, das Land in größte Gefahr. Sie stellte nach seinem Tode den Fortbestand der Markgrafschaft Baden-Baden zeitweise nicht nur in Frage, sondern im Zusammenhang mit der Staatskrise sollte für längere Zeit noch einmal der Protestantismus in der Markgrafschaft die Oberhand gewinnen.

---

108. Rosenthal, Bd. I., S. 114.

109. Nuntiaturreport III<sup>4</sup>, 173, 177. V. Pölnitz, S. 164, 169, 171.

110. G. L. A., Bd. 511, Nr. 480 = B. H. A., Baden, 7, fol. 391—394.

## Fünftes Kapitel.

### **Bayern verliert den unmittelbaren Einfluß in der Markgrafschaft.**

Im Februar 1517 übernahm Philipp II. persönlich die Regierung. Ebenso wie der Weggang Schwarzenbergs waren auch die äußeren Umstände bei der Ankunft des jungen Markgrafen in Baden-Baden für die kommende Entwicklung der Verhältnisse in der Markgrafschaft bezeichnend. In dem Brief, in dem Philipp II. Herzog Albrecht seine Ankunft in der Markgrafschaft meldete, mußte er sich gleichzeitig entschuldigen, daß sich diese Ankunft verzögert habe, da er sich am württembergischen Hofe zu lange aufgehalten hätte.<sup>1</sup> Es zog ihn also damals schon nicht in die Markgrafschaft. Er verweilte lieber außerhalb seines Landes. In München betrachtete man diese Neigungen mit Besorgnis und Albrecht V. schickte in den ersten Jahren von Philipps Regierung Mahnbrieфе aller Art, um ihn zu einer strengen Auffassung seiner Pflichten zu bewegen. Er beanstandete sogar dessen religiöse Haltung. Die Klagen zeigen aber auch, in welcher kleinlichen Weise man den jungen Markgrafen beaufsichtigen ließ und in welcher Abhängigkeit von den Münchner Verwandten er sich zunächst noch befand. So erhielt Philipp im Dezember 1578 einen Brief, in dem es hieß: „Anders als bisher geschehen, schickt ihr euch in Sachen unser allgemeinen heiligen römischen und katholischen Religion, die bei euer Liebden faßt erkaltet ist, wie wir glaublich berichtet wurden und auch selber merken. Wenn man in der Kirche war, so seid ihr in der Vorhalle spazieren gegangen. Wie sonst, und wie ihr das schuldig seid und darüber Befehl erhalten habt, sollt ihr gehorsam sein und solches auch durch Werke beständig erweisen. Alsdann werden auch wir uns in jeder Weise gebühr-

---

1. G. L. A., Bd. 512, Nr. 1 = B. H. A., Baden, 8 fol. 181—182.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 9 = B. H. A., Baden, 2 fol. 132 f.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 13 = B. H. A., 8 fol., 187—188.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 14 = B. H. A., Baden, 8 fol. 189—190.

lich zu zeigen wissen“. Diese Bevormundung ließ natürlich im Laufe der Jahre nach, aber der bayerische Einfluß am baden-badener Hofe blieb außerordentlich stark. Es ist in diesem Sinne verständlich, daß sich Philipp auf Reisen wohler fühlte, wo er freier war als in seinem eigenen Lande.

Der Regierungsantritt Philipps II. stellte zunächst den Höhepunkt des Rekatholisierungswerkes in der Markgrafschaft dar. Entsprechend dem Fortgang der Gegenreformation in Bayern hatten die Herzöge im Lauf eines halben Jahrhunderts auch in der Markgrafschaft die Reformation zunächst zum Stillstand gebracht und dann in der zweiten Vormundschaft in den Jahren 1569—77 die alte Lehre wieder aufgerichtet. Jetzt, nachdem Bayern selbst an die Spitze der katholischen Partei in Deutschland getreten war und nun seine ganze Außenpolitik auf die Zurückdrängung und Vernichtung des Protestantismus einstellte, sollte auch die Markgrafschaft in das außenpolitische System mit einbezogen werden. Die Zahl der katholischen Dynastien in Deutschland war sehr klein geworden. Außer Bayern, der baden-badischen Markgrafschaft und dem Haus Cleve zählten sonst nur noch die geistlichen Fürstentümer zu den katholischen Territorien. Eine zweifache Verbindung sollte die Beziehung zwischen Cleve und Baden-Baden enger gestalten. Johann Wilhelm von Jülich-Cleve heiratete eine baden-badische Markgräfin Jakoba, und Philipp II. sollte mit dessen Schwester eine Ehe eingehen. Diese von Bayern begünstigte Heiratspolitik stand im Zusammenhang mit der Stärkung bayerischen Einflusses am Niederrhein. Aber auch am Oberrhein, ja selbst in den markgräflichen Gebieten, versuchte Bayern über die Markgrafschaft Baden-Baden hinaus auch in den baden-durlachschen Gebieten Einfluß zu gewinnen. Diesem Ziel stand es sehr nahe, als es gelang, Jacob III. von Baden-Durlach zur Konversion zu bewegen. Aber hier wie auch in der Markgrafschaft Baden-Baden erfuhren die katholischen Bestrebungen Bayerns schwere Rückschläge. Philipp II., auf den man am bayerischen Hofe und in Rom so große Hoffnungen gesetzt hatte, dessen katholische Gesinnung man überschwänglich lobte und pries, starb 1588 nach einer erst zehnjährigen Regierung. Jakob den III. von Baden-Durlach, der zwei Jahre später durch seinen Übertritt zum Katholizismus in die Bahnen des jungen baden-badischen Mark-

grafen einlenkte, ereilte ebenfalls wenige Wochen nach der Konversion der Tod. In beiden Fällen mußte Bayern noch einmal all seinen Einfluß geltend machen, um die Erhaltung des Katholizismus in den Gebieten der beiden Markgrafen zu sichern. Jacob III. hinterließ nur unmündige Kinder, für die er noch auf dem Totenbette Herzog Wilhelm und Graf Karl von Hohenzollern zu Vormündern bestellt hatte. Philipp II. war kinderlos gestorben und die Markgrafschaft fiel an Eduard Fortunatus, den Sohn seines Bruders Christoph. Christoph selbst war schon im Jahre 1575, also noch während der zweiten Vormundschaft gestorben.<sup>2</sup> Während seiner letzten Lebensjahre hatte sich durch den Sturz König Erichs von Schweden, der 1569 abgesetzt worden war, noch einmal die Haltung des schwedischen Hofes gegenüber seiner Gattin geändert. Auf die Einladung des neuen Königs hin, waren Markgraf Christoph und Cäcilia 1571 wieder nach Schweden gegangen. Christoph kehrte aber 1573 allein nach Rodenmachern zurück, um sich den Angelegenheiten der Herrschaft zu widmen. Zwei Jahre darauf ereilte ihn ganz unerwartet der Tod.<sup>3</sup> Er hatte testamentarisch Bischof Marquard und Speyer und Markgraf Karl von Baden-Hochberg zu Vormündern über seine fünf Söhne bestimmt.<sup>4</sup> Die Witwe Cäcilia Wasa hatte er von der Vormundschaft ausgeschlossen. Cäcilia Wasa hatte die Ausschließung in jahrelangen Prozessen angefochten und auch schließlich die Zuziehung zur Vormundschaft durchgesetzt.<sup>5</sup> Als es Cäcilia gelang, die letztwilligen Verfügungen ihres Gemahls umzustößen, lehnte Bischof Marquard eine weitere Teilnahme an der Vormundschaft ab. Die Verhältnisse der Besitzungen Markgraf Christophs I. waren völlig zerrüttet. Der Bischof und Markgraf Karl von Baden-Durlach hatten versucht, in die Hinterlassenschaft etwas Ordnung zu bringen. Nachdem Cäcilia Wasa wieder Einfluß auf die Verwaltung der Herrschaft er-

---

2. G. L. A., Bd. 511, Nr. 474c = B. H. A., Baden, 8 fol. 220.

3. Brunner, Cäcilia Wasa Z. G. O. Rh., NF., XV., 1900. Wilhelm Teichmann, Markgräfin Cäcilia Wasa, die Pyramide 18. Jahrgang, Nr. 14. 1929.

4. G. L. A., Bd. 511, Nr. 474 = B. H. A., Baden, 8 fol. 212—214. G. L. A., Bd. 511, Nr. 474b = B. H. A., Baden, 8 fol. 217.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 474a2 = B. H. A., Baden, 8 fol. 115 f.

5. G. L. A., Bd. 512, Nr. 116b = B. H. A., Baden, 11 fol. 116 f.



lang hatte, rissen wieder dieselben Mißstände wie vorher in Rodenmachern ein. Sie selbst lebte mit ihren Söhnen in Schweden, und hatte dort ihren eigenen Hofhalt. Rodenmachern ließ sie durch schwedische Anwälte verwalten. Auch sie taten nichts gegen die übergroße Verschuldung der Herrschaften. So sah sich Cäcilia Wasa schließlich gezwungen, 1579 selbst wieder nach Rodenmachern überzusiedeln. Im gleichen Jahr hatte sich Bischof Marquard an die Verwandten der Kinder gewandt, um sie zum Eingreifen in Rodenmachern zu bewegen.<sup>6</sup> Er einigte sich mit Bayern, Baden-Baden und Kurpfalz über ein gemeinsames Vorgehen. Es begannen langwierige Verhandlungen, geeignete Vormünder zu finden.<sup>7</sup> Pfalzgraf Ludwig und Markgraf Philipp II. von Baden-Baden wollten nicht in die Vormundschaft eintreten. Johann von Veldenz, der anfangs zustimmte, lehnte dann aber seine Teilnahme ab, da er sich in Fragen der Religion nicht binden konnte. Bayern schlug Pfalzgraf Johann von Simmern, Graf Peter Ernst von Mansfeld und Herzog Ludwig von Württemberg vor. Da aber eine streng katholische Erziehung der Kinder auch durch sie nicht gesichert schien, stimmte Markgraf Philipp II. gegen sie.<sup>8</sup> Schon während ihres schwedischen Aufenthaltes hatte sich Cäcilia Wasa unter dem Einfluß König Johanns, der den Wiederanschluß Schwedens an Rom suchte, dem Katholizismus genähert. Sie spielte teilweise die Vermittlerrolle mit der Kurie, und die Depeschen des spanischen Unterhändlers Eraso gingen durch ihre Hand. Papst Gregor XIII. hatte ihr Unterstützung in den rodenmachernschen Angelegenheiten zugesagt. Mit ihrer Zustimmung bat Philipp II. schließlich Herzog Wilhelm V. von Bayern und Herzog Karl von Lothringen, die Kinder vorläufig

---

6. G. L. A., Bd. 512, Nr. 23 = B. H. A., Baden, 10 fol. 5—6.  
G. L. A., Bd. 512, Nr. 23a = B. H. A., Baden, 10 fol. 1—4.

7. G. L. A., Bd. 512, Nr. 27a = B. H. A., Baden, 10 fol. 21—25.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 465 = B. H. A., Baden, 8 fol. 98—104.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 468a = B. H. A., Baden, 7 fol. 379—380.

G. L. A., Bd. 511, Nr. 472 = B. H. A., Baden, 7 fol. 386—390.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 18 = B. H. A., Baden, 8 fol. 126 f.

8. G. L. A., Bd. 512, Nr. 54 = B. H. A., Baden, 10 fol. 30.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 58a = B. H. A., Baden, 10 fol. 43—45.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 74 = B. H. A., Baden, 11 fol. 16.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 74a = B. H. A., Baden, 11 fol. 18—23.

aufzunehmen.<sup>9</sup> Vier Jahre verstrichen aber, ehe ein Ergebnis erzielt wurde. Erst als auch Alexander von Parma, der Generalgouverneur der Niederlande und die luxemburgische Regierung an Bayern und Lothringen herantraten, fand die Angelegenheit endlich eine Regelung.<sup>10</sup> Herzog Karl von Lothringen und Wilhelm V. nahmen die Vormundschaft an.<sup>11</sup> Gegen die Lebensführung der Mutter waren in den letzten Jahren erneut Bedenken erhoben worden, die eine Klärung der Vormundschaftsfrage um so dringender erscheinen ließen.<sup>12</sup> Gleichzeitig hatte sich Cäcilia Wasa den bayerischen und katholischen Einflüssen aber noch stärker geöffnet und vollzog den förmlichen Übertritt zum Katholizismus. Ihre Söhne, die in Ingolstadt erzogen wurden, folgten ihr 1584. Die Verwaltung der Herrschaft war Jakob von Rolingen übertragen worden. Die Verhandlungen über die Erziehung der Söhne und die Regelung der Ebschaft waren noch nicht beendet,<sup>13</sup> als im Juni 1588 Markgraf Philipp II. starb und nun Eduard Fortunatus, der älteste der fünf Söhne Christophs von Rodenmachern sein Erbe wurde.

Bayern war fest entschlossen, wie schon zweimal im Laufe der baden-badischen Geschichte die schon eroberte Position nicht aufzugeben. Es setzte sofort als rechtmäßiger Vormund der Erben ein neues Regiment ein, an dessen Spitze Graf Christoph von Schwarzenberg berufen wurde.<sup>14</sup> Am 19. Juli 1588

---

G. L. A., Bd. 512, Nr. 58b = B. H. A., Baden, 10 fol. 46—47.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 58c = B. H. A., Baden, 10 fol. 48—51.

9. G. B. L., Bd. 512, Nr. 56 = B. H. A., Baden, 10 fol. 60—64.

10. B. L. A., Bd. 512, Nr. 57 = B. H. A., Baden, 11 fol. 9—10

G. L. A., Bd. 512, Nr. 68 = B. H. A., Baden, 10 fol. 88—90.

11. B. L. A., Bd. 512, Nr. 54a = B. H. A., Baden, 10 fol. 32—33.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 54b = B. H. A., Baden, 10 fol. 34.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 55 = B. H. A., Baden, 10 fol. 38—41.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 55a = B. H. A., Baden, 10 fol. 54—58.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 83 = B. H. A., Baden, 10 fol. 110.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 84 = B. H. A., Baden, 10 fol. 111.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 85 = B. H. A., Baden, 10 fol. 113—114.

12. G. L. A., Bd. 512, Nr. 93 = B. H. A., Baden, 10 fol. 130—131.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 95 = B. H. A., Baden, 10 fol. 136—137.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 97f = B. H. A., Baden, 10 fol. 146—147.

13. B. L. A., Bd. 512, Nr. 94 = B. H. A., Baden, 10 fol. 133—135.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 107b = B. H. A., Baden, 10 fol. 193—195.

14. G. L. A., Bd. 512, Nr. 261 = B. H. A., Baden, 14 fol. 48—50.

richteten die badischen Untertanen nach der Testamenteröffnung an die Vormundschaft eine Supplikation, in der sie die Bezahlung ihrer Forderungen an den verstorbenen Markgrafen aus der Hinterlassenschaft forderten.<sup>15</sup> Zwei Tage darauf übergaben die badischen Räte ihrerseits den Beauftragten Bayerns ein Memorial über den Stand der Land- und Regimentssachen.<sup>16</sup> Sie legten dar, daß man sie nicht verantwortlich machen könne, wenn die Schuldenlast so groß sei. Oftmals hätten sie ihren Herrn beschworen, sparsam zu wirtschaften. Mit der Freimütigkeit, mit der die bayrischen Räte einst Herzog Albrecht V. seine Charakterfehler und die daraus folgernden schweren Gefahren für die Regierung darstellten, hatten die badischen Räte Philipp auf seinen weiten Reisen die bewegtesten Klagen nach Rom wie nach Brüssel nachgesandt, und ihm die wachsende Schuldenlast vorgehalten.<sup>17</sup> Sie hatten das ihrige getan. Der Staatsbankrott, der vor der Türe stand, war nicht ihnen zuzuschreiben. Nun zählten sie wie zur Entschuldigung die vielen Verordnungen auf, die sie in den letzten Jahren verfaßt hatten.<sup>18</sup>

Fortunatus aber, der neue Herr der Markgrafschaft, war seinem Vater und seiner Mutter ähnlich. Es fehlte ihm Liebe, Lust und Energie, sich den Verhältnissen zu beugen und durch eine sparsame, umsichtige Regierung das Land aus der schlimmen Situa-

---

G. L. A., Bd. 512, Nr. 262 = B. H. A., Baden, 13 fol. 149—157.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 268a = B. H. A., Baden, 13 fol. 178.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 269 = B. H. A., Baden, 14 fol. 80—84.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 269a = B. H. A., Baden, 14 fol. 85—87.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 269b = B. H. A., Baden, 14 fol. 88—89.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 269d = B. H. A., Baden, 14 fol. 100—102.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 271 = B. H. A., Baden, 14 fol. 116—118.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 274a = B. H. A., Baden, 14 fol. 130.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 274b = B. H. A., Baden, 14 fol. 132.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 301 = B. H. A., Baden, 14 fol. 300.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 301a = B. H. A., Baden, 14 fol. 304.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 313 = B. H. A., Baden, 14 fol. 332—335.

15. G. L. A., Bd. 512, Nr. 275a = B. H. A., Baden, 14 fol. 143—151.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 277 = B. H. A., Baden, 14 fol. 183—185.

16. G. L. A., Bd. 512, Nr. 280 = B. H. A., Baden, 13, fol. 310—314.

17. Gothein, Die badischen Markgrafschaften, S. 31.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 160 = B. H. A., Baden, 11, fol. 227—233.

G. L. A., Bd. 512, Nr. 160a = B. H. A., Baden, 11, fol. 234.

18. G. L. A., Bd. 512, Nr. 280a = B. H. A., Baden, 13, fol. 305—306.

tion, in der es sich befand, herauszuführen. Obwohl Fortunatus volljährig war, zeigte er zunächst keine Neigung, die Regierung anzutreten.<sup>19</sup> Er lebte am polnischen Königshof, der mit dem schwedischen Hause verwandschaftlich verbunden war. In Baden war dies dem Regiment nur angenehm. Die verzweifelte finanzielle Lage des Landes wurde von Tag zu Tag offener. Die Gläubiger, unter ihnen Max Fugger, meldeten immer drängender ihre Forderungen an.<sup>20</sup> Der Statthalter Graf Christoph von Schwarzenberg äußerte schon im August 1588<sup>21</sup> in einem Bericht an Herzog Wilhelm V.: „Würde den Untergang dieses Fürstentums nit gern sehen.“ Zu allem ließen noch die Erbschaftsansprüche Cäcilia Wasas, des Landgrafen von Leuchtenberg, dessen Gattin Maria Salome eine Tochter Markgraf Philiberts war, und der Herzogin Jakoba von Jülich-Cleve langwierige Auseinandersetzungen voraussehen.<sup>22</sup> Von den Verhältnissen wurden aber nicht nur die Landesverwaltung betroffen, sondern alle Teile der Bevölkerung. Zunächst verweigerte die Landschaft die Zahlung der ihr von Philipp II. auferlegten zwanzigjährigen Schatzung.<sup>23</sup> Da noch keine Erbhuldigung erfolgt war, fehlte dem Regiment die rechtliche Handhabe, dagegen etwas zu unternehmen. Die Erbhuldigung mußte mehrmals verschoben werden, da die kaiserliche Bestätigung der Vormundschaft sich immer wieder verzögerte.<sup>24</sup> Als sie endlich eingetroffen war, ergab sich die neue Schwierigkeit, daß Fortunatus nicht in der Markgrafschaft anwesend war.<sup>25</sup> Er reiste aus Polen ab.

---

19. G. L. A., Bd. 512, Nr. 267 = B. H. A., Baden, 14, fol. 77.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 320 = B. H. A., Baden, 14, fol. 364.

20. G. L. A., Bd. 513, Nr. 310 = B. H. A., Baden, 14 fol. 326.

21. G. L. A., Bd. 513, Nr. 313 = B. H. A., \*Baden, 14, fol. 332—335.

22. G. L. A., Bd. 513, Nr. 405 = B. H. A., Baden, 15, fol. 235.

23. G. L. A., 513, Nr. 332 = B. H. A., Baden, 14, fol. 401.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 333 = B. H. A., Baden, 16, fol. 3.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 333a = B. H. A., Baden, 16, fol. 5.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 347 = B. H. A., Baden, 14, fol. 444.

24. G. L. A., Bd. 513, Nr. 323 = B. H. A., Baden, 14, fol. 377—378.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 323a = B. H. A., Baden, 14, fol. 379 ff.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 339 = B. H. A., Baden, 14, fol. 365—356.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 343 = B. H. A., Baden, 16, fol. 13.

G. L. A., Bd. 513, Nr. 345 = B. H. A., Baden, 14, fol. 430.

25. G. L. A., Bd. 513, Nr. 405 = B. H. A., Baden, 15, fol. 235.



Die Dinge traten jetzt in ein entscheidendes Stadium. Für Bayern stand sehr viel auf dem Spiel. Nach dem Tode Markgraf Karls II. von Baden-Durlach war 1577 die Markgrafschaft unter Karls drei minderjährige Söhne, Ernst-Friedrich, Jakob und Georg-Friedrich geteilt worden. 1584 hatten sie die Regierung angetreten. Ernst-Friedrich, der älteste in der unteren Markgrafschaft, Jakob III. in Hachberg und Georg. Friedrich in Rötteln, Sausenberg und Badenweiler. Wenige Jahre nach Antritt der Regierung machten sich bei Jakob III. katholische Neigungen bemerkbar. Bestärkt wurde er darin durch seinen Rat Johann Pistorius. Der kaiserliche, der Münchner Hof und die Kurie suchten ihn zum offenen Übertritt zu bewegen. Seine Brüder, strenge Anhänger der neuen Lehre, suchten dies mit allen Mitteln zu verhindern. Zum großen Ärger der Münchner Regierung trat Eduard Fortunatus sofort nach seiner Ankunft in Baden-Baden mit dem durlachschen Hof in Verbindung. Diese Verhandlungen, waren Bayern äußerst unangenehm und zwangen es zur höchsten Vorsicht. Die Vermittlerrolle zwischen dem Vormundschaftsregiment und Eduard Fortunatus übernahm Johann Pistorius. Der Statthalter Graf Christoph von Schwarzenberg zeigte keine Eile. Man versuchte, Fortunatus, dessen bisheriger liederlicher Lebenswandel die schlimmsten Befürchtungen erweckte von der eigentlichen Regierungsübernahme fernzuhalten. Da ein Erbvergleich zwischen ihm und seinen noch unmündigen Brüdern noch nicht abgeschlossen war, sollte er erklären, daß er nur beabsichtige, Statthalter zu werden, und „in der Herren Vormunder Willen stehen wolle“.<sup>26</sup> Man gedachte ihm dann eine „qualifizierte“ Persönlichkeit an die Seite zu stellen, deren Rat er respektieren mußte. Christoph von Schwarzenberg berichtete nach München: der (gemeint war jene Persönlichkeit) könnte ir Fürstlich Gnaden mit bescheidenheit regieren“.<sup>27</sup> Fortunatus schien nicht abgeneigt. Er forderte dagegen nur seine Ausrufung zum Statthalter, bevor die Stände den Vormündern huldigten. Pistorius riet wegen der Gefahren, die für das Land und den Katholizismus bestanden, auf die Forderung einzugehen. Die Vormunde Herzog Wilhelm V.

---

26. G. L. A., Bd. 513, Nr. 407 = B. H. A., Baden, 15, fol. 244—247.

27. Wie Anmerkung 26.

und Herzog Karl von Lothringen stellten fest, daß die Erbhuldigung ihnen und nicht den Mündeln gelten sollte.<sup>28</sup> Außerdem verlangte man eine schriftliche Erklärung von Markgraf Fortunatus seine religiöse Haltung<sup>29</sup> Fortunatus wollte sich aber nur mündlich erklären. Trotzdem kam ein Vertrag zustande.<sup>30</sup> Der Markgraf erklärte sich bereit, unter Kuratel zu stehen. Er erkannte die ihm auferlegten Einkommensbeschränkungen an. Außerdem verpflichtete er sich, nichts ohne Zustimmung der Räte vorzunehmen, insbesondere nichts an dem Religionszustand der Markgrafschaft zu ändern.

Die Bedenken, die die Vormünder in bezug auf die religiöse Haltung Fortunatus hegten, waren nicht ungerechtfertigt. Hinter ihm stand Ernst-Friedrich von Baden-Durlach. Er beriet und drängte ihn. Ebenso hing die Hoffnung des protestantisch gesinnten Teils der Bevölkerung an seinem Regierungsantritt. Die Lage des Katholizismus in der Markgrafschaft war auch während der Regierung Philipps II. nicht viel besser geworden, als unter dem zweiten Vormundschaftsregiment. Noch immer zeigten weite Teile der Bevölkerung protestantische Neigungen, wenn auch äußerlich der katholische Kultus herrschend war. Gerade gegen Ende der Regierung Philipps II. hatte die Kanzlei eine Reihe von Ordnungen und Gesetzen entworfen, die sich auf die Religion bezogen und die eine weitere Verbesserung der Zustände herbeiführen sollten. Sie waren aber in den meisten Fällen noch nicht zur Durchführung gebracht worden, als Philipp II. starb.<sup>31</sup> Auch ein Gutachten des Hofpredigers Franz Bornius von Madrigal, das er kurz nach Philipps Tode für Herzog Wilhelm verfaßte, schildert die religiösen Zustände in der Markgrafschaft nicht im besten

---

28. G. L. A., Bd. 513, Nr. 415 = B. H. A., Baden, 15, fol. 280—284.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 415<sup>1</sup> = B. H. A., Baden, 15, fol. 286—291.

29. G. L. A., Bd. 513, Nr. 419 = B. H. A., Baden, 17, fol. 3—4.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 420 = B. H. A., Baden, 15, fol. 307—311.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 420a = B. H. A., Baden, 15, fol. 312—315.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 420a<sup>1</sup> = B. H. A., Baden, 15, fol. 317—318.

30. G. L. A., Bd. 513, Nr. 420b<sup>1</sup> = B. H. A., Baden, 15, fol. 326—330.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 420c = B. H. A., Baden, 17, fol. 5.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 420d = B. H. A., Baden, 17, fol. 21—24.

31. G. L. A., Bd. 512, Nr. 280 = B. H. A., Baden, 13, fol. 310—314.  
Carlebach, Badische Rechtsgeschichte Bd. II, S. 20.

Lichte.<sup>32</sup> Bornius urteilt zweifellos einseitig und kurzsichtig. Aber auch der Probst des badener Stiftes kommt in Berichten an den bayerischen Kanzler Johann Nadler zu ähnlichen Urteilen. Was er beklagte, war, daß Märkte an Feiertagen stattfanden und ebenso die stillen Handwerker an Fest- und Feiertagen arbeiteten. Die Schuldenlast der Klöster habe nicht abgenommen. Die Haltung der Priester lasse immer noch zu wünschen übrig. Schon um des guten Beispiels willen müsse man sie vom Konkubinat freihalten. Um eine allgemeine, strenge Überwachung zu ermöglichen, riet er zur Einsetzung eines geistlichen Magistrates, der in Gemeinschaft mit den weltlichen Räten ständige Visitationen durchführen sollte. Über das Seminar, das Philipp II. gegründet hatte, berichteten sie nicht nur Gutes. Bornius hielt es überhaupt für eine verfehltete Gründung und schlug vor, die Mittel, die man zur langjährigen Heranbildung einer recht kleinen Zahl von Knaben aus den Kompetenzen und Benefizien der Pfarreien aufbringe, zur Besoldung sofort brauchbarer Geistlicher zu verwenden. Auch Hoffmann war mit den Leistungen der Schule nicht zufrieden, bat aber den bayrischen Kanzler Johann Nadler, die drei weltlichen Lehrer, die angestellt waren, durch Jesuiten zu ersetzen.<sup>33</sup>

Vieles war also auf kirchlichem Gebiete in der Markgrafschaft noch zu tun. In Bayern gab man nur sehr ungern seine Unterschrift zu dem Vertrag, durch den man Fortunatus“ auf das Haus Baden installieren mußte“. Der bayerische Kanzler Nadler bemerkte bitter am Rande der Urkunde: „Nur allzu früh“. Als Fortunatus einen Jesuiten als Beichtvater erhielt, schrieb Graf Christoph von Schwarzenberg sichtlich erlöst und befriedigt nach München: „Mir deucht, daß durch den abgeschlossenen Vertrag das Ansehen der Vormunde in Baden nur gemehrt wurde“. „Dan mich deucht, der Herrn Vormunde Hoheit sei mit diesem füngelaufenen Verg nur gemert als gemündert. So ist den Badern das Herz auch allpereit entfallen“. Und an Lichtmeß ging dann auch Fortunatus und das Hofgesinde in der Prozession mit. Aber der weitere Verlauf der Dinge nahm das befürchtete Gepräge an. Schwarzenbergs Berichte nach München wurden immer zynischer. Man war von Fortunatus' Vater

---

32. G. L. A., Bd. 512, Nr. 284 = B. H. A., Baden, 14, fol. 227.

33. G. L. A., Bd. 513, Nr. 307 = B. H. A., Baden, 13 fol. 328.

und von seiner Mutter her allerlei gewohnt. Erinnerungen aus ihrem bewegten Leben mochten auftauchen, Szenen, wie Christoph und Cäcilia Wasa als Gäste des englischen Hofes im Theater als Schuldenmacher verspottet wurden und wie schließlich Christoph von Rodenmachern in Rochester in Schuldhaft gesetzt wurde, während man das Gepäck der Markgräfin und ihrer Hofdamen bei ihrer Abreise aus England pfändete. Graf Schwarzenberg schrieb an den Kanzler Nadler im Anfang des Jahres 1589: „In sonder liber Herr Nadler aus der Herrn Schreiben vernahm ich, daß man eine Heirat mit Jülich in Aussicht nimmt. So vermeine ich, sie wird zu fromm sein, denn meines Erachtens so bedürfte es eines scharfen Hofmeisters, ich erachte Maximiliana dazu tauglicher als Gilch. Nicht weiß ich, wie man gesinnt ist, ob man heiraten will oder ein Klosterleben anfangen. Ich wüßte schon, wie man die Sache hier anzufangen hätte. Eine Hofmeisterin müssen wir haben, und je bald, je besser. Ich ließe mich wahrlich zu einem Kuppler gebrauchen“.

Ehe auf diese Anregung eine Antwort aus München eintraf, veränderte sich in Baden-Baden die Lage vollständig. Am zehnten Februar 1589 sollte die Erbhuldigung stattfinden. Schon begab sich der Hof und die Regierung in feierlichem Zug auf das Rathaus, als der Rat ihm entgegenkam und erklärte, die Gemeinde sei im Aufruhr und weigere sich, die Huldigung zu vollziehen. Zoll, Umgeld, Schatzung und anderes, „was ihre Polizei zuwider sei“, müsse abgestellt werden. Es blieb nichts anderes übrig, als umzukehren. Die Räte bestürmten Fortunatus, mit Vorschlägen, wie gegen den Ungehorsam vorgegangen werden könne. Fortunatus kam das Ganze aber nur erwünscht. Vielleicht war es sogar nicht ohne seine heimliche Mitwirkung erfolgt. Er weigerte sich wenigstens energisch, auf die Vorschläge der Vormundschafträte einzugehen. Dagegen wünscht er, sofort zu seinen Brüdern nach München zu reisen.<sup>34</sup> Anfang März begannen dort die Verhandlungen über die Forderungen des Markgrafen nach Erbteilung und Übernahme der vollen Regierungsgewalt durch seine Person. Die bayerische Regierung konnte sich diesen

---

34. G. L. A., Bd. 513, Nr. 423b = B. H. A., Baden, 17, fol. 39.  
G. L. A., Bd. 513, Nr. 423b' = B. H. A., Baden, 17, fol. 41—44.



Forderungen nicht widersetzen. Innerhalb eines Monates kam der Erbvergleich zustande. Markgraf Fortunatus kehrte nach Baden zurück. Damit war das vorläufige Schicksal des Landes festgelegt. Fortunatus machte weiter Schulden. Bayerns direkter Einfluß auf die Markgrafschaft war ausgeschaltet. Das Gesetz des Händelns lag jetzt bei den durlachschen Verwandten. Umso wichtiger wurde jetzt der Übertritt Markgraf Jakobs III. von Baden-Hochberg zum Katholizismus.<sup>35</sup> Im November 1589 und Februar 1590 fanden in Baden-Baden und Emmendingen auf seine Veranlassung hin Religionsgespräche statt, an denen die Geistlichen seiner Markgrafschaft Hochberg, er selbst und seine sämtlichen weltlichen Beamten teilnahmen. Nach der siebenten Sitzung des Emmendinger Colloquiums erklärte er sich von den Argumenten der katholischen Theologen überzeugt. Im Juli desselben Jahres trat er als erster weltlicher Fürst vom Protestantismus wieder zum Katholizismus über. Der Schritt erregte in Deutschland ungeheures Aufsehen. In Rom hielt Sixtus V. auf die Nachricht hin ein Dankfest ab. Die Münchner Regierung hoffte, daß die Lage des Katholizismus am Oberrhein und besonders in der Markgrafschaft Baden-Baden trotz der unzuverlässigen Persönlichkeit Markgraf Fortunatus' und der schwierigen Lage des Landes sich günstig beeinflussen ließe. Aber auch diese Hoffnung wurde zunichte. Einen Monat nach seinem Übertritt zur alten Kirche starb Jakob III. Zwar hatte Jakob III. die katholische Erziehung seiner Kinder bestimmt, aber Markgraf Ernst und Georg-Friedrich, seine Brüder, setzten sich in rigorosester Weise über den Willen Jakobs III. hinweg. Entgegen den Testamentbestimmungen bemächtigten sie sich der Kinder und ließen sie evangelisch erziehen. Die Vormunde Herzog Albrecht V. und Graf Karl von Zollern, die Jakob III. von Baden-Durlach noch vor seinem Tode bestellt hatte, konnten gegen das Vorgehen der durlachschen Markgrafen nur den Weg der Klage beschreiten. Wie in dieser Angelegenheit, so verschob sich auch in der Markgrafschaft Baden-Baden der Kampf um die Erhaltung des Katholizismus nach der Seite einer Rechts-

---

35. Eugen Schmell, Zur Geschichte der Konversion Jacob III. Freiburg. Diöz. Arch. NF. Bd. IV, Vierordt, Bd. II. Weech, Z. G. O. Rh. NF. VII.

36. Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges. Bd. IV. S. 29—44 und Bd. V. S. 63—119.

auseinandersetzung zwischen Bayern und Baden-Durlach. 1591 waren die Verhältnisse in der Markgrafschaft Baden-Baden unter Fortunatus derart unhaltbar geworden, daß Markgraf Ernst-Friedrich von Baden-Durlach sich zum Einschreiten berechtigt glaubte. Da Fortunatus, um die verzweifelte finanzielle Lage der Markgrafschaft zu beheben, das Land zu verpfänden suchte, besetzte 1594 Ernst-Friedrich das Land seines Veters. Er glaubte sich dazu auf Grund des Teilungsvertrages von 1515 berechtigt, der die Teilungspartner und ihre Nachkommen verpflichtet hatte für die Schulden des Anderen Aufzukommen, wenn durch diese Schulden der Besitzstand des gesamt markgräflichen Hauses gefährdet war. Der privatrechtliche Streit griff sofort auf das Gebiet der Religion über, denn Bayern machte sich zum Anwalt der Sache Markgraf Fortunatus'. Ebenso gelang es Markgraf Ernst-Friedrich, die protestantischen Kräfte zu mobilisieren. Jahrelang beschäftigten sowohl der Streit über die Erziehung der Töchter Jakobs III. wie die badische Okkupation die kaiserliche Kanzlei und das Reichskammergericht Felix Stieve hat uns im vierten und fünften Bande der Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges eine eingehende Darstellung der bayerischen Politik in diesen Angelegenheiten gegeben.<sup>36</sup> — Die Unions- und Reichstagsakten der Jahre 1611 und 1612 spiegeln klar wieder, welche zeitgenössische Beurteilung die sogenannten badischen Händel fanden. Sofort nach der Okkupation Baden-Badens hatte Markgraf Ernst-Friedrich begonnen, die Reformation in der Markgrafschaft durchzuführen. Sein Bruder Georg-Friedrich, der 1604 sein Nachfolger wurde, hatte an der Politik und den Maßnahmen seines Vorgängers nichts geändert. Zwar hatten beide dem Kaiser Reverse ausgestellt, nichts gegen den Katholizismus in der Markgrafschaft Baden-Baden zu unternehmen, aber trotzdem nahm die Reformation in der Markgrafschaft ihren Fortgang. Die Union war gegen die Art des Vorgehens der Brüder gewesen und wollte sie vor übereilten Schritten zurückhalten.<sup>37</sup> Georg-Friedrich suchte dagegen einen Druck auf sie auszuüben, indem er ihr mitteilen ließ, man bemühe sich, ihn von ihr zu trennen.<sup>38</sup> Am Kaiserhof suchte er gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, daß in der Markgraf-

---

37. Briefe und Akten 2. Reihe Bd. X, Nr. 125.

38. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. IX, Nr. 305.

schaft keine Verstöße gegen den Revers stattfänden. Er trat den Gerüchten entgegen, daß katholische Priester ihres Glaubens wegen vertrieben würden. Es sei zwar den Gemeinden freigestellt, sich zu der einen oder anderen Konfession zu bekennen, aber die katholischen Priester könnten in gemischt-konfessionellen Gemeinden bleiben, oder würden aus Gemeinden, die rein lutherisch seien, nach anderen Orten versetzt.<sup>39</sup> Trotzdem warnte ihn die Union. Als sie ihre Haltung nicht änderte, stellte Georg-Friedrich sie schließlich vor vollendete Tatsachen. Es blieb ihr daraufhin nichts andres übrig, als sich vor ihn zu stellen. Die Erregung im Reich über Markgraf Ernst-Friedrichs Vorgehen war groß. Auf katholischer Seite versuchte hauptsächlich der Kardinalbischof Klesl den Kaiser zu einem Eingreifen in den badischen Streit zu bewegen, da ihm diese Privatsache „universal“ als eine bedeutende Gefährdung des Reichsfriedens erschien. Mit den Ansichten Klesl stimmte im wesentlichen auch Herzog Maximilian I. von Bayern überein.<sup>40</sup> Auch er hielt den Kaiser für moralisch verpflichtet, einzugreifen. Dagegen wünschten die Kurfürsten von Trier und Mainz, daß der badische Streit nicht schon auf dem Reichstag 1612 verhandelt, sondern, wie schon so oft im letzten Jahrzehnt, noch einmal verschoben werden sollte.<sup>41</sup> Markgraf Georg-Friedrich schloß inzwischen ein Bündnis mit den Schweizern. Die Lage wurde dadurch noch gefährlicher. Auch die Vormundschaftsangelegenheit über die Kinder Jakobs III. hatte inzwischen prinzipielle Bedeutung gewonnen. Herzog Wilhelm von Bayern und Karl von Zollern hatten schließlich, als sie mit Ernst- und Georg-Friedrich zu keiner Einigung gekommen waren, einen Prozeß beim Reichshofrat angestrengt, der zu Ungunsten der Brüder entschieden wurde. Auch dieser Angelegenheit nahm sich die Union an. Baden verfocht auf dem Frankfurter Tag im März 1599<sup>42</sup> und der Friedberger Versammlung des gleichen Jahres die Ansicht, die Vormundschaftsangelegenheit betreffe die Religion, und der Reichshofrat sei unzuständig.<sup>43</sup> Die

---

39. Obser Karl, Zur Kirchenpolitik Markgraf Georg Friedrich, Ortenau, Heft 8, 1921.

40. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. X, Nr. 227, 259.

41. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. X, Nr. 266.

42. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. I, Nr. 71, Anmerkung 1.

43. Briefe und Akten 2. Reihe Bd. I, Nr. 71 und 139.

Mehrzahl der protestantischen Stände neigte dieser Auffassung zu. Besonders die Kurpfalz hielt die Hofratsprozesse für eine große Gefahr der evangelischen Sache.<sup>44</sup> Auch Johann Friedrich von Brandenburg war der Meinung, daß man in einer Reihe von Angelegenheiten und auch in der badischen nur etwas erreichen könne, wenn man den Hofratsprozessen steuere.<sup>45</sup> Ernst-Friedrich versuchte die Frage zur Entscheidung zu bringen. Auf dem Friedberger Konvent des Jahres 1601 wurden die Hofratsprozesse und die badische Sache als erster Punkt der Tagesordnung behandelt. Der Antrag Badens ging durch, daß man solche Prozesse nicht mehr dulden werde,<sup>46</sup> ja, man verhandelte sogar über eine Union gegen die Vollstreckung der Hofratsurteile. Im darauffolgenden Jahr stimmt Baden erneut für die Anwendung von Gewalt. Die Bedeutung dieser Vorgänge bei der damaligen Lage des Reiches ist eindeutig. Karl Brandi berührt sie in anderem Zusammenhang einmal und umschreibt sie mit folgenden Sätzen: „Beanstandeten die Stände aber die Urteile des Reichskammergerichtes, so gut wie diejenigen des Reichshofrates, so bedeutete das nichts geringeres, als die Lahmlegung der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Rückfall bestenfalls in ein willkürliches Schiedsverfahren“.<sup>47</sup>

Jetzt erst zeigten sich die Wirkungen, die die Rekatholisierungsbestrebungen Bayerns in der Markgrafschaft Baden-Baden während des sechzehnten Jahrhunderts auf die Reichspolitik letzten Endes ausübten. Christoph I. hatte nach Möglichkeit versucht, die schädlichen Auswirkungen einer Landesteilung für die Markgrafschaft zu vermeiden. Trotz seiner Bestimmungen im Teilungsgesetz von 1515, die die Einheit der Markgrafschaft nach außen hin zu sichern suchten, waren durch die Anlehnung an Bayern die beiden Landesteile Baden-Baden und Baden-Durlach verschiedenen politischen Kursen unterworfen worden. Die Reformation hatte Probleme aufgeworfen, die Christoph noch nicht ahnen konnte. Es hatte lange gedauert, bis es zwischen den beiden Linien in den Religionsfragen zum offenen Konflikt kam. Nur

---

44. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. I, Nr. 144.

45. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. I, Nr. 146.

46. Briefe und Akten 2. Reihe, Bd. I, Nr. 172.

47. Brandi, Gegenreformation und Religionskriege, S. 191.



durch die bayerischen Bemühungen während der ersten und zweiten Vormundschaft in den Jahren 1536—56 und 1569—1577 war der katholische Glaube in der Markgrafschaft erhalten und der Übertritt der Markgrafen von Baden-Baden vermieden worden. Die Konflikte, die als Folge der bayerischen Politik am Ausgang des Jahrhunderts zwischen Baden-Baden und Baden-Durlach und den Vormündern der Kinder Jacobs III. und Bayern ausbrachen, hatten im Rahmen der Reichspolitik so viel prinzipielle Bedeutung, daß sie einmal den Zerfall der Rechtsinstitutionen des Reiches offenbarten und außerdem die durch ein Jahrzehnt hinschwelende Gefahr des Ausbruchs eines Religionskrieges außerordentlich erhöhten. Wenn auch nach der Besetzung der Markgrafschaft Baden-Baden durch die Markgrafen von Baden-Durlach der katholische Kultus fast ganz verdrängt wurde, so blieb doch immer noch die reichsrechtliche Feststellung, daß die Markgrafen von Baden-Baden nie vom alten Glauben abgewichen waren. Da der Landesherr aber die Religion seines Landes und seiner Untertanen letztlich bestimmte, fiel der Sieg im Kampfe der Konfessionen in der Markgrafschaft dem Katholizismus zu. Markgraf Eduard Fortunatus, den Ernst Friedrich von Baden-Durlach 1594 aus seinem Lande vertrieben hatte, kehrte nicht mehr dorthin zurück. Erst seinen Kindern gelang es, durch die unermüdlichen Bemühungen Bayerns unterstützt, die Anerkennung ihrer Ansprüche durchzusetzen. Am 26. August 1622 sprach Kaiser Ferdinand II. dem Sohn des Markgrafen Eduard Fortunatus, Markgraf Wilhelm die Markgrafschaft Baden-Baden feierlich wieder zu. Damit war der jetzt gerade ein Jahrhundert lang währende Kampf zwischen neuer und alter Lehre zugunsten des Katholizismus entschieden. Zwar konnte sich in den Wirren des dreißigjährigen Krieges, besonders während einer vorübergehenden Besetzung der Markgrafschaft durch die Schweden, der Protestantismus des Landes noch einmal kurz erholen, aber dem Willen und der Stetigkeit Markgraf Wilhelms gelang, was im 16. Jahrhundert den Kräften des Katholizismus noch nicht möglich war. Er erst verhalf der alten Kirche in der Markgrafschaft Baden-Baden wieder zum vollen Siege und vollendete zusammen mit den Jesuiten das Werk, das Graf Ottheinrich von Schwarzenberg und Georg Schorich begonnen hatten.

## Literatur.

### Abkürzungen:

- G. L. A. = Badisches Generallandesarchiv, Karlsruhe  
B. H. A. = Bayerisches Allgemeines Reichsarchiv, München  
Z. G. O. Rh. = Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Hrg. durch  
F. Mone, Bd. I-XXXIX (1850—1885)  
Z. G. O. RH. NF. = Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue  
Folge hrg. von der badischen hist. Kommission NF. I—XLVII  
(1886—1933)  
Frbg. Diöz. Arch. = Freiburger Diözesanarchiv. Organ des kirchlich-  
historischen Vereins der Erzdiözese Freiburg 1865 ff.  
Z. f. K. = Zeitschrift für Kirchengeschichte. Hrg. von Theodor Brieger  
1879 ff.

### A. Quellen.

#### Ungedruckter Quellenstoff:

Badisches Generallandesarchiv, Karlsruhe.

Haus- und Staatsarchiv: II. Haus- und Hofsachen.

Vormundschaften der Herzöge von Bayern über die Markgrafen  
von Baden-Baden.

Bd. 510	1500—1555	1—623a	A. Nr. I—XXXIII.
Bd. 511	1556—1576	1—484m	Abschriften aus den
Bd. 512	1577—1588	1—300	Bänden des Bayer.
Bd. 513	1588—1589	301—423b	Hauptstaatsarchiv München:
Bd. 514	1589—1600	424—626a.	

Baden, Generalia:

Dienste, Kirchenkonvente, Kirchenhoheit, Kirchendienste, Religions-  
sachen.

Nr. 1813, 4112, 4192, 4258, 4303,  
4490, 4306, 6863, 6865, 9093, 4259.

Bayerisches Allgemeines Reichsarchiv, München:

A. Nr. Baden, Bd. 33.

Trierer Stadtbibliothek

mss. 1237 Folio: 12, 86, 106, 111, 122  
112, 141, 240, 241.

#### Gedruckter Quellenstoff:

Briefe und Akten, I. Reihe: Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahr  
hunderts mit besonderer Berücksichtigung des bayerischen Fürstentums.  
1546—1598. Hrg. Druffel u. Götz. 6 Bde.

- Briefe und Akten, II. Reihe: Briefe und Akten zur Geschichte des 30jährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher. Hrsg. Ritter, Stieve, Mayr, Chroust. 1591—1612. 11 Bde.
- Fester, Richard: Religionsmandate des Markgrafen Philipp I. von Baden. Zeitschrift für Kirchengeschichte. Hrg. von D. Theodor Brieger. Bd. XI. Gotha, 1890.
- Gmelin: Die Versammlung zu Hagenau 1540 und Markgraf Ernst von Baden. Z. G. O. Rh. XXVII., 1875.
- Gülden der untern Markgrafschaft Baden, Z. G. O. Rh. Z. G. O. Rh. XXV, 1873.
- Hansen, Johann: Rheinische Akten zur Geschichte des Jesuitenordens 1542 bis 1582, Bonn 1896.
- Kern, Arthur, Dr.: Deutsche Hofordnungen des 16. Jahrhunderts in: Denkmäler deutscher Kulturgeschichte II. Bd., Deutsche Hofordnungen. Berlin 1907.
- Lanz, Karl: Staatspapiere zur Geschichte Karls V. Bibliothek des lit. Vereins Stuttgart, Nr. 11. Stuttgart 1845.
- Correspondenz des Kaisers Karl V. Bd. 1 u. 2, Leipzig 1844.
- Mitteilungen aus dem F. Fürstenbergischen Archiv: Mitteilungen aus dem F. Fürstenbergischen Archiv. II. Schlußband. Quellen zur Geschichte des F. Fürstenbergischen Hauses 1560—1617. Bearbeitet v. Dr. Franz Ludwig Baumann und Dr. Georg Tumbült. Tübingen 1902.
- Nuntiaturberichte II: Nuntiaturberichte aus Deutschland, Abtlg. 2. 1560—1572. Hrsg. v. d. Hist. Komm. d. Kaiserl. Ak. d. Wissenschaften. Bd. 1, 3, 4, 5. Wien 1897—1926.
- Nuntiaturberichte III: Nuntiaturberichte aus Deutschland, Abtlg. 3. 1572—1585. Hrsg. v. kgl. Hist. Inst. z. Rom. Bd. 1—5, Rom 1892—1909.
- Schreckenstein, Roth von: Landesherrliche Verfügungen Markgraf Philipps II. Z. G. O. Rh., Bd. XXIV und XXX. Verfügungen aus den Jahren 1581—88 u. 1570—81.
- Schwarz, Bened: Geschichte der Stadt Ettlingen, Ettlingen 1908, Anhang.
- Seidemann, J. K.: Dr. Hieronymus Vehus über seine Verhandlgg. mit Luther auf dem Wormser Reichstag 1521. Zeitschrift f. hist. Theologie Hrg. Ch. W. Niedner, Jahrgang 1851, Bd. XXI, NF. Bd. XV.
- Straßburg, Pol. Corr.: Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, II. Abtlg. Polit. Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation Bd. I—V.
- Weech Friedr. von: Ordnung der Schule zu Baden, 1541, Z. f. G. O. Rh., Bd. XXII.
- Zur Geschichte Markgraf Christophs I. von Baden. Verfügung vom 18. Sept. 1511. Z. G. O. Rh., XXVI, 1874.
- Regesten und Urkunden der Markgrafschaft Baden-Baden. Z. G. O. Rh., Bd. XXIV.

B. Darstellungen.

- Adam, J.: Evangelische Kirchengeschichte der elsässischen Territorien bis zur französischen Revolution 1928.
- Albers, Bruno: Pistorius und Markgraf Ernst von Baden-Durlach. Z. G. O. Rh., NF. Bd. XII, 1897.
- A. D. B.: Allgemeine Deutsche Biographie.
- Andreas, Willy: Deutschland vor der Reformation. Stuttgart, Berlin 1932.
- Bad. hist. Kom.: Mitteilungen der bad. hist. Kommission, Nr. 1. 1883.
- Bader Josef Dr.: Kurzgefaßte Geschichte des altbadischen Frauenklosters Lichtenthal. Schriften des Alterthum-Vereins für das Großherzogtum Baden. I. Jahrgang 1845.
- Baldes, H., Prof. Dr.: Geschichtliche Heimatkunde der birkenfelder Landschaft. Hrg. vom birkenfelder Landeslehrerverein. 1923.
- Bauer, Friedrich, D.: Reformation und Gegenreformation in der früheren nassauisch-badischen Herrschaft Lahr-Mahlberg. Lahr i. B.
- Baumgarten, Fritz: Der wilde Graf (Wilhelm von Fürstenberg) und die Reformation im Kinzigthal. in: Schriften für das Deutsche Volk, hrg. vom Verein für Reformationsgeschichte. XXVI. Halle a. S. 1895.
- Becker, Joseph: Die Verleihung und Verpfändung der Reichslandvogtei im Elsaß von 1408—1634 Z. G. O. Rh. NF. XII. 1897.
- Bossert, Gustav: Beiträge zur bad.-pfälz. Reformationsgeschichte. Z. G. O. Rh. NF. XVII, 1902, S. 37, 251, 401, 588. NF. XVIII, 1903, S. 193, 643. NF. XIX, 1904, S. 19, 571. NF. XX, 1905, S. 41.
- Brandt, Karl: Deutsche Reformation und Gegenreformation. I. Halbband: Die deutsche Reformation, II. Halbband: Gegenreformation und Religionskriege. In: Deutsche Geschichte. Hrsg. Erich Marcks, II. Bd. Leipzig.
- Bröhmer, Heinrich: Die Einwirkungen der Reformation auf die Organisation und Besetzung des Reichskammergerichts. Dissertation. Speyer am Rhein.
- Brunner, Karl: Cäcilia Wasa, Markgräfin von Baden-Rodenmachern. Z. G. O. Rh., Bd. XV, NF., 1900.
- Carlebach, Rudolf, Dr.: Badische Rechtsgeschichte, 2 Bde. Heidelberg, 1906—1909.
- Duhr, Bernhard, S. J.: Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge. Bd. I. Freiburg 1907.
- Die Jesuiten an den deutschen Fürstenhöfen des 16. Jahrhunderts, auf Grund ungedruckter Quellen. In: Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes. Bd. II. Heft 4. Freiburg Br. 1901.
- Doeberl, M.: Die Entwicklungsgeschichte Bayerns. III. Aufl. München 1916.
- Eid, Ludwig: Der Hof- und Staatsdienst im ehemaligen Herzogtum Pfalz-Zweibrücken von 1444—1606. Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. XXI. Speier 1897.



- Eisenlohr, August, J.: Kirchliche Geschichte der Grafschaft Eberstein seit der Reformation. Karlsruhe. 1876.
- Frbg. Diöz. Arch.: Freiburger Diözesan-Archiv. Organ des kirchlich- historischen Vereins der Erzdiözese Freiburg, 1865 ff.
- Glöckler, L. G.: Geschichte des Bistums Straßburg, II Bde. I. Geschichte der Bischöfe. II. Geschichtliche Skizze der Klöster. Straßburg 1879 bis 1880.
- Goetz, Walter: Die bayerische Politik im ersten Jahrzehnt der Regierung Herzog Albrechts V. von Bayern. (1550—60). München 1896.
- Gothin, Eberhard: Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert. Neujaarsblätter der bad. hist. Kommission. NF. 13. Heidelberg 1910.
- Günther, Franz: Der deutsche Bauernkrieg. München u. Berlin 1933.
- Hartfelder: Zur Geschichte des Bauernkrieges in Südwestdeutschland. Stuttgart 1884.
- Hardenberg C. Fr. v.: Adelige Geschlechter der Ortenau. Vierteljahrschrift für Heraldik. Hrsg. Verein Herold Berlin XI. Jahrg.
- Hashagen, Justus: Staat und Kirche vor der Reformation, Essen 1931.
- Heusser, Ludwig: Geschichte der rheinischen Pfalz, II Bde. 2. Aufl. Heidelberg 1896.
- Hochfelden, Krieg, von: Geschichte der Grafen von Eberstein in Schwaben. Karlsruhe 1836.
- Die beiden Schlösser zu Baden-Baden. 1851.
- Janssen: Geschichte des deutschen Volkes. siehe Duhr.
- Jörg, Jos. Edm.: Deutschland in der Revolutions-Periode von 1522—26. Freiburg 1851.
- Kattermann, Gerhard, Dr.: Markgraf Philipp I. von Baden 1515—1533 und sein Kanzler Dr. Hieronymus Veus. Ein Beitrag zur deutschen Reichs- und Reformationsgeschichte. Dissertation Freiburg. Ungedrucktes Manuskript des Generallandesarchivs Karlsruhe.
- Keller, Ludwig: Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein. Leipzig 1881.
- Kisky, Wilhelm, Dr.: Die Domkapitel der geislichen Kurfürsten im 14. und 15. Jahrhundert. Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Reiches im M. A. und Neuzeit. Hrsg. Karl Zeumer. Bd. I. H. 3. Weimar 1906.
- Knöpfler: Die Kelchbewegung unter Albrecht V. München 1891.
- Krebs, Manfred: Politische und kirchliche Geschichte der Ortenau. Die Ortenau, 16. Heft 1929. Offenburg i. B.
- Kühn, Johannes: Die Geschichte des Speyrer Reichstages 1529. Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte. Jahrgang 47, Heft 1. Leipzig 1929.
- Toleranz und Offenbarung. Eine Untersuchung der Motive und Motivformen der Toleranz im offenbarungsgläubigen Protestantismus. Leipzig 1923.

- Lamprecht, Karl: Deutsche Geschichte, Bd. V. Berlin 1894.
- Lauer, Hermann: Kirchengeschichte der Baar. 2. Auflage, 1928.
- Lederle, Karl Friedrich: Die kirchlichen Bewegungen in der Markgrafschaft Baden-Baden bis 1569. Freib. Diöz. Arch. NF. Bd. XVIII, 1917.
- Lipowsky, F. J.: Geschichte der Jesuiten in Bayern, München 1816.
- Loeser, J.: Geschichte der Stadt Baden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Baden-Baden, 1891.
- Ludwig, D. Albert: Die evangelischen Pfarrer des badischen Oberlandes im 16. und 17. Jahrhundert. Verein für Kirchengeschichte Badens. Veröffentlichg. IX. 1934, Lahr i. B.
- Luther, Martin, D.: Werke, Gesamtausgabe. Tischreden, Bd. I—VI. Weimar 1912.
- Marcks, Erich: Die Gegenreformation in Westeuropa. In: Propyläen Weltgeschichte, Bd. V. Das Zeitalter der kirchlichen Umwälzungen. Reformation und Gegenreformation. Hrsg. von Walter Götz.
- Möller, Walther: Stammtafeln westdeutscher Adelsgeschlechter im Mittelalter. Darmstadt 1922. Hist. Verein für Hessen.
- Obser, Karl: Zur Kirchenpolitik Markgraf Georg Friedrichs, Ortenau, Heft 8, 1921.
- Ortenau, die: Die Ortenau. Mitteilungen des hist. Vereins für Mittelbaden. 1913 ff. Offenburg i. B.
- Pastor, Ludwig, von: Die Geschichte der Päpste. 1913—27. Bd. VII und VIII.
- Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes Bd. II. Heft 4. siehe Duhr.
- Pfleger, Lucian: Aus der Studienzeit des Markgrafen Philipp II. von Baden-Baden. Z. G. O. Rh., NF., Bd. XVIII, 1903.
- Pölnitz, Götz Frhr. von: Julius Echter von Mespelbrunn, Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte Bd. 17, München 1934.
- Ranke, Leopold, von: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. I—VI. Gesamtausgabe der deutschen Akademie. I. Reihe, 7. Werk. München 1925.
- Die römischen Päpste, ihre Kirche und ihr Staat. Fürsten und Völker von Südeuropa im 16. und 17. Jahrhundert. Bd. II—IV. Berlin 1834—36.
- Reinfried, Karl: Religionsänderungen im Landeskapitel Ottersweier während des 16. und 17. Jahrhunderts. Freib. Diöz. Arch., NF., Bd. XII, 1911.
- Die Stadt- und Pfarrgemeinde Bühl unter Windeck. Freib. Diöz. Arch., Bd. XI, 1877.
- Verzeichnis der Pfarr- und Kaplaneipfründen der Markgrafschaft Baden vom Jahre 1488. Frbg. Diözes. Arch. Bd. XXVII. 1899.
- Remling, Franz Xaver: Geschichte der Bischöfe zu Speyer. 2 Bde. Mainz 1854.
- Riezler, Sigmund: Geschichte Bayerns. Bd. IV und V. In der Sammlung: Geschichte der europäischen Staaten. Gotha 1899.

- Ritter, Moritz: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des 30jährigen Krieges. 3 Bde. Bibliothek deutscher Geschichte. Stuttgart 1889.
- Röhrich, Timotheus Wilhelm: Geschichte der Reformation im Elsaß. Straßburg 1832.
- Rosenthal, Ed.: Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns. Würzburg 1889.
- Rott, Hans: Baden-Baden im 16. und 17. Jahrhundert. Z. G. O. Rh., NF., Bd. XLI. 1927.
- Sachs, J. C. H.: Einleitung in die Geschichte der Markgrafschaft Baden. 5 Bde. Karlsruhe 1764—73.
- Schmell, Eugen: Zur Geschichte der Konversion Jakob III. Frbg. Diözesan Archiv, NF. Bd. IV.
- Schmoller: Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, Acta Borussica, Behördenorganisation, Bd. I. Einleitung. 1894.
- Seilacher, Karl: Herrenalb. Karlsruhe 1927.
- Smets, D. guil: Sacrosancti Oecumenici et generalis Concillii Tridentini Canones et Decreta. Bielefeld 1886. 6. Aufl.
- Steinhuber, Andreas: Geschichte des Collegiums Germanicum Hungaricum in Rom. 2 Bde. Freiburg i. B. 1895.
- Teichmann, Wilhelm: Markgräfin Cäcilia von Baden-Rodenmachern 1540—1627. Die Pyramide, 18. Jahrgang, Nr. 14. 7. April 1929.
- Trenkle: Geschichte der Pfarrei und des Kollégiatstiftes zu Baden-Baden. Freib. Diöz. Arch., Bd. XX, 1889.
- Trenkle, J. B.: Beiträge zur Geschichte d. Pfarreien in den Landeskapteln Gernsbach und Ettlingen. Freib. Diöz. Arch. X, XI, XII, XIV, XVI.
- Vierordt, Karl, Friedrich: Geschichte der evangelischen Kirche in dem Großherzogtum Baden. Bd. I bis 1571, Bd. II. vom Jahre 1571 bis zur jetzigen Zeit. Karlsruhe, 1847—1856.
- Weech, Friedrich, von: Badische Geschichte, Karlsruhe, 1890.
- Zur Geschichte des Markgrafen Jakob III. von Baden-Hachberg. Z. G. O. Rh., NF., Bd. VII, 1892.
- Weydmann, Ernst: Geschichte der ehemaligen gräflich Sponheimschen Gebiete. Ein Beitrag zur deutschen Territorialgeschichte. Dissertation Heidelberg. Konstanz 1899.
- Wielandt, Friedrich: Markgraf Christoph I. von Baden 1475—1515 und das badische Territorium. Z. G. O. Rh., NF., Bd. XLVI. 1933.
- Wille, Jakob, Dr.: Philipp der Großmüthige von Hessen und die Restitution Ulrichs von Württemberg 1526—35. Tübingen 1882.
- Z. G. O. Rh.: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Hrsg. durch F. J. Mone, Bd. I—XXXIX. (1850-1885). Neue Folge hrsg. von der badischen hist. Kommission. NF. Bd. I—XLVII (1886—1933).
- Z. f. K.: Zeitschrift für Kirchengeschichte. Hrsg. von Theodor Brieger. 1879 ff.
- Zimmersche Chronik: Hrsg. von Dr. K. A. Barack. Bibliothek des lit. Vereins in Stuttgart. Nr. XCI., 4 Bde. Tübingen 1866—69.







